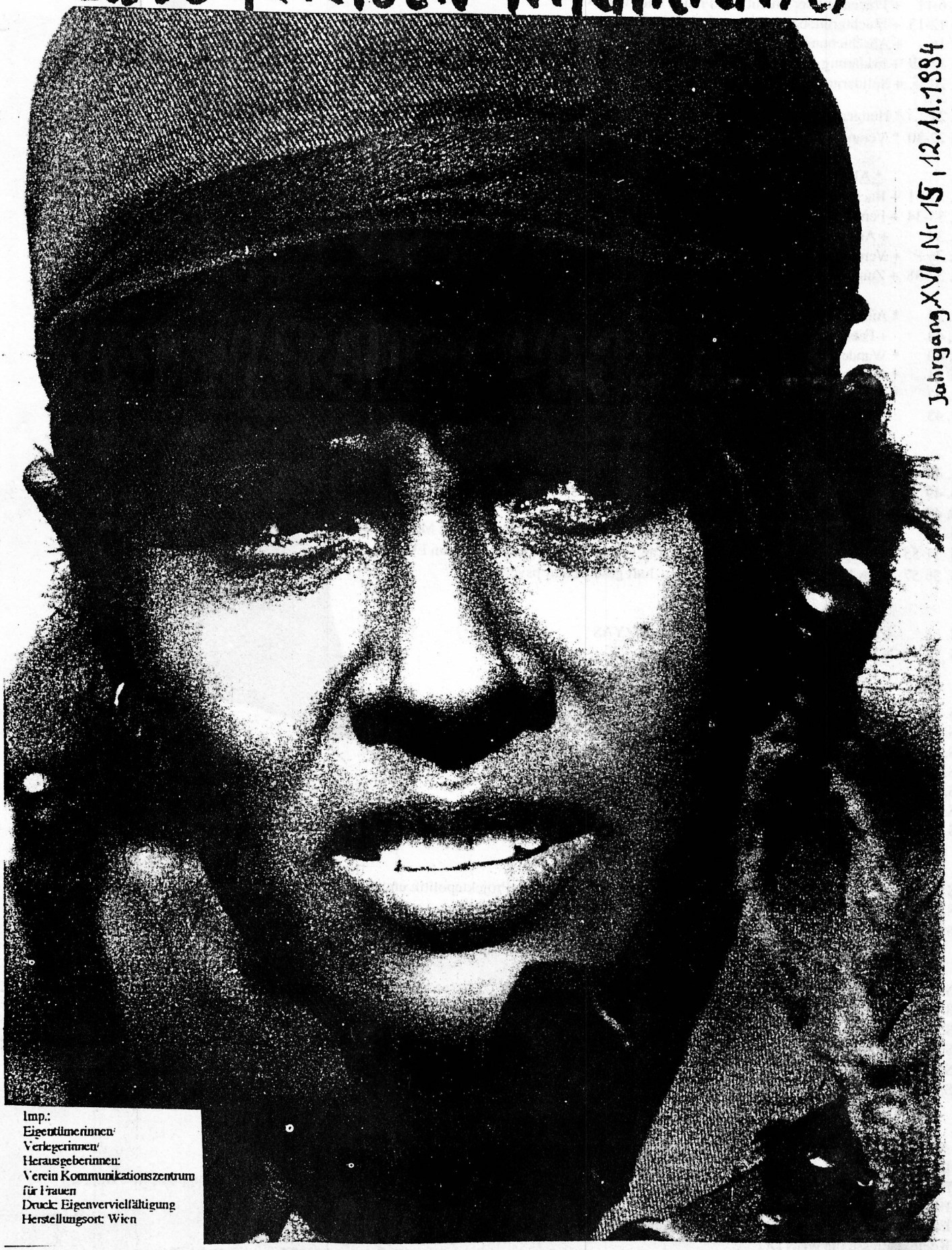
LESBEN/FRAUEN-NACHRICHTEN

Jahrgang XVI, Nr 15, 12.11.1984



Imp.:
Eigentümerinnen/
Verlegerinnen/
Herausgeberinnen:
Verein Kommunikationszentrum
für Frauen
Druck: Eigenvervielfältigung
Herstellungsort: Wien

INHALTSVERZEICHNIS

S. 3-5 * FLN-intern: Die schwierige Geschichte dieses Heftes

* ANTIRASSISMUS

S. 6-11 + Frauen auf der Flucht und Frauen und Asyl
S. 12-15 + Fluchtgründe von Frauen, Lebensbedingungen von Flüchtlingsfrauen in Österreich
S. 16 + Abschiebungen verhindern !!!!!!!
S. 17-19 + Erklärung der Roten Zora zu ihrem Anschlag gegen die Flüchtlingspolitik der BRD
S. 20 + Solidarität mit verfolgten Frauen und Mädchen

S. 21 * Hungerstreik gegen den Genozid an der kurdischen Bevölkerung
S. 22-30 * Veranstaltung zur Geschichte Jugoslawiens

* ANTISEXISMUS

S. 31-31 + Rache und Trauer für Sabine Wurm
S. 33-34 + Feministische Kundgebung für Mädchen und junge Frauen
S. 35 + An alle Jungs
S. 36 + Verdrehte Aufklärung - Das Patriarchat schlägt zurück
S. 37-38 + Zum Widerstand gegen den "Mißbrauch dem Mißbrauch"-Kongreß

S. 39 * Anschlag - gegen Rassismus und Euthanesie - auf EMMA
S. 40 + Falsche Schwestern
S. 40 * Wandelt Trauer und Wut in Widerstand
S. 41 * Gefangene aus der RAF im Hungerstreik
S. 42 * Informationen und Hintergründe der Verhaftungen in Frankfurt a. M.
S. 43 + Solidarisiert euch mit den Frauen in Beugehaft

* ANTIFASCHISMUS

S. 44-48 + zum Kaindl-Prozeß in Berlin
S. 49 + Verhindert das Nazitreffen
S. 49 + Redebeitrag: Kampf dem Rechtsextremismus
S. 50 + Redebeitrag und Flugi: Feministischer Widerstand gegen nazionale Männerbünde
S. 51-55 * Zur Verhaftung der 4 Frauen am Tag vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt
S. 56-57 * Das Irren und die Zeichensetzung, haft gesellschaft psychiatrie

* BEI UNS EINGETROFFEN

S. 58 + Bekennerinnenschreiben von den LUZYAS
S. 58 + Verlustanzeige

* 2.MAI - TAG DER "ARBEITSLOSEN" FRAUEN

S. 59 + Flugi zum 2.Mai
S. 60 + Forderungskatalog
S. 61 + Redebeitrag: Einen schönen schlechten Morgen den Schreibtischtätern!
S. 62 + Redebeitrag: Ausgrenzung von Alleinerzieherinnen
S. 63 + Redebeitrag: Die Armut ist weiblich
S. 64-65 + Redebeitrag: Zur AMV
S. 65 + Mitteilung vom Sozialreferat

* PROJEKTEPOLITIK ?!

S. 66 + Warum wir den Brief an Hesoun veröffentlichen- oder: Projektepolitik und die Ausgrenzung radikaler Praxis
S. 67-68 + "Sehr geehrter Herr Minister"
S. 68-70 + Stellungnahme: Initiative "FRAUEN GEGEN ZWANGSARBEIT" zum Rauswurf aus der Hetzgasse

* SUBVENTIONSPOLITIK

S. 71-72 + Mitteilung aus Innsbruck
S. 73-77 + Von Notrufen und Notrufen
S. 77 + Notruf Ibk.: Was sich geändert hat
S. 78 + Reaktion des Lesben/Frauenzentrum auf die Ablehnung des Subventionsansuchen 1994 vom Bundesministerium für Frauenangelegenhe
S. 79 + Kein Geld für Frauenpolitik
S. 80 + Infoseite

LFZ - Gruppen

* Arbeitskreise
* Beratungsstelle für ausländische Frauen und Mädchen
Tel.: 408 61 19
* Feministische Handwerkerinnen Tel.: 408 44 43
* Feministische Mädchenschule "Virginia Woolf" Tel.: 403 98 10
* Kontaktadresse für WEN DO
* Kontaktadresse der Überregionalen WEN DO-Gruppe
* Lesben/FrauenNachrichten
* Lesbenselbsthilfegruppe
* Musikgruppen
* selbstorganisierte Trainingsgruppen (Mo., Di., Fr.,)
* Solidisko
* Trommlerinnen

PLENAS

jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat FZ-Beisl-Plenum
18h im Beisl

jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat FZ-Plenum
18h im FZ 2.Stock

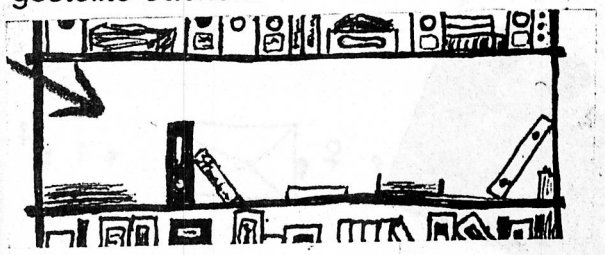
Die schwierige Geschichte dieses Heftes.....

In den letzen Lesbenfrauennachrichten haben wir für Juni 94 ein Schwerpunktheft zu Nationalismus und Internationalismus angekündigt.
Dafür haben wir auch sehr viel an Arbeit hineingesteckt - um Texte und Papers zu finden, und haben Diskussionen geführt, damit klarer wird, wie wir den Schwerpunkt angehen werden.
Und dabei gab´s eine Menge Schwierigkeiten:
Um den Begriff >Nationalismus< klarer zu fassen, haben wir uns nicht nur verschiedenste Definitionen anschauen wollen, sondern auch mit den Zusammenhängen und Hintergründen auseinandersetzen. So sind wir auf die Suche gegangen, was >Staat< eigentlich ist, um herauszukriegen, wie Staat auch Rassismus und Nationalismus-Teil ist und beides mit produziert.
Die Geschichte des Staates - der Nationalstaaten, des kapitalistischen, patriarchalen imperialistischen Staates, ist wichtig - für Nationalismus und Bewegungen gegen Nationalismen, auch in Zusammenhang mit den Frauenbewegungen in Europa oder den USA Anfang dieses Jahrhunderts und wo sie auch nationalistische Politik gemacht haben. - Seien es Frauengruppen oder einzelne Frauen , so wie die Frauenrechtlerin Margaret **Sanger,** die die Verhütung und Geburtenkontrolle durch Frauen als Menschenrecht forderte; sich später aber den eugenischen, rassistischen, sozialdarwinistischen Argumenten für Geburtenkontrolle anschloß: z.B. sagte sie: Mehr Kinder von den Tüchtigen, weniger von den Minderwertigen, das ist das Hauptanliegen der Geburtenkontrolle." [1]
So haben wir z.B. die Debatte über >national< und >nationalistisch< nicht zu Ende führen können.
Die momentan vieldiskutierte "Gegenpolitik" zur Männerbündelei - nämlich Lobbypolitik von Frauen - haben wir dann als wichtigen Auseinandersetzungspunkt gesehen:
- Übernehmen patriarchaler Strategien
- Unterstützung hierarchischer Strukturen indemVersuch, sie zu nutzen
- Ausschluß von andern Lesben / Frauen, weil nur die eigene oder primär die eigene Gruppe unterstützt wird.

Zu all diesen Bereichen und Themen - wo Frauenbewegung nationalistisch wurde, wird, werden kann, was das alles für unsere politischen Strategien heißen wird und muß, haben wir uns viel Material gesucht, Bücher und Artikel gewälzt, diskutiert, und der Berg an Texten ist immer größer und größer geworden, und wir haben ihn nicht bewältigt.
Wir wollten noch viel mehr lesen, zusammentragen, zusammenschreiben und diskutieren und analysieren usw. usw. usw.
M a c h b a r ist vieles, aber nicht für Redaktionsfrauenlesben, die auch noch andere Arbeit, Aktivitäten und Diskussionszusammenhänge haben - auch wir müssen unseren Alltag bewältigen / leben und ab und zu einmal schlafen !

Bei Schwerpunktheften, bei denen wir uns auf Material beziehen konnten, das schon andere Lesbenfrauen zu einem Thema zusammengetragen haben, z.B. EU, konnten wir das als Ansatz verwenden.

Beim Schwerpunktheft zu Nationalismus und Internationalismus haben wir soviel zum Zusammensuchen gehabt, ist auch soviel theoretische Arbeit angestanden, daß es in der Zwischenzeit nicht mehr machbar war. Natürlich gibt es einige Bücher zu Nationalismus & Rassismus; aber an Positionspapieren, Flugis zu Staat/ -sfeminismus + Nationalismus + (feministischem) Rassismus gibt es wenig fertig erarbeitete und zusammengestellte Sachen.

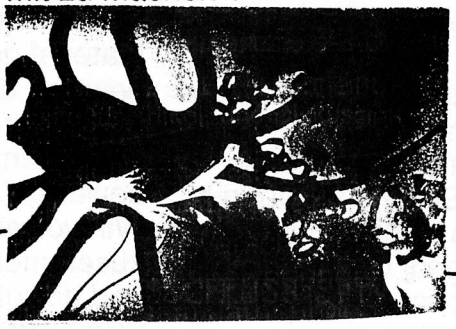


[1] aus "Materialien gegen Bevölkerungspolitik", Hamburg o.D., Anfang der 80er Jahre, S. 31 (1919 in "Birth Control Review")

♀-♀ NACHRICHTEN

In unserer Arbeit zu Nationalismus und Internatinalismus haben sich immer mehr wichtige Themen gezeigt und wir hatten vorher nicht klar festgesetzt, wie weit wir die Grenze des Themas stecken, auf welche Diskussionen und Papiere wir hinweisen werden. So ist von den Zusammenhängen einzelner Themen untereinander und von Fragen, die sich neu aufgetan haben, ein ganz enorm großer Bereich geworden, der schließlich unmöglich zu bearbeiten war.

Die Diskussion über Nationalismus ist uns und für radikalfeministische Frauen-, lesbenpolitik SEHR WICHTIG !
Wie kann Frauenlesbenbewegung zu einer internationalistischen Politik kommen , wie verhindern wir´s, uns einzulullen, einkaufen zu lassen; was müssen wir aus der Geschichte und den Theorien der verschiedenen Frauenlesbenbewegungen (und sei´s nur in diesem Jarhhundert !) lernen ? Haben wir schon begriffen, welche Gefahren es gibt, auch bei einer verwässerten, angepaßten, systemstützenden, reformistischen herrschaftsdienlichen - letztlich nationalisitsch vernichterischen Politik mit zu machen ?



Was wir aus dieser Krisensituation für Konsequenzen getragen haben

Erkenntnisse:
- Viier Schwerpunkthefte im Jahr sind zuviel.
- Zwei Schwerpunkthefte sind möglich, auch wenn dann nicht jedesmal ein neuer Schwerpunkt kommen muß.

Folge:
Vor Beginn der Arbeit an einem Schwerpunkt klären wir genauestens, warum wir diesen Schwerpunkt machen, was unser Konzept ist, was wir drinnen haben wollen und welche Bereiche wir ausklammern. Mit einer genaueren Einteilung und guten Abgrenzung werden wir uns dann vielleicht nicht mehr verzetteln.

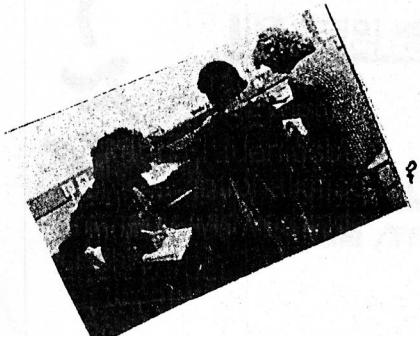
--> Das heißt:
Es wird nur noch 2 Ausgaben im Jahr geben, was 8 MONATE ARBEIT dafür heißt. - Und davon sind 4 Monate intensiv für die Produktion selbst, nur die Hälfte für Artikel- und Diskussionsarbeit einberechnet!

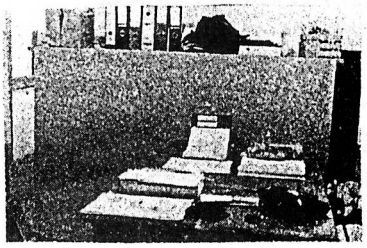
Die monatlichen Aussendungen über Veranstaltungen und aktuelle Berichte des LFZ gibt es weiterhin.

1. Ausgabe: Anfang Mai
(a. mit Berichten vom Frauentag)
2. Ausgabe: Anfang November

REDAKTIONSSCHLUSS IST IMMER
1,5 Monate f. Schwerpunktthema } VOR ERSCHEINEN
4 Wochen für allgemeine Sachen }

-> Zusendungen von Gruppen und Flugis bitte also bis 4 Wochen vor Erscheinungsdatum zahlreich schicken.

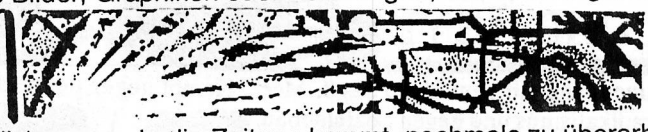




Zeitungskritik am letzten Heft:

Manche Freundinnen und Lesinnen der Lesbenfrauennachrichten haben es toll gefunden, informativ usw., "negative" Kritik kam vor allem an der Aufmachung:

a) Es ist zuviel Text, das kann eine ja alles gar nicht lesen
b) Es sind oft so "Bleiwüsten", keine Bilder, Graphiken oder Zeichungen, daß frau es gar nicht g´scheit anschau´n kann und lesen.



Dazu wollen wir sagen:

a) Wir haben oft nicht die Zeit, sämtliches, was in die Zeitung kommt, nochmals zu überarbeiten. Artikel zu kürzen, verringert zwar die Menge der Wörter, aber oft eben auch das, was es zu sagen / schreiben gibt:

Wir haben auch den Anspruch, Artikel original zu lassen und nicht eine un-/ beabsichtigte Zensur der Texte zu fabrizieren.
Wir sind keine Zeitung, die Stellungnahmen oder Kritiken über andere verfaßt, sondern wir verstehen die Zeitungsarbeit so, daß wir dokumentieren und verbreiten wollen, was Lesben / Frauen und Lesben-, Frauengruppen arbeiten und schreiben.

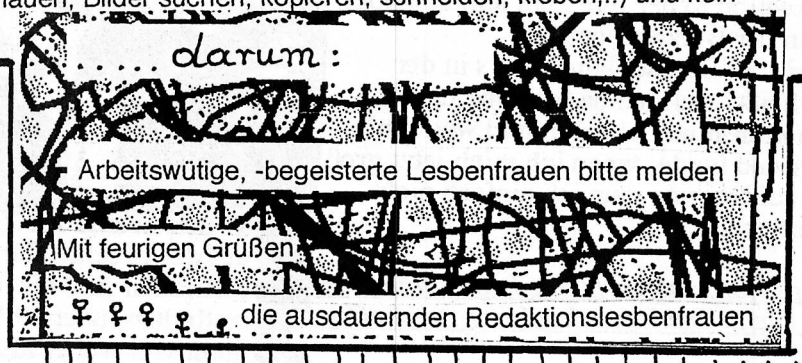
Längere bzw. breitere, grundlegende inhaltliche Diskussionen wollen wir mit den Schwerpunkten aufgreifen und weiterführen.

b) Es geht uns nicht in erster Linie darum, eine Outfit-Zeitung zu veröffentlichen.

- Das heißt zwar auch, darauf zu achten, daß nirgends die Schrift extrem klein oder schwerleserlich ist, bedeutet aber nicht, daß wir *alles* für "leichte Lesbarkeit" tun.

Für uns ist in erster Linie relevant, was in der Zeitung drinnensteht und nicht, wie sie aussieht; daß sie eine Zeitung ist, um zu informieren, zum Nachlesen und daraus weiter zu DISKUTIEREN.

Wir haben den Anspruch und die Erfahrung, am Layouten auch Spaß zu haben (d. h. Zeitungen, Photos durchschauen, Bilder suchen, kopieren, schneiden, kleben,..) und kein Computer-genormtes Layout.



WICHTIG
WICHTIG
Konto Nr.: 00697297307
WICHTIG
bei 20151 Bank Austria.

!!!!!! WICHITG WICHTIG WICHTIG WICHTIG WICHTIG WICHTIG WICHTIG WICHTIG

Das Jahr geht zu Ende und ein neues Jahr wird bald gezählt werden -- und auch 1995 braucht das LFZ EURE MITFRAUENBEITRÄGE ! Auch für Zeitung, Instandhaltung, Putzmittel, Papier,..... freuen wir uns über Eure kommenden Spenden .....!

♀+♀ Mitfrauenbeitrag

Für Lesben, Frauen mit wenig Geld: 300.-- / Jahr
mit 8000.- i. Monat nach Mietezahlen: 500.- / Jahr
mit 12000.- i. Monat nach Mietezahlen: 1000.- / Jahr

... und gern auch mehr!

Das L/F-Z bekommt keine Subventionen!

VERANSTALTUNG mit Ingrid Strobl, 9.3.94, VHS Ottakring
aufgenommen und abgetippt von LFN

FRAUEN AUF DER FLUCHT UND FRAUEN UND ASYL

Dieses Thema steht im Zusammenhang mit dem Moto des 8. März, Kampf gegen politische Rechtsentwicklung, gegen Neofaschismus, gegen Rechtsradikalismus und gegen Sozialabbau.
Die aktuelle Situation in Europa, in Österreich, in der Welt ist für viele Frauen eine absolut schwierige. Wir alle spüren wie unsere Gesellschaft enger und enger wird. Abschottung, Ausschluß, Ausgrenzung passiert im Großen wie im Kleinen, die Abschottung Europas vom Süden, Ausgrenzung und Ausschluß, seis vom Arbeitsmarkt, vom sozialen Netz. oder überhaupt vom Zutritt in unser Land. Wir befinden uns mitten in einer Zeit der Entsolidarisierung von oben wie von unten, wird Intoleranz, Panikmache betrieben. Und dieser Zeitgeist betritt Frauen besonders hart; Diskriminierte werden noch stärker diskriminiert. Einer der vielen Aspekte, der diese politische Rechtsentwicklung betrifft ist die Verschärfung des Asylrechts. Über Frauen, die vor Verfolgung flüchten werden wir heute hören, und zwar ist Ingrid Strobl aus Deutschland zu uns gekommen, worüber wir uns sehr freuen. Ingrid Strobl ist gebürtige Tirolerin, sie hat in Innsbruck und in Wien studiert und ist seit langen Jahren in der Autonomen Frauenbewegung engagiert. Sie hat sich beschäftigt mit Bevölkerungspolitik und mit Frauenwiderstand im Faschismus. Sie ist Autorin, und wir freuen uns sehr, da sie sehr selten referiert, daß sie zu uns nach Wien gekommen ist. Die zweite Referentin ist Anny Knapp, sie ist von der Asylkoordination, das ist der Dachverband von den AusländerInnen- und Flüchtlingsberatungsorganisationen Österreichs. Ihr Schwerpunkt ist Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Sie betreut unter anderem den Infobus "Miteinander lernen". Anny Knapp hat auch eine Flüchtlingsbroschüre mitgebracht, die die Asylkoordination hergestellt hat, ein Dossier, über Flüchtlingsfrauen.
Der Ablauf wird so sein, daß Ingrid Strobl referieren wird, und Anny Knapp wird die österreichische Situation im Anschluß ergänzen, und anschließend ist eine Diskussion erwünscht. (Die Ergänzungen von Anny haben wir nicht abgetippt. Für die östereichische Situation haben wir den Vortrag von einer Iranischen Frau abgedruckt - siehe "FLUCHTGRÜNDE VON FRAUEN - UND LEBENSBEDINGUNGEN VON FLÜCHTLINGSFRAUEN IN ÖSTERREICH" in diesem Heft, -die Tipperinnen)

Ingrid:
Ja guten Abend.
Ich red jetzt notgedrungen zum einen über die allgemeine Situation in der EG. zum anderen über die Situation in der Bundesrepublik, beziehungsweise in Deutschland, wie`s in der Zwischenzeit heißt, weil ich da lebe und da das meiste Informationsmaterial habe, und weil ich`s auch nicht passend fände, wenn ich mich jetzt groß zu Österreich äußere, von dem ich einfach nicht mehr genügend weis.

Hunderte Jahre Kolonialgeschichte haben eine Welt von Hunger, Elend und Unterdrückung geschaffen

Hunderte Jahre Kolonialgeschichte haben eine Welt von Hunger, Elend und Unterdrückung geschaffen. Eine Welt in der unzählige Menschen von einer Armut- und Kriesenregion in die nächste flüchten müssen. Der moderne Imperialismus schafft täglich neue Fluchtgründe für Millionen Menschen - politische, religiöse oder ethnische Verfolgung, die Zerstörung der Subsistenz und der minimalsten Einkommensmöglichkeiten, Hunger, Kriege, Bürgerkriege und die sogenannten Naturkatastrophen, deren wahre Ursachen meist in der kolonialen Zerstörung des Landes liegen. Der Imperialismus, das Patriarchat zwingt in erster Linie Frauen zur Flucht, aus all den genannten Gründen, die sie meist härter treffen als Männer, aber auch aus ganz spezifischen Gründen, nämlich ihrer Verfolgung und ihrer Gefährdung qua Geschlecht. Weltweit sind zur Zeit an die 20 Millionen Menschen auf der Flucht, wobei ich bei diesen Zahlen immer sagen muß, das sind UNO-Schätzungen, die möglicherweise noch untertrieben sind. Also ihr könnt erstmal ruhig höhere Zahlen annehmen, ich halte mich aber jetzt an die offiziellen Zahlen.

Weltweit sind zur Zeit an die 20 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur gut 700.000 von diesen 20 Millionen sind bis nach Europa vorgedrungen. Die restlichen, über 19 Millionen Flüchtlinge gelangen nicht viel weiter als über die Grenzen ihres Nachbarlandes. Von einer Überflutung Europas zu sprechen ist also der reine Hohn. Dennoch schließt sich Europa gleichzeitig mit der Öffnung der innereuropäischen Grenzen, nach außen systematisch ab, womit mit Europa wieder Nord-Westeuropa gemeint ist und Teile, die privilegierteren Teile, Südeuropas, ganz Ost- und Südosteuropa ist damit nicht gemeint, dagegen schottet sich nämlich Nord-Westeuropa auch ab, also gegen Bulgarien, Rumänien, Polen, die armen Länder Süd-Osteuropas, und jetzt auch gegen das ehemalige Jugoslawien. Also statt Europa sollte ich vielleicht besser EG sagen, aber es ist nur jetzt dieses Europa so drinnen. Also Europa, die EG schließt sich gleichzeitig mit der Öffnung der innereuropäischen Grenzen nach außen systematisch ab.
Es war noch nie leicht als Flüchtling in die reichen Metropolen zu kommen, doch in Zukunft soll es ganz unmöglich werden, es sei denn eine bestimmte Zahl von Billigarbeitskräften wird gerade gebraucht. Am15. Juni 1990 verabschiedeten in Dublin 11 der 12 EG-Staaten das sogenannte Erst-Asylabkommen.

Erst-Asylabkommen.

Bisher konnten Flüchtlinge in mehreren europäischen Ländern Asyl beantragen. Lehnte z. B. Holland des Asylantrag ab, bestand noch die Möglichkeit in Frankreich oder der BRD usw anerkannt zu werden. Das Erst-Asylabkommen bedeutet, daß seither nur noch ein Land über den Asylantrag entscheidet, auch wenn ein Mensch in mehreren Ländern Anträge gestellt hat. Zuständig für die Entscheidung ist der EG-Staat, den der Asylsuchende zuerst betreten hat. Lehnt dieser Staat seinen Antrag ab, hat er auch in allen anderen EG-Staaten keine Chance mehr. 4 Tage nach dem Dubliner-Abkommen traf die Shengener-Gruppe eine ähnliche Vereinbarung.

Die Shengener-Gruppe
Vertreter der Innen- und Justizverwaltungen der sogenannten Shengener-Migtliedsstauten

Shengen ist eine kleine Stadt in Luxenbourg. In dieser Stadt treffen sich seit 1985 Vertreter der Innen- und Justizverwaltungen der sogenannten Shengener-Migtliedsstaaten, also der Niederlande, Belgiens, Luxenbourgs, Frankreichs und der Bundesrepublik . 1993 traten Italien, Portugal und Spanien der Shengener - Gruppe bei. Von ihr, also der Shengener-Gruppe, wurden quasi auf dem kleinen Dienstweg, unkontrolliert von den Parlamenten zum Beispiel, die Weichen für die künftige EG-Politik gestellt. In den Medien wurde das Shengener-Abkommen als Schritt für die Vereinigung Europas gefeiert. Endlich würden die Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten geöffnet, "freie Fahrt für freie europäische Bürger". Gar nicht, oder nur am Rande, wurde über einen anderen wichtigen Teil des Shengener-Abkommen berichtet - die Schließung der europäischen Grenzen nach außen. Dieser Vetragsteil beinhaltet nicht nur das Erst-Asylabkommen. Die Staaten der Shengener-Gruppe beschlossen auch für nicht-europäische Menschen eine generelle Visumspflicht einzuführen. In der Praxis bedeutet das, daß Flüchtlinge kaum noch nach Europa gelangen können, da sie bereits an den Visaabteilungen der europäischen Botschaften in ihren Heimatländern scheitern.
Zusätzlich verpflichtet das Shengener-Abkommen Transportgesellschaften, d.h. vor allem Fluglinien, die Visa ihrer Passagiere zu überprüfen. Lassen sie zukünftig Menschen aus den 3 Kontinenten ohne gültiges Visa in ihre Maschine nach Europa, drohen ihnen vergleichsweise hohe Geldstrafen. Die Shengener-Gruppe hat eine Vorreiterrolle für EG-weite Entscheidungen. In Shengen werden die Pläne ausgearbeitet, die später im geswamten EG-Bereich umgesetzt werden. Die Schweiz, die in der Shengener-Gruppe Beobachterstatus hat, verschärfte im letzten Jahr ihr ohnehin eng gefaßtes Asylrecht noch weiter. In Italien und Spanien herrscht seit dem Beitritt zur Shengener-Gruppe Visumspflicht. Österreich, dessen Antrag auf EG-Mitgliedschaft gerade angenommen wurde, wird alle Restriktionen gegen Flüchtlinge, die es noch nicht selbst geschaffen hat, sicher gerne nachholen.
Es wäre jedoch falsch aus alldem zu schließen, die Festung EG solle lückenlos gegen alle Flüchtlinge abgeschottet werden. Sinn und Zweck der neuen Asylpolitik ist zweierlei:

Sinn und Zweck der neuen Asylpolitik

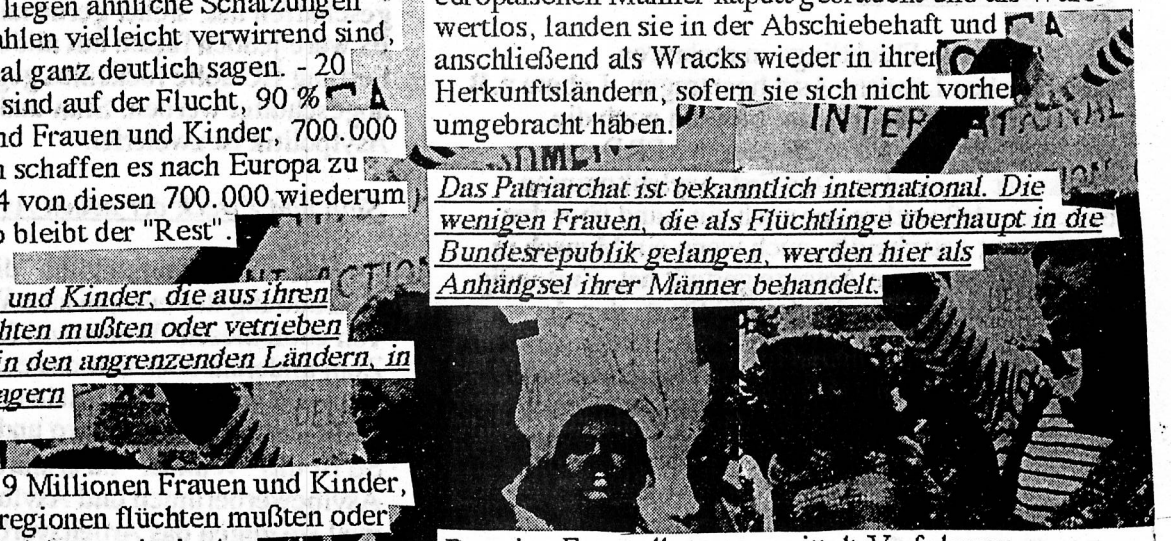
Zu einem sollen tatsächlich "die Massen," auf deren Ausraubung der europäische Wohlstand passiert, von eben diesem Wohlstand ferngehalten werden. Zum anderem aber will das europäische Kapital selbst entscheiden, wieviele rechtlose Billigstarbeitskräfte es wo und wann einsetzen will. So ist das "Wunder" zu erklären, daß die Polizei Asylbewerberinnen und Asylbewerber abschiebt, weil sie gegen das Arbeitsverbot verstoßen haben, also das galt in der Bundesrepublik bis vor einem Jahr, bis zum neuen Gesetz, seither wurde dieses Arbeitsverbot aufgehoben, allerdings bekommt man bezahlte Arbeitsplätze nur unter ganz schweren Bediengungen; also, daß die einen abgeschoben werden, während zur selben Zeit andere Flüchtlinge illegal in den Obstplantagen bei der Ernte helfen dürfen. Und so ist es auch möglich, daß eine libanesische Mutter mit 6 Kindern gezwungen wird das Flugzeug nach Beirut zu besteigen, während gleichzeitig auf dem selben Flughafen eine ganze "Warenladung" brasilianischer Frauen für einen europäischen Zuhälterring anstandslos die Grenze passiert.
Nicht die Menschen, die vor Hunger und Verfolgung flüchten haben das Recht in die Staaten, die Hunger und Verfolgung verursachen, ihr "Glück "zu versuchen, sondern diejenigen, die Hunger und Verfolgung produzieren und davon profitieren, haben das Recht sich aus der Masse der Hungernden und Verfolgten *die* auszusuchen, die ihnen genehm sind.

An die 20 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht
90 % der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder

An die 20 Millionen Menschen sind also heute auf der Flucht. Genaue Zahlen über den Anteil der Frauen an der weltwieten Migrationsbewegungen liegen nicht vor. Der UNHCR schätzt, daß 90 % der Flüchtlinge Frauen und Kinder sind. Wie schon erwähnt gelangt ein minimaler Prozentsatz der Flüchtlinge in die reichen Metropolen; unter diesen wenigen wiederrum, stellen die Frauen eine Minderheit dar. Auch hier liegen meist keine genaue Zahlen vor. In den Niederlanden, wo der Anteil der weiblichen Flüchtlinge erfaßt wird, sind 21 % der Asylsuchenden Frauen. In der Bundesrepublik unterscheiden die zuständigen Behörden nicht nach Geschlecht, sondern nur nach Herkunftsländern. Es gibt daher keine exakten Angaben. Die Arbeiterwohlfahrt aber schätzt 1990, auf der Grundlage de Sozialhilfestatistik, daß etwa 25 %, also etwas 1/4 aller Asylsuchenden in der

Bundesrepublik Frauen sind. In anderen europäischen Staaten liegen ähnliche Schätzungen vor. Weil all diese Zahlen vielleicht verwirrend sind, will ich es noch einmal ganz deutlich sagen. - 20 Millionen Menschen sind auf der Flucht, 90 % dieser Flüchtlinge sind Frauen und Kinder, 700.000 von den 20 Millionen schaffen es nach Europa zu kommen, und nur 1/4 von diesen 700.000 wiederum sind Frauen. Wo also bleibt der "Rest".

19 Millionen Frauen und Kinder, die aus ihren Heimatregionen flüchten mußten oder vetrieben wurden leben meist in den angrenzenden Ländern, in elenden Flüchtlingslagern



Wo bleiben die gut 19 Millionen Frauen und Kinder, die aus ihren Heimatregionen flüchten mußten oder vetrieben wurden. Sie leben meist in den angrenzenden Ländern, in elenden Flüchtlingslagern, in denen sie dem Hunger ebenso preisgegeben sind, wie Vergewaltigungen und unterschiedlichen Formen von Zwangsarbeit.
Manchmal ist die Situation in den Flüchtlingslagern auf Dauer nicht viel besser, als die Situation in ihren Heimatregionen, aus denen sie geflüchtet sind. Machen sie sich jedoch erneut auf den Weg, landen sie doch wieder nur im nächsten Flüchtlingslager, weiter kommen sie meistens nicht. Sie können häufig nicht lesen und schreiben, und haben keine Erfahrung im Umgang mit Behörden. Es ist für sie völlig aussichtslos an ein Visum zu kommen. Den teuren Preis für ein Flugticket nach Europa, oder für diverse Schlepperorganisationen können sie nicht bezahlen. Bringt eine Familie überhaupt das Geld für ein Ticket oder für einen Schlepper auf, dann wird einer der Söhne nach Europa geschickt, in der Hoffnung, daß er eines Tages die Familie nachholt. Die anderen Männer der Familie sind häufig auf die eine oder andere Weise verschwunden; sei es daß sie im Krieg gefallen sind, daß sie im Gefängnis sitzen, oder im Untergrund, oder in den Bergen kämpfen, sei es, daß sie als Wanderarbeiter ihr "Glück" versuchen, oder in den großen Städten. Die Frauen, die fast immer mehrere Kinder haben, sind nicht mobil genug sich auf Wanderschaft zu begeben, und die jungen Mädchen dürfen ohnehin nicht alleine losziehen, oder besser gesagt sie durften nicht.

Ein möglicher Fluchtweg für Frauen nach Europa ist der als Katalogbraut oder Prostituierte. Diese Frauen reisen quasi nicht als menschliche Flüchtlinge nach Europa ein, sondern als Importware.

Neuerdings, und neuerdings sind jetzt schon fast 10 - 15 Jahre, sind manchmal sie die einzigen, denen die Flucht gelingt, allerdings um einen Preis, den sie oft nicht ahnen und der unendlich brutal ist. Diese jungen Frauen und Mädchen, die nichts zu verkaufen haben, um an ein Ticket zu gelangen, können nur sich selbst verkaufen. Ein möglicher Fluchtweg nach Europa ist der als Katalogbraut oder Prostituierte. Diese Frauen reisen quasi nicht als menschliche Flüchtlinge nach Europa ein, sondern als Importware. Sie brauchen keinen Asylantrag zu stellen, denn ihre Händler regeln die Zollmodalitäten. Sind sie schließlich von den europäischen Männer kaputt gebraucht und als Ware wertlos, landen sie in der Abschiebehaft und anschließend als Wracks wieder in ihren Herkunftsländern, sofern sie sich nicht vorher umgebracht haben.

Das Patriarchat ist bekanntlich international. Die wenigen Frauen, die als Flüchtlinge überhaupt in die Bundesrepublik gelangen, werden hier als Anhängsel ihrer Männer behandelt.

Das eine Frau selbst unvermittelt Verfolgung erleidet, daß können sich die Herren in den Asylbehörden nur schwer vorstellen. Als eigener Fluchtgrund anerkannt wir bestenfalls, daß die Frau wegen ihres Mannes verfolgt wird. So gilt z. B. bereits erfolgte und weiterhin drohende Geiselnahme der Frau von mehreren Gerichte als Anerkennungsgrund. Geiselnahme der Frau heißt, daß die Frau, deren Mann untergetaucht ist, von den Militärs oder Polizei festgenommen, gefoltert und meistens auch brutal vergewaltigt wird. In Kurdistan z. B. ist das gängige Praxis. Verrät die Frau nicht wo ihr Mann steckt, kommen die Verfolger immer wieder, bis die Frau eben selber abtaucht, oder, wenn sie es schafft, ins Ausland flüchtet.
Doch egal ob die Frau selbst verfolgt wurde und nur wegen ihres Mannes, sie muß, um in Deutschland ein eigenständiges Asyl zu behalten ihre Verfolgung detailiert beschreiben, sie, wie es im Amtsjargon heißt, glaubhaft machen.

Folter gegen Frauen

Vielen Frauen gelingt es jedoch nicht die Folter, der sie ausgesetzt waren, so darzustellen, daß der Beamte, der ihnen gegenüber sitzt, darin einen Fluchtgrund zu erkennen beliebt.
Folter gegen Frauen
Folter. D.h. sexuelle Erniedrigung und Vergewaltigung mit Folterinstrumenten und durch die Folterer selbst. Darüber zu sprechen ist den meisten Frauen unmöglich. Auch Männer fällt es schwer über Folter zu sprechen; es ist bekannt, daß sich das Opfer durch die Tortur erniedrigt fühlt und beschmutzt, ja sogar schuldig.
Dennoch, ein Mann der gefoltert wurde gilt als Held. Eine Frau die gefoltert wurde, und das heißt immer auch, oder meistens auch vergewaltigt wurde, gilt als entehrt.
Auch in Europa passiert das immer wieder, daß vergewaltigte Frauen von ihren Männer verlassen werden. In den Herkunftsländer der Flüchtlingsfrauen ist das nicht anders.
Die Frauen wagen es nicht über ihre Erfahrungen zu sprechen, sie würden nicht nur von ihrem Mann verstoßen, oft droht ihnen auch der Ausschluß aus der sozialen Gemeinschaft.
In Sri Lanka häufen sich die Selbstmorde tamilischer

wiederverheiratet werden soll, findet in Europa keine Zuflucht. Auch das tamilische Mädchen, daß permanent von singalesischen Soldaten mißbraucht wird, findet hier keine Zuflucht. Die sexuelle Gewalt gegen tamilische Frauen gilt nämlich den Oberverwaltungsgericht Berlin als - Zitat: "*allgemeine Kriminalität*" und dem Oberverwaltungsgericht Münster als - Zitat: "*Folge des Bürgerkrieges*", als Situationen also, die - Zitat: "*die Bewohner des Landes allgemein hinzunehmen haben*" und die somit keinen Fluchtgrund darstellen.

Wer sind nun die wenigen Frauen, die zum einen überhaupt in die Bundesrepublik oder einen anderen EG-Staat gelangen, und die darüber hinaus auch noch als Flüchtlinge anerkannt oder zumindest als Defacto-Flüchtlinge geduldet werden.

Immer weniger Menschen aus der sogenannten Dritten Welt haben seit Inkrafttreten der neuen Gesetze überhaupt noch eine Chance bis nach Europa vorzudringen. Die zuständigen Behörden in Deutschland führen zudem Listen mit sogenannten sicheren Herkunftsländern. Menschen aus diesen Ländern werden direkt an den Grenzen zurückgewiesen, da sie ja laut Liste nicht verfolgt werden. Zu diesen angeblich sicheren Herkunftsländern zählen z. B. auch Staaten wie Gambia und Ghana, aus denen bisher eine relativ große Zahl von politischen Flüchtlingen in die Bundesrepublik entkommen konnte. So rangieren neuerdings an der Spitze der Herkunftländern von Asylsuchenden in Deutschland, Vietnam, Afghanistan, Iran und die Türkei. Wobei die CDU bereits häufig beantragt hat Iran als ssicheres Herkunftsland zu definieren.
Die Mehrheit aber derjenigen, die im letzten Jahr, also seit Inkrafttreten des neuen Ausländerrechts, Asyl gesucht haben, nämlich 72 % , kommt aus den Staaten Süd-Osteuropas, einschließlich des ehemaligen Jugoslawiens. Doch auch ihre Chancen auf Anerkennung tendieren gegen Null.
Allen Flüchtlingen gemeinsam ist, daß sie kaum noch eine Möglichkeit haben sich noch an einen Anwalt zu wenden. Nach den neuen Gesetzen haben sie keinen Anspruch mehr auf Armenrecht. Ohne Rechtsbeistand aber sind sie dem Dschungel der Bestimmungen und Aufnahmebestimmungen imAsylverfahren hilflos ausgeliefert.
Die weiblichen Flüchtlinge in Europa und speziell in der Bundesrepublik kommen meist als Familienangehörige und dürfen auch nur als solche hier bleiben.

Frauen, die alleine hierher kommen und für sich Asyl beantragen.

Es gibt aber auch Frauen, die alleine hierher kommen und für sich Asyl beantragen. Sie sind zumeist eher jung und sie waren in den Herkunftsländern politisch aktiv. Das gilt für allem für Frauen aus Kurdistan bzw. der Türkei und aus dem Iran. Diese Frauen kämpften in Befreiungsbewegungen, sie verfügen über große politische Erfahrung, sie können mit Behörden umgehen und sie haben gelernt sich alleine durchzuschlagen. Und - last not least - haben sie, zynisch gesagt, das große Glück ihre Verfolgung so ausreichend nachweisen zu können, daß sogar der Beamte einer bundesdeutschen Asylbehörde ihre Fluchtgründe anerkennen muß.
Bevor sie jedoch das entscheidende Dokument in ihren Händen halten, steht allen weiblichen Flüchtlingen, allen Flüchtlingen, aber eben auch den weiblichen Flüchtlingen, noch ein ganz spezieller Leidensweg bevor.

Der 3-monatige Zwangsaufenthalt in sogenannten Erstaufnahme-Lagern

Der 3-monatige Zwangsaufenthalt in sogenannten Erstaufnahme-Lagern, der seit 1993 obligatorisch ist, und die darauf folgende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die vom überbelegten Hotel bis zum Kontainerlager reichen. Es gibt in diesen Unterkünften keine Kochmöglichkeiten, weil das - ungenießbare - Essen verteilt wird. Die hygienischen Bediegungen sind katastrophal, Schäden werden nicht repariert, weder verstopfte Ausgüße, noch defekte Heizungen oder feuchte Wände. Die Flüchtlinge selbst können sich nicht helfen. Sie bekommen in fast allen Bundesländern keine Sozialhilfe mehr, sonder das, was unsere Sozialämter Verpflegung nennen, plus ein lächerliches Taschengeld.
Frauen treffen diese Bediengungen besonders hart. Sie müssen sich damit herumschlagen, daß die Kinder ständig in überfüllten Räumen leben, keinen Auslauf haben, nichts lernen können und notgedrungen depressiv oder extrem agressiv werden. Sie selbst, also die Frauen, sind ständig von Vergewaltigungen bedroht. Alleinstehende Männer stellen die überwiegende Mehrheit in den Sammellagern. Die verheirateten Männer sperren ihre Frauen ein, die alleinstehenden Frauen sperren sich nicht selten selber ein, aus Angst vor sexuellen Übergriffen. Die Frauen wagen es häufig nicht die Duschen zu benutzen, sie haben oft schon Angst auf die Toilette zu gehen. Die Folgen dieser Zustände sind schwere Despressionen, Krankheiten, Selbstmordversuche. Anläßlich einer Anhörung von Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern stellten Mitarbeiter der Caritas eine ganze Liste von Schädigungen von Betroffenen vor, Depressionen, totale Aparthie, Verfolgungswahrn, psychosomatische Krankheiten, Eheprobleme usw., usf.

Dazu kommt der alltägliche Rassismus von seiten der einheimischen Bevölkerung und der im Rassismus implizierte Sexismus.

Dazu kommt der alltägliche Rassismus von seiten der einheimischen Bevölkerung.
als Abschaum. Sie rangieren an unterster Stelle in der Verachtungsskala weißer Menschen. Die weiblichen Flüchtlinge werden wie die männlichen vom alltäglichen Rassismus und von den Angriffen der Neonazis getroffen. Zusätzlich aber trifft sie

Mädchen, die von den Militärs vergewaltigt wurden. Zu den drohenden sozialen Sanktionen kommt noch, daß die Frauen selbst sich schämen, sich oft selbst als entehrt erleben und allein schon deshalb nicht über ihre Folter sprechen können.

Da die sexuelle Folter häufig den Kernpunkt ihrer Tortur bildete, reden sie insgesamt nur sehr verschleiert und vage über ihre konkreten Erfahrungen. Sie reden dann von schlimmen Geschichten, die ihnen passiert sind. Doch unter schlimmen Geschichten kann und will sich der zuständige Asylbeamte nun einmal nichts vorstellen. Und so kommt er zu dem Schluß,.....

Um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, eine kurze Zwischenbemerkung. Auch männlich Flüchtlinge erhalten in den europäischen Ländern, und speziell in Deutschland nur in den seltensten Fällen Asyl und auch ihre Chancen haben sich in den letzten Jahren noch einmal drastisch verringert.

Ausländischer Flüchtlinge gingen von knapp 40 % im Jahr 1985 auf 4,3 % im Jahr 1993 zurück. Gleichzeitig aber bestätigt sich eben hier auch ein Gesetz des Patriarchat, daß selbst in den unterdrücktesten und ausgeliefersten Menschengruppen, die Frauen noch weniger Möglichkeiten haben als die Männer dieser Gruppe. Und es bestätigt sich noch ein weiteres Gesetz des Patriarchats, daß Frauen, egal wo, um anerkannt zu werden, mindestens das Doppelte leisten müssen. So gilt z.B. nach einem Urteil des Berliner Verwaltugsgerichtes die Mitgliedschaft einer Frau in einer verbotenen Partei, Gewerkschaft oder sonstigen Organisation nicht als Fluchtgrund; bei Männern reicht die einfache Mitgliedschaft. Bei Frauen wird sie, so das Berliner Verwaltungsgericht, als Geringfügigkeit eingeschätzt, die angebliche keine politische Verfolgung auslöst. Frauen müssen sich innerhalb der verbotenen Organisationen noch ganz besonders hervorgetan haben, um hierzulande als politisch verfolgt zu gelten. (Entschuldigung, als hierzuland meine ich jetzt Deutschland.).
Wie alle müssen auch die weiblichen Flüchtlinge nachweisen können, daß sie aus politischen, religiösen, oder Gründen der Volkszugehörigkeit verfolgt werden.

Hunger und Elend sind keine anerkannten Fluchtgründe.

Wer vor Hunger und Elend in die reichen Metropolen flieht gilt als Wirtschaftsflüchtling. Das ist die einfache Logik des Imperialismus. Der Wohlstand in den Metropolen basiert auf der Asubeutung der 3 Kontinente. Das wir uns satt essen können ist nur möglich, weil die Menschen, deren Ressorcen wir verzehren, hungern. Würden nun diejenigen, deren Brot wir essen, massenhaft hierher kommen, würden die Reichtümer dieser Welt ein wenig umverteilt. Die Folgen, sowohl in den Metropolen, als auch in den Ländern der sogenannten Dritten Welt wären unabsehbar.

Es hat also nur ein winziger Teil der Flüchtlinge, die es bis Europa schafft, die Chance hier zu bleiben. Das sind wie gesagt erstens diejenigen, die nach herrschenden Recht als Verfolgte gelten, und die das in den Augen der Behörden glaubhaft machen können. Und zweitens die sogenannten Defacto-Flüchtlinge, die kein Asylrecht erhalten, aber geduldet werden, weil sie aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden können.

Bürgerkrieg im Herkunftsland.

Als humanitäres Abschiebungshindernis gilt z.B. ein Bürgerkrieg im Herkunftsland. Doch was wiederum als Bürgerkrieg gilt, liegt in der Willkür der zuständigen Behörden, die auch darüber entscheiden, wann *sie* einen Bürgerkrieg als beendet erachten. D.h. wann sie die bis dahin gedurldeten Flüchtlinge wieder abschiebt. Das ist jetzt gerade ganz aktuell mit Flüchtlingen aus Serbien und Kroatien, wo Deutschland sagt, die können jetzt wieder zurückgeschickt werden.
Frauen flüchten nicht *nur* vor Armut und Hunger, nicht *nur* weil sie politisch, religiös oder ethnisch verfolgt werden, oder weil in ihrem Land Bürgerkrieg herrscht.

Frauen flüchten auch aus rein geschlechtsspezifischen Gründen.

Frauen flüchten auch aus rein geschlechtsspezifischen Gründen, weil sie qua Geschlecht verfolgt werden; weil sie als Frauen gegen die patriarchalen Regeln ihrer Gesellschaft verstoßen, oder weil sie speziell als Frauen von den Männern ihrer Gesellschaft gequält, bedroht bis ermordet werden. Frauenspezifische Verfolgung gilt jedoch, ich möchte fast sagen, als natürlich und gilt in den EG-Ländern, mit Ausanhme der Niederlande, nicht als Fluchtgrund. Anträge von iranischen Frauen etwas, die ihre geschlechtsspezifische Verfolgung geltend machen, werden generell abgelehnt. Das folgende Beispiel ist hierfür leider typisch.
Eine Lehrerin aus dem Iran war zusammen mit einem männlichen Kollegen Taxi gefahren. Sie wurde für dieses "Verbrechen" zu 75 Peitschenhieben verurteilt. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte ihre Asylantrag mit folgender Begründung ab. - Zitat: "*Auch wenn sie ihre Auspeitschung als äußerst demütigend empfunden hat, stellt diese Maßnahmen dennoch keine individuelle Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes dar. Vielmehr handelt es sich um eine Strafe die zur Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung ergriffen wurde und in dieser oder ähnlicher Form jede Person getroffen hätte, die eines vergleichbaren Vergehens beschuldigt worden wäre*".
Die junge Frau aus Marokko, die ermordert werden sollte, weil sie angeblich, oder auch wirklich einen Jungen geküßt, und damit gegen die Familienehre verstoßen hat, findet in Europa keine Zuflucht. Die iranische Kriegswitwe, die zwangsweise

aber als Frauen auch noch der im Rassismus implizierte Sexismus. Schwarze Frauen werden als sexuelles Freiwild betrachtet; Tamilische Frauen gelten als "putzig", im doppelten Wortsinn, sie sind ja so süß und sie können auch so gut putzen - z. B. illegal und unterbezahlt in deutschen, französischen oder holländischen Haushalten. In Italien stellen philippinische Frauen heute die Mehrheit der privaten Hausangestellten, eine Art moderner Haussklavinnen. Europäische Modelle bieten mittlerweile selbstverständlich "Exotinnen" an.

Als Flüchtlinge müssen die Frauen sich in einer ebenso rassistischen wie patriarchalen Umwelt durchsetzen. Viele von ihnen haben kein eigenens Aufenthaltrecht und sind sie so gezwungen bei ihren Männern zu bleiben

Sind sie dann endlich als Flüchtlinge anerkannt müssen die Frauen sich in einer ebenso rassistischen wie patriarchalen Umwelt durchsetzen. Da viele von ihnen kein eigenens Aufenthaltrecht haben, sind sie gezwungen bei ihren Männern zu bleiben, auch wenn ihre Ehe inzwischen zur Hölle geworden ist. Als alleinstehende Frauen werden sie, einzig auf Grund ihres "exotischen Aussehehns" als Prostituierte betrachtet und behandelt. Sie müssen von derkärglichen Sozialhilfe leben, es sei denn sie haben das seltene Glück eine bezahlte Arbeit zu finden. Die Wohnungssuche gestaltet sich zum endlosen Hürdenlauf. Sind die Frauen nur als Defacto-Flüchtlinge geduldet schwebt permanent das Damokelschwert der Abschiebung über ihnen. Sind sie als Flüchtlinge anerkannt, haben sie außer dem Aufenthaltsrecht keinerlei Rechte und Ansprüche. Dafür haben sie die Pflicht, sich in das "Gastland" zu integrieren und nicht gegen "seine" Belange zu verstoßen". Trotz allem sind sie der noch schlimmeren Hölle entkommen, in der die Mehrheit ihrer Schwestern lebt, den für viele tötlichen Flüchtlingslagern in Afghanistan, Pakistan, Somalia und neuerdings auch in Georgien und Armenien und im ehemaligen Jugoslawien, den Gefängnissen in Kurdistan, im Iran, in denen die gefangenen Frauen gefoltert, vergewaltigt und ermordet werden.

Die Roma

Ich will kurz noch abschließen und über eine besondere Gruppe von Flüchtlingen sprechen, über die Roma, die vor allem aus Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien nach Deutschland und in andere europäische Staaten flüchten. Während des Nationalsozialismus wurden mehr als eine halbe Million Romas von den Deutschen ermordet. Heute werden sie in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft von einer Grenze über die andere geschoben, niemand will "die Zigeuner" haben. In den Südosteuropäischen Staaten werden täglich Roma in Progromen gequält und ermordet. Flüchten sie aus dieser, im wahrsten Sinn des Wortes lebensgefährlichen Situation in die Bundesrepublik werden sie als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge wieder abgeschoben. Stolz vermeldet das Deutsche Bundesministerium des Inneren im Dezember 1993 - Zitat: *"Besonders hervorzuheben ist, daß die Zahl der Asylbewerber aus Rumänien weiter zurückgegangen ist. Auch die Zahl der Asylbewerber aus Bulgarien ist gegenüber dem Vormonat wieder leicht gesunken. Wurden im April 1992 noch 12.586 Asylbewerber aus Rumänien registriert, waren es im November noch 1.052. Signifikant ist auch der Rückgang bei bulgarischen Asylbewerbern - April 1993 - 3.157 - im November 232"*. Der Grund für diesen "Erfolg" liegt unter anderem darin, daß auch Bulgarien und Rumänien inzwischen zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Wer also aus diesen Ländern kommt und versucht offiziell an der deutschen Grenze einen Asylantrag zu stellen, wird umgehend zurückgeschickt.

Die deutsche Roma-Politik des Bundes wie der Länder zeichnet sich durch ein ganz speziellen Zynismus aus. Die "Zigeuner-Akte" der Nazis werden heute noch bzw. wieder von den zuständigen Behörden verwendet. Die größte Ausländerinnen-Gruppe in bundesdeutschen Gefängnissen sind die Roma-Frauen. Sie werden wegen jeder Kleinigkeit sofort inhaftiert, sei es weil sie keine Aufenthaltspapiere haben, sei es wegen des geringfügigsten Diebstahles, für den keine deutsche Frau in Untersuchungshaft gesteckt wird.

Die Frage ist, ob wir Feminismus als Lobbypolitik eigener Privilegien verstehen, oder ob wir Feminismus als Kampf um Befreiung verstehen, der per se auch internationalistisch und antirasistisch ist.

All diese Frauen, all diese weiblichen Flüchtlinge leben hier mitten unter uns. Wenn wir wollen können wir sie durchaus wahrnehmen. Wenn wir wollen können wir uns durchaus über ihre Situation informieren. Wenn wir wollen, können wir durchaus mit ihnen Kontakt aufnehmen. Wenn wir wollen, können wir in unserem Kampf gegen Frauenunterdrückung und Unterdrückung allgemein uns doch auch auf sie beziehen, uns mit ihnen solidarisieren, gemeinsam mit ihnen kämpfen für unser aller Rechte, nicht nur für die Rechte dr europäischen Frauen, für die Frauen der reichen Metropolen. Die Frage ist nur, ob wir das wollen. Danke.

Vortrag von Iranischer Frau auf Symposium "Verfolgung, Hilfe, Widerstand"
Linz, 22./23.1.94
organisiert v. Frauengruppe "Asyl für verfolgte Frauen", Linz
aufgenommen und abgetippt von LFN
Den Text haben wir bewußt gesprochen abgetippt, weil ein Verstehen nicht von einem grammatikalisch festgesetztdem Deutsch abhängt und manches für uns im gesprochenen einfachen Deutsch noch deutlicher und direkter wird.

FLUCHTGRÜNDE VON FRAUEN, LEBENSBEDINUNGEN VON FLÜCHTLINGSFRAUEN IN ÖSTERREICH

Ich möchte ein bischen klarer machen, warum die Frauen hierher kommen aus den Islamischen Ländern so wie Iran, in dem ein Islamisches Regime herrscht und welche Situation wir erleben in Österreich oder in europäischen Ländern als Frau.

Ich komme aus dem Iran und ich bin seit 4 Jahren in Österreich; darum spreche ich schlecht Deutsch, aber ich möchte ein bischen über mich sprechen und warum ich hierher gekommen bin und auch ein bischen über die Situation der Frauen im Iran, welche Probleme wir als Frauen im Iran haben und ich möchte ein bischen klarer machen, warum die Frauen hierher kommen aus den Islamischen Ländern so wie Iran, in dem ein Islamisches Regime herrscht und welche Situation wir erleben in Österreich oder in europäischen Ländern als Frau.

Wie Sie gehört haben ist die Situation jetzt ganz schlecht geworden. Ich bin seit 4 Jahren in Österreich und ich
spreche über meine Erlebnisse.
Ich spreche über mich und dann auch von anderen Frauen, mit denen ich Kontakt habe in Österreich..
Ich war im Iran Studentin, als das Schah-Regime war. Und in der Revolution gegen das Regime war ich aktiv. Und dann, als das neue Regime kam, das Islamische Regime, waren die ersten Schritte, die das Regime gegen die Frauen machte, eine Vorschrift, daß die Frauen Schleier tragen müssen. Ich war gegen diese Vorschrift. Damals stellte ich mir das so vor, daß dies nicht nur ein Schleier ist, sondern daß das eine Beherrschung von Frauen ist, daß sie z.B. wollen, daß die Frauen zu Hause bleiben, nicht arbeiten und andere Sachen. Und das ist dann auch passiert.
Wir waren 7 Frauen und haben eine Demonstration organisiert. Ungefähr 2000 Frauen kamen zu dieser Demonstration. Wir haben alle Nein zum Schleier gesagt.
Aber die politische Situation wurde bei uns immer schlechter und wir konnten nichts mehr machen, weil von den 7 Frauen, 5 meiner Kolleginnen sind waren im Gefängnis. Bei uns ist das so. Ich und meine andere Kolleginnen sind jetzt in Europa.
Die politische Situation war so, daß ich nicht nur für Frauenrechte arbeiten konnte, sondern ich war überhaupt gegen das Regime, und ich habe politische Aktivitäten gegen das Regime gemacht. Sie haben mich entlassen, und ich konnte nicht weiterstudieren. Ich war ungefähr 4 Jahre Medizinstudentin. Dann war ich im Untergrund, habe dort gearbeitet und habe immer wieder mit der Polizei, mit dem Regime Probleme gehabt. Z.B. zu Hause haben wir eine Schreibmaschine gehabt, wir haben gegen das Regime etwas geschrieben, gegen die Situation der Frauen. Ich habe immer wieder gedacht, daß es Unrecht ist. Die Frauen müssen mit den Männern gleich sein und müssen arbeiten gehen können und Rechte haben.
Bei uns ist auch verboten, wenn jemand zu Hause eine Schreibmaschine hat, darauf steht die Todesstrafe.
Also, sie kamen in meine Wohnung, ich war nicht zu Hause, meine Angehörigen waren zu Hause, 2 Männer und 2 Frauen, einer davon war mein Mann. Sie wurden alle festgenommen, und die 2 Männer waren nach einem Monat tot, sie haben die Todesstrafe bekommen wegen der Schreibmaschine und den Aktivtäten, die wir zu Hause gemacht haben. Die 2 Frauen waren Gästinnen von uns, sie sind zu Besuch gekommen aus einer anderen Stadt. Sie waren 2 Jahre lang im Gefängnis und sind dann frei gelassen worden.
Ich will nur ein Bild davon machen, wieso ich als Flüchtling hierher kam.
Ich war dann 1 Jahr im Untergrund in der Hauptstadt Teheran, habe keinen Ausweis gehabt, keine Arbeit und kein offizielles Leben. Und sie haben z.B. immer wieder mein Photo in vielen Polizeistationen gegeben und sie wollten mich finden. Meine Familie war immer wieder unter Druck. Ich war eine Woche bei einer Familie, eine Woche bei einer anderen Familie und immer haben wir diese Angst gehabt sie finden mich. Also ich konnte nicht ein normales Leben dort haben.
Und damals war bei uns im Iran in Kurdistan Krieg und auch ein bischen ein freies Land. Ich bin dorthin geflüchtet. Es gab keine Möglichkeit in ein anderes Land. Ich bin dorthin gegangen. Ungefähr 10 Jahre lang war ich in Kurdistan. Wir haben einen Krieg gegen das Regime gemacht. Ich war Partisanin dort. Sie haben gehört wie es bei den Partisanen ist (bezieht sich auf einen vorherigen Vortrag "Frauen im Widerstand gegen das NS-Regime"), wir haben dieses Leben gehabt. Ich war im Radio und auch in der Schule. Wir haben dort Schulen gehabt. Und es war Krieg, immer wieder Luftangriffe, immer wieder Tote. Aber trotzdem

habe ich mich dort wohl gefühlt, weil wir haben dort auch gearbeitet. Ich habe vieleArtikel geschrieben über die Frauen im Iran, und wir haben einen Radiosender gehabt und das vorgelesen, und wir haben die Situation immer wieder kritisiert, daß es Unrecht ist, daß es schlecht ist. Ich habe meine Meinung gesagt.
Nach 10 Jahren, nach einem chemikalischen Luftangriff war ich verletzt. Sie machten 2, 3x Luftangriffe gegen uns, aber nach dem letzten wurde ich verletzt. Das war ein chemikalischer Luftangriff, in Halabshe, vielleicht haben Sie das gehört, wir waren in der Nähe.

Ich konnte nicht dort weiterleben.

Ich konnte nicht dort weiterleben. Ich war nervös wegen der Verletzung. Wir haben Ärzte dort gehabt und sie haben gemeint ich kann nicht hier weiterarbeiten oder kämpfen, oder auch nicht normales Leben haben.
Dann bin ich illegal hierher gekommen, das ist klar. Ich habe einen Pass gefunden. Ich habe überhaupt nicht gewußt wo Österreich ist, nur zufällig ein Visum von Österreich. Ich habe in einem geographischen Buch gelesen, Österreich ist so und so, so ist diese Fahne und die Lebenserwartung von Frauen ist mehr als die der Männer. Das war meine einzige Vorstellung und dann bin ich aus Bagdad hierher geflogen. Wir waren in der Grenze Iran und Iraqu in Kurdistan. Ich bin illegal in den Irak gegangen, habe dort etwas gemacht und bin dann von Bagdad hierher geflogen.

Also ich habe nur das gewußt, daß ich in ein fremdes Land komme, meine Familie, meine Wohnung, ich hatte dort ein Zelt, alles verloren habe, meine Arbeit, alles ist vorbei. Ich komme hierher und fange bei Null an.

Also ich habe nur das gewußt, daß ich in ein fremdes Land komme, meine Familie, meine Wohnung, ich hatte dort ein Zelt, alles verloren habe, meine Arbeit, alles ist vorbei. Ich komme hierher und fange bei Null an.

Aber ich habe die Vorstellung gehabt, daß dies ein demokratisches Land ist, und daß ich mit jemanden sprechen kann, der versteht.

Ich habe immer wieder das Gefühl gehabt, die Polizisten haben diese Vorstellung, daß ich lüge, und er muß etwas finden, warum ich kein Asyl bekommen darf.

Aber ich habe die Vorstellung gehabt, daß dies ein demokratisches Land ist, und daß ich mit jemanden sprechen kann, der versteht, warum ich hierher gekommen bin. Ich habe die Hoffnung gehabt, daß sie mir helfen, bestimmt. Meine Vorstellung war, daß ich ein kleines Zimmer bekomme und einen Deutschkurs besuchen kann und etwas Arbeit lernen und arbeiten und ein normales Leben haben. Also ich bin hierher gekommen 1990, am 12. Jänner.
Der erste Kontakt war bei der Polizei. Ich war ohne Pass. Ich habe meinen Pass weggegeben im Flughafen. Und ich habe gesagt, daß ich Flüchtling bin. Sie haben sofort geschaut. Und, ich habe Englisch gesprochen, ich habe gefragt, "was wollen Sie?" Und er hat gesagt, "Pistole". Ich hab gesagt, "schauen Sie".

Ich habe immer wieder gedacht, ich war in unserem Land unterdrückt, aber als Mensch habe ich gekämpft. Aber hier, manchmal haben sie mich so schlecht in die Knie gezwungen.

Es gab auch Unterdrückung von den anderen Bewohnern, wenn jemand als Frau alleine herkommt. Es gab auch sexuelle Belästigung.

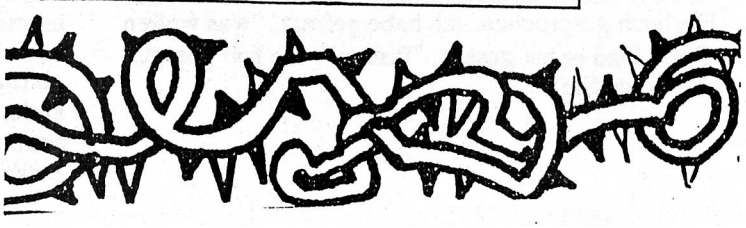
Und dann, die erste Station für alle Flüchtlinge ist Traiskirchen. Sie haben mich dorthin gebracht. Und das war der erste Schock für mich. Im ersten Moment habe ich gedacht hier ist eine Psychiatrie oder irgendwas. Ich bin zurückgegangen. Ich habe gesagt, "das ist falsch, ich bin ein Flüchtling". Das war der Raum, und so viele Leute waren in einem Zimmer. Ich war in einem Zimmer mit 36 Frauen, ein Bett haben sie mir gegeben. In meinem Leben habe ich etwas gelernt, ich muß mich an Sachen gewöhnen. Ich habe mir gesagt, gut, machen wir jetzt so.
Dann haben sie mit mir das Interview gemacht, das ist die Geschichte von allen Frauen, die hierher kommen. Es war eine unmenschliche Atmosphäre. Ich war ungefähr 1 Monat in Karantäne, so wie ein Gefängnis, ich konnte nicht rausgehen, konnte nicht anrufen, oder Kontakt mit meiner Familie oder jemand anderen haben. Ich war 1 Monat dort und in dieser Zeit haben sie mit mir das Interview gemacht. Ich habe immer wieder das Gefühl gehabt, die Polizisten haben diese Vorstellung, daß ich lüge, und er muß etwas finden, warum ich kein Asyl bekommen darf. Das war die Situation. Sie haben immer wieder gefragt warum und wie ich herkommen bin. Die lustige Sache war, einmal haben sie mit mir gesprochen, und wenn jetzt auch, wenn ich ein Flugzeug fliegen höre, ich laufe, weil mein Leben in Kurdistan war so. Wenn wir haben Flugzeuge gehört, haben wir geglaubt, daß es Luftangriffe gibt. Und ich komme immer wieder in diese Position. Und die Polizei hat gefragt, warum machst du so. Und ich habe gesagt, warum bin ich hierher gekommen, weil ich habe immer wider diese Erlebnisse bei Flugzeuge gehabt, daß wir Luftangriffe bekommen.
Und dann habe ich gesprochen, warum ich hierher gekommen bin. Aber die Atmosphäre und die Verhältnisse waren agressiv und unmenschlich. Dann haben sie mich 2 Monate in einen anderen Stock gegeben, da war ich ein bischen freier, und dann haben sie mich in eine Pension gebracht. Dort haben sie gesagt, sie haben keinen Platz für eine Frau, und ich war bei 3 Männer in einem Zimmer. Ich war auch schwanger damals. Wenn ich jetzt über meine Erlebnisse spreche wird mir immer wieder schlecht. Ich war schwanger und ich wollte auch einen Test auch machen, aber als ich frei war wußte ich, daß ich schwanger war.
Ich habe mit 3 Männer in einen Zimmer geschlafen. Ich habe in einem Bett geschlafen, oben war ein Mann und auf der anderen Seite auch 2 Männer. Ich habe mit anderen Leuten gesprochen, wenn jemand als Frau und allein gekommen ist, hat sie Probleme gehabt mit anderen Bewohnern und mit der Pension auch. Sie haben immer wider mit mir gesprochen, warum ich nicht am Balkon schlafe, warum ich mit den 3 Männern im Zimmer schlafe. Ich habe es einmal versucht, aber das war so hart, ich konnte nicht dort schlafen. Sie haben immer wieder gefragt, ob das Kind diesem Mann gehört oder dem anderen. So, es gab auch Unterdrückung von den anderen Bewohnern, wenn jemand als Frau alleine herkommt. Es gab auch sexuelle Belästigung.

Dann bin ich noch einmal zurück, ich habe noch einmal versucht nach Wien zu kommen und ich glaubte, daß ich um Asyl ansuchen muß. Ich war noch nicht anerkannter Flüchtling. Dann kam ich noch einmal nach Wien, 1 Monat nach Traiskirchen. Die Sanitätsanlagen waren so schlecht, z.B. haben wir am Tag keine Dusche gehabt, weil, es waren so viele Männer, man konnte die Tür nicht schließen; ich war eine Frau alleine, ich konnte mich so nicht waschen. Immer wieder passierte etwas. Z.B. einmal wollte ich meine Kleidung waschen, es kam keine Waschmaschine, ich machte es mit der Hand. Ein Mann war 50 Jahre alt, hat mich so fest genommen, hat geküßt. So, diese Belästigung kommt auch dazu, wenn eine Frau alleine wohnt in einem Heim, wo so viele Männer sind.

Das ist eine Richtung, du bekommst Asyl, aber wenig Unterstützung. Arbeit, Deutschkurs, Wohnung, das sind unsere Hauptprobleme.

Also jetzt war ich nocheinmal in Traiskirchen, mein Kind war 4 Monate, ich war schwanger, ich war vervös, und diese Situation, und niemand , niemand hat mit mir gesprochen. Was bin ich, woher komme ich. Und ich habe geglaubt, ich brauche ein bischen Ruhe, als eine schwangere Frau, als eine Flüchtlingsfrau, und als eine Frau bei dieser Geschichte.
Ich sage jetzt meine Vorstellung, z.B. daß sehr gut wäre eine Beraterin oder Sozialarbeiterin dort wäre, und mit mir in einer menschlichen Atmosphäre gesprochen hätte. Aber leider habe ich dort niemand gefunden. Dann brachten sie mich in eine Pension in Wien. Nach 6 Monaten war ich anerkannter Flüchtling, ich habe Asyl bekommen, aber die Ursache - ich habe von der Polizei das Schreiben bekommen, dort steht "allgemeine politische Probleme", nicht Frauenprobleme. Ich wollte aber das ansprechen. Die Leute von unserem Land kommen, viele Frauen wegen Frauenproblemen. Ich war eine Frau, ich war auch politisch aktiv, das ist richtig, aber sie haben geschrieben wegen "allgemeinen politischen Problemen" und wegen "Mitgliedschaft in Organisationen", bei mir war das so. Aber ich kenne so viele Frauen, die vom Iran herkommen, sie haben z.B. in den Familien Problemen, jeden Tag werden sie vergewaltigt, vom eigenen Mann, und sie wollen das nicht mehr weiter. Oder sie haben kein Recht sich scheiden zu lassen. Mit 2 Kindern, ich kenne viele Frauen, sie kommen hierher und sie haben kein Recht Asyl zu bekommen. Jetzt ist es auch noch ein bischen schlechter geworden.
Also, ich bin in eine Pension gegangen. Dann nach 6 Monate habe ich Asyl bekommen. Ich habe noch nicht den Zettel von Asyl bekommen, habe ich eines Tages einen Zettel bekommen, daß ich die Pension verlassen muß. Ich habe gesagt, warum, und ich bin nach Traiskirchen gegangen und die haben gesagt, "sie haben Asyl bekommen, gratuliere, sie haben Asyl bekommen". Ich habe gesagt, gut und morgen muß ich auf die Straße gehen, wo ist eine Wohnung, wo kann ich wohnen bitte. Ich habe noch keinen Deutschkurs besucht, ich habe noch keine Arbeit gefunden. Ich bin eine schwangere Frau, ich kann nicht noch arbeiten. Das war die wirkliche Situation.
Ich war ca. ein Jahr da, ist mein Mann hergekommen, und dann haben wir eine Wohnung gefunden, und dann waren wir obdachlos. Das ist eine Geschichte von allen Flüchtlingen. Jetzt ist es schlechter geworden. Aber viele Flüchtlinge, die ich kenne, die Asyl bekommen sind dann obdachlos. Ich war 7 Monate im Obdachlosenheim, in einem Zimmer mit 2 qm, das hat einen Durchgang gehabt, 2 Familien haben dort gelebt, eine hatte 4 Kinder, die andere 2 Kinder. Ab 10 Uhr konnte ich z.B. nicht aufs Klo gehen. Das ist so. Du bekommst keine Unterstützung oder wenig Unterstützung von den Bewohnern. Ich war 7 Monate im Obdachlosenheim, und dann habe ich eine Gemeindewohnung bekommen. und das auch mit Müh und Not. Obwohl, ich habe so viel gekämpft, allein aber, wegen meiner Rechte, und dann habe ich eine Wohnung bekommen.
Dann habe ich in der Pension abgesagt.
Das ist eine Richtung, du bekommst Asyl, aber wenig Unterstützung. Arbeit, Deutschkurs, Wohnung, das sind unsere Hauptprobleme.
Ich war im sechsten Monat schwanger, und mein Kind war schlecht beinander wegen dieser Situation, und sie haben gesagt, es wächst nicht, ich muß eine Operation machen und das Kind muß raus, weil es nur 1 Kilo hat nach 6 Monaten. Und dann haben sie einen Kaiserschnitt gemacht, das Kind war 2 Monate in einer Kinderklinik. Und dann habe ich das Kind bekommen, mit 2 Kilo, kein Kinderbett, keine Milch, keine Kleider. Ich war damals noch in der Pension. In der Pension haben sie gesagt, du mußt mit der Caritas sprechen. Ich bin
dorthin gegangen. Die Caritas hat gesagt, Traiskirchen ist zuständig. Ich bin nach Traiskirchen gegangen, die haben gesagt, der Chef von der Pension ist zuständig. Ich habe nichts bekommen. Ich habe einen Bericht geschrieben an meine Mutter, die hat auch die Flasche hierher geschickt. Ich habe kein Geld gehabt, nur 400.- ÖS.-. Wenn ich die 400.- in der Pension bekommen habe, habe ich immer wieder Schokolade gekauft, weil ich habe immer Hunger gehabt. Essen hab ich in der Pension bekommen, ich war schwanger; in 2 Tagen war alles fertig. In der Pension habe ich dann Milch bekommen, weil mein Kind war eine Frühgeburt, ich habe keine Milch gehabt. Sie haben mir das gegeben, aber in einer Woche ein Paket, und manchmal war am 5. Tag die Milch fertig, und dann mußte ich mit dem Chef noch einmal sprechen und er hat immer gesagt, "warum haben sie sie fertig gemacht".
Ich habe immer wieder gedacht, ich war in unserem Land unterdrückt, aber als Mensch habe ich gekämpft. Aber hier,manchmal haben sie mich so schlecht in die Knie gezwungen. Aber was sollte ich machen, das Kind braucht Milch, unbedingt, und ich hab kein Geld. Als mein Kind 7 Monate war, habe ich sie in eine Kinderkrippe gegeben, und dann habe ich angefangen einen Deutschkurs zu besuchen. Das war auch schlecht, mit vielen Problemen hab ich meinen Deutschkurs bekommen, besucht, und dann noch einen Krankenschwesterkurs und jetzt arbeite ich in einem Pensionistenheim als Krankenschwester.

Ich will ein bischen wegen der Situation von anderen Frauen auch sprechen.



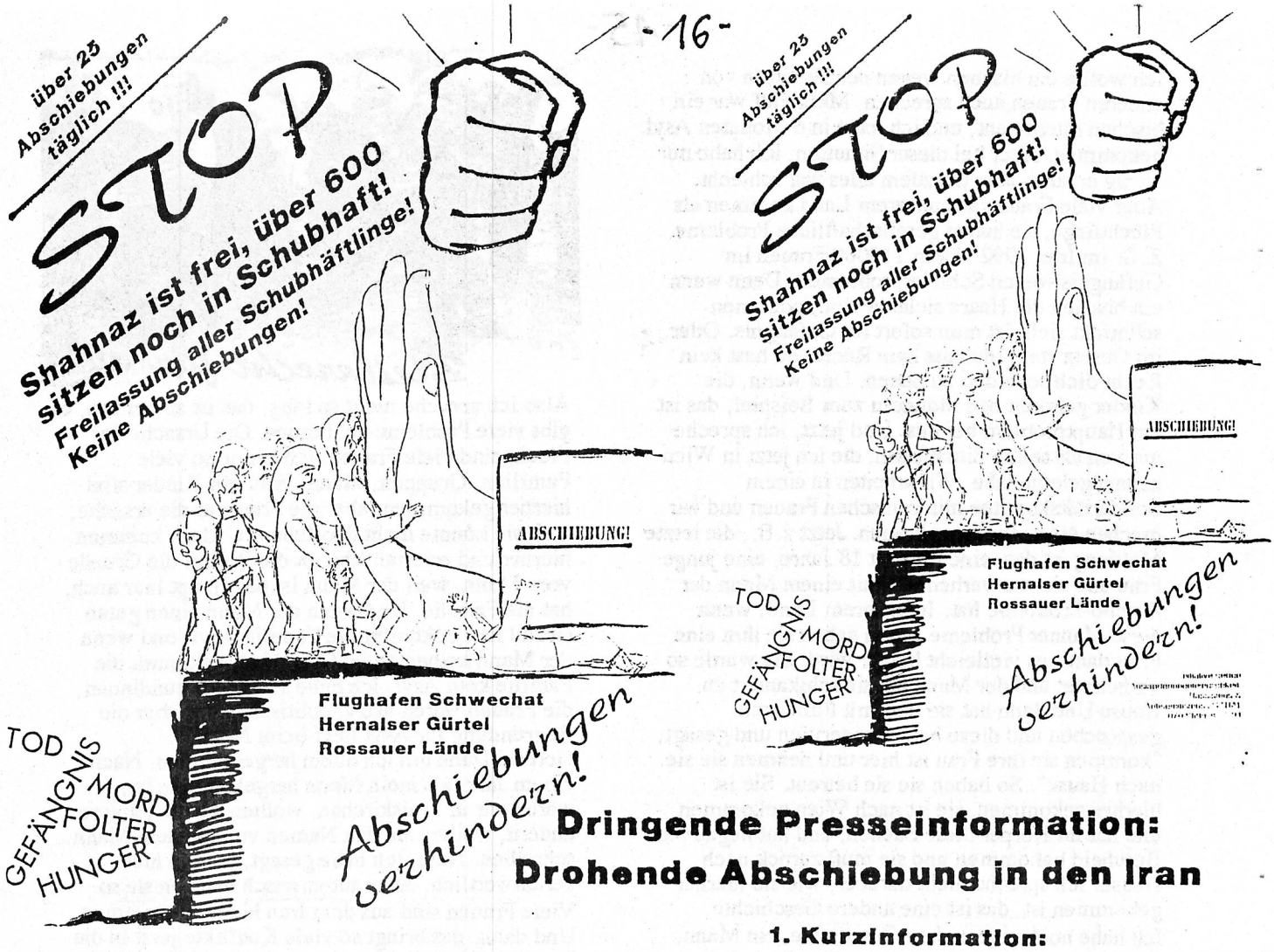
Ich wollte ein bischen wegen der Situation von anderen Frauen auch sprechen. Mein Fall war ein bischen interessant, und ich habe in 6 Monaten Asyl bekommen. Aber bei dieser Sitaution, ich habe nur wenig erzählt, aber trotzdem alles war schlecht. Aber viele Frauen aus unserem Land kommen als Flüchtlinge, sie haben gesellschaftliche Probleme. Z. B. im Iran 1992 waren 119000 Frauen im Gefängnis wegen Schleierproblemen. Denn wenn ein bischen die Haare sichtbar sind, oder man schminkt sich, ist man sofort im Gefängnis. Oder, im Gesetz steht, du hast kein Recht, du hast kein Recht dich scheiden zu lassen. Und wenn, die Kinder gehören den Männern zum Beispiel, das ist ein Hauptproblem bei uns. Und jetzt, ich spreche nur von aktuellen Situationen, die ich jetzt in Wien kennengelernt habe. Wir arbeiten in einem Solidaritätskomitee mit iranischen Frauen und wir machen etwas für diese Frauen. Jetzt z. B., die letzte Meldung ist das, eine Frau ist 18 Jahre, eine junge Frau und sie war verheiratet mit einem Mann der Psycho-Probleme hat. In unserem Land, wenn diese Männer Probleme haben geben sie ihm eine Frau damit es vielleicht besser wird. Sie wurde so verheiratet und der Mann hat sie schikaniert zu Hause Und dann hat sie dort mit Polizisten gesprochen und diese haben angerufen und gesagt, "kommen sie ihre Frau ist hier und nehmen sie sie nach Hause". So haben sie sie betreut. Sie ist hierher gekommen, sie ist nach Wien gekommen und hat im Körper diese Sachen, und hat negativen Bescheid bekommen und sie muß zurück nach Hause. Ich spreche nicht darüber, wie sie hierher gekommen ist, das ist eine andere Geschichte. Ich habe noch eine andere Geschichte, ein Mann, der ist homosexuell. In unserem Land hat diese Sache die Todesstrafe, und er hat negativ bekommen vorige Woche. Sie haben geschrieben, "das ist keine Ursache" oder so, er muß zurück. Oder auch, eine Frau mit 2 Kindern ist hierher gekommen, und der Mann hat sie immer wieder zu Hause geschlagen, die Kinder waren im Kinderheim, und alles war so schlecht. Diese Frau hat 2Kinder mitgenommen und ist gelaufen, und hat jetzt kein Visa, keine Arbeit, kein Asyl. Sie lebt 7 Monate illegal in Österreich, und das kann man sich überhaupt nicht vorstellen bei dem neuen Gesetz.

Nach 6 Monaten war ich anerkannter Flüchtling, ich habe Asyl bekommen, aber die Ursache - ich habe von der Polizei das Schreiben bekommen, dort steht "allgemeine politische Probleme", nicht Frauenprobleme. Ich wollte aber das unsprechen. Die Leute von unserem Land kommen, viele Frauen wegen Frauenproblemen.
Die Ursache der Flucht sind viele Frauen.
Und sie kommen hierher und erstmal schreibt die Polizei die Gründe vom Mann, weil der Mann ist das Haupt hier auch, hat die Familie.
Und wenn der Mann einen guten Grund hat, bekommt die Familie Asyl, und wenn der Mann keinen guten Grund hat, bekommt die Familie kein Asyl.

Also ich spreche nicht so lang, das ist so bei uns, es gibt viele Probleme bei Frauen. Die Ursache der Flucht sind viele Frauen. Ich kenne so viele Familien, Gruppen, Mann, Frau mit Kinder sind hierher gekommen, aber die Frau war die ursache, weil sie könnte nicht dort leben. Und sie kommen hierher und erstmal schreibt die Polizei die Gründe vom Mann, weil der Mann ist das Haupt hier auch, hat die Familie. Und wenn der Mann einen guten Grund hat, bekommt die Familie Asyl, und wenn der Mann keinen guten Grund hat, bekommt die Familie kein Asyl. Ich habe so viele Freundinnen, die Frauen waren aktiv, politisch aktiv, aber die Begründung für Asyl liegt beim Mann.
Gott sei Dank bin ich allein hergekommen. Nach einem Jahr, als mein Mann hergekommen ist, waren wir in Traiskirchen, wollten sie die Papiere ändern, wollten sie den Namen von meinem Mann schreiben. Nein, ich habe gesagt, ich bin hier verantwortlich. Aber automatisch machen sie so. Viele Frauen sind aus dem Iran hierhergekommen. Und dann, das bringt so viele Konflikte jetzt in die Familie. Weil die Männer wenig akzeptieren oder integriet werden, aber die Frauen ein bischen schneller, sie lernen schnell Deutsch, oder fremde Sprache. Sie gewöhnen sich, sie können z. B. als ausgebildete Frau ein bischen hier arbeiten, aber die Männer akzeptieen das nicht. Alles bringt einen Konflikt zu Hause. So viele Scheidungen gibt es jetzt bei uns im Ausland, wegen dieser Situation. Und die Männer sagen immer wieder, "du hast gesagt, wir müssen nach Europa gehen. Schau, Europa ist so."

Also, für mich ist wichtig, was wir machen können.

Also die letzten Worte, die ich sage, für mich ist wichtig, was wir machen können. Die eine Sache ist das Gesetz, worüber Anny gesprochen hat. Eine andere Sache ist, wenn eine Frau mit diesen Hindernissen hierher gekommen ist, was können wir machen, daß sie ein bischen besser leben in der Zwischenzeit. Ich habe bis jetzt keine Frauenorganisationen kennengelernt, daß sich intensiv mit dieser Sache beschäftigt. Ich konnte nichts finden, die Frauen, die Flüchtlinge helfen. Das ist gut, ein bischen in der Nähe dieser Frauen zu sein und dann helfen. Und noch habe ich diese Vorstellung, vielleicht es ist besser , daß Sozialarbeiterinnen, oder Personen, die Verständnis haben, einen Kontakt mit diesen Frauen aufnehmen. Und meine Utopie ist, daß, wenn eine als Flüchtling anerkannt ist, sie das Recht hat einen Deutschkurs zu besuchen, eine Wohnung, eine Arbeit zu finden und dann bezahlt sie die Hilfe. Aber im ersten Moment braucht sie umbedingt Hilfe.
Danke



Dringende Presseinformation: Drohende Abschiebung in den Iran

1. Kurzinformation:

Am Donnerstag, 30. Juni 1994 wurde bei einer Personenkontrolle die seit neun (!) Jahren in Wien lebende Iranerin Shahnaz S. A. festgenommen und sofort in das Schubhaftgefängnis Rossauer Lände überstellt.

Ihre 'strafbare Handlung' besteht nach Angaben der Polizei darin, in Österreich zu leben. Die Polizei behauptet, daß sie nicht behördlich registriert sei, obwohl Shahnaz seit Jahren (bis heute) an derselben Adresse behördlich gemeldet ist.

In dieser Zeit war sie ständig mit verschiedenen Behörden in Kontakt, arbeitete unter anderem als Sozialarbeiterin in einem Deutschkurs für Flüchtlinge und absolvierte z.B. bis Mitte April 1994 einen Fortbildungskurs des Arbeitsamtes. Im September sollte sie ihren - ebenfalls vom Arbeitsamt vermittelten - Pflegerinnenkurs beginnen.

Shanaz ist 1985 nach Österreich geflüchtet, weil sie eine bekannte Oppositionelle ist, die sowohl gegen das Schah-Regime als auch gegen die islamische Diktatur politisch aktiv war. 1981 wurde sie festgenommen, schwer gefoltert und monatelang eingesperrt.

Doch trotz ihrer Gefährdung nach Ablehnung des Asylantrags hat sie auch in Wien weiter unermüdlich über die Terrorherrschaft im Iran informiert, aktiv für die Anliegen von Flüchtlingen und Emigranten gearbeitet und sich damit den Haß - nicht nur - der Vertreter der Islamischen Republik zugezogen.

Sollte sie tatsächlich abgeschoben werden - was aufgrund der gegenwärtigen Vorgangsweise der Fremdenpolizei durchaus wahrscheinlich ist - drohen ihr langjährige Haftstrafe, grausame Folter und möglicherweise auch der Tod.

Der Fall des Iraners Djafarsadeh Djawad, der nach seiner Abschiebung Anfang 1994 sofort am Flughafen Teheran verhaftet, ins berüchtigte Evin-Gefängnis verfrachtet und in den Selbstmord getrieben wurde, ist ein drohendes Beispiel für das menschenverachtende Vorgehen der österreichischen Behörden, die Flüchtlinge in eine nahezu aussichtslose Lage treiben.

Darüberhinaus werden auch durch die drohende Abschiebung von Shahnaz die Verbrechen des faschistischen Regimes im Iran gerechtfertigt.

Wien, 3. Juli 1994

Flugi von: IGARA, STIFTG. 8
c/o ... 1070 WIEN

Neonazistische Aufmärsche, Angriffe und Morde sind wieder Alltag in diesem Land, genauso wie die daraus folgenden öffentlichen politischen Rituale der Bekundung von Abscheu und Bedauern. Die Hintergründe von Solingen offenbaren, daß die rassistische Mobilisierung von Staat und Bullen nicht nur geduldet oder sogar gefördert und gewollt, sondern selbst in der Zuspitzung - Mord - kein Ausrutscher ist: in Solingen wurde mit Hilfe des Verfassungsschutzes eine Neonazistische Mörderbande aufgebaut, aktiviert und vor Verfolgung geschützt. Fünf türkische Frauen und Mädchen starben daran.
Die rassistische Mobilisierung dient als Begründung für die neue staatliche Ausländer- und Flüchtlingpolitik.
Vor dem Hintergrund der Angriffe auf geflüchtete Menschen wird für eine Stimmung gesorgt, die jede unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen möglich machen soll.

Mit Hungerstreiks, Demonstrationen, Besuchen bei der Stadtverwaltung, Annahmeverweigerung oder aus-dem-Fenster-werfen der Eßpakete haben viele geflüchtete Frauen und Männer gegen ihre Ausgrenzung aus der Sozialhilfe und die Versorgung mit Eßpaketen protestiert. Wurden ihnen schon in ihren Herkunftsländern ihre eigenständigen (Über-) Lebensbedinungen geraubt, so müssen sie sich hier gegen deren weitere Zerstörung durch rassistische Sonderbehandlung wehren. Sie kämpfen gegen das neue, am 1.11.93 inkraftgetretene Sondergesetz, das sie zu Menschen "minderer Qualität" stempeln soll und ihnen ein Recht auf menschenwürdiges Leben abspricht. Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte wird eine gesellschaftliche Gruppe insgesamt (geflüchtete Frauen, Kinder und Männer ohne deutschen Paß) aus dem sogenannten Existenzminimum der Sozialhilfe ausgesondert.

Auf BRD-Boden werden sie in Lager mit Mauern, Zäunen und Wachdiensten drumherum gesperrt, in denen sie unter entmündigenden Bedingungen auf engsten Raum leben müssen. Geflohen aus Ländern Osteuropas, Afrika, Asien, vor nationalistischen, rassistischen Kriegen und Machtkämpfen, vor Vergewaltigung, rassistischer Verfolgung, Zerstörung und Perspektivlosigkeit infolge der Zerschlagung ihrer sozialen Strukturen, werden sie hier zu Armutsflüchtlingen und Überflußbevölkerung gemacht und durch die Sondergesetze darin festgeschrieben. Die staatliche Flüchtlingspolitik ist der verlängerte Arm einer Plünderungs- und Zerstörungspolitik in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, die von den reichen Metropolregimen und Banken zur Durchsetzung ihrer patriachalen "Neuen Weltordnung" gemanagt und gefördert wird. Die Menschen in den verarmten Ländern dieser Erde werden von den herrschenden schon seit Jahrzehnten als "Überbevölkerung" definiert ("Weltbevölkerungs-problem", "Bevölkerungsexplosion", "B-Bombe" etc.)
Die, die es schaffen hierherzukommen, werden jetzt mit der gleichen Politik und Ideologie konfrontiert.

Das Sondergesetz soll die Flüchtlinge abschrecken, hierherzukommen, den Aufenthalt so unerträglich und die Deportation so reibungslos wie möglich "durchführbar" machen. Nachdem schon die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien nur in die BRD gelassen wurden/werden, wenn Privatpersonen ihre Unterhaltskosten übernehmen, tritt das sogen. Asylbewerber-Leistungsgesetz für neuankommende Flüchtlinge jetzt generell an die Stelle von Sozialhilfe. Es besteht aus einem entwürdigenden, entmündigenden System von "Sachleistungen" (Gutscheine, Altkleider, Zwangsverpflegung...). Die Geldlosigkeit wiegt in einer Welt, die fast alle Lebensäußerungen und Befriedigung von Bedürfnissen an Geld koppelt, besonders schwer. Sie soll ihnen die Möglichkeit nehmen, sich selbst zu versorgen, an ihre Lebens-Gewohnheiten anzuknüpfen, Kontakte und soziales Leben miteinander zu unterhalten und sie damit der rassistischen Willkür der Behörden ausliefern. Erfahrungsausstausch und Beratung mit anderen sollen verhindert, AnwältInnen nicht mehr bezahlt und damit die zusammengestrichenen Rechtsspielräume faktisch abgeschafft

Auch die medizinische Versorgung wurde drastisch eingeschränkt. Nur akut lebensbedrohliche und ansteckende Krankheiten werden behandelt, nicht aber chronische Krankheiten oder langfristige Folgen von Unterernährung, Folter, Kriegsverletzungen und (sexuellen) Gewalterfahrungen....was und wer behandelt wird, unterliegt zusätzlich der Willkür der Behörden. Die Geldlosigkeit wird gekoppelt mit Zwangsarbeit zu Stundenlöhnen von 2.- DM, bei Verweigerung kann selbst das lächerliche Taschengeld (40 DM pro Kind und 80 DM pro Heranwachsendem und Erwachsenem im Monat)
abgezogen werden - das alles ist verbunden mit der unausweichlichen Aussicht auf Deportation.

Wer es schafft, länger als drei Monate hier zu bleiben, unterliegt zwar nicht mehr dem Arbeitsverbot. Aber nur die allerbilligsten und schlechtesten Jobs, die Menschen mit westeuropäischen Pässen nicht annehmen, können Flüchtlinge ergattern.

Wegen der Aussichtslosigkeit, unter dem neuem Asylunrecht hier bleiben zu können, ziehen sich immer mehr Flüchtlinge, darunter auch Familien, in die Illegalität zurück. Das bedeutet eine noch extremere existenzielle Unsicherheit, Hunger und Wohnraumnot. Um hier leben zu können, haben viele Frauen keine ander Wahl, als sich als Illegale den Sex-Geschäftemachern auszuliefern.

Ein Erfolg der Kämpfe der geflüchteten Frauen und Männer ist es, daß z.B. Köln wieder die reduzierte Sozialhilfe zahlt und Freiburg zumindest an die Flüchtlinge, die länger als ein Jahr in der BRD sind.
Kompromißbereit sind einige Städte und Gemeinden auch deshalb, weil die Vergabe von Sachleistungen ein Mehraufwand an Verwaltung und Organisation bedeutet. Aus diesem Grund weigerten sich z.B. Berlin, Hamburg, Kassel und viele mehr, das Sachleistungsprinzip einzuführen. Weil es jedoch von politischem Interesse ist, die unmenschliche Behandlung gegen die geflüchteten Menschen durchzusetzen, gibt es mittlerweile einen neuen Vorstoß von Birzele (Innenminister BaWü), das Sachleistungsprinzip auf ALLE Flüchtlinge auszuweiten, unabhängig davon, wie lange sie schon in der BRD sind. Das gilt es zu verhindern!!!

Für findige Unternehmer bedeutet die Vergabe von Eßpaketen einen neuen Markt und zusätzlichen Profit. Der Warenwert der Pakete liegt deutlich unter dem Preis, den die Städte dafür bezahlen. Die Kosten für Verpackung, Transport...werden auf die Flüchtlinge abgewälzt. Somit erhalten die Flüchtlinge tatsächlich nur noch den Gegenwert von ca. 50% der ihnen eigentlich zustehenden Sozialhilfe.
Steigern läßt sich der Profit für die Unternehmer zusätzlich durch die miese Qualität der Lebensmittel. Alte und verdorbene Ware, die sich in den Geschäften nicht mehr verkaufen läßt, wird per Paket an Flüchtlinge verteilt. Wenn diese sich weigern, diesen Dreck zu essen, werden sie von Guten Deutschen der Undankbarkeit überführt.

In dem Geschäft mit der Lebensmittel-Unterversorgung von geflüchteten Frauen, Kindern und Männern ist der bayrische Unternehmer Herbert Weigl der Hauptprofiteur und einer der wichtigsten Absahner der staatlichen Flüchlingspolitik: Die Firma Weigl in Nürnberg sicherte sich die Verträge für die Belieferung sämtlicher Flüchtlingsunterkünfte in Bayern und vieler in anderen Bundesländern. Um seinen Profit zu maximieren, läßt Weigl über seine Tochterfirma MEIGO billig Gemüse-und Früchtekonserven in der Ex-DDR produzieren.MEIGO (sitzt in der Nähe von Gera und in Berlin) beliefert vor allem die Flüchlingsunterkünfte in Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Berlin, aber auch in westliche Bundesländern, z.B. in NRW. Mittlerweile verdient Weigl/MEIGO bundesweit auf Kosten von über 20.000 geflüchteten Menschen, die von ihm /laut Monitor-Bericht im März 94) zwangsverpflegt werden.Weigl-Fleisch in Hirscheid/Bayern liefert das manchmal schon grün angelaufene Fleisch, eine weitere Weigl-Tochter, OGEVA in Leipzig, stellt die Konserven für die Pakete her, während die Blechverpackungen von seiner Beteiligungsfirma CANTOP in Eisenhüttenstadt kommen.

Thüringen: Geschäft mit Essenpaketen für Flüchtlinge

Nach ungenügender Vorbereitung doht handfester Skandal

Die Unzufriedenheit der Betroffenen wuchs, denn die Grundausstattung für einen funktionierenden Küchenbetrieb ist erst nach vier Wochen komplett. MEIGO beliefert über 6.000 Asylbewerber in 93 Heimen, darunter 20 in Thüringen, und ist damit offenbar überfordert. Nur 85 Prozent des Verpflegungsgeldes erreichen die Asylbewerber, weil das Unternehmen davon angeblich auch die hohen Transport- und Vertriebskosten begleichen muß. Das federführende Sozialministerium hat trotz der Mißstände nicht für eine andere Lösung gesorgt. Für den Landtagsabgeordneten Siegfried Geißler (NeuesForum) ist die Thüringer Praxis bei der Versorgung mit "Sachleistungen" ein handfester Skandal. Drei-Tages-Rationen, so ergaben Listen, enthalten zum Beispiel 80 Eier und vier Flaschen Essig. Hier offenbare sich, so Geißler, "auch die hohe Energie der von der Landesregierung beauftragten Firma MEIGO in Gera, auf Kosten der Asylbewerber und der Steuerzahler ihren Gewinn zu maximieren". Die Firma bleibe erheblich unter dem Verpflegungssatz von 23,10 Mark. Im Einzelhandel ist die gleiche Menge Waren für 17,77 oder 19,03 Mark zu bekommen. In einem Paket für vier Tage seien lediglich 60 Prozent des zustehenden Wertes festgestellt worden.

Für die geflüchteten Frauen, Kinder und Männer bedeutet Paketverpflegung Entmündigung und Erniedrigung. Zu der entwürdigenden Unterbringung in Heimen und Lagern (abgeschottet von der übrigen Bevölkerung, mit Zaun und Wachpersonal, Eingangs-und Ausgangskontrollen, Besuche nur entsprechend der Lagerverordnung...) kommt der Zwang, das zu essen, was ihnen vorgesetzt wird. Der letzte Ausdruck von Selbstversorgung,-verantwortung und-vertrauen soll zerstört werden.

Die praktizierte Verteilung von Essenspaketen in Flüchlingshäusern und -lagern ist eine Form von Zwangsverpflegung, die es hier in der Psychiatrie und im Knast gibt. Immer ist damit Enteignung, Entfremdung, gezielte Demütigung und Entwürdigung gewollt, um selbstverantwortliches, selbstbewußtes Handel zu unterbinden, um soziale Erfahrungen auf ein Minimum zu reduzieren, um widerständiges und sich verweigerndes Verhalten zu brechen. Das "perfekte" Verwaltetwerden als deutsche Spezialität versucht immer wieder, Menschen zu einer abhängigen, bürokratisch handhabbaren Masse zu "formen", an der Menschenverachtendes leicht praktiziert werden kann. Doch die geflüchteten Frauen und Männer machen den Schreibtischtätern und gierigen Geschäftemachern einen Strich durch ihre Rechnung!

Nahrungszubereitung und Essen findet im sozialen Kontext statt. Das, was wir essen, wer und wie wir es zubereiten, wo und wie wir essen, hat etwas mit unseren Gewohnheiten, Traditionen, sozialen Strukturen...einerseits und mit geschlechtlicher Arbeitsteilung, sozialer und technologischer Zerstörung, Entfremdung, Enteignung...andererseits zu tun.

In den meisten Gesellschaften der Welt ist patriarchal durchgesetzt, daß Frauen für die Reproduktion der (Männer der) Familie oder häufig ohne Mann für die Kinder zuständig sind, d.h. sie haben die Arbeit und Verantwortung dafür zu tragen.
Die Sondergesezte sind nicht geschlechtsneutral. Die Anwendung des sog. Asylbewerber-Sachleistungsgesetzes richtet sich in besonderer Weise gegen die geflüchteten Frauen.
Gewollt minderwertige Zwangsverpflegung erschwert die Versorgung der Familie, belastet die Frauen, macht die weibliche Reproduktionsarbeit unter den Lager- und Zwangsverpflegungsbedingungen zu einer familiären Mehrarbeit und Elendsverwaltung, gerade für die Frauen und Kindern.
Fertigessen und Paketversorgung zielt auch auf kulturelle Unterwerfung, ist Teil der Enteignung und Zerstörung der traditionellen weiblichen Lebens- und Reproduktions-Tätigkeiten, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten und damit auch des Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins von Frauen. Sie verhindert eine oft selbstverständliche Gastfreundschaft, Kommunikation und soziale Anerkennung beim gemeinsamen Essen sind nicht mehr möglich.

Die Sondergesetze unterstützen die Erhaltung und Erneuerung der patriarchalen Gewaltverhältnisse. Frauen geraten unter den Lagerbedingungen in die verstärkte Abhängigkeit sowohl von ihren Männern als auch von den patriarchal-rassistischen Institutionen (der Flüchtlingsverwaltung) und ihren VertreterInnen. Männliche Aggression richtet sich gegen die Frauen, die ihrer Rolle nicht mehr gerecht werden können, für das Essen der Familie verantwortlich zu sein. Die Bedingungen der Unterkunft, das Fehlen jeglicher Rückzugsmöglichkeiten für Frauen, der Wegfall der weiblichen Verwandschaftsbeziehungen... steigern die Situation der Frauen oft ins Unerträgliche. Sexuelle Angriffe, Nötigungen, Erpressungen, Vergewaltigungen durch Aufseher und Lagerbewohner gehören zu ihren Alltag.
Sprachschwierigkeiten, Verpflegungsprobleme verstärken für die Frauen die Isolation; selbst das Einkaufen fällt weg, Einladungen und Feste sind zusätzlich erschwert. Andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung durch Arbeit sind für Männer einfacher, da sie das öffentliche Leben für sich beanspruchen und sich frei von Reproduktions-Verantwortung bewegen können. Den Frauen bleiben allenfalls die noch schlechter bezahlten Jobs wie Putzen, Prostitution, Betteln.

Der Widerstand und Kampf der geflüchteten Frauen dreht sich vor allem um die Fragen der sozialen Reproduktion, um die Erneuerung der durch Flucht- und Lagerbedingungen weitgehend zerstörten sozialen Beziehungen, auch der Frauen untereinander, jenseits von Verwertbarkeit und sexueller Verfügbarkeit, gewaltsamer Zurichtung und Unterwerfung, für Leben und Existenz in Menschenwürde.

Essenausgabe an Asylbeweber (in Mecklenburg): Nur noch 80 Mark Taschengeld

Die staatliche Flüchlingspolitik, begleitet von den unvermindert anhaltenden Pogromen gegen MigrantInnen und Angriffen auf Obdachlose, Behinderte etc., ist ein Schrittmacher zur Durchsetzung einer in der BRD-Nachkriegsgeschichte bisher unbekannten gesellschaftlichen Polarisierung

Das seine Macht in rassistischen, sexistischen und sozialen Angriffen erneuernde kapitalistische Patriarchat erhebt die Verwertbarkeit der Menschen zum Maßstab ihrer Existenzberechtigung und erklärt auch in der Metropole die Nicht-Vewertbaren zu Überflußbevölkerung, deren Existenzrecht wieder ganz offen infragegestellt und die entsprechend "sonderbehandelt" werden dürfen.
Die Sondergesetze gegen geflüchtete Menschen stehen in einer Reihe mit einer generellen Politik der Aussonderung von alten, behinderten, kranken und armen Menschen.
Zu einem wird damit Anpassung und Unterwerfung unter eine verschärfte Ausbeutungsordnung erzwungen: Wachsende Arbeitslosigkeit, Armut, damit einhergehend die Ausweitung und Legalisierung des sog. zweiten Arbeitsmarktes (miese Löhne ohne Sozialabsicherung und Kündigungschutz). Insbesonders sind davon MigrantInnen und auch Frauen mit deutschen Paß betroffen. Zugleich wurde auch der illegale ("3.") Arbeitsmarkt ausgeweitet, der auch die einzige Erwerbsmöglichkeit für illegal hier lebende MigrantInnen ist (Ausweitung von Prostitution und Frauenhandel aus Osteuropa, von Putzstellen und fliegendem Handel etc...)
Zudem erneuern und verfestigen sich die patriarchalen Strukturen, Frauen werden zunehmend und verschärft mit sexueller Gewalt und Ausbeutung konfontiert. Die hohe Frauen-Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Ex-DDR, zwingt Frauen in üble Ausbeutungsverhältnisse mit sexistischen Belästigungen am Arbeitsplatz und in stärkere ökonomische Abhängigkeit von Männern. Den Angriffen gegen sexuelle Gewalt durch die Frauen-Lesbenbewegung stellen Männer sich zunehmend organisiert entgegen-z.B. "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"...

Die Existenzbedrohung (das macht ihren Status als "Überbevölkerung" aus) der Illegalen, der Kriegsflüchtlinge und der dem neuen Asylverfahren unterliegenden Menschen ist direkt umsetzbar in extreme Ausbeutbarkeit für die Ausweitung des 2. und 3. Arbeitsmarktes und damit den Herrschenden äußerst willkommen. Sie dienen als "Bodensatz" für die Angriffe auf die Löhne insgesamt, mit denen die Herrschenden die deutsche ökonomische Vormachtstellung wieder stabilisieren- von vielen Menschen bis hin zu den "Multikultis" wird das sogar begrüßt!

Neue Gesetze und Streichungen im gesamten sozialen Bereich haben faktisch das alte Sozial- und Gesundheitssystem abgeschafft, wovon am härtesten Kranke, Behinderte, Alte, Drogenabhängige und Obdachlose betroffen sind.

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, d.h. wer kann, bezahlt, wer es nicht kann, soll auch nicht leben oder schneller sterben. Euthanasie, sog. Sterbehilfe und eugenische Maßnahmen nach den Kriterien lebenswert und lebensunwert sind nicht nur wieder diskutierbar geworden, sondern sie werden bereits praktiziert und eingefordert.

- Die Durchsetzung der pränatalen Konrolle gegen die Frauen mit dem Zwang, gesunde, leistungsfähige Kinder zur Welt zu bringem und sich selbst "gesund" d.h. verwertbar zu halten,
- das neue Gesetz zur Zwangssterilisierung
- die Ermordung und das Sterbenlassen von Alten und Pflegebedürftigen
- die Diskussion um das "Lebensrecht" behinderter Neugeborener
- die Einrichtung von sog. Ethik-Instituten zur Legitimierung dieser Maßnahmen...

sind Puzzlestücke einer Bevölkerungspolitik, die nach den Kriterien "wertes und unwertes Leben" aussortiert. Wieder gesellschaftsfähig und in konkrete Realität umgesetzt wird die Haltung, die in Deutschland nach Auschwitz führte.

Zugleich mit der zunehmenden Ausbeutung und Armut wächst die rassistische, antisemitische und die sexistische Gewalt und Ausbeutung. Um die patriarchalen kapitalistischen Macht-Verhältnisse neu zu festigen, muß die Mehrheit der weißen deutschen nicht-jüdischen Bevölkerung in die Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht (über ihre Privilegiensicherung und ihre Ausübung sexistischer und rassistischer Gewalt) einbezogen werden- sie weiß, was sie zu verteidigen hat, als Deutsche, als Weiße, als Männer.
Geflüchtete Frauen und Männer werden von den HERRschenden wie vom Fußvolk verantwortlich gemacht für die Verschärfung von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialraub. Darüber stärkt sich das rechte nationalistische Klima und sichert so die Wiederherstellung und Neuformierung des gesellschaftlichen Konsens.

Mit vielfältigen Aktionen- Kampagnen gegen Lager, Sondergesetze und Zwangsverpflegung, Aktionen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, beginnende Organisierung von Zuflucht und Kirchenasyl usw.- trägt eine Minderheit in dieser Gesellschaft dazu bei, diesen sexistischen,rassistischen, antisemitischen Konsens zu durchbrechen.

Unser Beitrag dazu:
In der Nacht des 12./13. Juni ließen wir unsere feurige Wut an diversen LKW´s der Firma Weigl/MEIGO in Nürnberg und Meilitz/Gera aus.

MEIGO; WEIGL UND ALLE ANDEREN PROFITEURE: RAUS AUS DEM GESCHÄFT MIT GEFLÜCHTETEN MENSCHEN!

Wir unterstützen damit die Forderungen der geflüchteten Frauen und Männer:

" Wir wollen ein menschliches Leben"
"Abschaffung der Eßpakete und der Massenverpflegung, volle Auszahlung der Sozialhilfe"
"Bargeld statt Sachleistungen"
"Gegen die medizinische Unterversorgung-für die medizinische Gleichbehandlung Aller"
"Gegen getragene Kleidung - volle Sozialhilfe"
"Gegen die Zwangsarbeit- für die Aufhebung des Arbeitsverbotes"
"Weg mit dem rassistischen Asylbewerberleistungsgesetz"
"Weg mit den Abschiebeknästen"
"Gegen die rassistischen Abschiebegesetze- für ein Bleiberecht für alle"

ROTE ZORA

FÜR EIN EXISTENZRECHT ALLER AUSGEGRENZTEN, JENSEITS VON PATRIARCHAL-KAPITALISTISCHEN LEISTUNGS-UND VERWERTUNGSNORMEN
BLEIBERECHT FÜR ALLE GEFLÜCHTETEN FRAUEN, KINDER UND MÄNNER

MISSACHTEN VON VORSCHRIFTEN KANN BEDEUTEN MENSCHEN ZU HELFEN

Heute sind wir stolz auf
Rosa Jochmann
Paul Grüninger
Hannie Schaft
Sophie Scholl
und und

netz werk
autonomes
feministisches

Bürozeiten: jeden Dienstag von 9.00 - 11.00 Uhr im Jugendhaus Graf Hugo · 05522/37 9 25 · Kontaktadresse: Thalhammer Marlene, Vorstadt 18, 6800 Feldkirch

März 1994

Solidarität mit verfolgten Frauen und Mädchen

Den beiliegenden Kartensatz haben wir erarbeitet, um auf die Auswirkungen der aufenthaltsrechtlichen Gesetze aufmerksam zu machen, den Widerstand dagegen zu verstärken.
Die Karten vervielfältigen und versenden, vergrößern und aushängen !

Die Bedrohung in Österreich durch das neue Asyl-, Fremden- und Aufenthaltsgesetz wird akut. Die Bedingungen für Flüchtlinge wurden dadurch extrem erschwert. Auch bereits niedergelassene Zugewanderte sind in ihrer oft schon jahrelangen Existenz in Österreich bedroht. Anstelle Integration folgt verschärfte, gesetzlich untermauerte Ausgrenzung. Jetzt müssen sie noch stiller sein, jetzt sind sie noch leichter Opfer der Ausnützung ihrer Situation durch bestimmte Arbeitgeber und Vermieter. Statt der erforderlichen Absicherung mehr Gnade und Abhängigkeit von karitativen Organisationen und Einzelpersonen.
Es gilt nun, sich handelnd dagegen zu wehren. Die durch diese Gesetze entstehende Anbiederung an fremdenfeindliche Gruppen und die Duldung der real existierenden Gewalt und Argumentationen ist besonders bedrohlich. Wir können nicht hinnehmen, daß durch diese Vorgehensweise das demokratische Grundrecht, von dem wir ausgehen, dauernd gebrochen wird.
Bei den bekannt gewordenen Vergewaltigungen im Krieg im ehemaligen Jugoslawien war der Aufschrei der Betroffenheit von vielen Seiten sehr laut. Es ändert sich jedoch wenig, wenn "nur" einzelnen betroffenen Opfern Hilfe zukommt, ohne daß gleichzeitig dem Sexismus und Rassismus grundsätzlich durch gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen Einhalt geboten wird.
Es fällt auf, daß konsequent verhindert wird, größere Zusammenhänge zu sehen. Das Tolerieren von Gewalt in der Familie, welche weiterhin zum persönlichen Problem erklärt wird, steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Gewalt in unserer Gesellschaft.
Auch die aufenthaltsrechtlichen Gesetze sind ein Teil dieser strukturellen Gewalt.

IM NAMEN DER ARBEITSGRUPPE

Die Karten vervielfältigen und versenden, vergrößern und aushängen!

- FLÜCHTLINGSFRAUEN SIND DISKRIMINIERT UND DISKRIMINIERT.

weil die Aufenthaltsberechtigung meistens an die des Mannes gebunden ist.

Einerseits werden sie als "billige" Arbeitskräfte geholt, andererseits Menschen auf der Flucht kriminalisiert.

Vor der Möglichkeit einer Antragstellung auf Asyl werden viele Flüchtlinge in Schubhaft genommen. Das heißt: Abschiebung droht.

Sexuelle Gewalt wird als "normal" angesehen. Nur wenige vergewaltigte Frauen werden als Flüchtlinge anerkannt. Auch Armuts-, Kriegs- und Umweltflüchtlinge werden nach österr. Recht nicht anerkannt.

z.B. die "Drittstaatenhürde": Von ca. 15 000 Personen, die von Sept. 1990 bis Febr. 1992 vom Bundesheer an der Grenze aufgegriffen wurden, wurden ca. 10 500 sofort wieder nach Ungarn abgeschoben

EINE FORM des Protestes

Hungerstreikerklärung

Seit ~~Mittwoch~~ Donnerstag, dem 12.10.1994 befinden sich 8 Personen aus Protest gegen den **Genozid an der kurdischen Bevölkerung im Hungerstreik**

Wir ersuchen Euch diesen Hungerstreik und die Forderungen der kurdischen Bevölkerung durch Protestfaxe an die türkische Botschaft, Fax Nr: 5o5 36 60, in Wien zu unterstützen.

Tatsachen und Forderungen:

Tatsache ist:
Daß in der Türkei ein schwerer Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im Gange ist.
In den vergangenen Wochen wurden hunderte kurdische Dörfer bombardiert, Menschen wurden gefoltert und umgebracht, Tiere und Weideflächen verbrannt, die Wälder durch den Einsatz von chemischen Waffen zerstört.
Die Menschen sind infolge der Bombardierungen gezwungen ihre Häuser zu verlassen. Zehntausende vertriebene BäuerInnen aus den entvölkerten Dörfern wurden wie Gefangene in Lagern zusammengetrieben oder wie Nichtseßhafte in verschiedene Orte deportiert.
In Dersim wurden die militärischen Truppen durch einige tausend Soldaten der SPEZIALEINHEITEN verstärkt. Über eine Million Regierungssoldaten werden in Kollaboration mit den faschistischen Truppen zur blutigen Aggression nach Kurdistan geschickt um dort alles zu vernichten und dem Erdboden gleichzumachen. Über Dersim und andere kurdische Städte wurde ein Nahrungsmittel und Medikamentenembargo verhängt das nunmehr bereits 2 Monate andauert.
Presse und Öffentlichkeit sind aus Dersim ausgesperrt. Es herrscht eine breite Nachrichtensperre.

Die Forderungen sind:
-Ein sofortiges Ende der Militäraktionen
-Aufhebung des Embargos gegen Dersim und die anderen Städte und Dörfer
-Schluß mit der sexistischen Kriegführung gegen Frauen
-Gefangene Guerilla-Kämpferinnen und Kämpfer müssen als Kriegsgefangene nach der Genfer Konfention behandelt werden.
-Aufhebung der Pressezensur und sofortige Zulassung internationaler Beobachter in Dersim
-Sofortige Hilfe durch die Schaffung von provisorischen Unterkünften.

Solidaritätskomitee für die Bevölkerung von Dersim
Die Frauen und Männer die sich im Hungerstreik befinden sind in der Münzwardeingasse 5 im 6.Bezirk Wien erreichbar. Leider gibt es dort kein Telefon.

An die türkische Botschaft in Wien
Prinz Eugenstr.40
1040 Wien

An den Botschafter der Türkei in Österreich!
An die türkische Regierung!

Wir protestieren gegen die militärischen Angriffe der türkischen Regierung in Kurdistan.

Die türkische Regierung muß die Bombardements von Dörfern, die Zwangsdeportierungen der Bäuerinnen und Bauern einstellen.

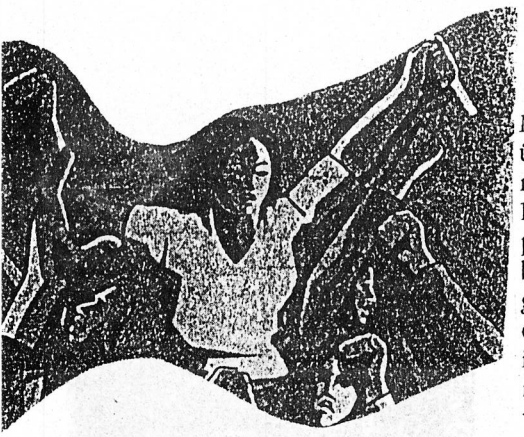
Die Versorgung der vertriebenen und ausgebombten Bevölkerung Kurdistans muß gewährleistet werden weil es nicht angeht daß die Menschen dem Hunger und Erfrierungstod oder dem Tod durch Medikamentenentzug ausgesetzt wird.

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Medikamenten und Nahrungsmittelembargos gegen Dersim und die umliegenden Städte und Dörfer.

Wir wenden uns gegen die sexistische Kriegführung der Militärs, die Schändung von Frauen und Kindern.

Wir wünschen die Einhaltung der UNO-Konvention für gefangene Guerillakämpferinnen und Kämpfer und verurteilen deren Erschießungen.

Wien, am 16. Oktober 1994



Veranstaltung zu Jugoslawien am 20.2.93 im Lesben / Frauen Zentrum

Diese Kassettenabschrift ist im genauen Wortlaut abgetippt, um eine Veränderung des Vortrages zu verhindern. Die Überarbeitung der Satzstellungen hätte viel Zeit beansprucht, die wir nicht haben. Wir haben daher nur hörbare Versprechungen korrigiert. Bei der zweiten Kassette hat das Aufnehmen leider nicht geklappt, so fehlt die Geschichte der Frauenbewegung in Jugoslawien und die anschließende Disskussion.

Im Lesben / Frauenzentrums Beisl sind Wandtafeln angebracht, wo Frau sich die Geschichte Jugoslawiens noch anschauen kann.

1. Geschichte übergehend von 1980-1991 ich werde Schwerpunkte setzen, da man da eine Dynamik ausmachen kann, wie das alles dann entwickelt worden ist. Die Schwerpunkte liegen außerdem in dem Teil 1980-1991 in erster Linie auf innenpolitischen Sachen, also weniger so außenpolitisch, weil das ist schon komplex genug und sonst können wir in der Diskussion noch auf andere Aspekte eingehen.

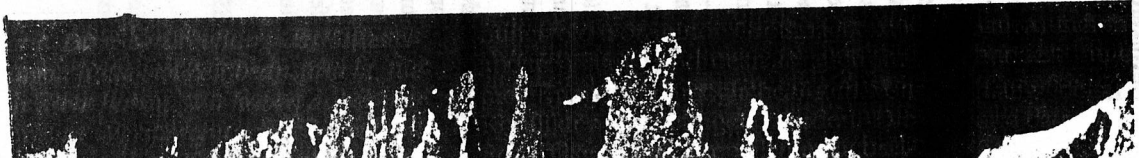
Genau ist der Krieg, der jetzt im ehemaligen Jugoslawien herrscht eine ziemlich komplexe Sache, die nicht einfach mit Schwarz - Weiß - Schuldzuweisung gesehen werden kann, sondern sehr komplexen Hintergrund hat. Meiner Meinung nach sind die Ursachen dafür zu sehen im sehr umfassenden Desintegrationsprozeß sowohl wirtschaftlich als politisch als auch im sozio-kulturellen Bereich, der dann gleichzeitig zu so einer Systemkrise geführt hat, die von Machtpolitikern aller Art, also sei es Kroaten, Serben und auch von einigen anderen Gruppen skrupellos ausgenutzt wurde, aber da gehe ich dann im Einzelnen nochmals darauf ein.

Anfangen wollt ich generell, weil die Machtfrage auch ziemlich groß ist, über die Geschichte, also ich weiß nicht, wie es in Österreich ist, in Deutschland ist über den südost-europäischen Raum so gut wie gar nichts bekannt, also erst im Zuge dieses Krieges wird so langsam angefangen, sich damit zu beschäftigen, deshalb wollt ich so ein paar Fixpunkte einfach noch mal sagen, das ist natürlich auch nicht vollständig, da ich das in einer Stunde nicht pack. Aber so, daß ihr einen gewissen Eindruck kriegt was eigentlich diese Region Balkan ist.

Balkan ist aus dem Türkischen und heißt bergiges Gebiet. Das diese Region schon immer, ein Schlachtfeld war, so kann man das eigentlich nicht sagen, es war eine Region, die immer zwischen verschiedenen Großmächten stand und immer in so einem Spannungsfeld von einer Großmacht zur anderen stand und deshalb auch immer Kriege und mögliche Arten von Konflikten ausgetragen wurden. Die Republiken vom ehemaligen Jugoslawien, die kann man auch nicht einheitlich in der Geschichte sehen, weil die alle teilweise unterschiedlichsten Großmächten zugeordnet waren vor 1918. Eigentlich war die erste Großmacht,also die erste wichtige Scheidelinie die quer über den Balkan lief, war die Trennung von Ost- und Weströmischen Reich, das war so ungefähr im 4.Jahrhundert. Da fragt man sich, was das wohl mit dem heutigen Jugoslawien noch zu tun hat. Das hat damit was zu tun, daß dadurch diese Religion, also es wurde einmal getrennt in die oströmische Kirche und in die weströmische Kirche, was heute noch die Auswirkung hat, daß Kroatien das zu Westrom gehörte, katholisch ist, während z.B. die serbische Kirche orthodox ist und diese Linie ist aus der Trennung zwischen Ost- und Weströmischem Reich zu erklären, was heute noch immer eine Auswirkung hat. Byzanz war das Zentrum von Ostrom und war eigentlich die beherrschende Großmacht, dementsprechend hat es auch immer wieder Konflikte gegeben, auch mit Westrom und mit Völker die in dieses Gebiet eindrangen, in erster Linie mit Byzanz.

Ich sag jetzt einfach mal ein paar Fixdaten, die heute noch in Diskussion kommen.

Kroatien beruft sich heute auf ein frühmittelalterliches Reich und sagt, wir haben damals einen Staat gehabt, den wir gerne wieder hätten, und zwar das frühmittelalterliche kroatische Königsreich, das war von 924 - 1102. Danach ist es dann nach Ungarn übergegangen, wo es dann bis 1918 blieb. Serbien dagegen war ein bißchen später. Serbische Königstümer haben sich zusammengeschlossen, ungefähr ums Mittelalter rum, und entwickelten sich zu einer kleineren Großmacht, die dann mit Byzanz in Konflikten und Kriegen standen bis zur Hälfte des 14. Jahrhundert. Dann tauchte nämlich in der Region eine andere Großmacht auf, das war das osmanische Reich, so um Idirne und Istanbul, damals war es ja noch Byzanz, das sich von da aus ausbreitete, über den ganzen Balkan rüber bis vor die Tore von Wien sozusagen und dann wirklich im 16. Jahrhundert ungefähr ein Viertel der damalig bekannten Welt beherrschte und da gehörten Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Serbien, Albanien, Montenegro bis zur Grenze der Save, die sich in dem Gebiet zur absoluten Vormachtstellung ausbreitete. Daß Interessante ist eigentlich, daß die Türken (sie seien die Schlächter vom Balkan, was so gar nicht stimmt, weil sie relativ diszipliniert und eher daran interessiert waren, Steuern und Abgaben zu kassieren, als irgendwelche Völker großartig zu unterdrücken), z.B. den Christen ihre Glaubensfreiheit ließen, und von ihnen Sonderabgaben als Schutzgeld nahmen. Es war also ein relativ friedliches und diszipliniertes Zusammenleben in der Zeit bis ins 16. Jahrhundert. Ein wichtiges Dokument, das heute immer noch, vor allem in Serbien, eine ganz große Rolle spielt, ist 1389 die Schlacht von Amselfeld. Vielleicht habt ihr das in der Propaganda schon mal gehört, das ist die Schlacht, in der die Serben gegen die Türken verloren haben und woraufhin die Türken den ganzen Balkan eroberten, was heute noch für die Serben eine traumatische Niederlage ist. Es gibt so Liederzyklen im Serbischen, die eine ganz große Rolle spielen. Für sie ist das so eine verlorene Heimat, verlorener Glanz. Es wird sehr hoch mythologisiert. Während das osmanische Reich sich über den Balkan ausbreitete, stieg dann eine andere Großmacht auf, das waren die Habsburger. Deren Ziel war die Schaffung einer straffen, absolutistischen Behörde und die hatten das Problem, daß zur Grenze zum osmanischen Reich, ungefähr der Mit-



te des heutigen Kroatien, ein ständiger Kleinkrieg war und die sich auch bedroht fühlten. Dementsprechend haben sie im 16. Jahrhundert die sogenannte Militärgrenze geschaffen, das war so ein Gebietskorridor mit Wachtürmen und Festungen und da haben sie explizit Serben angesiedelt, Kroaten und Wallachen. Das Interessante an der Sache ist, das sind die Siedlungsgebiete die heute in Kroatien sehr stark umkämpft waren. Das sind die Novokova, Osjek, die Banja, die Krajina, das sind alles Gebiete, die heute serbisches Siedlungsgebiet sind und das resultiert aus dieser militärischen Grenze, die im 16. Jahrhundert geschaffen wurde. Die Serben wurden damals als Wehrbauern angesiedelt, und das war für die Menschen ziemlich interessant. Dadurch, daß sie angesiedelt wurden und diesen Wehrdienst auch leisteten, hatten sie bestimmte Privilegien. Sie wurden von Steuern befreit, der Grund und Boden gehörte ihnen, was damals sehr selten war. Sie hatten Vorteile davon und dementsprechend kamen sie auch zur Ansiedelung. Im 17. Jahrhundert hatten dann die Habsburger Ungarn zurückerobert, das von den Osmanen besetzt war, damit wurde die Militärgrenze ausgeweitet nach Slawonien und Teile der Vojwodina (Nordteil vom ehemaligen Jugoslawien).

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts trat Rußland als die nächste Weltmacht auf den Plan, die sich dann in den folgenden 100 Jahren immer wieder mit Wien, Istanbul um bestimmte Territorien gestritten hat, und die Balkanvölker haben ziemlich darunter gelitten, weil sie quasi immer als Pufferzone benutzt worden sind für irgendwelche Stellvertreterkonflikte und Kriege. Rußland hatte nämlich versucht, so bei Istanbul und was heute Arabien, Rumänien ist, Einfluß zu gewinnen und ist ziemlich expansionistisch vorgegangen. Die Habsburger und auch die anderen Westmächte haben versucht, Istanbul - das osmanische Reich war zu dem Zeitpunkt schon am Niedergang, zu stützen und einen Patt zu erreichen. Also sie wollten nicht, daß die Russen zu starken Einfluß gewinnen in dieser Region. Dementsprechend wurde Istanbul auch immer weiter oben gehalten.

Interessant ist dann noch das mit Napoleon. Kurz vor 1800 gab es verschiedene napoleonische Kriege, unter anderem auch bei Italien, Österreich, (Triest), Teile von Slowenien, Kroatien, Dalmatien - also Slowenien und Kroatien haben bis 1918 eigentlich den Habsburgern gehört -, und die wurden aber im Zuge einer dieser Kriege mehr oder minder unabhängig. Sie haben versucht, eine illyrische Provinz zu gründen. Dies hat aber nur bis 1809 geklappt, denn dann hat Österreich (Habsburger) sie wieder einkassiert. Interessant daran ist einfach, daß diese sogenannte illyrische Provinz,

auch die Idee war, die südslawischen Völker im Habsburgerreich zusammenzuschließen und einen eigenen Staat zu bilden, und das war eigentlich der Vorläufer Jugoslawiens (Staatsgedanken Jugoslawiens). Serbien war zu dem Zeitpunkt schon ganz lange von den Osmanen besetzt, es hat auch immer wieder Aufstände gegen das osmanische Reich gegeben und hat schließlich 1817 die Autonomie vom osmanischen Reich erhalten. Ab 1833 war es praktisch unabhängig und stand nur noch formal unter dem Sultan, der Oberhoheit. Es wurde so zu einem wichtigen Faktor in der Region. In der Folgezeit so um 1848 gings dann ziemlich zwischen den Habsburgern und den Ungarn ab, der ungarische Feudaladel wollte eigenständig werden und eine eigene Verfassung haben. Was sie dann 1848 in einer nationalrevolutionären Bewegung auch versucht haben, sie konnten allerdings nur mit Hilfe der Russen niedergeschlagen werden, die dann in Ungarn einmarschierten. Daraufhin mußten sich die Habsburger mit den Ungarn arrangieren, so kam es 1867 zur Gründung der k.u.k. Monarchie. Für die anderen Nationen im Habsburgerreich hatte das natürlich Folgen, denn für sie tauchte gleichzeitig die nationale Frage auf in diesem Rahmen, es wird auch das Zeitalter des Nationalismus genannt, weil die kleineren Völker in diesen Gebieten versuchten, sich mit nationalen Gedanken gegen ihre Besetzer zu wehren. Das war nicht nur in Ungarn so, sondern auch bei den Slowenen, Slowaken usw.. Diese k.u.k. Monarchie hatte auch noch ein anderes Problem, für die anderen Völker hatte das auch noch andere Auswirkungen, Kroatien hat formal immer zu Ungarn gehört und wurde auch von Ungarn regiert und es gab bis dahin die Privilegien aus dem 16. Jahrhundert und die wurden nun abgeschafft, was ziemliche Folgen hatten, für die Menschen die da lebten und die daher auch verstärkt versuchten, sich national zu organisieren, speziell dieses Südslawentum versuchte sich immer stärker zu organisieren.

Als Idee kam dann auch der Trialismus auf. Neben Ungarn und Österreich als zwei relativ unabhängige Gebiete im Habsburgerreich als dieses ein südslawisches Reich zu schaffen. Ungarn wollte Kroatien und der Wojwodina die ungarisch waren, keine Unabhängigkeit zugestehen. Für die Südslawen wäre es interessant, weil es diesen nationalen Zusammenschluß ermöglicht hätte. Das damalige Königreich Serbien hatte das Problem, gegen mehrere Großmächte zu stehen. Einmal gegen die Habsburger, dann gegen das osmanische Reich und dann kam noch Rußland dazu. Die Serben waren eingekreist und mußten sich auch dementsprechend verhalten und zur gleichen Zeit wie bei den anderen Völkern tauchte bei ihnen der nationale Gedanke auf. Danach wurde die großserbische Ideologie entwikkelt, die heute auch noch teilweise herbeigezogen wird. Diese Ideologie beinhaltet, daß ein südslawisches Reich geschaffen werden sollte mit Bosnien, der Wojwodina und Teilen von Kroatien. Das propagierten sie auch und machten sich diejenigen zum Feind, die ebenso ein Interesse an Kroatien und der Wojwodina und damals schon an Bosnien hatten. Da tauchte zum erstenmal dieser Lärisch(??) habsburgerische Gegensatz auf. Demzufolge versuchten die Serben ihre Interessen mit Rückendekkung der Russen, durchzusetzen und schlossen sich relativ eng an die russische Großmacht an.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so 1870, kam es dann zu immer mehr Aufständen am ganzen Balkan gegen das osmanische Reich. Rußland fürchtete dann eine türkischen - russischen Krieg. Die Westmächte Deutschland (war ja zu dieser Zeit auch sehr stark aufgestiegen), Paris, Habsburger und Großbritannien haben 1878 den Berliner Kongreß durchgeführt. Bei diesen Kongress hatten keine Völker der Region teilgenommen, also ganz klassisch, hier wurde aber die Aufteilung beschlossen, es wurden Einflußspähren abgesteckt. Es wurde auch bestimmt, daß das osmanische Reich auf jeden Fall bestehen bleiben muß, egal, ob die es schaffen, militärisch diese großen Gebiete zu besetzen. Gleichzeitig wurde Montenegro, Serbien, Rumänien und Bulgarien Eigenständigkeit zugebilligt obwohl die gar nicht dazu gehört haben. Österreich - Ungarn wurde das Einflußrecht auf Bosnien - Herzegowina zugeteilt und der Sandsack, ein Gebiet relativ südlich im heutigen Serbien, das heute hauptsächlich von Moslems besiedelt ist. Bosnien - Herzegowina gehörte offiziell noch zum osmanischen Reich. Bosnien - Herzegowina sind zwei Regionen, die unter der Bezeichnung laufen, im Norden Bosnien und im Süden die Herzegowina. Durch diese Grenzziehungen wurde der nationale Zündstoff, der da immer mehr entstand durch diese vielen Gegensätze, nicht beigelegt, sondern im Gegenteil noch weiter geschürt. Bismarck hat das ganz treffend gesagt. Er sagte: "Das orientalische Geschwür sollte schön offen gehalten werden". Für die Großmächte paßte das ganz gut in den Rahmen, diese ganzen Völker gegeneinander ausspielen zu lassen, damit keine Großmacht die Vormacht erhalten könnte. Entsprechend wurden diese Kriege immer sehr geschürt und auch die Konflikte untereinander. Also die klassischen Teile des Herrschens. Das Ganze spitzte sich immer weiter zu vor diesem Jahrhundertwechsel und der Gegensatz zwischen Rußland und Wien wurde auch immer stärker, da diese ihre Interessensspären am Balkan nicht mehr klar trennen konnten. Gleichzeitig machte Serbien große Propaganda in Bosnien - Herzegowina, das eigentlich unter dem Einfluß der Habsburger war. Daraufhin reagierten die Habsburger mit einem Wirtschaftsboykott gegen Serbien, der nicht ganz funktionierte, weil die Deutschen und Franzosen sich nicht ganz daran hielten und die Serben unterstützten. Es war so, eine Großmacht gegen die andere auszuspielen, so muß man sich das in etwa vorstellen. Daraufhin machten die Habsburger dann folgendes, sie annektierten 1908 Bosnien, was ziemlich brisant war für die anderen Großmächte, da sie dadurch das Gleichgewicht auf dem Balkan durcheinander brachten, auch Rußlands Interessen waren dadurch gefährdet. Gleichzeitig war dann in der heutigen Türkei ein Putsch von Atatürk, also dieses ganze Gefüge kam durcheinander, das führte dann auch zu den Balkankriege. Eigentlich waren Österreich, Ungarn, Deutschland und Istanbul ein Bündnis eingegangen, Rußland versuchte dazwischen zu gehen, was aber nicht ganz geklappt hat. Es wurde dann so paktiert, daß die Völker am Balkan unterstützt worden sind und so gegen das osmanische Reich gewendet wurde. Es kam zum ersten Balkankrieg, in dem Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montnegro sehr erfolgreich gegen die Türken kämpften. Als sie dann vor den Toren Istanbuls standen, drehte sich alles um, weil es Streit gab wegen der Grenzziehung einiger Regionen. Es ging speziell um Mazedonien, worauf Griechenland, Bulgarien und Serbien Anspruch darauf meldeten, (es ist heute immer noch genauso) daraufhin gab es heftigen Streit, wo sich dann die Koalitionen änderten. Die Türken verbündeten sich dann mit den Bulgaren um gegen die Griechen und Serben zu kämpfen.

1913 gab es noch einmal eine Konferenz in London, wo versucht wurde die Verhältnisse zu ordnen, wo die Großmächte ihre Einflußsphäre wieder klar abgesteckt haben.

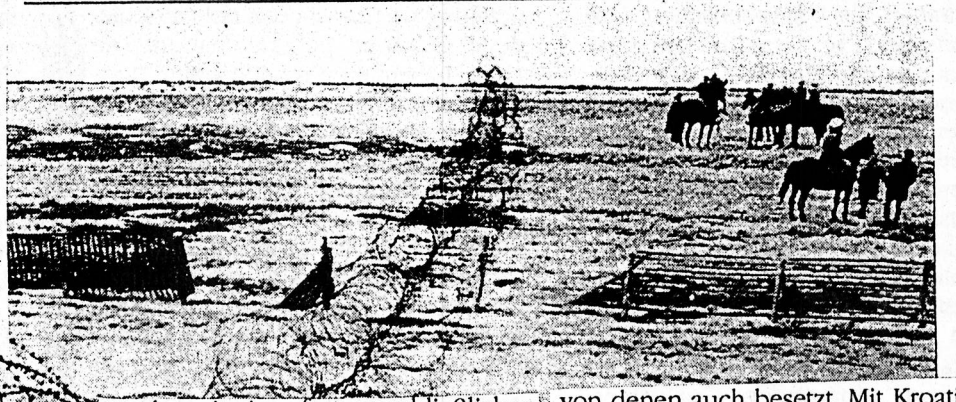
Das Ergebnis von den Kriegen war, daß eigentlich Serbien der Gewinner war, es erhielt den Kosovo. Der Kosovo ist ein südlicher Teil von Serbien; und Mazedonien und diesen Sandsack erhielt es auch, also diese ganzen umstrittenen Gebiete wurden ihm zugeteilt. Dafür mußte sich Serbien wieder an Rußland halten, das die offizielle Schutzmacht von Serbien wurde. Dadurch wurde der Habsburger - Ungarische Konflikt wieder größer, weil die haben sich gegen die Russen verbündet.

Die nationale Frage war insgesamt für die Habsburger wichtiger geworden, da die Völker immer aufmüpfiger wurden, und gerade in Bosnien - Herzegowina, wo die Serben viel Propaganda machten. Es bildeten sich zahlreiche Untergrundbewegungen und Geheimbünde,die durch Terrorakte und Verschwörungstaktiken versuchten, die Habsburger rauszutreiben. In dieser Situation gabs den Besuch vom Thronfolger Franz Ferdinand, der ausgerechnet am 28. Juli 1914 nach Sarajewo kam, der 28. Juli war der 525. Jahrestag der Amselfeld-Schlacht und das war für die Serben eine Provokation, daß an so einem Tag der Besetzer nach Sarajewo kommt. Das endete für den Thronfolger tödlich, er wurde erschossen von einem, der zu einem Geheimbund gehörte, ich glaube den Jungbosniern, die die Befreiung von Serbien und Bosnien zum Plan hatten. Das Ergebnis war, daß Wien glaubte, Belgrad hat das Ganze angestiftet und versuchte Sanktionen zu machen. Berlin gab ihnen eine Blankovollmacht. Österreich war mit Deutschland verbündet und Wien war überzeugt, daß die anderen Großmächte nicht eingreifen würden, was aber dann nicht so war. Wien setzte ein Ultimatum an Belgrad, das war aber so gehalten, daß Belgrad es gar nicht erfüllen konnte, so rückten die militärischen Sanktionen immer näher. Am 28. Juli erklärte die Doppelmonarchie den Krieg an Belgrad. Das hatte wiederum zur Folge, Rußland war schließlich die Schutzmacht von Serbien, daß Rußland eine Generalmobilmachung befahl und auch Österreich - Ungarn eine Generalmobilmachung befahl, Rußland mit Frankreich verbündet war, dadurch ist die Internationalisierung zustande gekommen. Der 1. Weltkrieg hat damit begonnen. Der 1. Weltkrieg hatte auch noch andere Ursachen. Aber für diese Region spezifisch, für die Verwicklung von Serbien und Österreich. Ich will auch nichts zum 1. Weltkrieg sagen, sondern da weitermachen, wo er aufhörte. Das Ergebnis des 1. Weltkrieges war die Umwälzung von Südosteuropa, des Habsburger Reiches und des

osmanischen Reiches. Das osmanische Reich war verbündet mit Berlin und Österreich und gehörte auch deshalb zu den Verlierern. Wie das auch nach dem 2. Weltkrieg war, wurden in Paris die Versailler Verträge gemacht und es gab zahlreiche Nebenverträge, die Grenzziehung, die Einflußsphären u.s.w. für ganz Südosteuropa festlegten. Das Ergebnis war, Serbien hatte das Glück, auf der Seite der Sieger zu sein, wie auch Rumänien und damit hatte sich das Hoheitsgebiet von Serbien verdoppelt. Kroatien hatte das Pech, auf der Seite der Verlierer zu sein, weil die zum Habsburger Reich gehörten und die versuchten sich da noch rauszuhalten. Sie hatten die Idee, was ja schon längere Überlegung war, ein Südslawisches Reich zu gründen. Jugoslawien, also Jugo heißt Süd, die Anlehnung an Serbien. Die Kroaten und die Slowenen hatten ein Problem, weil sie auf der Seite der Verliererseite des Habsburger Reiches standen,

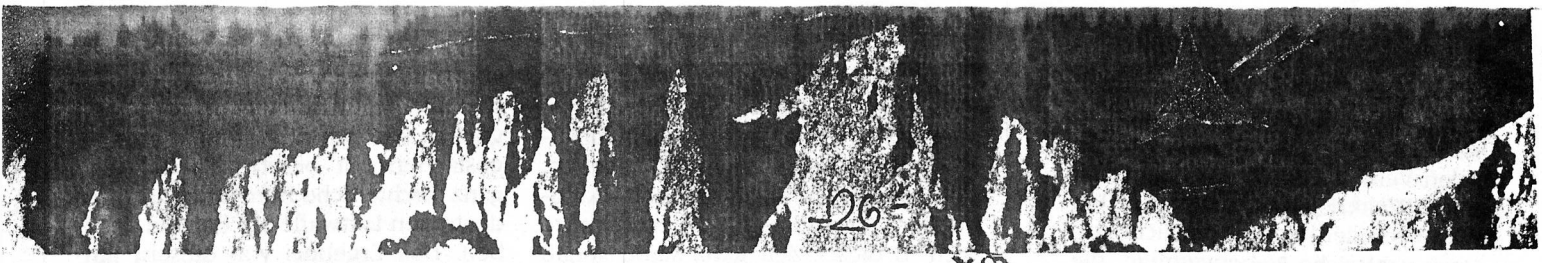
und gleichzeitig ihre nationalen Interessen wahren wollten und ihr Land aus diesen Wirren rausholen wollten. Sie hatten darin ihre Chance gesehen, zusammen mit den Serben einen Staat zu gründen (Jugoslawien). Das wurde 1918 dann auch gemacht. Dann kam es zu der Staatsgründung, Staat der Serben, der Slowenen und Kroaten.

Das ganze hatte eigentlich schon einen Geburtsfehler, eigentlich war es nicht nur ein Staat der Serben, Kroaten und Slowenen, es gab genauso Albaner, Deutsche, Italiener, Juden, Roma, Sinti,..., es gibt so ungefähr 18 Nationalitäten und die gab es damals auch schon. Es wurden nur die drei großen genannt. Die Staatenbildung war überstürzt gekommen, es ist auch nicht sehr wohl überlegt gewesen. Serbien war auf der Siegerseite und dirigiert wie die Staatenbildung auszusehen hatte. Das ganze wurde von der serbischen Königsdynastie gemacht und sehr zentralisiert an Belgrad ausgerichtet. also es war kein föderalistischer Staat, sondern ein zentralistischer unter dieser Königsherrschaft. Am Anfang noch mit Parlament, das aber ziemlich wenig Rechte hatte. 1929 gab es dann auch eine Militärdiktatur unter dem König. Für die Kroaten und Slowenen war das ein böses Erwachen nach kurzer Zeit. Diese versuchten noch ihre Interessen zu wahren, im Gegensatz hatten sie die schlechteren Karten, weil die Serben auch militärisch eine bessere Infrastruktur hatten. Also was heute so als serbisch - kroatischer Gegensatz gilt das entwickelte sich in dieser Zeit ganz stark, sodaß die Kroaten für sich ihre nationalen Interessen nicht ganz gewahrt sahen. 1929 gab es eine Militärdiktatur. Wichtig ist noch, daß die Weltwirtschaftskrise Jugoslawien wie auch ganz Südosteuropa sehr mitgnommen hat. Weil es



Länder mit einer fast ausschließlichen Agrarwirtschaft und relativ wenig Industrialisierung außer in Teilen von Kroatien und Slowenien, weil die unter den Habsburgern eine Infrastruktur erhalten hatten. Dann kam hinzu, daß das Deutsche Reich versucht hatte, diese südosteuropäischen Länder abhängig zu machen. Dadurch das sie keine Kolonialmacht waren wie Frankreich und Großbritannien haben sie versucht den Balkanraum über Verträge für sich zu erschließen. Erschließen ist eher verharmlost ausgedrückt. In den 30iger Jahren haben sich ganz viele Untergrundorganisationen gebildet. Es gab in Mazedonien, das zu dem Königreich Serbien gehörte, die sogenannten Imro. Die gibts heute auch wieder. Die auf ihre Fahnen schreiben, "ein eigenständiges Mazedonisches Reich" zu schaffen oder Staat. Das war eine terroristische Untergrundbewegung und es gab die Ustascha, das ist eine kroatische Terrororganisation, die später von Hitler als kroatischer, unabhängiger Staat gefördert wurde. Also es bildeten sich zahlreiche Untergrundorganisationen, die auch Terrorakte gegen das Königsreich Jugoslawien machten.

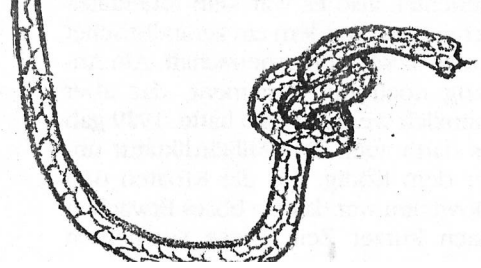
1941 wurde Jugoslawien mehr oder weniger gezwungen, sich dem Drei Mächte - Pakt anzuschließen. Daraufhin putschten die serbischen Offiziere, die nicht damit einverstanden waren, in Belgrad. Hitler hat dann gesagt er würde sich nicht mehr mit denen abgeben, es gibt da ein Zitat. Damals war der Feldzug nach Griechenland geplant und auf dem Weg wurde Jugoslawien mit besetzt. Es hat eine ganz fürchterliche Bombardierung der deutschen Luftwaffe auf Belgrad gegeben. Das Ergebnis von diesem Einmarsch war, daß Serbien unter deutsche Militärverwaltung gestellt wurde, Teile von Jugoslawien dem faschistischen Italien zugeordnet wurden. Das ist z.B. die kroatische Küste heute, ganz Dalmatien und Albanien wurden von denen auch besetzt. Mit Kroatien war das ein bißchen unklar, was darmit geschehen sollte. Hitler hatte erst versucht, einen der ehemaligen Oppositionsführer, einen kroatischen Politiker, als Marionettenregime aufzubauen, der lehnte ab. Daraufhin hatte Mussolini Ante Pavelcik ins Spiel gebracht. Ante Pabeltschik war Führer der Ustascha. Ustascha heißt Aufstand, und das war eine kroatische revolutionäre Aufstandsbewegung, so haben die sich genannt. Ihr Ziel war es, ein Groß-Kroatien zu schaffen, als Gegenidee zu diesem Groß - Serbien. Diese Ustascha versuchte, ihr Ziel durch Terrorakte durchzusetzen. Die kroatische Bevölkerung hatte nicht soviel damit zutun, das war nur eine kleine Splittergruppe und wurde von der Bevölkerung nicht unterstützt, sie agierten hauptsächlich aus dem italienischen Exil heraus. Mussolini hat diesen Pavelcik ganz stark unterstützt und am 15.4.1945 wurde ein unabhängiges Kroatien ausgerufen unter Pavelcik den Ustaschaführer. Die Bevölkerung hatte diese Ausuferung erst relativ gut aufgenommen, weil ein unabhängiges Kroatien eines ihrer Ziele war, aber die Unterstützung war nicht sehr groß. Die Ustascha konnten nur deshalb so gut agieren, weil deutsche und italienische Truppen in Kroatien standen und sie dadurch immer Rückendekkung hatten. Die Ustascha haben dann ein Terrorregime errichtet in Kroatien, ein faschistisches Terrorregime mit der Groß Kroatisch Ideologie dahintersteht. Die Serben wurden von denen als eine Erfindung Österreichs gehal-



ten, die haben ihnen auch abgesprochen, zu ihnen zu gehören. Da war auch ein sehr starker Führerkult und so eine völkische Blut- und Bodenideologie, auch in der völkisch - germanischen Ideologie galten die Slawen immer als Untermenschen. Um Pavelcik und die Ustaschas ertragbar zu machen wurden die Kroaten kurzerhand zu germanischen Goten und die Serben zu alleinigen Slawen und die alleinigen Untermenschen. So wurde das ideologisch hingebogen. Das Interessante an dem Terrorregime ist, daß die Ustascha ganz stark von der katholischen Kirche unterstützt worden ist. Das ist das, was beim deutschen und italienischen Faschismus anders war, nicht viel, aber es hatte eine noch ganz andere Qualität erreicht. Die katholische Kirche, die katholischen Bischöfe und die Franziskanermönche in Nord Bosnien, haben katholisch mit kroatisch gleich gesetzt, also kroatische Rasse. Durch diese Verknüpfung Religion und die Serben die Untermenschen waren, war ganz klar, wer die Feinde in diesem Staat waren. Das muß man sich vorstellen, Kroatien hatte zu diesem Zeitpunkt 6 Millionen BewohnerInnen und davon waren 700.000 Muslime, 18.000 Juden, 2Mill. Serben und dazu kommen noch Roma und Sinti, da war es ganz klar, daß es gegen die Juden, Muslime, Serben, Roma und Sinti ging. Es wurden Konzentrationslager eingerichtet. Es gab Kirchenverbrennungen, auch in den Gebieten, wo im Sommer 1991 der serbisch - kroatische Krieg angefangen hatte, genau diese Gebiete, wo es auch im 2.Weltkrieg total abging. Die katholische Kirche hat auch Zwangstaufen durchgeführt bei orthodoxen Serben und versuchte auch die orthodoxe Kirche systematisch auszurotten. Es gibt so eine Schätzung, die aber mit Vorsicht zu beurteilen ist, daß ca. 250.000 Serben Opfer wurden. Was für dieses Verhältnis der beiden Völker ganz klar macht, daß es immer belastet war. Die Serben sprechen auch von einem Genozid. Über die Zahl der umgebrachten Juden, Romas und Sinti weiß ich nicht soviel, da hab ich auch nicht soviel gefunden.

Generell zum Partisanenkrieg, das war einer der blutigsten Bürgerkriege überhaupt im 2. Weltkrieg, einer der furchtbarsten. Der deutsche Faschismus hat das überhaupt so gehandhabt in den Gebieten mit deutscher Militärverwaltung, daß für jeden erschossenen Besatzungssoldat, durch Partisanen 50 - 100 Zivilisten hingerichtet wurden. Es wurden oft ganze Dörfer niedergemacht. Es gibt so eine Schätzung, daß durch diese Sühneaktionen 80.000 Menschen umgekommen sind, plus ZwangsarbeiterInnen. Im Partisanenkrieg war das so, daß sich verschiedene Gruppen gebildet haben. Die Ustascha hatten Kroatien unter Kontrolle. Dann haben sich die Tschetniks wieder gegründet, das waren ursprünglich so ums 19. Jahrhundert gegründete Gruppen für den Kampf gegen die Türken. Tschetniks heißt Freischärler. Das waren paramilitärische Gruppen, die auch zu Groß - Serbien wollten, die sich orthodox - antikommunistisch verstanden. Die haben mit dem deutschen Einmarsch 1941 schon angefangen, gegen diese zu kämpfen, aber nicht nur gegen die Deutschen, auch gegen die Ustascha und Muslime. Das hat folgenden Hintergrund, daß manche der Muslim die der Ustascha ausgesetzt waren, mit der SS zusammengearbeitet haben. Es bildeten sich Gruppen, die auf verschiedenen Seiten gekämpft haben. Die Kommunisten haben erst relativ spät Partisanengruppen gebildet. Sie haben erst richtig eingegriffen in die Kämpfe, als der Hitler - Stalin - Pakt nicht mehr aktuell war und sie aus Moskau den Befehl erhielten, jetzt könnt ihr kämpfen. Die waren zu Anfang relativ klein, hatten aber den Vorteil, daß sie keiner nationalen Ideologie verpflichtet waren, eine Anziehungskraft für all jene hatte die sich nicht in die Ustascha, Tschetniks und andere Gruppen pressen lassen wollten und da einen Punkt gefunden hattenwo sie Widerstand leisten konnten. Die Kommunisten haben dann große Erfolge gehabt, weil die BewohnerInnen der Gegend auch ganz stark geholfen haben, sie haben nicht nationalistische Befreiungskomitees gebildet. Das hat für die Leute damals eine riesige Anziehungskraft gehabt, denn das war das erste Mal wo es nicht um Nationalitäten ging, sondern um Widerstand gegen die Besetzer und Faschisten. Außerdem haben sie sehr früh ein föderatives Parlament aufgebaut, im Untergrund, das auch alle Nationen und Nationalitäten berücksichtigt hat zum allerersten Mal war in der jugoslawischen Geschichte. 1944 haben dann 500.000 Menschen auf Seiten der Kommunisten gekämpft. Es hatte 1942 schon einen antifaschistischen Befreiungsrat gegeben, wo nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Exilregierung in London beteiligt war. Das war nun so, daß die Kommunisten die beste Ausgangsposition hatten, weil nun ein militärischer Sieg nach dem anderen kam und sie sich dementsprechend in diesem Befreiungsrat durchsetzten und Jugoslawien von den Faschisten befreit hat. Meines Wissens das einzige Land das es alleine geschafft hat, ohne Einmarsch von USA, Großbritannien oder SU. Das erklärt auch das Prestige, das die jugoslawische Volksarmee, die aus der Partisanenarmee hervorgegangen ist, hat, als auch Titos. Tito heißt eigentlich Jozip Broz, Tito ist der Partisanenname.

1945 war Jugoslawien befreit, die Kommunisten setzten sich durch und gründeten das zweite Jugoslawien, das sozialistische Jugoslawien. Da wurde das erste Mal versucht, einen föderalen Rahmen zu schaffen, wo alle Nationalitäten daran beteiligt waren, nicht nur Serben, Kroaten, Slowenen, auch Albaner..... Das ganze hatte auch leider einen Geburtsfehler, das sozialistische Jugoslawien, weil die Zeit vom 2.Weltkrieg nicht aufgearbeitet wurde, es wurde ein Mantel des Schweigens darüber gelegt über die Massaker, über die Gegensätze von Serben und Kroaten, über den Genozid der Serben, über Judenverfolgung, Roma- und Sintiverfolgung. Die Kommunisten waren auch nicht gerade zimperlich mit ihren Gegnern umgegangen, das ist für die Kroaten noch mal wichtig, als die Ustascha immer mehr geschlagen wurden, war es zum einen so, daß sich eine kroatische Heimwehr bildete, in der auch Ustascha Leute drinnen waren und auch ganz normale Bewohner, die mit den Ustascha nichts zu tun hatten, die flüchteten vor der kommunistischen Armee nach Österreich. Die wurden von den Briten, die damals da standen, entwaffnet und wieder zurückgeschickt. Es ist heute bekannt, daß die kommunistische Armee diese Zurückgeschickten erschossen haben. Es waren an die Tausende und es wurde auch nie darüber geredet. Heute spielt das für die Kroaten eine große Rolle, weil die immer wieder sagen, ja die Kommunisten damals, wir sind ja auch verraten



worden. Es taucht auch heute noch in der Propaganda auf.

Ich mach jetzt einen großen Sprung zu 1980.

Der Hintergrund ist, daß Tito 1980 gestorben ist, daß damit die Phase einlief wie Titos Nachfolge organisiert werden sollte. Tito hatte ein Riesenprestige. Er war eigentlich die Leitfigur und auch die Integrationsfigur in Jugoslawien.

1974 wurde eine neue Verfassung eingeführt, die ein föderatives System vorsah, das hatte den Hintergrund, daß es in den 60er Jahren viele Unruhen gegeben hatte mit der Förderung von Republiken, daß sie mehr Rechte wollen und so einer generellen Unzufriedenheit über das politische und das wirtschaftliche System und da wurde versucht, 1974 mit dieser Verfassung dem Rechnung zu tragen. Das beinhaltet, daß ein kollektives Staatspräsidium eingerichtet wurde. Jugoslawien war nach dem Krieg in 6 Republiken und 2 autonomen Provinzen aufgeteilt. Die zwei autonome Provinzen sind die Vojwodina und der Kosovo, die gehörten offiziell zu Serbien. Da saß je einer davon in diesem Staatspräsidium, meines Wissens saß da nie eine Frau drinnen. Dieses Bundespräsidium solange Tito gelebt hat, hat er den Vorsitz und hat auch entschieden was geschieht. Der Vorsitz dieses Bundespräsidium funktionierte über ein Rotationsprinzip, und der wechselt jedes Jahr. Der andere Haken ist das es einen Konsenszwang gibt, also für wichtige Entscheidungen muß ein Konsens sein. Das hieß, wenn einer Republik was nicht paßte, konnte sie durch ein Veto blockieren, bis ein Konsenz da war, was für die Regierungsgeschäfte sehr schwierig war. Dieses ganze System führte dazu das es ein schwaches Zentrum gibt, das die Bundespolitik relativ wenig Macht hatte und dadurch die einzelnen Republiken mehr Macht bekamen. Die Situation anfans der 80 ziger Jahre war auch total schwierig, weil 1981 die sogenannte Kosovokrise eintrat. Der Kosovo war die autonome Republik von Serbien, da leben 90% Albaner und der Rest Serben. Der Haken ist, daß für Serbien diese Provinz ganz wichtig ist, weil sie im Kosovo das traditionelle Heimatland sehen. Das hat in der Gechichte folgende Bewandtnis. Das ursprüngliche Siedlungsgebiet der Serben lag vor dem 17 Jahrhundert, im Kosovo und die wurden bei einem Aufstand gezwungen wegzugehen, weil die Türken mit einer totalen Repression drohten und diese teilweise auch wahrgemacht haben. Damals sind 300.000 geflüchtet, woraufhin die Türken Albaner angesiedelt haben. Das erklärt heute die Völkerverschiebung. Für die Serben bedeutet der Kosovo ihr Heimatland, was sie mythologisch erhöhen. Da war z.B. die Schlacht am Amselfeld, die war im Kososvo. Die Albaner haben sich in einer Unterdrückung von den Serben gesehen und haben in den 20ziger Jahren im Zuge der Verfassungsänderung durchgesetzt, daß sie mehr Rechte bekommen, z.B. das die autonome Provinz mit den Republiken gleichgestellt wurde; der Haken ist, der Kosovo war das Armenhaus von Jugoslawien, um 1981 hat der Kosovo die Hälfte des Bruttosozialproduktes von ganz Jugoslawien gehabt. 1990 war der Arbeitslosendurchschnitt von Jugoslawien 16,8% und im Kososvo lag er bei 57,8%. Das macht diesen Unterschied deutlich, innerhalb von Jugoslawien und dann umgesetzt auf Deutschland oder Österreich kann man sich das annähernd vorstellen. Gleichzeitig hat der Kosovo eine sehr hohe Bevölkerungsdichte, das die Serben auch immer sagen, daß sie quasi über die hohe Bevölkerungsquote hinausgedrängt wurden. Im Kosovo kam es 1981 zu Aufständen, die in erster Linie wirtschaftlich motiviert waren, weil die Menschen auf Grund von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und aus Protest gegen die Regierung Demonstrationen gemacht haben, die ganz furchtbar niedergeschlagen wurden von der Bundesarmee. Damit wurde eine Dauerkrise eingeleitet.Wirtschaftlich war auch 1980 ein Schlüsseljahr, Jugoslawien wurde Mitglied im IWF und 1981 erhielten sie den größten IWF - Kredit aller Zeiten. In den 70iger Jahren hat es einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben. Sie haben es geschafft am Weltmarkt Fuß zu fassen, mit Leichtindustrie, Chemieprodukte und Schiffsbau. Gleichzeitig hat auch der Tourismusboom begonnen. Kroatien und auch Teile von Serbien kriegten dadurch gute Devisen. Also insgesamt hat in den 70ziger Jahren der Lebensstandard und die Wirtschaft eine Aufschwung erhalten, worauf Jugoslawien Kredite aufnahm, bzw. diese auch großzügig gegeben wurden. 1980 setzte die Rezession ein, was dahin führte das Jugoslawien 14 Mill. Dollar Auslandschulden hatte, wo im Zuge der Rezession auch klar wurde, daß sie mit Schiffsbau und auch mit bestimmten Industrien nicht mehr so gut mit anderen Ländern, speziell mit asiatischen, konkurieren konnten. Jugoslawien konnte das gar nicht mehr aufholen. Es wurden auch in den 20iger Jahren viel Fehlinvestitionen gemacht. Es hatte sich eine ziemlich korrupte Bürokratie gebildet. Die Wirtschaft sah generell sehr schlecht aus. Das ganze hat sich 1983-84 noch zugespitzt. Jugoslawien führte dann Umschuldungsverhandlungen mit insgesamt 600 westlichen Banken. Der IWF machte auch ziemlich Druck und forderte Reformen, wie es auch in Dritte Welt Länder ist, mit Lohnbegrenzungen, Freigabe von Preisen und eine andere Zinsvergabepolitik. Jugoslawien hatte im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern eine andere Wirtschaftspolitik. Jugoslawien hat 1948 mit Stalin gebrochen, daraufhin wurde Jugoslawien von den Ostblockländern boykottiert. Jugoslawien hat versucht einen eigenen Weg zugehen, den sogenannten dritten Weg, so zwischen Kapitalismus und Zentralwirtschaft. Sie haben ein eigenes Wirtschaftsmodell entwickelt, mit Arbeiterräten, Selbstverwaltungssozialismus. Privateigentum war gerade ein bißchen zugelassen. Die Entscheidungen in Betrieben über Investitionen und Löhne wurden in den Betrieben getroffen und generell waren die ArbeiterInnen stark beteiligt am betriebswirtschaftlichen Geschehen, was wohl relativ einmalig ist. Das hieß auch, das die Reform die der IWF forderte nicht so einfach durchzusetzen war, weil in Jugoslawien, im Gegensatz zu anderen Ländern, eine andere Wirtschaftsstruktur war. Mitte der 80ziger Jahre war das dann so, daß der Bund jugoslawischer Kommunisten (BdKJ), der überregional organisiert war, die politische Kraft sein sollte die auch gestaltend tätig wird, es war ja auch ein Einparteiensystem. Der Haken war, daß der BdKJ zunehmend unfähiger wurde und keinen Ausgleich mehr schaffte zwischen den verschiedenen Republiken. Es gab in jeder Republik den Bund der kroatischen Kommunisten, den Bund der serbischen Kommunisten und den Bund der albanischen Kommunisten und als Überbau den BdKJ. Durch diese wirtschaftlichen Probleme entwickelten sich die Republiken zunehmend auseinander. Die Interessen von Serbien waren ganz anders als die von Kroatien, vor allem wirtschaftlich. Kroatien und Serbien sind die beiden Republiken die industriell am meisten entwickelt worden sind. Während z.B. der Kosovo und Mazedonien in erster Linie Agrarwirtschaft haben, und einige subventio-

subventionierte Großbetriebe die auf Verlust produziert haben. Das hat den Hintergrund, daß in den 50iger Jahren eine Arbeitsteilung stattfand. Der Norden mußte weiterverarbeitende Industrie produzieren und höherwertige Konsumgüter, während der Süden eher Rohstoff und Ressourcen z.B. Erdöl und Bergbau. Der Kosovo ist ein Bergbaugebiet. Das hat zu einer völligen Spaltung geführt, während der Süden / Osten immer auf dieser Rohstoffindustrie blieb und der Norden umgekehrt ist die Schere immer weiter auseinander gegangen. Die Löhne waren unterschiedlich, der Agrarbereich war immer schlechter bezahlt als der industrielle Bereich. Dementsprechend war für Slowenien und Kroatien die zuzüglich, speziell Kroatien, durch den Tourismus über viele Devisen verfügten. Natürlich hatten die ganz andere Interessen. Dazu kommt, daß es einen Bundeslastenausgleich gab, mit dem versucht wurde die Schere zwischen Nord und Süd zu schließen. Es gab einen Fond in den 3% des Bruttosozialproduktes eingezahlt wurden, das ging in den Süden und wurde zur Weiterentwicklung verwendet. Für Kroatien und Slowenien war das immer ein Dorn im Auge. Die haben so argumentiert - wir erwirtschaften die Devisen, wir sind hochindustrialisiert, aber wir haben nichts davon, weil wir den armen Süden mitschleppen müssen. Mitte der 80ziger Jahre spitzte sich diese wirtschaftliche Situation immer weiter zu. Es gab permanent Streiks und Lohnforderungen. Ein großer Teil der Banken ging bankrott und die Inflation stieg ins unermeßliche. 1990 lag sie bei 2.000% für ganz Jugoslawien. Kroatien und Slowenien schlugen vor, daß die Auslandschulden anteilsmäßig bezahlt werden sollen, wobei Slowenien und Kroatien die Devisen hatten um ihre Anteile zu zahlen, während der Süden, also Kosovo, Mazedonien und Teile von Serbien völlig verschuldet waren.

Die Bundesinstitutionen waren sehr schwach und konnten sich gegen die Republiken nicht mehr durchsetzen. Das Bundespräsidium hatte sich durch ihren Konsenszwang permanent gelähmt, da kam keine Entscheidung raus, weil ja auch keine Einigung unter den Republiken war. Zu diesen Zeitpunkt gab es Initiativen von den national kommunistischenParteien. Es gab zwei Konzepte. In erster Linie war es meiner Meinung nach ein ordnungspolitischer Konflikt, der später zu einem nationalen politischen Konflikt geworden ist. Zu Anfang standen zwei Konzepte gegenüber. In Slowenien, da gab es oppositionelle Parteien seit Mitte der 80ziger Jahre (weniger Bewegung?) die Reformkommunisten hatten sich in dem nationalkommunitischen Verband schon durchgesetzt. Die haben gesehen, daß das jugoslawische System nicht reformierbar war und schlugen einen allmählichen Übergang zu einem demokratischen System westlicher Prägung und somit einem langsamen Übergang in die Marktwirtschaft vor. So wurde von ihnen 1989, als erste jugoslawische Republik, das kommunistische Parteienmonopol aufgehoben. Serbien hat als Gegenkraft

ein Konzept der stärkeren Zentralisierung unter Beibehaltung des herrschenden Systems vorgeschlagen. Sie sahen das Grundübel eben in der Verfassung von 1974 mit diesen förderativen Elementen, was ihrer Meinung nach die Ursache für den ökonomischen Niedergang ist. Der Hintergrund für Serbien, warum die sowas vorschlagen, da hatte sich Milosevic durchgesetzt. 1987 gab es einen internen Kaderputsch. Milosevic war Präsident der Belgrader Bundesbank, hat sich dann in der Partei durchgesetzt, vor allem über die Kosovokrise. Im Kosovo waren ständig Unruhen, die brutal niedergeschlagen wurden. In Serbien wurde dann so argumentiert, daß der Kosovo als autonome Republik der Grund ist für die Desintegration des serbischen Staatswesen, also Serbien kann nicht richtig agieren, weil sie immer den Kosovo mitschleppen müssen. Das zielte darauf ab die autonome Republik Serbien wieder anzuschließen. Es war ein erklärtes Ziel schon in den 70ziger Jahren, daß der Kosovo wieder zu dem serbischen Kernland gehören sollte. Das Ganze wurde von einer massiven Propaganda begleitet, die von einem serbischen Genozid sprachen, in dem Zusammenhang, daß gesagt wurde, die Serben im Kosovo werden unterdrückt von der Bevölkerungsmehrheit der Albaner, und zwar brutal unterdrückt. Die Symbolfigur war Milosevic, er nutzte die Stimmung um für härteres Durchgreifen im Kosovo zu plädieren aus. Er präsentierte ein Programm von einer serbisch - nationale Neuerung und Einheit mit dem bestehenden System. Er ist kein Reformkommunist, auch nicht Anfangs der 80ziger Jahre, sondern eher ein Orthodoxer. Er hat z.B. gegenüber den Bewegungen im restlichen Ost- Europa 1988 - 89 zu dem Systemtransformationen gesagt, das wäre für Jugoslawien überhaupt nicht relevant, weil die hätten das schon in den 50ziger Jahren gemacht. Gleichzeitig gab es 1986 ein Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaft, die eine ökonomische Kritik an Jugoslawien hatten und auch diese seelische Unterdrückung in Albanien feststellten. Insgesamt sagten sie, daß Serbien immer von Jugoslawien benachteiligt wurde, weil es eine staatsrechtliche Zerstükkelung gegeben hatte. Das stimmte, weil Serben leben in Kroatien, in der Wojwodina und auch im Kosovo. Das wurde so ausgelegt, das die Serben nie einen eigenen Staat gehabt hätten und nie eine eigene Republik wo nur Serben leben. Milosevic hat sich für dieses Programm ziemlich als Symbolfigur aufgeschwungen. 1989 gabs die 600 jährige Feier vom Amselfeld, die im Kosovo statt fand, bei dieser historischen Stätte hielt er eine nationalistische Ansprache. Er hat sich ganz klar auf diese nationale Schiene begeben und meiner Meinung nach auch diese Stimmung in der Bevölkerung instrumentalisiert.

1989 ist dann der Punkt wo sich das ganze nochmals zuspitzte. Diese ordnungspolitischen Konflikte zwischen Slowenien und Serbien; Kroatien, Mazedonien und die Wojwodina, Bosnien Herzegowina hielten sich eher noch zurück. Serbien schaffte es 1989 mit der Verfassungsänderung, daß die autonomen Provinzen, der Kosovo und die

Wojwodina, also im Norden von Serbien wieder angegliedert werden. Damit änderte sich das Prinzip des Bundespräsidiums (anfangs waren es 8 Stimmen - die 6 Republiken und 2 autonome Provinzen). Serbien machte folgendes - sie haben ihre eigene Stimme gehabt, dann haben sie die Stimme des Kosovo und der Wojwodina übernommen, die damit auch pro serbisch wurden und Montenegro gehört traditionell eher zu der serbischen Seite. Das heißt, daß da plötzlich ein Patt war. Das Gewichtsverhältnis änderte sich ganz stark im Bundespräsidium. Diese Verfassungsveränderung ist im Bundespräsidium erwirkt worden. Warum Kroatien und Slowenien sich so verhalten haben und es zugelassen haben, ist die Frage. Da wird vermutet, daß die froh waren, den Kosovo los zu werden, die Verantwortung los zu sein, weil der Kosovo immer das Armenhaus von Jugoslawien gewesen ist. Diese Erklärung ist mit Vorsicht zu gebrauchen.

1989 spitzte sich das immer weiter zu, weil die Wirtschaft immer mehr bergab ging. Es gab in Jugoslawien Großbetriebe die sehr hoch subventioniert wurden, diese Betriebe standen vor der Pleite. Teilweise wurden die Löhne nicht mehr ausbezahlt. Im Dezember 1989 gab es einen Streik von 650.000 ArbeiterInnen in Serbien, Montenegro und Mazedonien. Generell ist zu sagen, daß die ziemlich gut organisiert waren. Die haben gestreikt gegen die Regierungspolitik, Wirtschaftspolitik, Korruption und gleichzeitig die Verdoppelung der Löhne gefordert, was natürlich nicht machbar war. Zum einem stand die Bundesregierung unter Druck von IWF und Auslandsschulden und zur anderen Seite stand sie im Land unter Druck von den ArbeiterInnen.

Ende 1990 hat dann sogar der IWF gedacht, das diese Kredite nicht mehr weiterfinanziert werden. Die Bundesregierung die damals unter Ante Makowits stand versuchte 1989 mit einem Regierungsprogramm die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Dieses Regierungsprogramm war mit dem IWF abgesprochen. Der IWF hat gesagt, ihr müßt das so übernehmen, damit wir noch weiter Kredite geben und ein Umschuldungsprogramm von 19 Milliarden Dollar einleiten. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht mehr möglich, weil es keine zentrale Wirtschaftspolitik mehr gab und jede Republik ihre Interessen durchziehen wollte. Slowenien und Kroatien versuchten ihre Devisen für sich zu behalten. In Slowenien gabs zu dieser Zeit die ersten Privatisierungen unter der Hand. Während in Serbien und im Kosovo versucht wurde die Großbetriebe zu halten, weil sie Angst hatten, wenn die kaputt gehen, würden die sozialen Kosten nicht mehr im Verhältnis stehen. Das war der wirtschaftliche Teil.

1990 gab es einen außerordentlichen Kongress. Der Bund der Kommunisten in Jugoslawien löste sich dann auf. Das hatte es noch in keinem osteuropäischen Land gegeben. Der Hintergrund war dieser Ordnungspolitische Konflikt. Slowenien wollte Reformen und eine langsame Einführung in die Marktwirtschaft, ein System westlicher Prägung. Serbien wollte Zentralisierung und die Beibehaltung des herrschenden Systems, nur anders organisiert und eine andere Wirtschaftspolitik. Serbien und Slowenien standen sich blockmäßig gegenüber.

Serbien hat einen Kultur- und Wirtschaftsboykott gegen Slowenien gemacht und damit die Wirtschaftspolitik der eigenen Bundesregierung auch boykottiert, und damit versucht die slowenische Position unhaltbar für die anderen Republiken zu machen. Das Gegenteil ist passiert. Kroatien stellte sich auf die slowenische Richtung und plädierte für die selben Sachen. Dadurch veränderte sich die Machtkonstellation.

1990 hat Slowenien die ersten freien Wahlen durchgeführt, Kroatien folgte kurz danach. Die Situationen der Republiken Mazedonien und Bosnien Herzegowina befanden sich in einer Zwickmühle. Zu einem waren sie so, daß sie nicht zu einer freien Marktwirtschaft und einem System westlicher Prägung hin wollten, zum anderen waren sie in der Zwickmühle da sie im Bundespräsidium Bedenken hatten wegen des serbischen Anspruches, der auch zunehmend im Bundespräsidium dominierte. Sie konnten keine klare Stellung beziehen. An Hand dieser Konflikte löste sich der Bund der Kommunisten auf, da es zu keiner Einigung mehr kommen konnte. In Slowenien wurde im Dezember 1990 ein Referendum für den Austritt aus Jugoslawien zum erstenmal durchgeführt. Ich denke mir das bis 1989 die Option von Serbien, Slowenien und Kroatien eher für eine gesamt jugoslawische Lösung waren, was Slowenien auch noch sagte. Wir wollen in dem Bundesstaat bleiben wir sehen da noch Chancen. Die Voraussetzungen waren aber Reformen im slowenischen Sinne. Nach der Auflösung des BdKJ war klar, daß es keine Reformen im ganzen Bundesstaat geben wird. Slowenien war aber dann nicht mehr bereit darauf zu setzen. So haben sie Zug um Zug eine Ablösung eingeleitet vom Gesamtstaat. Ihr Ziel war ab da eine Konförderation, mit der Option, das sie eigenstaatlich werden, d.h. unabhängig, eine innere Gestaltungsfreiheit für ihre Republik haben. Dann eine Freihandelszone in dem restlichen Jugoslawien. Kroatien folgte Mai 1991 dem Referendum für die Ablösung. In Serbien hat dieser Machtkonstellationswechsel dazu geführt, daß die kommunistische Partei mit Milosevic an der Spitze einen Kurswechsel vorgenommen hat. Vorher waren sie die Vorreiter für die Einheit Jugoslawiens. Sie wollten die Föderation so wie sie ist, vielleicht noch ein bißchen zentralistischer halten. Es ging von der jugoslawischen Einheit zur serbischen Einheit und da wurde der Punkt eingeleitet wo es immer mehr in den Nationalitäten politischen Kurs ging. Die serbischen Kommunisten haben dann im Sommer 1990 ihre kommunistische Partei, in eine sozialistische Partei umgewandelt. Haben eine neue Verfassung gemacht und Wahlen für den Herbst 1991 einberufen. Diese Wahlen waren sicher keine Freiwahlen. Es gab kaum Oppositionsparteien, es war alles so kurzfristig angesetzt,, daß sich keine bilden konnten. Die Medien waren schon seit Mitte der 80 ziger Jahre im Sinne der serbischen Kommunisten, unter Milosevic gleichgeschalten. In den großen Medien sitzen nur Menschen die auch die Linie von denen vertreten. Der Wahlkampf verlief dementsprechend. Sie haben die Mehrheit gekriegt und haben das als ihren serbischen Emeuerungskurs, und serbischen Einheitskurs gefeiert, der damit bestätigt wurde. Es kam dann immer mehr, daß auch offiziell in der Propaganda, auch von Kroatien, immer mehr das politische Interesse dahinter stand, daß das ordnungspolitische Element immer mehr gleichgesetzt wurde mit einem nationalen Interesse. Das versucht wurde, das es im Interesse von Serbien ist. Es hieß nicht mehr, das ist unser Interesse und unser Ziel, sondern es ist ein nationales Interesse.

Gleichzeitig wurde eine Instrumentalisierung der Minderheiten in Kroatien versucht. Ich habe ja schon gesagt, daß ein ziemlich großer Teil Serben in Kroatien leben, aufgrund dieser historischen Entwicklungen. In Kroatien gab es auch einen Wahlkampf, den die HdZ gewann. Das ist eine national - bürgerliche Partei mit einem sehr, sehr starken nationalistischen Einschlag unter Tudjman. Er ist ein ehemaliger General unter Tito gewesen, der in den 70iger Jahre in Ungnade gefallen ist. Der hat einen nationalistischen Wahlkampf geführt. Er hat z.B. vom Ustaschastaat gesprochen, also durchaus positiv gesprochen, als einen Ausdruck kroatischer positiver Nationalbestrebungen. Was natürlich für die Serben in Kroatien einen ganz anderen Klang hat, wenn das von ihren Präsidenten kommt. Gleichzeitig wurde in der HdZ ein rechtsradikaler Flügel geduldet und gegen den wurde auch nichts unternommen.

Das sind alles Sachen,die die Serben in Kroatien selber radikalisiert haben. Dazu kam das Milosevic, also die kommunistische Partei dort schon sehr früh Propaganda gemacht hat. Diese ganzen nationalen Fragen um Kosovo und Serbien generell wurden ausgeschaltet. Gleichzeitig wurden denen auch Waffen und Geld und sonst was zur Verfügung gestellt.

1990 haben sich ein Teil der Serben in Kroatien für autonom erklärt. Sie haben z.B. die Wahl boykottiert. Also meines Wissens wurde von den Serben versucht eine Destabilisierungspolitik durchzuführen, gegen Tudjman.

Jetzt mach ich einen Sprung.

Im Frühling 1991 kam es dann zu den ersten Kämpfen an den Plibitzer Seen. Zwischen militanten oder extremistischen Serben und kroatischer Polizei. Woraufhin die jugoslawische Volksarmee dann einmarschierte, mit dem Satz - sie wollten die Kampfhähne trennen. Sie haben sich aber nicht neutral verhalten, sondern eher pro - serbisch. Ein paar Worte um das zu erklären: Die jugoslawische Volksarmee ist zu dem Zeitpunkt sehr orthodox - kommunistisch in ihrer politischen Richtung. Die haben sich immer als Bewahrer der jugoslawischen Einheit verstanden. Während der Tito Zeit bis Ende der 70iger Jahre hat es alle Nationalitäten in der Armee gegeben. Es war festgelegt, daß unter den Führungskräften je nach Bevölkerungsanzahl, also auch Montenegriner, Kroaten und auch Bosnier - Herzegowiner, sein müssen. Das wurde nach dem Tod Titos nicht mehr eingehalten. Es wurde zunehmend mehr Serben und Montenegriner die Führungsposition gegeben. Diese fühlten sich dem Ziel der serbischen Regierung nahe verbunden. Jedenfalls hatte die jugoslawische Volksarmee schon relativ früh gesagt sie würden eingreifen, weil es ihrer Meinung nach ein Bürgerkrieg wäre und sie wollten auf jedenfall die Einheit Jugoslwiens wahren. Sie ergriffen tatsächlich pro - serbisch Partei und hielten die kroatische Polizei, die die eigentliche Ordnungsmacht auf diesen Gebiet war, eher auf Abstand.

Ich mach jetzt einen Sprung, weil es schon so spät ist.

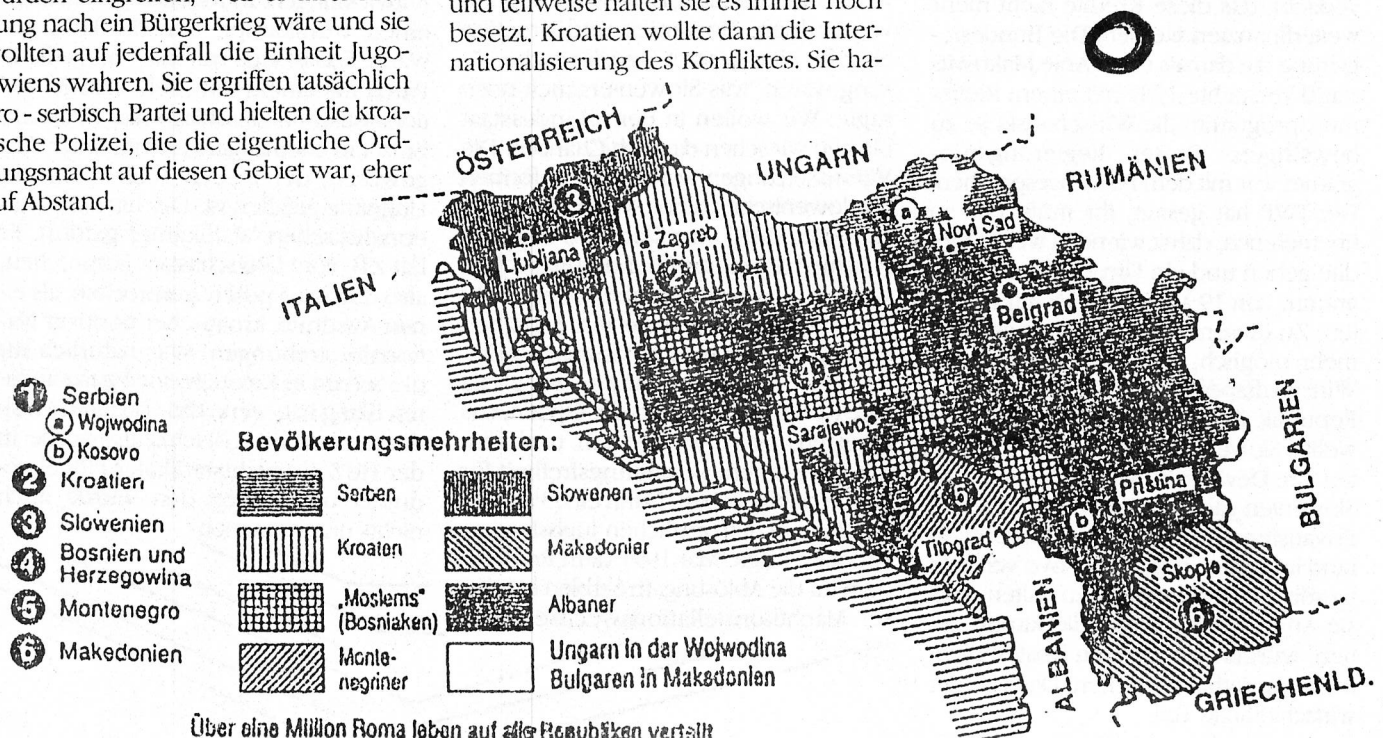
Am 25. Juni erklärten Slowenien und Kroatien den Austritt. Die Bundesregierung sagte daraufhin, das wäre illegitim und illegal. Wie ihr sicher alle wißt, ist die jugoslawische Volksarmee dann in Slowenien einmarschiert. Das gilt so als 10 Tage Krieg. Obwohl ich das gar nicht so erst als Krieg sehen würde. Es gibt so die Vermutung, daß es noch einmal ein Versuch war, Slowenien daran zu hindern, aber was auch nicht so ernsthaft gemeint war. Also ich denke, was man damit so stützen kann, weil sie später in Kroatien schwere Waffen und sonstwas aufgefahren haben. Auf jedenfall sind sie nach 10 Tagen aus Slowenien abgezogen. Die internationalen Vermittler haben sich zu diesem Zeitpunkt auch schon ganz stark eingeschaltet und haben sich auf kroatisches Gebiet zurückgezogen, wo es im Juli auch schon immer mehr zu Kämpfe kam zwischen serbischen Extremisten und kroatischen Extremisten und kroatischer Polizei. Die waren zu diesen Zeitpunkt schon gut bewaffnet. Ende Juli hat dann die jugoslawische Volksarmee die kroatische Nationalgarde angegriffen. Mit der Begründung, sie müssen die Serben schützen die auf kroatischen Gebiet leben, weil die unter akuter Bedrohung wären.

Ich sag da jetzt noch ein paar Schlagworte, weil ich denke das ist auch mehr bekannt. Wir können ja nachher noch darüber reden.

Im Herbst gab es diesen Eroberungskrieg von der jugoslawischen Volksarmee, die auch immer klarer pro - serbische Einstellung übernahm, wobei die serbische Regierung immer gesagt hat, wir befinden uns nicht im Krieg, das ist allein Sache der jugoslawischen Volksarmee. Sie haben im Herbst dann zwei Drittel des kroatischen Gebietes besetzt und teilweise halten sie es immer noch besetzt. Kroatien wollte dann die Internationalisierung des Konfliktes. Sie haben die Chance gesehen, daß nur über die Ausweitung und Einschaltung von Vermittlern und sonstwas, das gestoppt werden könnte. Auch mit dem Hintergrund, daß Kroatien zu dem Zeitpunkt noch nicht so bewaffnet war und nicht so eine Schlagkraft dagegen hatte. Letztes Jahr um die Zeit war der fünfzehnte Waffenstillstand der einigermaßen Erfolg hatte unter Vermittlung der UNO. Dieser Waffenstillstand ist meiner Meinung nur dadurch zustande gekommen, weil es ein militärisches Patt gab. Kroatien war nämlich zu diesen Zeitpunkt schon so aufgerüstet, das sie der jugoslawischen Volksarmee parole bieten konnten und so gab es diesen Patt, den niemand lösen konnte, daher war auch das Interesse eines Waffenstillstands da. Die Serben wollten den Status quo halten, die besetzten Gebiete, die Kroaten wollten erstmal sichern und ihr internationales Prestige auch nicht verspielen.

Im März letzten Jahres hat dann der Krieg nach Bosnien - Herzegowina übergegriffen. Meiner Meinung nach ist das ein importierter Krieg, der also nicht aus den Gebiet selber kommt. Der ist wirklich über Gruppen und Propaganda da rein getragen worden und auch dadurch das die jugoslawische Volksarmee so massigst eingegriffen hat.

Zu Bosnien - Herzegowina kurz, also das ist ein Gebiet was völlig multinational ist. Da ist im einen Dorf die Mehrheit muslemisch, im anderen die Mehrheit serbisch, das andere die Mehrheit kroatisch. Das läst sich weder durch Grenzenziehungen noch ethnisch aufteilen. Es ist also für das Gebiet völlig sinnlos, meiner Meinung nach. Eine Kantonisierung wie sie von der EG propagiert wird, ist meiner Meinung auch sinnlos. Aber ich denke die Probleme, die durch diesen Krieg da geschaffen wurden, die sehen in der Zwischenzeit leider schon ganz anders aus.



RACHE UND TRAUER FÜR SABINE WURM

Am Sonntag, den siebten August, wurde Sabine Wurm, die 17 Jahre alt war, am "Coca Cola Teich" in Favoriten von einem Bekannten aus ihrer Clique ermordet. Sie starb an den fürchterlichen Mißhandlungen ihres Unterleibs, die ihr der Täter mit Ästen zugefügt hatte. Kurze Zeit vor ihrer Ermordung hatte eine neue Lebensphase für sie begonnen, sie war von zu Hause, wo sie auf 40m² mit Vater und Schwester gewohnt hatte, ausgezogen und hatte sich selber ein Zimmer gemietet, sie schien sehr glücklich, Bekannte beschrieben sie als "eine, die immer lachte und gute Laune hatte".

Im Kurierartikel vom Dienstag, dem 9. August findet sich ein Hinweis auf die patriarchale Erotik der Dominanz, die zu sexueller Gewalt und Femizid führen kann (Femizid ist das Töten von Frauen und Mädchen durch Männer, weil sie Mädchen und Frauen sind, also alle Morde, die ohne den patriarchalen Zusammenhang nicht geschehen würden): Der Täter "Seibald sagt, er sei mit Sabine, der er zuvor mit einem Freund ("Aus Spaß, weil wir ja alle nackt waren") den Badeanzug ausgezogen hat, in eine andere Richtung als der Rest geschwommen..".

Diese Art von "Spaß" kennt wohl jedes Mädchen und jede Frau aus eigener Erfahrung. Vor aller Augen begann der Übergriff auf das Mädchen. Dann wird im Artikel die Aufmerksamkeit der LeserInnen auf die angebliche Zustimmung von Sabine mit dem Täter (Sabine sei "anlassig" geworden, er habe sie abgewehrt...) gelenkt. Die "Projektgruppe Feministische Medienanalyse" hat für 23 Jahre circa 4000 Zeitungsartikel zu sexueller Gewalt und Femizid analysiert, ein wichtiges Ergebnis war, daß es in den größten und längsten Artikelserien immer um die angebliche Zustimmung der Frau in den heterosexuellen Geschlechtsverkehr ging, daß gerade bei Femizid und sexueller Gewalt Propaganda für Zwangsheterosexualität gemacht wird. Den Zeitungen ist es sehr wichtig, sich der weiteren Zustimmung der Leserinnen in die patriarchale Sexualität und damit ins Patriarchat überhaupt zu versichern.

Mädchen und Frauen werden über ihre Körper in die Gesellschaft einbezogen, sozusagen "vergesellschaftet". Ihre Körper sind der Ansatz- und Angriffspunkt, um sie in ihre Arbeitsfunktion, ihre Gebärfunktion und in ihre sexuelle Ausbeutung einzuweisen. Vor allem mit Hilfe und durch die patriarchale Sexualität lernen Mädchen und Frauen ihre Rollen als Unterdrückte von Kindheit an. Sehr wichtig im Patriarchat ist dabei, daß sich Mädchen nicht geknechtet sondern "lustvoll" in die herrschenden Strukturen einüben, Frauen und Mädchen müssen die männliche Dominanz erotisieren lernen.

Wie sieht die Erotik der Dominanz, die bis zur Erotisierung von Frauenmord und Vergewaltigung führen kann, aus? Jegliche Sexualität ist in großem Ausmaß von den historischen Gegebenheiten Geschlecht und Macht strukturiert. Die patriarchale Sexualität ist von der Hierarchie, der Liebe von unten nach oben für Frauen, und von oben nach unten für Männer, vom Subjekt-Objekt Verhältnis, der Eroberung und der Penetration, im Sinne von Freude am Verletzen der Grenzen einer anderen Person, geprägt. Hierbei ist das sexuelle Subjekt NICHT biologisch männlich, sondern das Begehren selbst ist maskulinisiert. (z.B. eine Frau, Veronika Franz, im Kurier: " Er sagte, daß Töten mit Handschuhen genauso langweilig ist wie Ficken mit Präservativen. Was der beste Satz im ganzen Film war.")

Das Begehren ist von Aufteilung des eigenen und des anderen Ichs in Subjekt und Objekt, abhängig gemacht worden, die irgendeine Version der sozialen und sexuellen Hierarchie voraussetzen. Es ist ein Begehren, das die Geliebte zum Objekt macht, das wenig bis nichts wert ist, sie in der Hierarchie unten hält, Grenzverletzungen lustvoll gegen ihren Willen ermöglicht, Zwang und Dominanz erotisiert und bis zum Mord der Geliebten führen kann. Es ist ein Begehren, DAS DEN MORD ERLAUBT, da die Geliebte nur zum Gebrauch, zur Verwendung durch das Subjekt dient, in der Erfüllung der sexuellen Erregung ihren Lebenszweck hat und ihr außerhalb der "Benützung" durch den Mann keinerlei Form des Lebens zugestanden wird.

Dieses Begehren steht im Unterschied aber gleichzeitig im Zusammenhang mit der kontinuierlichen alltäglichen Dominanz über

Frauen und Mädchen zum Zwecke der Reproduktion. Es ist eine Fortführung der Ausbeutung von Frauen, aber dient im Unterschied dazu einem einmaligen, situativen FINALEN Lusthöhepunkt des Täters.
Die beiden Tageszeitungen betreiben eine Propaganda der Erotik der Dominanz in ihren Filmanalysen, doch in viel größerem Ausmaß vollziehen sie diese durch die Abbildung von (nackten) Fotomodellen direkt neben Artikeln zu Vergewaltigung und Frauenmord. In der Krone waren es insgesamt 41 Prozent (acht Prozent nackte Fotomodelle) der Artikel zu Femizid und sexueller Gewalt neben denen ein Fotomodell abgedruckt war. Besonders auffallend ist, daß ein hoher Anteil an nackten Fotomodellen neben Mädchenartikeln abgedruckt wurde. Noch auffallender war die Tatsache, daß Mädchen als Fotomodelle zunehmen, besonders in der letzten Phase von 1988 bis 93. Es gab ebenfalls nackte Mädchen als Fotomodelle direkt neben Artikeln zu Mädchenmord und Vergewaltigung von Mädchen. 24 Prozent dieser Artikel im Kurier hatten ein Fotomodell daneben abgebildet. Die Hälfte der nackten Fotomodelle befand sich neben Artikeln zu Mädchenmord und sexueller Gewalt gegen Mädchen.
Für Männer wird so ständig ein nackter Frauenkörper mit Mord und sexueller Gewalt assoziiert. Durch das wiederholte Assoziieren von Vergewaltigung und Frauenmord mit weiblicher Nacktheit und angedeuteter weiblicher Zustimmung zum Geschlechtsverkehr mit einem Mann verbinden die Zeitungen Femizid mit "Erotik", Frauenmord und Vergewaltigung mit "Sex". Diese Taktik der Zeitungen (siehe die hohen Prozentzahlen) ist eine Form der Pornografie des Femizids, die Vergewaltigungswünsche verstärken und normalisieren kann. Hierbei verändert sich das Patriarchat, es braucht "neue, anregende" Mittel, um die Erotik der Dominanz zu propagieren.
Gleichzeitig mit der beginnenden und schnell erstarkenden Propaganda für das Ermorden von Frauen zum Zwecke der männlichen sexuellen Erregung (Snuff-Filme, das sind Filme, in denen eine Darstellerin real ermordet wird in den USA ab 1976, bis zu den gefilmten Vergewaltigungen in den Vergewaltigungslagern in Bosnien-Herzegovina 1993) werden Mädchen für die Herstellung der Verbindung von Mord und Vergewaltigung mit männlichem Lustgewinn rekrutiert.
Frauen und Mädchen werden über ihre Körper vergesellschaftet. Selbst oder gerade bei Femizid und sexueller Gewalt ändert sich diese patriarchale Struktur nicht: Die vergewaltigte und ermordete Frau wird nur als weiblicher Körper behandelt, auf ein "Stück Fleisch" reduziert.Außer Angaben wie ihrem Namen, ihr Alter, ihrer Adresse und ihrem Beruf wird ihr zumeist keinerlei Identität gestattet. Genauere Beschreibungen ihrer Lebensumstände oder Eigenschaften, ihres Charakters, ihrer Sym- und Antipathien fehlen etc. Fehlen, so daß Trauer um diese Frau schwer möglich ist, da die Leserin nichts über die Frau selbst erfährt.
Dem Täter hingegen werden seitenweise Schilderungen seiner Geschichte, seiner Herkunft und seines Charakters gewidmet.
Die Frau ist tot, doch es wirkt, als hätte sie nie gelebt, ihr Mord bleibt ohne Nachruf und Trauer, ihre Ermordung erscheint genauso leer wie ihr Leben. Die Leserinnen können sich nicht vorstellen, WER da überhaupt ermordet wird, wenn der toten Frau keine Identität gewährt wird. Selbst kleine Details von Identität können "im inneren Auge" der Leserin Bilder oder Erinnerungen oder verbindungen zu ihrem eigenen Leben auslösen: wenn z.B. über eine ermordete alte Frau gesagt wird, sie habe alles in Zeitungspapier gewickelt, sogar Socken.
Nur in 3,5 Prozent der Artikel zu Vergewaltigung und Frauenmord im Kurier ist etwas über die Identität der Frau oder des Mädchens zu erfahren. So sind Trauerarbeit und Solidarität schwer möglich.
Welche sich noch die anderen Teile der Studie, z.B. zum geschlechtsspezifischen Rassismus der Zeitungen, anschauen möchte :

Projektgruppe Feministische Medienanalyse,
c/o Notruf für Vergewaltigte Frauen und Mädchen
Postfach 157
1070 WIEN.

FEMINISTISCHE KUNDGEBUNG FÜR MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN

Im März 94 organisierten Frauen aus autonomen feministischen FrauenLesbenzusammenhängen in Berlin Kundgebungen für Mädchen und junge Frauen vor den Schulen. Im März, April und Mai machten sie Veranstaltungen (Lesung, Wen Do, Filme, Fest).
Wir dokumentieren das Flugblatt für die Kundgebung und ein Flugblatt für Buben, das gleichzeitig verteilt wurde.

---

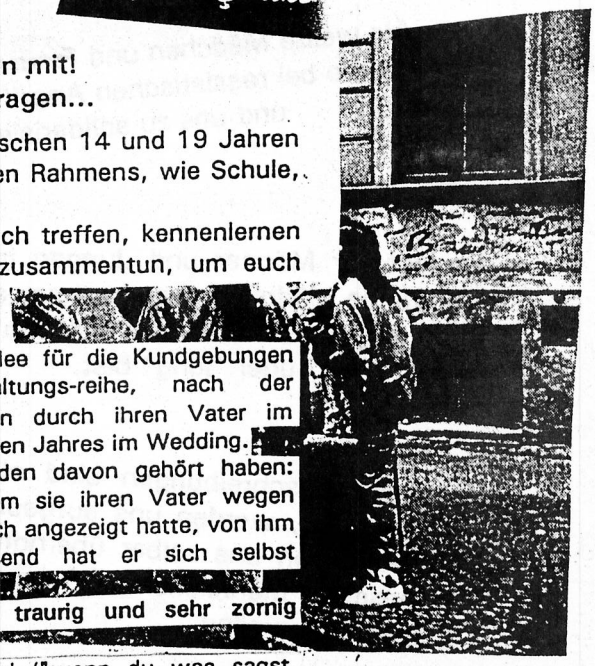
cześć dziewczynki Merhaba Kezlar

hallo Mädchen

مرحبا يا بنات Ugurbo Çenike

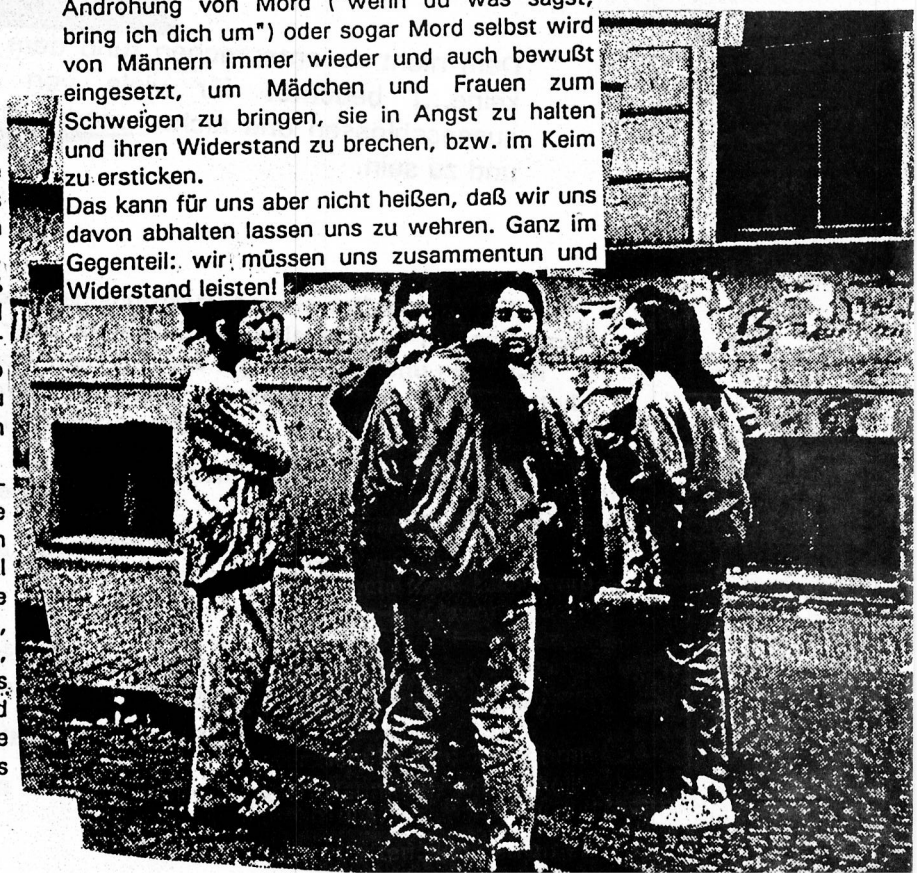
Du bist eingeladen! Bring alle deine Freundinnen mit!
Huch, eingeladen wozu denn, werdet ihr euch fragen...

Wir haben eine Veranstaltungsreihe ausschließlich für Mädchen zwischen 14 und 19 Jahren organisiert. Die Veranstaltungen werden außerhalb des üblichen öden Rahmens, wie Schule, SchülerInnenläden stattfinden.
Wenn ihr wollt, könnt ihr - außer was Spannendes zu erleben - euch treffen, kennenlernen und austauschen. Ihr könnt euch gegenseitig unterstützen und zusammentun, um euch gegen sexistische und rassistische Gewalt zu wehren.



Jetzt willst du bestimmt mal wissen, wer wir eigentlich sind.
Wir sind eine Gruppe von Frauen aus den autonom-feministischen FrauenLesbenzusammenhängen hier in Berlin.
Wir bewegen uns außerhalb von Parteien, Verbänden, Vereinen und organisieren uns in Opposition zu staatlicher Politik radikal gegen Sexistische Gewalt und Rassismus.
Sexistische Gewalt ist alltägliche und gesellschaftliche Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. In all unseren Lebensbereichen sind wir mit sexistischer Gewalt konfrontiert. Dazu gehört Anmache auf der Straße, sexuelle Übergriffe auf Mädchen, Vergewaltigungen, aber auch Werbung mit nackten Frauen. Eine andere Form ist die Behauptung, daß Mädchen dümmer sind als Jungs und damit werden auch die schlechteren Berufschancen für Mädchen legitimiert. Außerdem gilt es immer noch als "normal", daß du als Mädchen Jungs zu lieben hast. Überall kriegst du das aufgedrückt: zuhause, in der Schule, in "Bravo" und "Mädchen", im Kino, so daß du gar nicht die Freiheit hast, dich zu entscheiden, ob du Mädchen oder Jungs lieben willst.
Dagegen leben wir an - in unseren Zusammenhängen ist Lesbe zu sein keine Ausnahme - indem wir uns den Raum schaffen uns frei zu entscheiden. Das hört sich erstmal ganz einfach an, aber: gegen sexistische Gewalt, gegen den Zwang, Männer zu lieben, gegen Rassismus zu leben und zu kämpfen, heißt für uns Mädchen und Frauen, daß wir uns hier permanent mit Gewalt von Jungs und Männern auseinandersetzen müssen und die Notwendigkeit, uns dagegen zu wehren, was wir auch tun.

Entstanden ist die Idee für die Kundgebungen und die Veranstaltungs-reihe, nach der Ermordung von Iman durch ihren Vater im September vergangenen Jahres im Wedding.
Viele von euch werden davon gehört haben: Iman wurde, nachdem sie ihren Vater wegen jahrelangem Mißbrauch angezeigt hatte, von ihm ermordet. Anschließend hat er sich selbst erschossen.
Uns hat der Mord traurig und sehr zornig gemacht!
Androhung von Mord ("wenn du was sagst, bring ich dich um") oder sogar Mord selbst wird von Männern immer wieder und auch bewußt eingesetzt, um Mädchen und Frauen zum Schweigen zu bringen, sie in Angst zu halten und ihren Widerstand zu brechen, bzw. im Keim zu ersticken.
Das kann für uns aber nicht heißen, daß wir uns davon abhalten lassen uns zu wehren. Ganz im Gegenteil: wir müssen uns zusammentun und Widerstand leisten!



Viele von euch werden solche Situationen kennen, in denen sie selbst oder andere Mädchen sexistisch angemacht werden. Von Mitschülern und Lehrern, vom Vater, Bruder oder Onkel... zuhause. Sei es, daß euch nachgerufen wird, ihr angegrabscht oder gepfiffen oder direkten sexuellen Angriffen bis hin zu Vergewaltigung ausgesetzt seid.

Oder Situationen, wo ihr Mädchen, aufgrund eurer Hautfarbe oder Nationalität rassistische Sprüche zu hören bekommt, oder von Rassisten und Faschisten körperlich angegriffen werdet.

Als weiße Mädchen und Frauen ist es unsere Aufgabe bei rassistischen Angriffen einzugreifen und uns zu solidarisieren!

Es gibt für Männer und Jungen immer wieder Vorwände Mädchen anzumachen, egal ob du in ihren Augen "schön" oder "häßlich","dick" oder "dünn", "alt" oder "jung" bist.

Diese Zuschreibungen sind alle von Männern bestimmt, werden uns aufgedrückt und viel zu häufig von uns selber übernommen, indem wir diesem männlichen "Schönheitsideal" entsprechen wollen.

Dem nicht zu entsprechen (und dem entspricht keine...) bedeutet für viele von uns, sich ausgeschlossen und nicht "anerkannt"zu fühlen und zu sein.

Sexistische Gewalt und Rassismus haben die Aufgabe uns Mädchen und Frauen gegeneinander auszuspielen und Solidarität unter uns unmöglich zu machen. Wir wollen, daß Mädchen und Frauen - egal welcher Hautfarbe und Nationalität, egal ob lesbisch oder heterosexuell, egal ob behindert oder nicht - ihre Gefühle, Bedürfnisse und Grenzen spüren und zum Ausdruck bringen können.

Du hast ein Recht darauf über dich und deinen Körper selbst zu bestimmen. Du hast das Recht NEIN zu sagen.
Wir wollen ein Leben frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeit leben können.- eben ein selbstbestimmtes Leben.

Weil wir finden, daß es viel zu wenig für euch Mädchen gibt, wo ihr selber was ausprobieren könnt, haben wir diese Veranstaltungsreihe organisiert. Was daraus wird, liegt in eurer Hand.

Wir freuen uns auf euch!

Die die ihre Lage erkannt hat, ist nicht mehr aufzuhalten!

AN ALLE JUNGS, DIE DIESER KUNDGEBUNG ZUHÖREN, VON EINIGEN MÄNNERN:

Hey,

die Kundgebung hier ist gegen sexuelle Gewalt, gegen dumme Sprüche, gegen in die Ecke drängen, gegen Angrabschen, gegen in die Hose oder unter den Rock langen, gegen Vergewaltigung.

"Geht mich nichts an", denkts Du, mal abgesehen davon, daß "sowas" auch vielen Jungen passiert, gehts Dich vielleicht deshalb was an, weil Du mitgekriegt hast, wie andere zum Opfer solcher obercoolen Macker geworden sind. Oder warst Du selber beteiligt? Dann solltest Du Dich vielleicht mal fragen, ob Du die umgekehrte Situation immer noch so "cool" fändest. Möchtest Du Dich gerne als "blöde Votze", "Hure", "Schlappschwanz" oder als "Schwuler Bock" beschimpfen lassen? Fändest Du es lustig, wenn fünf Jungs Dich in die Ecke treiben, an Dir rumgrabschen und Dich womöglich vergewaltigen? Ich kann´s mir nicht vorstellen.

Es sind leider nicht nur Erwachsene, die so´ne Scheiße drauf haben. Und falls Du sowas durchziehst, weil Du in Wirklichkeit unsicher bist und Schiß hast, bei Mädchen irgendwas falsch zu machen, kann ich Dir nur sagen, daß Du so mit Sicherheit alles "falsch machst". Ich fänds besser und ich denke, es ist ´nen ganzen Zacken mutiger, zu der eigenen Unsicherheit und Angst zu stehen, als ´nen Breiten zu schieben und andere plattzumachen - bloß, um nicht auch mal schwach da zu stehen. Aber das ist Deine Entscheidung und für den Fall, daß Dir das alles am Arsch vorbei geht, geht Dich die Kundgebung und dies Flugblatt wirklich nichts an und Du solltest zuseh´n, daß Du Land gewinnst.

Falls Du aber selber schonmal dumm angemacht worden bist, oder mehr, oder ´nen Freund von Dir, ist der Rest des Flugblatts für Dich und Du steckst es am besten erstmal in die Tasche und suchst Dir später ´ne ruhige Ecke, wo Du es ungestört und ohne dumme Sprüche hören zu müssen lesen kannst.

Bis dann.

Hey, schön, daß Du weiterliest.

Ich schreib dies Flugblatt, weil ich als Junge sexuell mißbraucht worden bin und mit der Scheiße alleine stand. Ich will nicht, daß es irgendwem anders nochmal so geht!

Ich weiß noch heute, wie es ist, endlich wie ein Erwachsener behandelt zu werden, in den Arm genommen zu werden und dann kippt das ganze. Der Typ rückt mir immer näher, viel näher, als ich das will. Und er fängt an, an mir rumzufummeln und macht immer weiter und ich trau mich nicht, was zu sagen. Irgendwie gibt es keinen Ausweg. Auch wenn ich so tue: Da ist nix mehr mit "cool und lässig" und "alles im Griff". Ich lasse alles mit mir passieren.

Hinterher hab ich mich geekelt und geschämt und ich fühlte mich gleichzeitig irgendwie als was besonders, fast schon irgendwie "geehrt".

Mir mußte man nicht mal mehr sagen, daß ich nicht drüber reden soll. Ich hatte niemand und hätte mich wohl auch nicht getraut. Ich hab mir eingeredet, daß alles nicht so schlimm wäre und, daß im Grunde doch gar nichts passiert wäre.

Erst zwanzig lange Jahre später hab ich angefangen, mit anderen darüber zu reden.

Wenn Du sowas oder ähnliches kennst, laß Dich nicht kirre machen. Es ist leider verdammt häufig, daß auch Jungs sexuell belästigt und mißhandelt werden. Und das sind nicht irgendwelche bösen Finstermänner oder Schwule, sondern meißtens Väter, Verwandte, gute Bekannte oder auch Lehrer.

Nicht Du bist neben der Spur, sondern die Person, die das mit Dir durchzieht. Nicht Du bist verantwortlich, sondern der Erwachsene.

Laß dir nichts einreden, Du selber weißt am besten, was passiert ist: Trau Deinen Gefühlen.

Such Dir Leute, zum Reden. Es gibt Leute, die dafür da sind, Dir zuzuhören und, wenn Du willst, zu helfen. (z.B.. Kiz e.V., Sybelstr. 30, 1o629 Berlin-Charlottenburg, Tel. 3247090, Mo,Mi, Fr: 9.3o - 12.30, Di, Do: 15.00 - 18.00 und Berlin-Mitte. Tel. 2828077, Mo,Mi,Fr: 9.30 - 12.30, Do: 15.00 - 19.00)

Auch wenn Du denkst, daß Du schon alleine klarkommst und keine Hilfe brauchst, kannst Du mit denen reden. Die machen nichts, was Du nicht willst. Wenn das Reden nicht geht, probiers mit Briefe schreiben.

Oder überleg Dir, wen Du sonst kennst, der oder die ok ist. Vielleicht gibt´s ´nen korrekten Lehrer oder irdendwen in ´nem Jugendfreizeitheim. Und wenn die, die Du anquatscht damit blöde umgehen, laß Dich nicht entmutigen: Such Dir andere.

Oder geh in die nächste Bilbliothek - es gibt z.B. ´nen ziemlich gutes Buch dazu: "Es fing ganz harmlos an" von Frauke Kühn aus dem Herder Verlag.

Oder Du gehst in den KinderBuchladen in der Hornstr.2 in Kreuzberg 61 und kaufst es Dir (kostet glaub ich 12,80 DM). Die haben das meistens da und fragen auch nicht blöd. Du kannst ja auch sagen, es wär für ´nen Freund.

Keiner hat das Recht, irgendwas mit Dir zu machen, was Du nicht willst. Glaub nicht an den Scheiß, daß Du solche Sachen alleine klarkriegen mußt: Hol Dir Hilfe. Das ist keine Schande oder Feigheit, sondern ein Zeichen von Vernunft. Laß Dir da nix vormachen.

Und wenn Du mitkriegst, daß ´nen Freund in so´ner Situation steckt, schenk Dir die Sprüche und hilf ihm.

Viel Kraft

135

AUFRUF von verschiedenen Frauen-/Lesbengruppen aus Berlin gegen den Kongreß "Mißbrauch des Mißbrauch", in Berlin 20/21.1.94

aus: INTERIM 270, Jan. '94

Verdrehte Aufklärung Das Patriarchat schlägt zurück

Am 20. und 21.01.94 findet in der technischen Fachhochschule in Berlin-Wedding eine Tagung unter der Leitung des Rektors der ASFH Wolff in Zusammenarbeit mit Jugendsenator Krüger statt, mit dem neutralen Titel "Sexueller Mißbrauch - Evaluation der Praxis und Forschung". Beim Blick auf den Einladungstext zur Tagung, auf ReferentInnen- und Themenauswahl zeigt sich, daß hier eindeutig versucht werden soll, dem bisher hauptsächlich publizistisch geführten Angriff auf feministische Anti-Gewaltprojekte unter dem suggestiven Titel "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Durch die Anwesenheit von Thomas Krüger und Waltraud Schoppe wird versucht, den Weg zur politischen Salonfähigkeit zu ebnen. Braucht der Berliner Jugendsenator Argumente, die nach den so diskreditierten Grundsätzen arbeitenden Projekte wie Wildwasser und Mädchenhaus zu kürzen, oder noch weiter zu streichen?

Was sind die Kernaussagen dieser auf Hochtouren laufenden Kampagne vom "Mißbrauch mit dem Mißbrauch", die zum Teil auf dem völlig überbewerteten Buch von Katharina Rutschky "Erregte Aufklärung" basieren?

* Das Ausmaß der sexuellen Gewalt wird als allgemeine Mißbrauchspanik konstatiert, die Häufigkeit der "Fälle" durch eine extrem verengte Definition von sexuellem Mißbrauch heruntergerechnet. Wolff & Co. tragen die Verantwortung dafür, daß Mädchen erst vergewaltigt sein müssen, bevor sie sich zugestehen dürfen, Hilfe und Schutz zu suchen. "... wohlgefälliges an die Brüste der heranwachsenden Tochter Fassen..." (Rutschky) wird als liebevolle väterliche Geste umgedeutet.
* Der Zusammenhang zwischen sexuellem Mißbrauch und Gewalt wird geleugnet und Mißbrauch wird in bewiesenen Extremfällen als "zu frei verstandene Sexualität" definiert. Dabei werden die Augen davor verschlossen, daß sexuelle Gewalt durch Machtmißbrauch vor allem innerhalb der gesellschaftlich gewünschten Abgeschiedenheit der Familie möglich ist. Und nicht nur dort. Die potentielle Gefahr des Mißbrauchs spielt für die Zurichtung der Mädchen und Frauen auf ihren gesellschaftlichen Platz hin eine bedeutende Rolle.
* Einer der Grundpfeiler feministischer Projekte-Arbeit, aus eigener Betroffenheit parteiliche Mädchen- und Frauenarbeit zu entwickeln, wird in dieser Kampagne auf das heftigste diffamiert. Wie kommt es, daß Herr Wolff, dessen Anliegen und Lebenswerk der "Kinderschutz" ist, einen wesentlichen Teil -den sexuellen Mißbrauch- übersehen hat? Es ist hingegen unübersehbar, daß es erst betroffenen Frauen möglich war, durch ein genaues Benennen der Auswirkungen und Folgen der sexuellen Gewalt entsprechende pädagogische Konzepte zu erarbeiten.

Die erkämpften Strukturen für den Schutz der Mädchen und Frauen, werden durch diese Kampagne wieder in Frage gestellt. Wieder sind die Betroffenen unter einem starken Beweiszwang, wenn sie ihre Gewalterlebnisse aufdecken. Erneut machen sie die Erfahrung, daß verharmlost und relativiert wird, oder sie sogar auf Unglauben stossen. Der Grundsatz, den Mädchen und Jungen zu glauben, wird als "Verdachtshysterie" abgewertet. Die Trennung von Täter und Opfer wird zugunsten der Aufrechterhaltung des Systems Familie aufgegeben.

Der Zeitpunkt der Debatte um den sogenannten "Mißbrauch mit dem sexuellen Mißbrauch" kann nicht vom allgemeinen gesellschaftlichen Klima losgelöst betrachtet werden. Gegenwärtig werden in einem rassistischen-sexistischen Klima zunehmend Opfer zu Tätern verkehrt. Ab- und Ausgrenzungen, Diffamierungen und das Schüren realer oder irrationaler Ängste sind dafür die Instrumente. Wer sexuelle Gewalt verharmlost, beschönigt oder umdefiniert, trägt zu ihrem Fortbestand bei!

Darüberhinaus wird die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, der Frauenbewegung den Garaus zu machen, deren Verdienst es ist, den sexuellen Mißbrauch in seiner Dimension öffentlich zu machen. Frau Rutschky und Herr Wolff können sich des Wohlwollens derer sicher sein, die heilfroh sind, daß endlich jemand aufsteht, um mit den wahlweise "prüden" oder "hysterischen" Feministinnen abzurechnen. Wolff und Rutschky portraitieren sich darin einerseits als Vertreter einer "freien Sexualitätspädagogik" und schaffen gleichzeitig noch den Schulterschluß mit erzkonservativen Familienaposteln, die den Schutz der Familien zur nationalen Aufgabe erklären. Darüberhinaus bettet sich diese Kampagne in bereits bestehende Versuche ein, den Feminismus als Störfaktor einer auf Befriedung abzielenden Gesellschaft zu diffamieren oder zur Gleichstellungsrunde herabzuwerten.

Wir - verschiedenste Frauen- und Lesbengruppen dieser Stadt - wollen eine derartige politisch-ideologische Formierung verhindern, die unter dem Deckmantel einer wissenschaftlich-fachlichen Sauberkeit zur Rekonstruktion gewaltförmiger gesellschaftlicher Strukturen beiträgt.

Wir rufen daher alle dazu auf, an dem am 21.01.94, um 17.00 Uhr stattfindenden Schlußpodium der Tagung anwesend zu sein, um sich klar und entschieden zum sogenannten "Mißbrauch am Mißbrauch" zu äußern.

Beuth-Saal der Techn. Fachschule, Bln-Wedding, Luxemburgische Str.10 (U-Bhf. Amrumer Str.)

aus: Männerrundbrief 3/94

Zum Widerstand gegen den "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"- Kongreß in Berlin

Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung von Aktionen, Flugblättern und Positionen rund um den Kongreß.

Am 20. und 21.01.94 fand in der technischen Fachhochschule in Berlin-Wedding eine Tagung zu sexueller Gewalt gegen Kinder unter dem Motto: "Sexueller Mißbrauch - Evaluation der Praxis und Forschung" statt. Angeleitet wurde diese durch den Rektor der ASFH Reinhard Wolf[1] in Zusammenarbeit mit dem Berliner Jugend- und Familiensenator Thomas Krüger.

Bereits beim Blick auf den Einladungstext zur Tagung, auf ReferentInnen und Themenauswahl zeigte sich, daß sich diese Tagung gegen feministische Projekte wie Wildwasser oder Zartbitter, die sich mit sexueller Gewalt gegen Kinder beschäftigen richtet.[2] Kein Wunder. Bereits 1990 lancierte der alt-68ér und "Kinderschützer" Reinhard Wolf zusammen mit seiner Frau Angela Wolf in der Fachzeitschrift "Sozial Extra" das seither viel zitierte Schlagwort vom "Mißbrauch mit dem Mißbrauch".[3]

Wer diesen "Mißbrauch des Mißbrauchs" betreibt erläutern im Herbst 1992 einige Anhänger Dieter Duhms[4] in einem ZEGG Sonderheft: Ein Zusammenschluß "von organisiertem Feminismus, Presse und Kirche", eine "Anti-Sex-Allianz". Angestachelt werde sie vom "Haß durchgedrehter Radikalfeministinnen gegen alles, was männlich ist, Haare auf der Brust hat und einen Penis trägt". Fazit: "Es geht um organisierte Frauenrache am Mann."

Das Ausmaß der sexuellen Gewalt wird als allgemeine Mißbrauchspanik konstatiert, die Häufigkeit der "Fälle" durch eine extrem verengte Definition von sexuellem Mißbrauch heruntergerechnet. Der Zusammenhang zwischen sexuellem "Mißbrauch" und Gewalt wird geleugnet. Bei bewiesenen Extremfällen als "..zu frei verstandene Sexualität" definiert. Die erkämpften Selbsthilfe-Strukturen von Frauen werden in Frage gestellt. Wieder sind Betroffene unter starkem Beweiszwang, wenn sie ihre Gewalterlebnisse aufdecken. Der Grundsatz, den Mädchen und Jungen zu glauben, wird als "Verdachtshysterie" abgewertet.

Beteiligt an der "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" Kampagne ist auch der Männerbuchautor Ernest Bornemann, der gern gesehner Gast bei der ZEGG ist. In einer ihrer Broschüren schreibt er: "Wenn man jede Form der Liebe, die sich nicht innerhalb der gleichen Generation bewegt, von vorneherein verdammt, schädigt man das Kind." An anderer Stelle schwärmte er: "Wer nie erlebt hat, wie ein launisches Püppchen von zehn Jahren einen gestandenen Mann von 40 herumkommandiert, der weiß wenig über Sexualität".

Eine andere wichtige Propagandistin dieser Scene ist Katharina Rutschky. In ihrem im Frühjahr 92 erschienenen Buch "Erregte Aufklärung" behauptet sie, Organisationen wie "Wildwasser" und "Zartbitter", die vergewaltigten Kindern Schutz und Zuflucht bieten, hätten lediglich das Ziel sich selbst zu bereichern: "Es muß also ein neuer Bedarf produziert werden, auf den mit Geldern, Planstellen, Beratungseinrichtungen und Fortbildungsmaßnahmen reagiert werden kann." Während die meisten Frauen in Projekten zum Schutz von vergewaltigten Mädchen und Jungen umsonst arbeiten, verdient Rutschky, die für die Täter arbeitet, Geld an der sexuellen Gewalt. Ihr Buch verkauft sich gut. Es spricht anscheinend an, wenn Rutschky "..wohlgefälliges an die Brüste der heranwachsenden Tochter fassen" als liebevolle väterliche Geste deutet.

Verschiedene FrauenLesbengruppen aus Berlin schätzten die Tagung und die sonstigen Aktivitäten so ein: "Der Zeitpunkt der Debatte um den sogenannten "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" kann nicht vom allgemeinen gesellschaftlichen Klima losgelöst betrachtet werden. Gegenwärtig werden in einem rassistischen-sexistischen Klima zunehmend Opfer zu Tätern verkehrt. .. Darüberhinaus wird die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, der Frauenbewegung den Garaus zu machen, deren Verdienst es ist, den sexuellen Mißbrauch in seiner Dimension öffentlich zu machen. ...Wolf und Rutschky porträtieren sich darin einerseits als Vertreter einer "freien Sexualitätspädagogik" und schaffen gleichzeitig noch den Schulterschluß mit erzkonservativen

Familienaposteln, die den Schutz der Familien zur nationalen Aufgabe erklären."

Am 20.01. protestierten schließlich 200 Leute gegen das zweitägige Forum. "Schützt die Kinder, nicht die Täter" und "Schluß mit der Verharmlosung sexueller Gewalt" waren ihre Parolen. Mit Buttersäure, Trillerpfeifen, Hupen sowie einer Blockade des Veranstaltungsortes konnte zumindest der Beginn der Tagung um vier Stunden verzögert werden. Zu guter letzt gingen in dem stinkenden Saal die Lichter aus ein neuer Raum mußte gefunden werden. Außerdem wurde die Kasse mit den Eintrittsgeldern (immerhin 125.- mack pro Person) rechtzeitig vor dem Eintreffen der Polizei in DemonstrantInnenhand gebracht.[5]

Der Männerbewegungspromi Wilfried Wieck beschrieb die Aktionen in der TAZ vom 4.02.94 als "einfühlbar und angemessen". Weiter vertrat er: "Prof. Wolf hat durch seine zwangsneurotische Geheimhaltungsstrategie genau diese Reaktion heraufbeschworen und also vorgeplant. Er will offenbar heute auch einmal als "Märtyrer" resüssieren. Die "Tumulte " gehen voll auf sein Konto, die "Rempeleien" waren vor allem durch seine Anhänger inszeniert worden. ...emotionalisiert haben die Tagung nicht sogenannte "Gegner" der Veranstaltung- meiner Einschätzung nach zurecht aufgeregte Frauen und Männer -sondern die ansonnsten absolut cool wirkenden Wolf und Rutschky. ..Wolf und Rutschky müssen auch ihren politischen Widerstand erfahren, damit die ermutigende Erfahrung, daß immer mehr mißhandelte Mädchen und Jungen sich Personen ihres Vertrauens offenbaren, nicht bedroht wird und daß attackierte Kinder nicht wieder noch mehr.. ...verunsichert werden."

Demgegenüber schrieb eine Verteidigerin Rutschkys in der selben TAZ: "Die Gewalt, die Katharina Rutschky erleben mußte, ist entsetzlich und abscheulich... Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen ist genau das, was wir nicht mehr haben wollen... ....Widerlich! die TäterInnen müssen sich bei Frau Rutschky zumindest entschuldigen, wenn sie auch die Folgen ihrer Gewalttat nicht mehr ungeschehen machen können. ...Daß das gewalttätige Verhalten gegenüber Frau Rutschky einer ganzen Bewegung Schaden zufügt, macht die ganze Sache zusätzlich unerträglich. ..Mal sehen, ob die TäterInnen auch diese typischen Symptome zeigen werden: Fehlendes Schuldbewußtsein, kein Mitgefühl gegenüber dem Opfer, kein Verantwortungsgefühl für mögliche Auswirkungen ihrer Tat. Wenn sich dies tatsächlich zeigen sollte, dann "Pfui"."

"Wer sexuelle Gewalt verharmlost, beschönigt oder umdefiniert, trägt zu ihrem Fortbestand bei", stand im FrauenLesbenaufruf gegen die Tagung. Wenn der Bewegung der "Pro-Kindersex-Allianz" Schaden zugefügt wird, zeigt dies nicht nur "Mitgefühl" mit "Opfern", sondern auch deren Widerstand. Und genau das sind wichtige Schritte für ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben.

---

[1]Der ehemalige SDS'ler Wolf gründete Anfang der 80ér das Berliner "Kinderschutzzentrum". Ende der 80ér entwickelte er für den "Deutsohen Kinderschutzbund" die neue Strategie "Hilfe statt Strafe". Dahinter steckt der sog. "Familienorientierte Ansatz", will heißen das "Opfer" wird nicht vorm Täter geschützt und von ihm getrennt, sondern mit ihm gemeinsam therapiert. *(Quelle: Emma Okt.93)*

[2]Aus dem Aufruf von FrauenLesben gegen die Tagung: "Verdrehte Aufklärung - Das Patriarchat schlägt zurück" Interim: Nr. 270, wird noch an mehreren Stellen zitiert.

[3]Quelle:"Falsche Kinderfreunde" Emma Sept./Okt 93. wird ebenfalls öfter zitiert.

[4]Dieter Duhm ist Gründer des "Zentrums für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" (ZEGG). ZEGG ist eine Sekte die auf einem 15 Hektar großen Gelände in der ehemaligen DDR durch "freie Liebe" "im Sinne eines morphgenetischen Feldes planetarisch wirken" will. Aus ihrem Umfeld heraus wurden Kinder vergewaltigt. *(Quelle: Emma Sept/Okt 93)*

[5]Quelle Interim Nr. 271

Der Anschlag gegen Rassismus und Euthanesie auf EMMA

und die Reaktion der EMMA als SCHREIBTISCHTÄTERINNEN

aus: Frauenzeitung München 2/94

Die „Schreibtischtäterinnen"

Die Emma, auch wenn sie oft genervt hat mit ihrem unkritischen Hochloben vom allem, was Frauen so machen, ob das jetzt Fingerhakel-Wettbewerbe oder CDU-Parteikarriere waren, mit der Fixiertheit auf die „männlichen" (eigentlich patriarchalen) Werte, mit dem Ausblenden von verschiedenartigsten FrauenLesbenzusammenhängen, mit manchen Artikeln, in denen wirklich nur unreflektierter Blödsinn stand, – sie wurde doch immer wieder gelesen.

Erstmal gab es in der BRD keine andere überregionale Frauenzeitschrift (bzw. als es die Courage noch gab, waren einige von uns noch ziemlich jung, und irgendwann gab es die ja auch nicht mehr). Außerdem waren immer wieder gute Artikel und Reportagen drin. Und zum Sich-Aufbauen, wenn die Welt wieder einmal so ignorant und frauenfeindlich war, war sie doch auch ganz gut.

Letzten Sommer erschien dann aber die Ausgabe mit dem unsäglichen Dossier über islamischen Fundamentalismus. Je öfter frau es sich durchlas, desto entsetzter war sie. Übelste rassistische Klischees wurden in einigen Artikel dargeboten, darüber konnte auch das Argument, frau müsse sich doch mit dem Thema auch mal auseinandersetzen, nicht hinwegtäuschen. Die fassungslosen und empörten Reaktionen, die daraufhin kamen, ob in Form von Leserinnenbriefen oder Boykottaufrufen oder als Auseinandersetzung mit diesem Emma-Dossier in der feministischen Presse – so ja auch bei uns in der FRAZ 3/93 – wurden von Emma achselzuckend weggewischt. Was für Verletzungen sie damit hervorgerufen hatte, das schien sie nicht zu interessieren.

So bräuchte es eine schon nicht mehr zu wundern, wie Emma jetzt Peter Singer samt seinen behindertenfeindlichen Thesen in Schutz nimmt. Und trotzdem ist es schokkierend und traurig. In der nächsten Ausgabe werden wir uns dann intensiver mit dem Thema beschäftigen.

In der letzten Emma-Ausgabe ist ein Artikel über die Verwüstung der Redaktionsräume – eine Aktion, von der sich das FRAZ-Kollektiv ausdrücklich distanziert. Emma sucht darin nach einer Erklärung, wie so etwas passieren konnte. Die Gründe sind für Emma natürlich nicht in den verletzenden und wütend machenden Äußerungen in den Fundamentalismus- und Singer-Artikeln zu suchen.

Nein, es waren halt bestimmte Frauen.

„Sie sind jung, homosexuell und linksradikal (wasimmer das heißen mag), haben ihr Studium abgebrochen oder jobben." (A. Schwarzer).

Die sind halt frustriert (weil lesbisch!), militant (haben wahrscheinlich zuviel Wen Do-Kurse gemacht) und eigentlich von Männern aufgehetzt (links oder gar linksradikal zu sein ist out, wenn frau das ist, kann sie nur von Männern infiltiert sein – Politik ist halt nix für Frauen).

Aber selbst diese Frauen machen das nicht einfach so. Sie werden manipuliert. Und Emma weiß, wie das geht: „Die Tat wurde seit Sommer 93 vorbereitet – und die Schreibtischtäterinnen haben Namen." Als Beispiel führen sie die von vielen regionalen feministischen Zeitungen unterzeichneten Boykottaufrufe, die wegen des Fundamentalismusdossiers herausgegeben wurden, an.

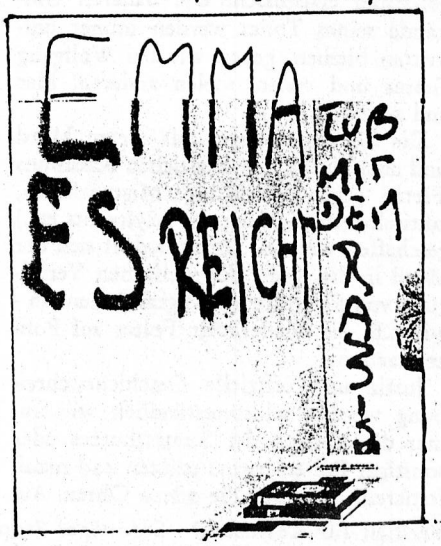
Oder die Auseinandersetzung damit in der FRAZ, bzw. Nadjas Leserinnenbrief, der in der letzten Emma erschienen ist. Nadjas Sichtweise konnte von der Redaktionsmehrheit nicht mitgetragen werden und da Nadja das nicht akzeptieren konnte, hat sie die Redaktion verlassen. Daß sie sich bei Emma öffentlich ausgeheult hat, ist ein gefundenes Fressen für Emma, die sich als unschuldigt verfolgt hinstellen will und deshalb beweisen will, daß die Kritik, die von vielen Frauen kam, nichts weiter als Manipulationsversuche waren.

Den militanten Angriff auf Emma finden wir nicht fair. Emma funktioniert hier lediglich als Sündenböckin für das, was im Moment in der gesamten Medienlandschaft abgeht, für den Rechtsruck der (eigentlich Verantwortung tragenden) Medien. Emma jetzt aber so tut, als wären sie nur die mutigen Journalistinnen, die sich zu sagen trauen, was sich sonst keine(R) traut, und die von irgendwelchen männergesteuerten(!) Lesben oder sonstewelchen (Franziska Beckers Comic in der neuen Emma-Ausgabe suggeriert eine faschistoide Gesinnung der „Vandalinnen" und ihres Umfelds) völlig ungerechterweise angegriffen worden sind.

Anstatt uns und anderen geistige Brandstifterei vorzuwerfen, sollten die Emma-Frauen doch auch mal nachdenken, ob sie nicht im letzten Jahr Sachen geschrieben haben, die untragbar sind (im übrigen auch nicht besonders „menschlich" – von wegen „Magazin für Menschen" oder wie war das noch gleich?).

nanni dandorfer

Photo: aus EMMA 7/8.94 zum "Überfall"



aus: FRAUENZEITUNG München 2/94

Falsche Schwestern

Boykottiert EMMA!

Wir Frauen mit Behinderungen sind wütend und schockiert über die Haltung der sogenannten Frauenzeitschrift EMMA gegenüber Menschen mit Behinderungen und ihrem Lebensrecht!
Indem EMMA (2/94) den Philosophen Peter Singer im Rahmen ihrer Tierschutzkampagne zum Märtyrer und Feministen aufbaut, beteiligt sie sich offen und schamlos an der Diskussion, in der Menschen mit Behinderungen das Lebensrecht abgesprochen wird. Doch als sei dies noch nicht genug, maßt sich EMMA an, die vorgeburtliche Selektion von Behinderten als Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Frau zu verkaufen. Daß es über 10 Jahren innerhalb der Frauenbewegung eine kritische Diskusion des Selbstbestimmungsbegriffes sowie eine ebensolche zu Gen- und Reproduktionstechniken gibt, ist EMMA offensichtlich entgangen.
EMMA geht sogar soweit, Behinderung als rein individuelles Schicksal und lebenslange Belastung für die Mütter darzustellen. Daß Behinderung ein gesellschaftspolitisches Problem ist, scheint EMMA ebensowenig bekannt zu sein, wie Bestrebungen von z.B. Behinderteninitiativen, die Lebensbedingungen für Familien mit behinderten Kindern verbessern.
EMMA hat seit 13 Jahren kaum eine Zeile zur Lebenssituation behinderter Frauen veröffentlicht! Die Redaktion brüstet sich mit einem Dossier von 1981 zu diesem Thema. Das ist nicht nur peinlich sondern auch zynisch. Wir fordern eine Namensänderung in „Magazin von Frauen für nichtbehinderte Menschen"; denn Menschen mit Behinderung dürften kaum an einer Zeitung interessiert sein, die ihr Lebensrecht offen in Frage stellt.

Unser Lebensrecht ist nicht diskutierbar!

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diesen menschenverachtenden und diskriminierenden Stil und rufen zum Boykott der EMMA auf!

Schreibt EMMA Leserinnenbriefe und kündigt Eure Abos!

Erstunterzeichnerinnen:
- Frauen des Seminars: Forderungen behinderter Frauen an ein Antidiskriminierungsgesetz (St. Andreasberg/Harz, April 1994); - Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Kasse; - Projekt „Peer Support für behinderte Frauen", Köln; - ISL (Interessensgemeinschaft Selbstbestimmt Leben) Erlangen, – Arbeitskreis behinderter Frauen; - bifos (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmt Leben Behinderter), Kassel; - Anne Waldschmidt, Sozialwissenschaftlerin, Bonn - Theresia Degener, Juristin, Frankfurt; - Hessisches Netzwerk behinderter Frauen, Marburg.

Interim Nr.294, 14. Juli 1994

Wir haben in der Nacht vom 6. zum 7. Juli 1994 Plakate der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) geklebt. Dazu folgende Presseerklärung:

Wandelt Trauer und Wut in Widerstand

Am 30.6.1994 wurde in Hannover der 16jährige Kurde Halim Dener beim Kleben von Plakaten der ERNK von einem Zivilpolizisten erschossen. Die näheren Umstände seines Todes werden immer umstritten bleiben, genau wie bei Wolfgang Grams und vielen, vielen anderen, hier und weltweit.

Die Voraussetzungen für diesen Mord sind auch durch den staatlichen Rassismus (Hetze gegen Flüchtlinge/MigrantInnen, faktische Abschaffung des Asylrechts etc.) geschaffen worden. Damit ordnet sich der Mord in die Reihe der vielfachen Verfolgung von Flüchtlingen/MigrantInnen ein - wie z.B. die wiederholte Folter auf Polizeiwachen.

Justiz und offizielle Geschichtsschreibung werden selbstverständlich wie immer die Version des Staatsschutzes oder sonstiger Polizeiorgane stützen und manifestieren. Aber alle, die offene Ohren, Augen und Herzen haben, werden zweifeln bzw. wissen.

Halim Dener ist tot und daran gibt es nichts mehr zu deuteln! Wieder ein Opfer mehr in der langen Unterdrückungsgeschichte des kurdischen Volkes.

Verantwortlich für seinen Tod ist nicht nur der Schütze. Fakt ist, daß das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und damit auch der ERNK die Voraussetzungen für den Tod Deners schuf. Fakt ist, daß die massive militärische und politische Unterstützung der BRD für die Türkei dieser erst ermöglicht, den Kampf gegen das kurdische Volk aufrecht zu erhalten. Die PKK und damit die ERNK sind der legitime Ausdruck des Willens des kurdischen Volkes nach einem Ende der Unterdrückung durch die Türkei. Wir solidarisieren uns mit dem Kampf des kurdischen Volkes um Befreiung!

Freiheit für Kurdistan! - Sofortiger Stop der Militärhilfe an die Türkei! - Kein Urlaub im Kriegsland Türkei! - Sofortige Aufhebung des Verbotes der PKK!

Scherbendemo in Friedrichshain

Unsere Wut und Trauer über den Bullenmord an dem 16jährigen kurdischen Jungen in Hannover ist riesengroß.

Er wurde abgeknallt, weil das Leben eines Kurden dem BRD-Staat nichts zählt. Genauso wenig wie das anderer ausländischer Menschen und das derer, die der Staat zu Terroristen und damit zu Vogelfreien erklärt hat. Der größte Terrorist ist der BRD-Staat. NVA-Panzer in der Türkei, Abschiebungen, der Mord in Hannover - die Kurdistan-Politik der BRD ist Mordpolitik. Nach der Scherbendemo zum Kottbusser-Damm am 2. Juli haben wir am 3. Juli Teile der Frankfurter Allee in Friedrichshain entglast. Mit den Fensterscheiben haben wir ein Teil der unerträglichen Fassade der Mord-Normalität in der BRD kaputt geschmissen.

Solidarische Grüße an die Menschen, die Bullenstationen in der BRD angegriffen haben. Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes um Selbstbestimmung! Wandelt Wut und Trauer in Aktivität!
Schwarze Horden Friedrichshain

FrauenLesben aus Bremen

Repression/Gefangene

27.Juli bis 3.August

Gefangene aus der RAF im Hungerstreik

Erklärung

wir gehen jetzt für eine begrenzte zeit in den hungerstreik, um nochmal mit nachdruck die situation zu vermitteln und wo sie steht.

irmgard soll nicht rauskommen. die staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt, daß sie in die nächste instanz gehen wird, wenn es in einem halben jahr oder wann zu einer entscheidung des gerichts kommt.

also entweder sperrfrist wegen verweigerung der psychiatrischen untersuchung oder die ganze prozedur nochmal von vorne — damit haben sie weitere jahre für irmgard festgesetzt und so auch den „maßstab" für den rest von uns.

wir denken, auch für die breitere öffentlichkeit liegt jetzt offen auf dem tisch, daß über diesen rein justiziellen schlauch, auf den sie uns geschoben haben, nichts geht. bis in die einzelheiten ist die ganze unmöglichkeit zu sehen:

aktuell werden irmgards mitgefangene und alle, die sie besuchen, aufgefordert, einschätzung, beobachtungen und beurteilungen von ihr abzuliefern, als material für die psychiatrische „gefährlichkeitsprognose", was irmgard ablehnt, sollen nun die menschen tun, die ihr nahestehen und politisch verbunden sind.

wir hoffen, das lehnen alle ab!

es ist brotlos und an der wirklichkeit vorbei, auf diesem weg immer weiter mitzulaufen, sich an scheinfragen abzuarbeiten (wie dem vorgeschobenen „gutachterproblem"), von einer anhörung auf die nächste zu hoffen. denn auf dem sogenannten rechtlichen weg passiert schließlich immer nur eins: es wird die politische vorgabe vom staat exekutiert, der herrschende politische wille.

und der ist eindeutig: wolfgang; birgits haftbedingungen und die anklage gegen sie, wo schon alles klar ist: jetzt soll die kontinuität des bewaffneten angriffs in der brd bis 92 abgeurteilt werden, wieder endloser knast als abschreckung gegen neue aufbrüche; evas urteil; heidis prozeß und sämtliche kronzeugenprozesse, die den knast bis zum tod für uns nun auch noch hundertfünfzig prozent absichern sollen; über

Irmgard Möller
wurde verurteilt wegen Teilnahme an einem Angriff auf die Militärbasis der USA in Heidelberg. Von dort aus wurden Bombardierungen dicht besiedelter Gebiete Vietnams koordiniert. Die Bundesregierung (brd,..) unterstützte die Kriegs – Verbrechen der USA. Dieser Angriff der RAF war berechtigt.

22 Jahre Isolationshaft,
Überlebende der Todesnacht in Stammheim
am 18.10.1997 1977
die letzten 14 Jahre im Hochsicherheitstrakt in Lübeck.

Irmgard Möller →
muß raus,
und alle anderen →
politischen
Gefangenen auch !

100 neue politische gefangene in den knästen; pkk-verbot und verfolgung aller politisch aktiven kurdischen menschen; antifa-prozesse; razzien; halim dener, 16 jahre, wird beim plakatkleben von zivilbullen erschossen.

das ist die realität, nicht die neueste leimrute der bundesanwaltschaft, auf die wieder alle gezogen werden sollen, wo sie wieder mit der justiz winken, nachdem die gerade bei irmgard den hammer hat runterfallen lassen.

freiheit, eine reale freiheitsperspektive für uns gefangene kann nur am dreh- und angelpunkt ansetzen: am politischen willen. das heißt, einen *anderen* politischen willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche liquidierungsstrategie, sie zum einbrechen zu bringen.

wir sind damit, was wir seit 88 versucht haben, aufzubauen, gescheitert. aber *trotzdem* kann es auch weiterhin nur darum gehen, einen *anderen* politischen willen zu bilden und zu artikulieren. das ist nach wie vor der punkt, um den es geht.

das wollen wir mit dem streik: die realität wieder in die diskussion holen, den scharfen blick auf das, was ist. unsere unveränderte gefangenensituation, trennung und vereinzelung bis aufs blut, nach 22 jahren in härtesten haftbedingungen soll irmgard weiter gefangen bleiben, das rechtsstaatsritual der prozesse, wo sie in faktischen todesurteilen geradezu baden, läuft weiter.

wir glauben nicht, daß wir druck auf die entscheidung in diesem lübecker verfahren ausüben können, aber wir fordern alle auf, dafür zu kämpfen, daß sie jetzt freikommt, und sich nicht blenden zu lassen von diesem anhörungsverfahren, das nur ein vorwand ist. es ist klar, daß irmgard ohne wenn und aber, ohne diesen ganzen verfahrensschiß, wo sich jeder mensch an den kopf greifen muß, raus muß. irmgard hat immer nur aus politischen gründen gekämpft, nicht aus ihrer persönlichkeitsstruktur, die jetzt gegenstand der begutachtung sein soll. es ist ausgeschlossen, daß das überhaupt die frage sein kann, und angesichts der langen haft und ihrer angeschlagenen gesundheit totaler zynismus.

es ist notwendig, einen schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem denken, das sich in den letzten jahren etabliert hat, weg vom starren auf „angebote", auf die justiz, auf die ganze elende tour, mit der der staat die schraube nur immer noch eine umdrehung weiter zugedreht hat.

irmgard muß raus!

27.7.94
manuela happe, eva haule, rolf heissler, sieglinde hofmann, christian klar, hanna krabbe, christine kuby, irmgard möller, brigitte mohnhaupt, helmut pohl, heidi schulz, rolf-clemens wagner

Verschönerung der Heidelberger Neckarpromenade

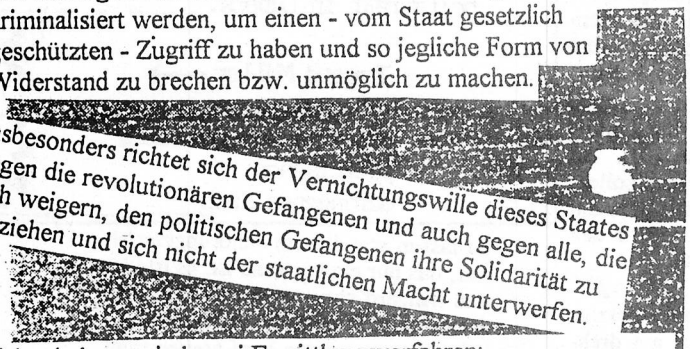
Einen Tag später hat sich auch Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF, dem Hungerstreik angeschlossen:
„Ich habe mich am 28.7.94 dem zeitlich begrenzten Hungerstreik, den gestern 12 Gefangene aus der RAF begonnen haben, angeschlossen.
Sofortige Freilassung von Irmgard Möller!
Birgit Hogefeld

Text: AoG
Agitare bene
Sept. 94, S. 14

INFORMATIONEN UND HINTERGRÜNDE DER VERHAFTUNGEN IN FRANKFURT A.M.

Am 27.6.93 wurde in Bad Kleinen Wolfgang Grams von einer Killertruppe der BAW (Bundesanwaltschaft) und des BKA (Bundeskriminalamt) hingerichtet und Birgit Hogefeld verhaftet.

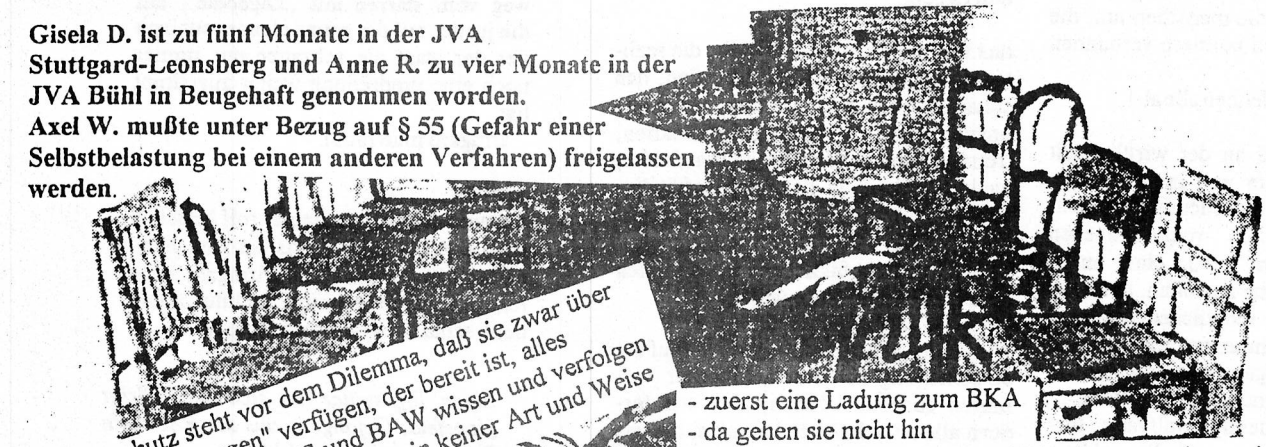
Der Mord an Wolfgang Grams und die Verhaftung von Birgit gehen auf das Konto des VS (Verfassungsschutz)- Spitzel Klaus Steinmetz, der seit 10 Jahren als Spitzel in der radikalen und revolutionären Linken aktiv war.
Steinmetz war darauf angesetzt, sich in politischen Strukturen und deren Zusammenhänge einzubinden.
Durch sein Computerwissen hatte er sich Zugang zu Leuten und Strukturen verschafft, von denen er sonst nichts mitgekriegt hätte.
Mit Aussagen von Steinmetz sollen Leute im legalen Widerstand kriminalisiert werden, um einen - vom Staat gesetzlich geschützten - Zugriff zu haben und so jegliche Form von Widerstand zu brechen bzw. unmöglich zu machen.



Bisher bekannt sind zwei Ermittlungsverfahren:
Eines gegen Stefan Frey, der früher in der RAF organisiert und deswegen schon im Knast war.
Ein zweites gegen Gisela Pohl. Im zweiten Verfahren sind Gisela Dutzi (sie ist Gründungsmitglied der internationalen Kampagne "LIBERTAD" für die Freiheit aller politischen Gefangenen), Anne Rauch und Axel Wäldele, die alle drei in der früheren "Infostelle für politische Gefangene in der BRD" gearbeitet haben als ZeugInnen geladen. Sie sollen eine sogenannte Aussage des Spitzel Steinmetz bestätigen.

Alle drei verweigerten die Aussage:

Gisela D. ist zu fünf Monate in der JVA Stuttgard-Leonsberg und Anne R. zu vier Monate in der JVA Bühl in Beugehaft genommen worden.
Axel W. mußte unter Bezug auf § 55 (Gefahr einer Selbstbelastung bei einem anderen Verfahren) freigelassen werden.



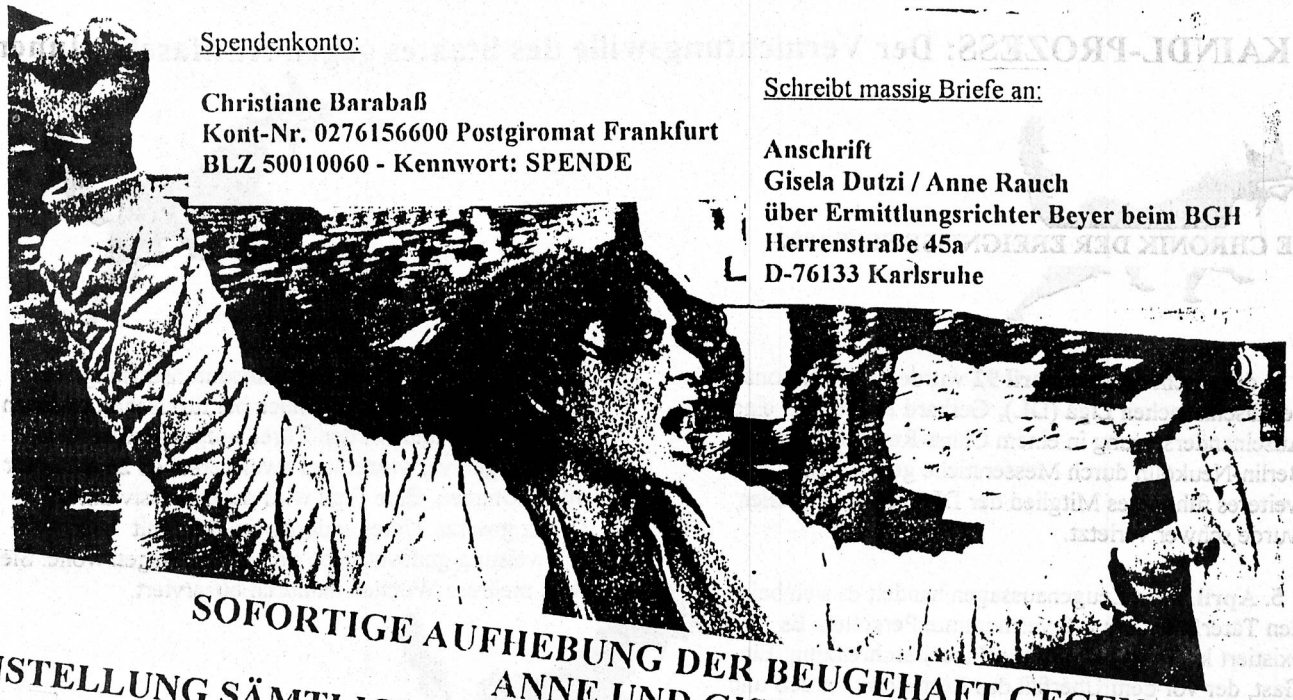
BAW, BGH (Bundesgerichtshof) und die interessierte Öffentlichkeit wissen:
Steinmetz ist ein bezahlter Lügner: erst behauptet er, eine Angehörige hätte ihm in der "Infostelle" einen Zettel mit einem Kontakttermin für die RAF zugeschoben, dann wiederum soll die angebliche Zettelübergabe plötzlich im Treppenhaus, wo niemand dabeigewesen wäre, stattgefunden haben und auf einmal komme auch "eine andere Frau" als die Angehörige in Frage, so die BAW.
Um ihn auf ein brauchbares Zeugenniveau zu heben, ist es für den Staatsschutz notwendig, Aussagen rauszupressen. Harmlos scheinende Fragen wie - "War denn der Herr Steinmetz überhaupt einmal in der Infostelle?" - haben den politischen Zweck, Steinmetz eine Glaubwürdigkeit zu geben.
Denn wenn Steinmetz dort gewesen sein könnte, könnte auch seine angebliche Zettelübergabe stattgefunden haben.... und weiter: wenn Steinmetz in diesem Punkt die Wahrheit gesagt hätte, könnten auch andere Aussagen wahr sein, die zig Aktenordner füllen.

Steinmetz macht jede gewünschte Aussage, unter anderem haben ihn seine KollegInnen vom VS eine Liste von Leuten aufstellen lassen, die für Kontakte zur RAF "in Betracht kämen".
Mit solchen Aussagen verschaffen sie sich die Möglichkeit, alle, die im linken Widerstand organisiert sind, in den nächsten Jahren mit Verfahren zu überziehen. Durch die daraus notwendige Repressionsarbeit soll die revolutionäre Linke von ihren eigentlichen Zielen abgehalten werden, in die Deffensive und zu Zusammenarbeit (Aussagen machen) getrieben werden.

Wie sehr die Justiz auf Zeugenaussagen angewiesen ist, zeigt auch, wie zielstrebig sie ihr ganzes repressives Instrumentarium gegen die drei eingesetzt hat:

- zuerst eine Ladung zum BKA
- da gehen sie nicht hin
- am 14.7. eine Ladung zur BAW - dort verweigern sie die
- Aussage; es wird eine Ordnungsstrafe von 400 DM verhängt
- dann kommen die Vorladungen zum BGH. Jetzt steht Beugehaft an, die auch schon angedroht wurde.
- als die drei sich krank melden, tauchen am Nachmittag des 1.9. zehn Bullen bei Axel auf; am nächsten Morgen klingeln sie um sieben Uhr früh bei Anne und Gisela:
- durch die ständigen Observationen kriegen die Bullen mit, daß zu den Zeugenladungen informiert und mobilisiert wird. Offenbar soll es keine Öffentlichkeit dazu geben: am 5.9. wird Anne morgens, Gisela nachmittags und Axel abends zur Zwangsvorführung beim BGH festgenommen.

SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN FRAUEN IN BEUGEHAFT



Spendenkonto:

Christiane Barabaß
Kont-Nr. 0276156600 Postgiromat Frankfurt
BLZ 50010060 - Kennwort: SPENDE

Schreibt massig Briefe an:

Anschrift
Gisela Dutzi / Anne Rauch
über Ermittlungsrichter Beyer beim BGH
Herrenstraße 45a
D-76133 Karlsruhe

SOFORTIGE AUFHEBUNG DER BEUGEHAFT GEGEN ANNE UND GISELA

EINSTELLUNG SÄMTLICHER EINGELEITETEN ERMITTLUNGSVERFAHREN IM ZUSAMMENHANG MIT AUSSAGEN DES VS-SPITZEL STEINMETZ

Kriminalisierung einer Angehörigen

Ich, Gila Pohl, Ehefrau von Helmut Pohl, teile aus aktuellem Anlaß folgendes mit:

Vor einigen Tagen erfuhr ich, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren läuft. Drei GenossInnen, mit denen ich in der „Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen" in Frankfurt zusammengearbeitet habe, wurden inzwischen vom BKA in diesem Verfahren als Zeugen geladen. (Sie sind zu diesen Vernehmungen nicht hingegangen.)

Und aus den Ermittlungsakten gegen Stefan Frey, gegen den ebenfalls ein Verfahren läuft, geht hervor, daß sich das Verfahren gegen mich auf eine angebliche Aussage von Steinmetz stützt. In dieser Aussage behauptet Steinmetz, den ich überhaupt nicht kenne, ich hätte ihm einen Zettel zugeschoben, auf dem ein Kontakttreffen mit der RAF gestanden haben soll. Daß Angehörige oder auch Anwälte Zettelchen schieben sollen, gehört zur alten Propagandaschiene seit 1973, um unseren Widerstand gegen die Haftbedingungen zu kriminalisieren.

Das Ganze ist eine zielgerichtete Erfindung. Bei mir deshalb, weil ich nach meiner Rückkehr aus dem Exil ab 1989 wieder in der Angehörigengruppe aktiv wurde und weil die Verfolgungsbehörden, kaum daß ich wieder in der BRD war, erfolglos versucht haben, mich zur Kooperation mit ihnen bringen zu wollen, damit ich die letzte Brücke, die Helmut in mir als einzig ihm verbliebene Angehörige hat, kappe. Ich sollte dafür herhalten, Helmut, den sie seit Jahren als ihr Haupthaßobjekt verfolgen, von seinen sozialen Kontakten nach draußen zu isolieren.

Dabei haben sie drei manifeste Versuche in diese Richtung gegen mich unternommen:

Sie kamen auf die freundliche Tour.

Im Sommer '88, ich hatte gerade meine Kinder nach Deutschland geholt, klingelten zwei BKA-Beamte um die Mittagszeit an der Wohnungstür und baten mich um ein „Gespräch, im Fall, daß sie nicht stören". Da sie störten, gingen sie wieder unverrichteter Dinge.

Ein paar Wochen später, im September '88, bandelte Benz, die graue Eminenz aus dem Innenministerium, mit meinem Bruder und meinem damaligen Rechtsanwalt an. Der Rechtsanwalt, der sich zum willfährigen Objekt der Staatsschutzbehörden gemacht hatte, verkündete mir, daß er wolle, daß „endlich wieder Frieden in Deutschland einkehrt", und forderte mich auf, dem Wunsch seitens Benz nach einem Gespräch mit mir nachzukommen. Während dieser Unterredung ließ der Anwalt durchblicken, daß ihm die Staatsschutzbehörden bedeutet hätten, daß es durchaus in ihrer Hand läge, was mit meinen Kindern geschehe, es komme halt darauf an, wie ich mich verhalte. Ich habe daraufhin diesem Anwalt mein Mandat aufgekündigt.

Den letzten knallharten Versuch starteten sie gegen mich kurz nach der Verhaftung der ehemaligen RAF-Mitglieder in der DDR, die dann in die Rolle als Kronzeugen für die derzeit laufenden Prozesse gegen die Gefangenen, u.a. auch Helmut, gepreßt wurden. Dies war im Herbst 1990. Rechtsanwalt Dieter Hoffmann, Anwalt des Kronzeugen Werner Lotze, verkündete öffentlich den schon bekannten Satz, „er wolle, daß endlich wieder Frieden in Deutschland einkehre", und bald darauf klingelte bei mir das Telefon mit der Ehefrau von Werner Lotze am Apparat. Sie ließ mich wissen, daß Rechtsanwalt D. Hoffmann mich zu einem „sehr wichtigen Gespräch" nach Berlin einlade, „Flug und Hotelunterkunft werden natürlich übernommen". Ich habe RA Hoffmann die passende Absage ausrichten lassen.

Alles in allem gehört dieses Vorgehen seitens der Staatsschutzbehörden in den Rahmen ihrer Strategie, u.a. Angehörige dafür mißbrauchen zu wollen, die Gefangenen in die Knie zu zwingen. Wir Angehörige waren über all die Jahre ständig dieser Art von Angriffen ausgesetzt, und es geht immer so weiter.

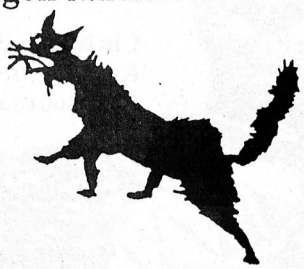
Da sie mit ihren Anläufen bei mir gescheitert sind, verwundert es mich jetzt nicht, wenn sie jetzt auf der Schiene der Kriminalisierung daherkommen.

Ich und alle Angehörigen aus der Angehörigengruppe sagen dazu, daß nach 23 Jahren Sonderhaft die Gefangenen freikommen müssen. Der Staat muß eine politische Entscheidung für die Freiheit der politischen Gefangenen treffen.

Gisela Pohl

KAINDL-PROZESS: Der Vernichtungswille des Staates gegen AntifaschistInnen

DIE CHRONIK DER EREIGNISSE SEIT 1992



* In der Nacht zum **4. April 92** wurde der Funktionär der faschistischen Liga (DL), Gerhard Kaindl, bei einer Auseinandersetzung in einem China-Restaurant in Berlin-Neukölln durch Messerstiche getötet. Ein weiteres führendes Mitglied der DL, Thorsten Thaler, wurde schwer verletzt.

* **5. April**. Laut Zeugenaussagen handelt es sich bei den TäterInnen um 6-8 vermummte Personen. Es existiert keine genauere TäterInnenbeschreibung. Ein Gast, der vor dem Überfall das Restaurant verließ und der dem TäterInnenkreis zugeordnet wird, soll "süd- oder osteuropäischen Ursprungs" sein. Er sprach (Zeuge) aktzentfrei deutsch.
Der Berliner Staatsschutz vermutet die TäterInnen sofort "in türkischen oder arabischen Kreisen". Der CDU-Abgeordnete Klaus Landowsky schreibt die Tat "militanten Ausländergruppen der linken Terrorszene " zu. Der DL-Vorsitzende Neubauer nimmt den Überfall zum Anlaß, vor "ausländischen Terror gegen Deutsche" zu warnen.

* **6. April**. Der Staatsschutz bildet eine 20-köpfige Sonderkommision, setzt eine Belohnung von 10.000 DM aus und fahndet mit einem Phantombild nach dem Mann mit dem "südosteuropäischen" Äußeren, der das Restaurant vor dem Überfall verließ.

* Am **7. April** stellt sich dieser Mann den Behörden. Nach einem dreistündigen Verhör wird er wieder freigelassen. Ihm kann keine Tat nachgewiesen werden. In Polizeikreisen wird spekuliert, daß eine " gutorganisierte, linksradikale Gruppe aus Kreuzberg" hinter dem Überfall stehe.
Begründung:
Ausländische Jugendliche hätten im März Bundeswehrsoldaten mit Baseballschlägern angegriffen und schwer verletzt. Es gäbe zwischen diesen beiden Vorfällen Parallelen!!!

* Seit dem **8. April** werden Treffpunkte ausländischer Jugendlicher observiert.

* **9. April**. Mit neuen Phantombildern wird nach angeblichen TäterInnen gefahndet. Die Republikaner kündigen an, gegen die " Beeinflussung deutscher Politik durch ausländische Terroristen" zu demonstrieren. Der Staatsschutz und andere zivile Kräfte der Polizei sind vermehrt in Berlin-Kreuzberg präsent. Offene Observationen einzelner Menschen türkischer Herkunft und Einschüchterungsversuche sind an der Tagesordnung.

* Am **12. Mai 92** finden 10 Hausdurchsuchungen in ganz Berlin statt; hauptsächlich bei türkisch/kurdischen Menschen. Dabei werden Türen aufgebrochen, Wohnungen verwüstet und zwei Personen zum Verhör mitgenommen. Eine Frau wird dabei massiv unter Druck gesetzt. Unter anderem wird ihr mit Ausweisung gedroht, falls sie nicht aussagen wolle. Sie wird mehrere Wochen hindurch observiert.

Der vom Staatsschutz beantragte Haftbefehl gegen sie kommt nicht zustande, da nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die Beweislage nicht ausreicht. Der Berliner Staasschutz kann keine Ermittlungsergebnisse vorweisen.

Dann im Herbst 1993....

* Am **13. oder 14 November** wird der 17-jährige Erkan unter bisher nicht geklärten Umständen verhaftet und verhört. Es gibt Indizien dafür, daß er geschlagen und unter Druck gesetzt wurde. Er machte Aussagen, die kein Rechtsanwalt zu Gesicht bekam. Den Anwälten wurde erst im Februar Einsicht in die Akten gewährt.

* Am Montag, den **15. November** durchsuchen Polizei und Staatsschutz ein Dutzend Wohnungen von AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden. Fatma, eine 22-jährige Kurdin wird bei einer Durchsuchung mit einer Dienstwaffe am Kopf bedroht. Einer herbeieilenden Nachbarin wird erklärt: das sei eine Terroristin. Fatma und Mehmet werden bei diesen Durchsuchungen festgenommen. Den Eltern eines Gesuchten wird sinngemäß erklärt, daß ihr Sohn "liquidiert" werden würde, falls er bei einer Festnahme Widerstand leisten sollte. Ein Taschenmesser würde schon genügen. Haftbefehle existieren zu diesen Zeitpunkt noch nicht. Die offizielle Begründung ist "Gefahr in Verzug".

* Am Donnerstag, den **18.November** stellt sich Abidin, nach dem der Staatsschutz ebenfalls fahndet, den Behörden.

* In Berlin-Kreuzberg ist eine massive Präsenz von uniformierten und zivilen Polizisten zu beobachten.

* In der zweiten Woche folgen Vorladungen von KneipenbesitzerInnen und MieterInnen von Infocafes, Observationen, Hausdurchsuchungen, Schnüffeleien in Wohnhäusern, Vorlagen von Fotomappen und Einschüchterungsversuchen von Seiten des Staatsschutzes. Am Ende dieser Woche wird klar, daß es noch mindestens fünf offene Haftbefehle gibt. Ein Unterstützerkreis aus AntifaschistInnen, Freunden und Bekannten bildet sich.

* Am **2. Dezember** wird Bahrettin nach einer Wohnungsdurchsuchung festgenommen. Es finden außerdem noch drei weitere Durchsuchungen statt. Bis jetzt wissen wir von zehn Haftbefehlen, fünf "vollzogenen" und fünf noch offenen.

* Am **18.12.1993** wird Mahmut im Rahmen der Ermittlungen als Zeuge zum Staatsschutz vorgeladen. Er nimmt von seinem Recht gebrauch und kommt dieser Vorladung nicht nach. Vier Tage später wird er verhaftet. Gegen ihn liegt seit längerem ein Auslieferungsgesuch der Türkei vor.

* **Ende Dezember** gibt es weiterhin Dutzende ZeugInnenvorladungen beim Staatschutz. Eine ZeugInnengruppe zur Koordination der Vorladungen und ihren Folgen bildet sich. Erkan befindet sich mittlerweile in der psychiatrischen Abteilung der JVA Tegel.
* **Anfang Februar** wurde Erkan Sönmez aus der PN in Tegel entlassen. Jetzt ist er in einer geschlossenen Abteilung der Karl-Bönnhofer-Nervenklinik.

Am **15. April 94** erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die fünf inhaftierten ImmigrantInnen.
Vorgeworfen wird ihnen, auf der Grundlage "eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen" einen Menschen ermordet zu haben.
Die "niederen Beweggründe" seien Haß gewesen.
Hinzu kommt noch der Vorwurf des "gemeinschaftlichen 6-fachen Mordversuches.
" Untermauert" wird dieser ungeheuerliche Tatvorwurf hauptsächlich mit den Aussagen von Erkan und Bahrettin.
* Am **9.Juli** wurde in Passau Seyho Karaaslan verhaftet. Der angebliche Tatbeteiligte wollte sich stellen und wurde sofort an der Grenze inhaftiert.
Seyho hat erklären lassen, daß er bei den Vernehmungen bis zum Prozessbeginn keine Aussagen machnen werde.

*** Der Prozesstermin wird für den 20. September 1994 angesetzt.**

DIE ERMITTLUNGSMETHODEN DES STAATSSCHUTZES

1. Es ist offensichtlich, daß der Berliner Staatsschutz Ermittlungsergebnisse an die DL weitergab!
Eine Anfrage der Abgeordneten Renate Künast (Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV) vom 14.1.94:
Wie erklärt sich der Senat, daß bereits wenige Wochen nach dem Kaindl-Attentat in der "Deutschen Rundschau" (Parteizeitung der DL) angegeben wurde. die Täter (Namen u.Anschrift etc.) seien bekannt und seien der türkischen Gruppe "Antifasist Genclik" zugehörig?
Die Antwort von Innensenator Heckelmann:
Dem Senat ist nicht bekannt, wie die "Deutsche Rundschau" zu diesen Behauptungen kommmt.
Es ist ausgeschossen, daß weitere Daten (Anschriften, Kfz-Kennzeichen) genannt wurden, so daß der Senat nicht beurteilen kann, ob und ggf. wie derartige Informationen in den Besitz der "Deutschen Liga gelangt sein könnten.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß innerhalb der ermittelnden Staatschutzbehörde durchaus Sympathien für die rassistische und anti-antifaschistische Politik der DL vorhanden sind. Darüber hinaus nutzte der Staatsschutz die ungesicherte Position der MigrantInnen aus, um sie mit rassistischen Methoden unter Druck zu setzen.

2. Die Tatsache, daß die Verhaftung von Mehmet, Abidin Fatma und Bahrettin sowie die Haftbefehle gegen weitere Gesuchte mit den Aussagen des 17-jährigen Erkan begründet wurden, läßt zusätzlich Raum für diverse Fragen.
In dieser Situation wird er zwei Wochen lang von den Ermittlungsbehörden regelrecht unter Verschluß gehalten. In dieser psychischen Krise, ohne Anwalt, ohne Kontakte zu Freunden und zu seiner Familie, zwei wochen lang weggebunkert von der Außenwelt, entstanden DIE AUSSAGEN, die die folgende Repressionswelle auslösten.
Erkan stand unter starkem Einfluß von Psycho-pharmaka und war schon zum Zeitpunkt seiner Verhaftung psychisch krank.

3. Daß der zweite Jugendliche, Bahrettin, sich und die anderen schwer belastet hat, ist eine Sache. Die andere Sache ist die Erfahrung aus vergangenen Prozessen mit Kron- und Hauptbelastungszeugen. Oft genug wurden dabei Zeugen vom Staatsschutz dahingehend manipuliert, andere Zeugenaussagen zu bestätigen, mit dem Ziel, fehlende Beweise zu ersetzen und eine Kriminalisierung trotz mangelnder Indizien zu ermöglichen.

Der Berliner Staatsschutz wittert mit diesem Prozess seine Chance, gleich doppelt zuzuschlagen:

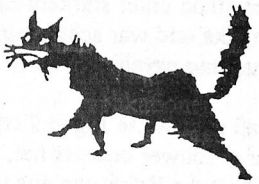
-- gegen den antifaschistischen Widerstand, der über das symbolische Halten einer Kerze hinausgeht und sich direkt in die Verhinderung faschistischer Umtriebe einmischt

-- gegen die Selbstorganisierung von ImmigrantInnen, die den reaktionären und völkischen Teilen in Staat und Gesellschaft seit langem ein besonderer Dorn im Auge sind.

NEONAZIS MOBILISIEREN ZUM PROZESS!

In den verschiedensten NAZI-Puplikationen werden die angeblich schleppenden Ermittlungen des Staatsschutz (bis hin zur offenen Drohung "Wir kriegen euch alle") über den Tod ihres Landesschriftführers Gerhard Kaindl für ihre Selbstdarstellung als Verfolgte und Opfer der deutschen Justiz und der Linken ausgeschlachtet.

Je näher der erste Prozesstag heranrückte, um so massiver mobilisierten die Faschisten ihre Anhänger. Die beiden sog. Nationalen Infotelefone Berlin und Hamburg gaben im Juni die Prozesstermine durch und forderten "alle Nationalgesinnten" auf, den Prozeß zu beobachten und sich "die Sympathisanten der Angeklagten im Zuschauerraum einzuprägen."
"Nation und Europa", eines der zentralen Ideologieblätter der Rechten in der BRD, veröffentlichte in seiner 4. Ausgabe 1994 einen anonymen Leserbrief, in dem die Adresse des Berliner Unterstützungskomitees als Kontaktadresse für die Zeitung Herzschläge benannt wird.
Die neueste Ausgabe der Zeitung der "Nationalen" forderte seine LeserInnen auf, sich "die vollständigen Namen und Anschriften der ermittelten Kaindl-Mörder über die Landesgeschäftstelle zu besorgen.
Zu welchen Zweck die notwendig sein könnte, vermittelte Ende Juni die Berliner FAP. Sie verteilte im Prenzlauer Berg ihre Zeitschrift "Aufbruch" in der es heißt: "Lange Zeit hat der linksterroristische Mob mit legalen Demonstrationen die Freilassung der Inhaftierten" fordern dürfen. Den Fahndungsaufruf der Polizei im Juni 1994 mit den Fotos und Namen der untergetauchten Antifas vervielfältigen die FAPlerInnen für ihre Zeitschrift mit dem Kommentar: "Es wird nichts vergeben und zu gegebener Zeit abgerechnet."
Inzwischen hat die einzige Frau, die an dem Kadertreffen in dem China-Restaurant beteiligt war, Nebenklage wegen seelischen Schadens eingereicht.



20. SEPTEMBER 1994, DER PROZESS BEGINNT

Der erste Prozesstag war geprägt von Verzögerungen und Unterbrechungen, die vor allem durch überzogene Sicherheitsvorkehrungen verursacht wurden.

Jede/r BesucherIn mußte die Schuhe ausziehen, ihre Kleidung wurde durchwühlt, sogar Papier und Bleistift wurden einbehalten, auch die Persoanlausweise wurden koopiert. Dies stellte einen massiven Einschüchterungsversuch der Öffentlichkeit dar. Die Anwälte haben daher den Antrag gestellt, die überzogene und den Grundsatz der Öffentlichkeit verletzenden Kontrollen einzustellen.
Die Mobilisierung von Seiten der Faschisten trug keine überwältigenden Früchte. Sowohl einer größeren Gruppe ziviler PolizistInnen, als auch einzelner Faschisten, darunter der bekannte BVV-Abgeordnete der Repuplikaner, Seifert, blieb der Eintritt zum Prozess verwehrt. Es konnte jedoch nicht verhindert werden , daß Herr Seifert in einen Presseinterview die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte.

SOLIDARITÄTSAKTIONEN

Es hat eine Fülle von Unterstützungsaktionen gegeben.
In Paris, gab es schon im März die erste Protestkundgebung vor der deutschen Botschaft. Es fand auch ein Solidaritätskonzert statt und der Erlös ging auf das Berliner Spendenkonto.
In den USA gab es einige Beiträge in regionalen Radiosendern zu den Geschehnissen in Berlin und in **Washington D.C** eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft. Eine Abordnung des Abul-Jamal- Komitees, bestehend aus drei Anwälten hat sich zur Prozessbeobachtung im September angesagt
In Großbritanien sind mehere Artikel und Spendenaufrufe in antifaschistischen Zeitschriften erschienen. In Manchester fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt und in Newcastle gab es eine in der Innenstadt.
In Wien, Innsbruck, Bludenz und Bregenz wurden Informationsveranstaltugen und Konzerte zur Unterstützung der Berliner Antifas abgehalten. Eine Informationsbroschüre wurde erstellt und der Erlös ging nach Berlin. In Wien gab es noch eine Demo zur deutschen Botschaft.
In der Schweiz wurden im Juni in vier Städten Informations- und Soliveranstaltungen durchgeführt und Spenden gesammelt. In Zürich fand eine Kundgebung vor der Deutsch-Schweizerischen Handelskammer statt. Weitere Öffentlichkeitsaktionen wurden in Fernzügen - mit Fahrziel Deutschland - durchgeführt.
In Wroclaw (Polen) war eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat.
In Paris: Kundgebung vor der deutschen Botschaft und eine kurzzeitige Besetzung des Goethe-Instituts **in Lyon**. Sowie Kundgebungen in **Rennes und Lille**.
In Amsterdam und Rotterdam fanden Kundgebungen statt. Jeweils auch in **Norwegen (Bergen und Tromsö), Finnland (Helsinki), Spanien (Barcelona und Valencia)**.
In Berlin selbst reißt die Kette der Solidaritätsveranstaltungen, Knastkundgebungen, Pressekonferenzen, Plakatierungen und Spendensammlungsaktionen nicht ab.
Ohne diese internationale Solidarität wäre es nicht gelungen, diesem Prozess eine solche Publizität zu verschaffen. Unter anderem wurden die Medien zu einer objektiveren Berichterstattung gezwungen.

DIE ERSTE HAFTENTLASSUNG !!!!!!

Am 25.10.94, dem 8. Verhandlungstag wurde Abidin endlich nach über 11 Monaten U-Haft entlassen.
Die Richterin Eschenhagen machte einen "rechtlichen Hinweis", daß nicht mehr wegen gemeinschaftlichen Mord, sondern nur noch wegen Körperverletzung mit Todesfolge verhandelt wird.
Zwei ZeugInnen bestätigten nochmals die Angaben zweie Entlastungszeugen die am 7.Verhandlungstag ausgesagt haben. Damit war der Anklagevorwurf gegen ihn endgültig zusammengebrochen.
Nach den beiden Zeugen der Verteidigung kam der Staatsschutz, in der Person des Vernehmers Bredlow. Er bemühte sich nach Kräften, die zwielichtige Vernehmungpraxis des Staatsschutz zu retten, war jedoch von dieser Aufgabe streckenweise stark überfordert. Er konnte sich auf Nachfragen nach den Aussagen von Yoldaz an nichts genaues mehr erinnern, war jedoch der Ansicht,"wenn es im Protokoll steht wird es schon stimmen."
Bei der Protokollierung der Aussage von Yoldaz, nach den Vorgesprächen, hätten sie Zwischenfragen gestellt, "es wären teilweise seine, überwiegend ihre Worte"festgehalten worden.
Es gäbe in den Protokollen sicherlich wortgetreue Passagen,er wisse nur nicht wo!!!

Geldspenden für die Prozesskosten an:
M.Holzberger
Kontonummer: 1300 95300
Commerzbank BLZ 100 400 100

Protestschreiben an die zuständige Staatsanwältin Nielsen (Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin) z.H. Sta. Nielsen, Turmstraße 91, 10548 Berlin

Nach dieser Vorstellung des Staatsschutzes, der noch nicht einmal von der Verteidigung befragt werden konnte, trennte die Richterin Eschenhagen das Verfahren ab, und unterband somit die völlige Aufdeckung der Aussagemanipulation des Staatsschutzes. Frau Eschenhagen verkündete in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft die Aufhebung des Haftbefehls gegen Abidin.

Zum Abschluß des Verhandlungstages lehnte die Richterin Eschenhagen den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls für Fatma mit einer fadenscheinigen Begründung ab: "angeblich hätte eine Zeugin sie am Tatort gesehen und das auch ausgesagt", das konnte jedoch am nächsten Verhandlungstag nicht bestätigt werden.

FATMA WURDE AM 27.10.94 ENTHAFTET !!!

Fatma saß über zwölf Monate in U-Haft, davon 2 Monate unter Isolationsbedingungen, d.h. kein Umschluß, Einzelhofgang mit einer spanisch sprechenden Frau unter Bewachung. Der Hofgang wurde sofort bei Konatktaufnahme zu anderen Frauen abgebrochen, keine Gemeinschafts- veranstaltungen.
Nach der Knastkundgebung im Dezember hat sich die isolierte Situation von Fatma verändert.
Seit dem 21.Januar 94 haben sich ihre Haftbedingungen normalisiert gehabt.

Briefe an den Innensenator, in denen die lückenlose Aufklärung der Zusammenarbeit von Staatsschutz und den Faschisten der Deutschen Liga gefordert wird.
Adresse: Innensenator Heckelmann, Senatverwaltung für Inneres, Fehrbelliner Platz 1, 10707 Berlin

Politische Stellungnahme von Fatma

■ Wir stehen hier heute vor Gericht und werden des „gemeinschaftlichen Mordes" an einem faschistischen Kader, sowie wegen sechsfacher gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Zur Begründung des schweren Vorwurfs heißt es in der Anklageschrift, daß das Motiv „politisch motivierter Haß" sei.

Gestützt auf die Aussagen eines siebzehnjährigen, der sich seit längerem in einer Nervenheilanstalt befindet. Allein diese Tatsache zeigt, daß es einzig im Interesse des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft ist, uns als aktive AntifaschistInnen, MigrantInnen zu kriminalisieren, einzuschüchtern und abschreckende Urteile zu erwirken, die stellvertretend für all diejenigen geltend gemacht werden sollen, die sich als MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und Behinderte mit ihrer Opferrolle nicht abfinden wollen.

Wir stehen hier in erster Linie als immigrantinnen und gleichzeitig als aktive AntifaschistInnen vor Gericht, uns als Betroffene von Brandstiftungen, Morden, Pogromen durch rassistische Totschläger und Neonazis, wird das Motiv „politisch motivierter Haß" zugrunde gelegt.
Von einem Gericht, daß eine Nebenklage zuläßt, die damit begründet ist, daß die betreffende Person „seelischen Schaden" davon getragen hätte, von einer Person, die durch ihre Aktivitäten in der faschistischen Partei Deutsche Liga verantwortlich ist für mehr als 60 Tote (Morde) und tausenden von Angriffen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Von einer Person, die durch ihre Propaganda, Hetzschriften und menschenverachtende Politik nicht nur dafür sorgt, daß wir ImmigrantInnen, Flüchtlinge von den Angriffen, Ereignissen „seelischen Schaden" davon tragen, sondern nicht mehr unseres Lebens sicher sind.

Von einer Justiz, die nur aus Deutschen besteht, weder dem Rassismus in diesem Land ausgesetzt ist, noch sich jemals durch die Ereignisse und dem Klima bedroht fühlt, doch seiner deutschen Tradition treu die Verhältnisse in diesem Land umdreht, aus uns eine brutale Mörderbande zu konstruieren versucht und aus den Nazis arme Opfer macht, mit Urteilen wie im Falle des Auschwitz-Leugners Deckert auch auf der juristischen Ebene Angriffe, Pogrome, Morde an uns Immigrantinnen und Flüchtlingen legitimiert, somit die gesellschaftlichen Bedingungen für uns völlig ausblendet.
Wir leben in einem Land,
- in dem es seit der Wiedervereinigung mehr als 60 Tote (Morde) und mehr als 10000 gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und AntifaschistInnen gibt.

- in dem Naziaufmärsche, Veranstaltungen geduldet und durch die Polizei, Justiz und die Politiker unterstützt werden.
- in dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft von rassistischen Totschlägern auf der Straße gejagt und zu Tode getreten werden, hunderte von Menschen, bzw. Deutsche daneben stehen und die Angreifer begeistert beklatschen und bejubeln.
- in einem Land, in dem wir tagtäglich auf Behörden, Schule, Arbeit und auf der Straße diskriminiert, angepöbelt und bedroht werden, die Grenzen für Menschenwürde, Recht und das Recht auf Leben seit langem nicht mehr existieren.
- die traurigen und zugleich erschreckenden Bilder, für viele Menschen, doch für uns ImmigrantInnen, Flüchtlinge eine real existierende Bedrohung, in Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, wo Menschen im Schlaf angezündet und ermordet werden, wo eine Horde von Neonazis und rassistischen Totschlägern mit einer großen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung tagelang versucht, mehr als hundert Flüchtlinge im Feuer zu begraben.
- eine Polizeihundertschaft, die schweigend und im stillen Einverständnis mit den Mördern sich zurückzieht und zuschaut. Die gleiche Polizei, die, wenn es um antifaschistische Demonstrationen, Veranstaltungen geht, sehr wohl *ihre* Macht demonstrieren kann, in dem es eine Menschenmenge knüppelschwingend auseinanderhauen kann und dies in der Presse als einen Erfolg gegen sog. Linksextremisten und Chaoten verlauten läßt.
- Die Reaktion dieses Staates, der Politik und Medien öffentlich um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer, Mörder, Brandstifter zu werben, das Asylrecht zu verschärfen bzw. abzuschaffen und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern erklärt.
- in dem etablierte Parteien diese rassistischen-faschistischen Ereignisse zum Anlaß nehmen, wie mit Parolen „das Boot ist voll", „Asylantenschwemme" und „wir sind auch gegen das Wahlrecht für Ausländer" für deutsche Wählerstimmen zu werben. Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten hat in diesem Land viele Gesichter, sie fängt mit Diskriminierung, Ausländergesetzen, Asylantengesetzen durch die Politik dieses Staates an und endet mit rassistischen Pöbeleien auf der Straße, Behörden, Schule, Arbeit und bedroht unser Leben. Jeder der/die in diesem Land lebt und diese Ereignisse schweigend hinnimmt, billigt und unterstützt auch die militanten, rassistisch-faschistischen Angriffe in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und vielen anderen auf Flüchtlinge, Immigrantinnen, auf unser Leben, Würde und erklärt uns als lebensunwert.

So sieht unsere Realität aus, mit einer Gewalt in der Politik und auf der Straße konfrontiert, die keine Grenzen mehr kennt, ist es für uns Migrantinnen, Flüchtlinge und für alle anderen Minderheiten wichtig und lebensnotwendig, uns zu organisieren.

In einem Klima der zunehmenden Gewalt von rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und der Bedrohung auf unser Leben, hat sich die Initiative Antifasist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Gegründet von Menschen verschiedener Generation, in der auch ich (Fatma) aktiv bin. Antifasist Genclik ist eine offen und legal agierende Initiative, sie ist weder hierarchisch strukturiert, noch gibt es Menschen, die sich als Anführer begreifen oder es in dem Sinne praktizieren. Der Schwerpunkt unserer antifaschistischen Arbeit liegt darin, durch eine längerfristige politische Arbeit mit MigrantInnen, antifaschistischen Initiativen, allen humanitär und demokratisch eingestellten Menschen gemeinsam, unsere sozialen und politischen Interessen zu verteidigen und sie durchzusetzen. Antifasist Genclik versucht durch eine gezielte politische Arbeit, speziell die Probleme der hier lebenden MigrantInnen, unserer Eltern, Familien, Jugendlichen, aufzugreifen und sie beim Namen zu nennen, eine breite Öffentlichkeit zu organisieren, die mit uns zusammen unsere Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für Immigrantinnen, Gesetze gegen Diskriminierung und Ausgrenzung durchzusetzen, indem wir Veranstaltungen, Demonstrationen organisieren und eine Zeitschrift herausgeben. Neben Demonstrationen und Veranstaltungen finden wir es wichtig und notwendig, nicht länger bereit zu sein, sich zu verstecken, wenn Neonazis auf der Straße marschieren, Veranstaltungen abhalten und ihre menschenverachtende Politik verbreiten, sondern gemeinsam hingehen, sie zu stören und es zu verhindern. Denn wir haben früh genug lernen müssen, daß nur ein entschlossenes Entgegentreten im Vorfeld, die Ausbreitung faschistischer Organisierung und Angriffe verhindern kann/wird. Wir begreifen uns als einen Teil der antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Weder die Antifaschistische Bewegung in Deutschland, noch die eigenständige und unabhängige Initiative Antifasist Genclik, haben es sich zum Ziel gesetzt, propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt, die bewußt zum Tode eines Neonazis führen sollten, jeder Tod eines Menschen ist nie ein angestrebtes oder auch nur gebilligtes Resultat von antifaschistischen Aktionen.

- Wir lehnen mit aller Härte die gemeinschaftliche Mordtheorie der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes ab, eine Theorie, die durch manipulierte Aussagen und unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist. Diejenigen, die uns heute hier als Mörder und Gewalttäter verurteilen wollen, verurteilen alle Menschen, Antifaschistinnen, die für ein Leben kämpfen, in der jeder, egal, welcher Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht leben kann, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Angst.
- Wir hoffen, daß die Interessen der StA, Staatsschutz und Politik uns für Jahre in den Knast zu stecken, nicht aufgehen wird.
- daß eine breite, antifaschistische Öffentlichkeit uns in unseren Forderungen und der Legitimität des antifaschistischen Kampfes nicht allein lassen und unterstützen wird
- Und wir sagen noch einmal: Der Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus ist gerecht und notwendig!
- Wir grüßen alle Menschen, AntifaschistInnen, Initiativen, die uns seit Monaten nicht allein gelassen haben und uns unterstützt haben, unsere Freilassung gefordert haben und werden!

VERHINDERT DAS NAZITREFFEN !!

Bundesweite Gegendemonstration am 22.10.94 in Innsbruck

Die antifaschistische Gegendemonstration am 22.10.94 in Innsbruck, war die größte Demo in Ibk. seit 1945, und sie war zugleich der größte staatliche Bullenschutz von Deutschnationalen und Faschisten seit 1945 in Tirol. Der Erfolg der Demo war, das 3.500 - 4.500 Menschen zum Aufruf "Verhindert das Nazitreffen" kamen. Es gab bei der Demo auch einen FrauenLesben Block mit eigenem Flugblatt (siehe anschließende Flugi), eigenen Transparenten ("Männerbünde und ihr Einheitsstreben - werden wir vom Tische fegen", "Wider die Inszenierung eines Kriegszustandes von Medien und Polizei", "FrauenLesben gegen jede Verbrüderung mit den Faschisten", "FrauenLesben gegen faschistische Gewalt und Terror von Rechts",...). Ein weiterer Erfolg war, daß die Inszenierung einer Straßenschlacht und einer Massenfestnahme von radikalen AntifaschistInnen durch Medien und Polizei NICHT gelungen ist! Es waren mindestens 1.000 PolizistInnen in Innsbruck im Einsatz und zusätzlich wurden die Grenzen und Bahnhöfe überwacht. Spezialeinheiten der Polizei (Wega, Cobra...) wurden mit Sonderzügen von Wien, Salzburg, Linz, Graz nach Innsbruck gebracht. Die Polizei versuchte 2x die Demo, besonders den Autonomen Antifa-Block zu provozieren, und zwar beide Male an Stellen wo die Presse und Fernsehen konzentriert waren (1x bei der Altstadt, Ottoburg, 1x beim Kongreßhaus). Es ist ihnen nicht gelungen, obwohl sie die Garagen der Bundespolizeidirektion freiräumten um Platz zu schaffen für Massenverhaftungen. Es ist ihnen nicht gelungen, obwohl der ORF und andere Medien bis zum Schluß "gewalttätige Ausschreitungen" herbeiredeten. Der ORF machte in der "Zeit im Bild" um 19.30 nochmals unverschämte Propaganda für die scheinbar "friedlichen" und "hilflosen" Burschenschaftler, die von den "Chaoten draußen" gehetzt werden.

Medien, Politiker und Polizisten - schützen die Faschisten!

Neben dem massiven Polizeiaufgebot zum Schutz für das Burschenschaftler-Treffen versuchten die bürgerlichen Medien das deutschnationale Treffen der Burschenschaftler und die antifaschistische Gegendemonstration zu Entpolitisieren und Angst und Einschüchterung zu produzieren und gewalttätiges Einschreiten von der Polizei zu rechtfertigen. Dieses Schüren von inhaltsleerer Angst und Gewalt soll den Wunsch nach einem "starken Staat" produzieren und fördert damit die Faschisierung der Gesellschaft. Wir werden darüber nachdenken müssen was und wie wir dieser Medienmacht und -propaganda etwas entgegensetzen können.

Inhaltlich war die Demo ein Erfolg, weil erstmals breiter die Burschenschaftler als Deutschnationale Männerbünde, Faschisten und als faschistische Elite benannt wurde (auch im ORF wurde vom "Treffen Deutschnationaler Burschenschaftler" gesprochen, "das von der Gegendemo als Nazitreffen bezeichnet wird"). Gleichzeitig dürfen wir nicht übersehen, daß beim Treffen der Burschenschaftler die FPÖ-Politiker Dillersberger und Meischberger und der ÖVP-Politiker Ermacora offiziell teilnahmen.

Demosprüche des FrauenLesbenblocks

MÄNNERRITEN - SCHAFFEN FASCHISTISCHE ELITEN
MÄNNERBÜNDE UND IHR EINHEITSSTREBEN - WERDEN WIR VOM TISCHE FEGEN
SOLIDARITÄT HEISST WIDERSTAND - KAMPF DEM FASCHISMUS IN JEDEM LAND
SOLIDARITÄT HEISST WIDERSTAND - KAMPF DEM SEXISMUS IN JEDEM LAND

Den Redebeitrag von Ingrid Strobl, zur Kontinuitat einiger Altnazis in Tirol, werden wir versuchen nachste Nummer zu veroffentlichen. Der Redebeitrag war ein Auszug aus ihrem neuen Buch, daß im Frühjahr 95 erscheint, und daher laut Verlagsrecht nicht vorher und nicht ohne Absprache mit dem Verlag veroffentlicht werden darf.

Redebeitrag von Selma, Ausländerberatung Tirol

KAMPF DEM RECHTSEXTREMISMUS

Durch die ständige Emotionalisierung und den verantwortungslosen Umgang mit sozialen Themen, haben manche österreichische Politiker es soweit gebracht, daß sich Menschen ihres Lebens nicht mehr sicher sein können.

Unlängst wurde hier in Innsbruck der obdachlose Tschernutter von zwei Jugendlichen grausam totgeschlagen. Einer dieser Jugendlichen kommt aus der rechtsextremen Szene. Ähnliche Falle haufen sich und trotzdem will man die Symptome der Vergangenheit nicht wahrnehmen.

In vielen Großstädten sind zu späten Stunden inoffizielle Ausgangssperren fur Personen, die nicht den Deutschnormen entsprechen, existent. Man ist stets mit der Gefahr konfrontiert Attaken von sogenannten Hütern des deutschen Volkes ausgeliefert zu sein, jenen, die die sogenannte "Umvolkung" verhindern wollen.

Das sind längst keine Probleme mehr, mit denen sich nur Deutschland befassen muß.

Wer schützt uns vor diesen Gefahren ? Die Polizei etwas, die im Allgemeinen die Auslander als Illegale und Kriminelle einschätzt ?

Der "brave Gastarbeiter", der sich an die vorgegebenen gesellschaftliche Rolle anpaßt ist willkommen. Aber er soll keine sozialen oder kulturellen Bedürfnisse haben. Seine Frau oder seine Kinder sollen in der Heimat bis zu seiner Pensionierung auf ihn warten. Und die Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sollen gefälligst andere in Österreich seßhafte Ausländer heiraten und keine neue aus dem Ausland hereinholen !

Das sind keine Übertreibungen, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer ! Das ist die zur Zeit im "gastlichen "Land Östereich geltende Ausländergesetzgebung.

Die Gesetze, die angeblich den Aufenthalt von Fremden regeln sollen, haben sich in der Praxis als aufenthaltsbeendende Maßnahmen herausgestellt.

Bei der Entstehung dieser Gesetze ist am allerwenigsten daran gedacht worden, daß es sich hier um Menschen handelt. Vielmehr ist hier der Großteil des Zwölf-Punkte-Programms des Ausländervolksbegehrens von Jörg Haider hineingeflossen !

Es war in den letzten Tagen immer wieder der Vorwurf zu hören, daß diese Gegendemonstration eine Polarisierung bewirkt und übertrieben ist ! - Das zeigt mir aber, daß wieder einmal die falsche Seite beschuldigt wird.

Wir sind hier um deutlich zu zeigen, daß wir für ein neues, offenes und menschenwurdiges Bewußtsein sind !

FÜR DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
KAMPF DEM RECHTSEXTREMISMUS

Frauen/Lesben-FLUGI ZUR ANTIFA-DEMO, 22.10.94, IBK

Feministischer Widerstand gegen nazionale Männerbünde!!!

Frauen/Lesben reiht euch ein in unseren Demoblock!

Anlaß dieser Demonstration ist der Gesamttiroler-Freiheitskommers, bei dem sich die nationalen Burschenschaften, Schützen und Turner treffen, um unter dem Motto "Europa im Umbruch" ihre Vorstellungen von deutsch-natonaler Vorherrschaft in Europa zu diskutieren.

Dieses Stelldichein von Nationalisten, Revisionisten, Rassisten bis hin zu Bombenlegern wird von offizieller Seite nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Die Stadt Innsbruck stellt die Kongreßhalle zur Verfügung, Vertreter von ÖVP und FPÖ nehmen direkt mit Referaten und Diskussionsbeiträgen teil und fördern dadurch die gesellschaftliche Akzeptanz rechtsextremer Inhalte.

Einheit von Männern ist Ausschluß von Frauen

Dieses Großereignis dient nicht nur der Verherrlichung von (Deutsch-)Nationalismus und Südtirol-Terrorismus, sondern auch der Zurschaustellung und Idealisierung männerbündischer Strukturen. Feiern die Burschenschaften ihre traditionellen Saufgelage und Fechtkämpfe wenigstens noch in ihren "Buden" ab, so stellen ihre Aufmärsche eine öffentliche Provokation dar. In aller Deutlichkeit werden dabei die Ideale sichtbar, denen sie sich verbunden fühlen: Männerkult, Militär, Krieg, Hierarchie.

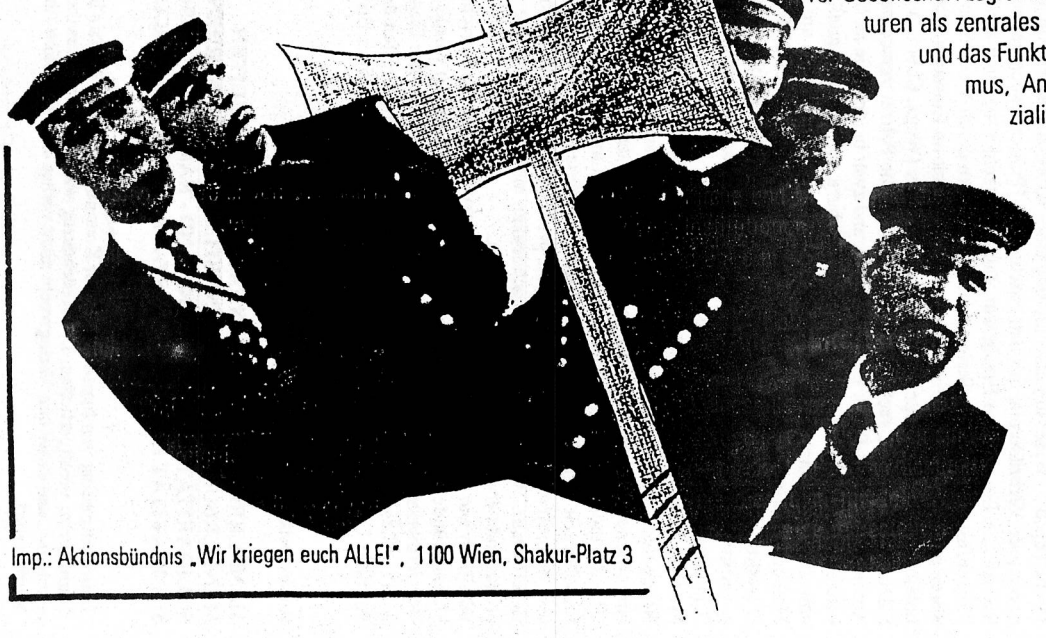
Wenngleich Frauen heute in manchen Burschenschaften formal geduldet werden, so ist der Preis für die Mitgliedschaft immer noch die totale Unterordnung unter die männerdominierten, hierarchischen Strukturen. Lesbische Beziehungen sind absolut tabuisiert. Der Ausschluß und die Diskriminierung von Lesben und sich deklarierenden Schwulen, steht dabei nicht im Widerspruch zur Homoerotik, die für die Männerbündeleien charakteristisch ist. Einheit und Verbundenheit unter Männern funnktioniert nur über die Ausgrenzung alles „Weiblichen" und klare Feindbilder. Sie ist notwendig zur Aufrechterhaltung der HERRschenden partriarchalen Normal-Verhältnisse.

Männerbünde tragen diesen Staat

Kirche und Militär sind die Institutionen, bei denen der Ausschluß von Frauen/Lesben am deutlichsten sichtbar wird. Männerbündische Strukturen ziehen sich jedoch quer durch die Gesellschaft. Die Universitäten etwa, also die Institutionen, die Wissen, Bildung und somit den Zugang zu Macht verwalten, entwickelten sich aus burschenschaftlichen und kirchlichen, zunftähnlichen Zusammenschlüssen von Männern. Und sie basieren heute noch darauf. Wer´s nicht glaubt, soll sich den "1000-jährigen Muff unter den Talaren" bei Promotionen oder universitären Gedenkfeiern ansehen. Erinnert sei auch an die geschlechtsspezifische "Arbeitsteilung" an den Unis: an der Basis 100% Frauen (Putzfrauen), an der Spitze 97% Männer. Die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft, vorzugsweise im CV oder MKV, ist noch oft genug unerläßlich um an die einflußreichen Posten in Wirtschaft, Ministerien, Parteien etc. zu kommen; die Seilschaften sichern den jungen Füchsen das Erbe der "Alten Herren".

Männlichkeitsriten schaffen faschistische Eliten

Keinesfalls kann Faschismus allein aus der Existenz von Männerbünden erklärt werden, noch sind Männerbünde per se faschistoid. Der Terror der VAPO kann nicht mit dem Deutschnationalismus der Olympia, diese nicht mit dem CV, der sich als antifaschistisch versteht, auf eine Stufe gestellt werden. Wir begreifen allerdings die unserer Gesellschaft zugrundeliegenden patriarchalen Strukturen als zentrales Element für die Herausbildung und das Funktionieren von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus.



Imp.: Aktionsbündnis „Wir kriegen euch ALLE!", 1100 Wien, Shakur-Platz 3

ZUR VERHAFTUNG DER 4 FRAUEN AM TAG VOR DER VOLKSABSTIMMUNG ZUM EU-BEITRITT

11.6-1994

FAKTEN ZUR VERHAFTUNG

Am 11.6. 3Uhr wurden in Wien vier Frauen in einem Auto von drei Kripobeamten in Zivil kontrolliert, perlustriert und verhaftet. Als offizieller Anhaltegrund wurde "Bedenklichkeit" der vier weiblichen Insassinnen und planloses Herumfahren angegeben.

Nachdem die Frauen nähere Angaben über Fahrzeugbesitzerin, Fahrzweck und das Woher und Wohin verweigerten, wurde an Ort und Stelle eine "Hausdurchsuchung" (lt. Akt) im PKW durchgeführt.

Im Auto waren 3 Spraydosen; die Frauen wurden mit Verdacht auf Sprayen verhaftet. Der Verdacht ergibt sich laut Akte "in Anbetracht der Allgemeinkriminalität von sogenannten Sprayern, sowie insbesondere der bevorstehenden Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs".

Am 11.6. Nachmittags wurden in den Wohnungen der vier Frauen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es wurde nach Spraydosen, Lackdosen, Plakaten und Flugblättern gesucht. Gefunden wurde nichts.

Die Frauen wurden am Polizeikommisariat (Koat) und bei der Staatspolizei verhört. Sie machten von ihrem Recht Gebrauch, die Aussage zu verweigern. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke, Fotos wurden gemacht,...).

Die Verhafteten wurden erst ins Polizeigefangenenhaus und Tags darauf ins Landesgericht 1 überstellt. Dort wurde die U-Haft mit der Begründung von "Verdunkelungs- und Verabredungsgefahr" verhängt.

Es wurde Kontaktsperre verhängt, und auch dem Anwalt der Besuch verweigert. Am 4. Tag wurden die Frauen auf "Gelöbnis" (keine Spuren zu verwischen oder Zeugen zu beeinflussen) aus der U-Haft entlassen.

SOLIDARITÄT

Die Enthaftung der 4 Frauen hat gezeigt, daß Solidarität wirksam ist. Solidarität heißt in der Praxis oft hartnäckige, kontinuierliche Kleinarbeit:

- **Informationen bei Polizei, Bürgerdienst (Innenministerium), Presse und sonstige Stellen einholen und an Freundinnen, die bereit sind etwas zu tun, weitergeben**
- **Lebensgefährtinnen und Kolleginnen (je nach Situation) informieren**
- **Beschwerde-, Protest- und Forderungsanrufe bei den obigen Stellen**
- **Verbreiterung der Information**
- **alle Möglichkeiten Kontakt zu den Inhaftierten herzustellen (Anwältin, Besuch, Briefe...) ausnützen**
- **notwendige Dinge wie: Ausweise, Medikamente, Geld, Wäsche, Tschiks, Bücher in den Häfen bringen.**

Dadurch wird den Eingesperrten Sicherheit vermittelt, daß draußen viel getan wird. Die 4 Frauen konnten davon ausgehen, daß diese Solidaritätsarbeit gemacht wird. Das Wissen gab Kraft.

Eine weitere Form Kontakt zu den 4 inhaftierten Frauen aufzunehmen und die Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen waren Kundgebungen. An diesen beteiligten sich einige Frauenorganisationen und Frauen, die gegen die Festnahmen protestieren wollten.

Verschiedenste (Frauen) Organisationen forderten die Freilassung der Frauen und Einstellung des Verfahrens per Telegramm und oder Fax. Die punktuelle Zusammenarbeit und die Vielfältigkeit der Aktionen haben einen Gegendruck zur Repression des Staates gebildet.

Solidarität ist eine Waffe gegen Repression!!!

Sie richtet sich gegen die Herrschafts-verhältnisse und bedeutet Kampf gegen jegliche Isolation. Solidarität stellt das System und seine Gesetze in Frage und darf nicht dort aufhören, wo Unrecht gesetzlich legitimiert ist. Ein Einverständnis mit staatlichem Recht und Unrecht ist ein Widerspruch zum solidarischen Handeln, weil dieses Einverständnis dann auch für die Durchsetzung der Gesetze gilt und somit Repression und Verfolgung miteinschließt und Spaltung (in Gut und Böse - Schuldige und Unschuldige) bewirkt.

WARUM AUSSAGEVERWEIGERUNG?

DU BESTIMMST, wem du erzählst, woher du kommst, wohin du gehst, was du gemacht hast, das Wie, Warum und Weshalb. DU BESTIMMST, welche deine Vertrauenspersonen sind. Die Bullen sind es nicht.

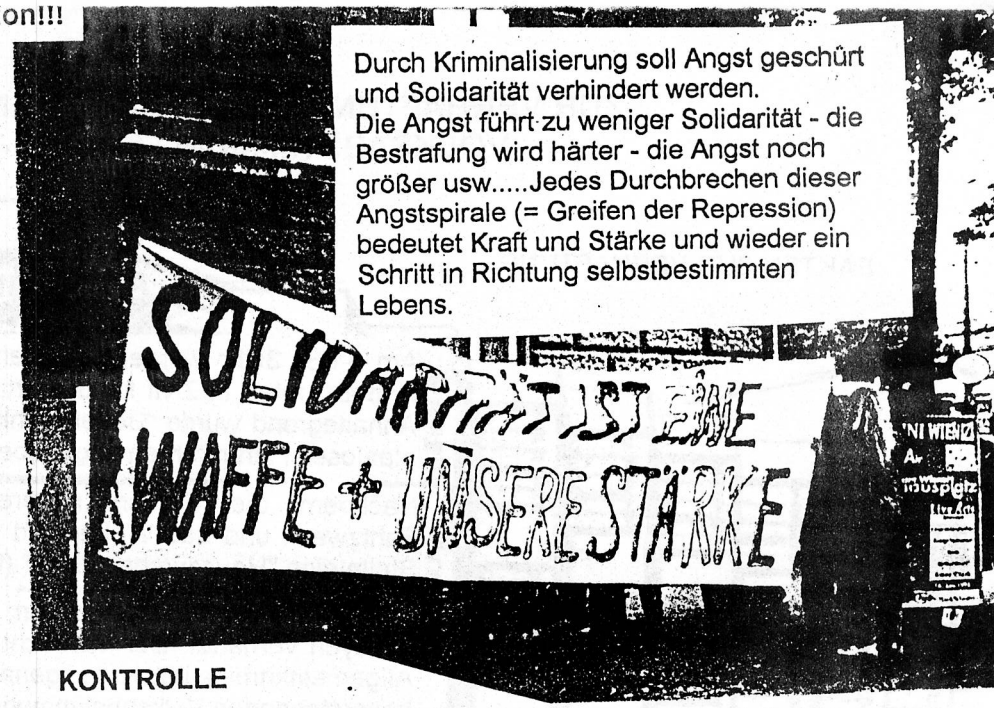
Wenn sie dich kontrollieren, festnehmen etc., dann werden sie versuchen, dir irgend-wie irgendwas anzuhängen. So mußt du davon ausgehen, daß alles was du sagst gegen dich verwendet wird. Auch Fragen zu deiner Persönlichkeit, wie es dir geht und zu deinen Lebensumständen verwenden sie in ihrem Sinne: z.B. um auf "harmlos" einen Kontakt zu dir herzustellen und ein Persön-lichkeitsbild von dir zu machen, das sie für ihre Zwecke brauchen (Verhörtaktik, für die Datenerfassung deiner gesamten Person und bei der Gerichtsverhandlung).

Du brauchst die Verhörprotokolle nicht unterschreiben, auch nicht deine niederge-schriebene Aussage, daß du nichts sagst. In Ö gibt es die Ausweispflicht, d.h. Name, Meldeadresse, Geburtsdaten mußt du sagen; Einkommen, Eltern... geht sie nix an. Ausländische Personen müssen einen Ausweis, Meldezettel und Einkommens-nachweis ständig bei sich haben.

Die Aussageverweigerung ist dein gesetzliches Recht.

Die Bullen, RichterIn werden versuchen, dich zu verunsichern z.B. mit der Androhung, daß du dich deiner Verteidigung beraubst, an deinen Charakter und deine Moral appelieren.

Am Besten ist es, sich immer zu denken,



Durch Kriminalisierung soll Angst geschürt und Solidarität verhindert werden. Die Angst führt zu weniger Solidarität - die Bestrafung wird härter - die Angst noch größer usw.....Jedes Durchbrechen dieser Angstspirale (= Greifen der Repression) bedeutet Kraft und Stärke und wieder ein Schritt in Richtung selbstbestimmten Lebens.

KONTROLLE

Mit dem Sicherheitspolizeigesetz vom Mai 1993 wurde die bisherige Praxis staatlicher Kontrollorgane legitmiert. Mit der Recht-fertigung, die öffentliche Sicherheit bewah-ren zu wollen, dringen Gesetze und Kontrollmechanismen immer mehr in alle Lebensbereiche ein.

So zum Beispiel sind Hausdurchsuchungen, Durchsuchungen von Kraftfahrzeugen u.a. durch (Zivil)-Polizei ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl möglich. Als Gründe für Hausdurchsuchungen können "gefähr-liche Angriffe" (Straftaten), "Menschen-fahndung", "gefährliche Gegenstände", sowie "Gefahrenabwehr" und "Hilfestellung" angeführt werden. Die alleinige Aufgabe staaatlicher Kontrollorgane ist nicht mehr "nur" die Abwehr konkreter Gefahren, sondern es geht darum, Störer, Schäden und Gefahren zu erahnen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Jeglicher Widerstand gegen die herrschende Ordnung wird im Vorfeld unterdrückt und kriminalisiert. Zentrales Anliegen öffentlicher Sicherheit ist der Schutz des Eigentums und die Aufrechter-haltung der Besitzverhältnisse.

Die Grundlage einer umfassenden gesellschaftlichen Kontrolle wird dadurch geschaffen, daß die herrschende Ordnung die Ordnung jeder und jedes Einzelnen wird d.h. sich gegenseitig zu beobachten und die Einhaltung herrschender Regeln und Gesetze zu kontrollieren und bei Verstößen gegen die Vielzahl bisheriger und neu geschaffener Gesetze und ihrer Gummi-paragraphen zu denunzieren.

Denunziation richtet sich hauptsächlich gegen Besitzlose, AusländerInnen und Frauen insgesamt...

Wer wird kontrolliert?
Wer wird geschützt?

RASSISTISCHE KONTROLLE

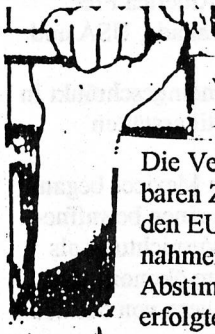
Durch rassistische Asyl- und Aufenthaltsgesetze legitimiert, werden Ausländerinnen verschärft kontrolliert. Die staatliche Kontrollorgane liefern Ausländerinnen durch Zurückweisung an den Grenzen und durch Abschiebung "sauber" (d.h. rechtlich abgesichert) dem Tod aus. Faschistische Gruppen greifen Ausländerinnen direkt im Fluchtland an.

Sowohl die rassistischen Gesetze als auch die faschistischen Angriffe haben die Vertreibung und/oder Ermordung von Flüchtlingen zum Ziel.

SEXISTISCHE KONTROLLE

Patriarchale Ordnung heißt für Frauen unter anderem auch Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit. Als Strategie (Tips der Kriminalpolizei) gegen die zunehmende sexuelle Gewalt, sollen Frauen sich selbst von öffentlichen Lebensräumen aussperren. Für staatliche Kontrollorgane gilt es als auffällig, wenn nicht bedenklich, wenn Frauen in der Nacht (ohne Typen) unterwegs sind.

Die staatlichen Kontrollorgane verteidigen aus patriarchalem Selbstverständnis heraus den öffentlichen Raum für Typen. Staatliche Kontrollorgane üben selbst sexistische und sexuelle Gewalt gegen Frauen bis hin zu Vergewaltigung aus. Gleichzeitig werden Vergewaltiger durch die herrschende, patriachale Ordnung geschützt.



VERHAFTUNGEN ZUM "BEVORSTEHENDEN EU-BEITRITT"

Die Verhaftung und Repression steht im unmittelbaren Zusammehang mit der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. Im Polizeiakt heißt es, daß die Festnahmen unter anderem wegen "der bevorstehenden Abstimmung zum Beitritt Österreichs zur EU" erfolgte.

Propaganda zum EU-Beitritt

Die Bundesregierung veranstaltete über Monate eine großangelegte Werbekampagne zum EU-Beitritt, um die Menschen psychologisch zu fangen und einzuschüchtern ("Rufen Sie uns an", "Reden wir darüber", "Gemeinsam statt einsam", "Wie sicher ist Österreich ohne Europa",...).
Die Kosten für diese offizielle Werbekampagne betrugen ca. 200 Millionen Schilling. Die Großparteien SPÖ und ÖVP haben ihren Werbekrieg mit nationaler Propaganda ("Ja zu Österreich, Ja zu Europa", "Österreicher bleiben, Europäer werden"). Für die Wiener SPÖ und Zilk wurde daraus "Daham bleibt Daham", "Erdäpfel bleibt Erdäpfel".
Die FPÖ zeigten mit ihren rassistischen Werbesprüchen wie dieses Österreich und dieses Europa strukturiert werden sollen ("Nein zum Ausländerwahlrecht", "Nein zu grenzenloser Kriminalität", "Wien darf nicht Chicago werden" ...).

"Nein zur EU"

Die außerparlamentarische Opposition war sehr schwach. Aus dem "stillen" Protest vieler gegen den EU-Beitritt entwickelte sich keine sozialpolitische Bewegung gegen den EU-Beitritt und gegen das Herrschaftsprojekt EWR und EU (wie z.B. bei der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf). Es gab nur wenige Aktionen, Veranstaltungen und Demos. Erst einige Wochen vor der Volksabstimmung gab es zahlreiche Aufkleber, Plakate und Sprayereien von feministischen, linken und sozialkritischen Gruppen, um der massiven Propaganda der EU-Befürworter und den nationalistischen und rassistischen Argumenten einiger Gruppen von Gegnern entgegenzuwirken.

Frauen in der EU

Frauen waren im Laufe der EU-Diskussion in Europa ein wichtiger Faktor gegen die EU. Frauen als Gruppe hatten zu einem großen Prozentsatz Bedenken und Skepsis gegen die Auswirkungen eines EU-Beitritts aufgrund des zu erwartenden Sozialabbaus, Verarmung, Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, Zentralisierung der politischen Gremien usw.
Es ist bekannt, daß in Schweden und Norwegen Frauen mehrheitlich gegen ein EU-Beitritt sind. In Dänemark erfolgte das NEIN bei der ersten Volksabstimmung 1992 zur Ratifizierung des Maastricht-Vertrages aufgrund der mehrheitlichen NEIN-Stimmen der Frauen. In Österreich versuchten Frauenbeauftragte und Frauenministerium in speziellen Veranstaltungen zu "Frauen in die EU" auf die Erfahrungen in den anderen Ländern zu reagieren und Frauen für den EU-Beitritt Österreichs zu agitieren. Die Argumentation für den EU-Beitritt war, daß es den Frauen zwar nicht besser gehen wird, aber: "wenn wir dabei sind können wir Frauen mitreden, eine Frauenlobby bilden" und auf die unverbindlichen Richtlinien der EU zur "Gleichstellung der Frau" hoffen. - **Krümeln vom Kuchen der reichen Herren.**

Machtzentren in der Weltwirtschaft

"Dabeisein", "Nicht ausgeschlossen werden", ... waren die Hauptargumente der offiziellen EU-Propaganda.
EWR und EU sind ein Zusammenschluß und ein Organisationsmodell für die Vorherrschaft in der Welt. Bis in die 70er Jahre war die USA ökonomische und militärische Weltmacht Nr. 1 (als ökonomischer Gewinner nach dem 2. Weltkrieg, durch die Umsetzung des Marshallplans in Europa und die Vormachtstellung in der NATO).

Seit den 70er Jahren entwickelten sich neue ökonomische Machtzentren:
Westeuropa (vor allem BRD) und Japan. Modelle für mehrere-Länder-umfassende Wirtschaftsräume wurden und werden entwickelt: für Westeuopa der EWR, für die USA NAFTA und für Japan ein möglicher Zusammenschluß mit Südkorea und Taiwan.
Der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum oder euopäischer Binnenmarkt) trat 1992 in Kraft und Österreich trat ohne Volkabstimmung 1993 bei.

Die politische und militärische Funktion der EU

Die EU ist das politische Gremium für den europäischen Wirtschaftsraum und hat die Funktion, diesen Wirtschaftsraum politisch und militärisch zu vereinheitlichen und nach innen und außen zu "verteidigen". Die wichtigsten Instrumente sind hierfür:
Die europäische Zusammenarbeit von Polizei und Innenministerium in der SCHENGEN Gruppe mit einem gemeinsamen Personenfahndungssystem und einer Vereinheitlichung der Asylverfahren und Visumspflicht. Das bedeutet zum Beispiel, daß Flüchtlinge, denen in einem europäischen Land der Asylantrag abgelehnt wird, in keinem anderen EU-Land ansuchen können.
Es bedeutet aber auch, daß die sogenannten Außengrenzen der Festung Eropa verstärkt bewacht werden.
Für Österreich heißt das:
Grenzüberwachung durch das Militär gegenüber Ungarn, Slowakei, Tschechien und Slowenien.
Außerdem gibt es Überlegungen für einen

"Mauerbau" durch Lichtschranken und eine eigene Grenzpolizei zur Abwehr von Flüchtlingen.
Die zweite wichtig Einrichtung ist die TREVI Gruppe, ein Zusammenschluß der Innen- und Justizminister und der Polizeiführungen der EU-Länder. Entstanden ist diese Gruppe 1975 für Fragen der "Inneren Sicherheit" und der "Öffentlichen Ordnung". Ihre Hauptziele sind die Bekämpfung von "Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationaler Gewalt", d.h. unter anderem, die Bekämpfung von radikalem, feministischem und linkem Widerstand, die Bekämpfung von Aufständen und sozialen Bewegungen.
Die dritte Einrichtung ist die WEU (Westeuropäische Union) als europäisches Militärbündnis - eigenständig und in Zusammenarbeit mit der NATO.

Widerstand gegen die "neue" Weltordnung

In Westeuropa gab es verhältnismäßig wenig Widerstand gegen EWR und EU.
Die meisten europäischen Regierungen wollen Teil der neuen Elite und Weltmacht werden. Auch einige ehemals sozialistischen Staaten streben einen EU-Beitritt an.
In Österreich stellten sich vor allem die Bäuerinnen und Bauern gegen den EU-Beitritt, da viele bäuerliche Kleinbetriebe in der EU nicht überleben können.

Anders in Mexico:
Am 1.1.94 trat das NAFTA (North America Free Agreement, Abkommen zwischen Kanada, USA und Mexico) in kraft.
Durch das NAFTA kann die USA uneingeschränkt in Mexico investieren und ihre Produktionsstätten billigst ausbreiten.
Die indigene Bevölkerung im Süden Mexicos begann mit dem in Kraft treten des NAFTA einen bewaffneten Aufstand gegen ihre physische Vernichtung als indigene Bevölkerung und gegen ihre ökonomische Vernichtung als Bäuerinnen und Bauern von Mexico.

RECHT - UNRECHT

Wer hat das Recht?

Regierungen, die im Sinne der neuen Weltordnung, aus wirtschaftlichen Interesse, zur Sicherung der Vorherrschaft der imperialistischen Staaten und zwecks Machtaufteilung, Kriege schüren, inszenieren (im Sinne des "Weltfriedens") und finanzieren (Waffenproduktion)
oder
Unterdrückte, die zu den Waffen greifen, um für eine Befreiung und selbstbestimmtes Leben zu kämpfen.

Wer hat das Recht?

Unternehmer, die Niederlassungen ihrer Konzerne wegen "günstiger" Bedingungen in ander Länder verlegen, Frauen zu Niedrigstlöhnen in Weltmarktfabriken ausbeuten, Land, Rohstoffe und Boden rauben, auslaugen und veröden, die Lebensgrundlagen zerstören und so Hunger und Armut produzieren (vgl. Freihandelsabkommen NAFTA, MEXICO)
oder
Frauen, die gegen Enteignung und gegen Ausbeutung Widerstand leisten und um ihr Land und ihre Lebensgrundlagen kämpfen

Wer hat das Recht?

Regierungen, die durch rassistische Asyl- und Aufenthaltsgesetze Flucht und Aufenthalt in den Ländern der Festung Europa verhindern und so Flüchtlinge Armut, politische Verfolgung, Folter, sexuelle Ausbeutung, Krieg und dem Tod ausliefern
oder
geflüchtete Frauen, die sich gegen die rassistische Gesetze und Praktiken wehren; Flüchtlinge, die durch drohende Abschiebung in die Illegalität gezwungen werden.

Wer hat das Recht?

Regierungen und organisierte Frauenhändler, die mit Frauenhandel und Sextourismus riesige Profite machen.
Männer, die Frauen aus dem Trikont nach deren sexistisch- und rassistischen Vorstellungen aus dem Katalog aussuchen, kaufen und als Sklavinnen benützen
oder
Frauen, die zur Prostitution gezwungen sind und für ihre Rechte - gegen Diskriminierung und Illegalisierung - kämpfen.

Wer hat das Recht?

Die Herrschenden, die uns als ihr Kapital sehen und Profite aus uns herauspressen
oder
diejenigen, die sich dagegen auflehnen, als gewinnbringendes Material ihr Leben zu fristen.

Wer hat das Recht?

Das Arbeitsamt, das Frauen in ungesicherte, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse vermittelt (zwingt), wo der Lohn nicht einmal für´s Leben ausreicht; Frauen der Bezug gestrichen wird, wenn sie unterbezahlte Arbeit ablehnen
oder
Frauen, die ausreichend bezahlte, gesicherte (sozial) Arbeit fordern....

Regierungen, die Beschäftigungsbewilligungen je nach wirtschaftlichen Bedarf vergeben
oder
ausländischen Frauen, die ihre Arbeitskraft am illegalen Arbeitsmarkt verkaufen müssen

Wer hat das Recht?

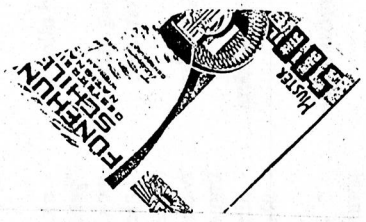
Hausbesitzer, die überhöhte Mieten verlangen, die sich nur wenige leisten können. Mietgesetze, die Hausbesitzer unterstützen. Hausbesitzer, die Mieterinnen über den RECHTSWEG delogieren und instandbesetzte Häuser durch die Polizei, Bautrupps räumen und zerstören lassen
oder
Hausbesetzerinnen, die Wohnen als Grundbedürfnis begreifen und sich gegen Mietwucher wehren

Wer hat das Recht?

Frauen, die sich gegen sexistische und sexuelle Gewalt zur Wehr setzen
oder
die Justiz, die diese Frauen dann wegen Körperverletzung anklagen und somit auf der Seite des Täters steht

Wer hat das Recht?

Die Regierung, die ÖS 200 Mio. in die Manipulation für den EU-Beitritt investierte
oder
die Frauen, die versuchten, eine Gegenöffentlichkeit - mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu schaffen, um aufzuzeigen, daß sich die Lebensbedinungen von Frauen durch einen EU-Beitritt verschlechtern.



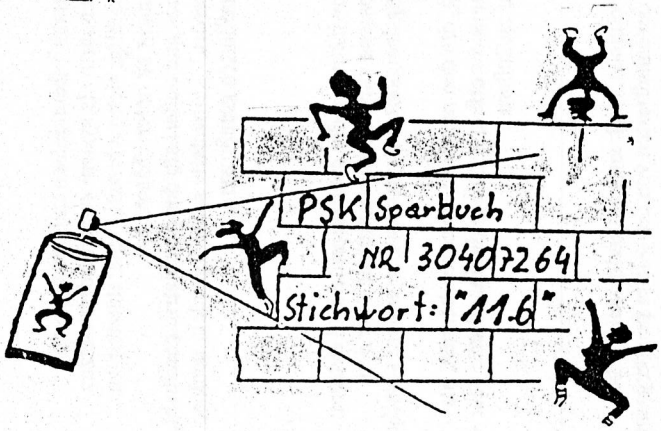
Die Herrschenden nehmen sich das Recht, UNRECHT ZU RECHT zu machen.

Frauen haben das RECHT AUF WIDERSTAND gegen alle, die sie ausbeuten und unterdrücken.
WIR KÄMPFEN MIT JEDEM MITTEL, DAS UNS RECHT IST!!!

AUFRUF: Protestnoten schreiben,

Faxe schicken an das Landesgericht 1

Spenden für Anwältin



Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die vier - wegen Sachbeschädigung - angeklagten Frauen!!!

caroline
andrea

DAS IRREN UND DIE ZEICHENSETZUNG

haft gesellschaft psychatrie

* die gesellschaft ist eine zivilisierte.
das von den mitgliedern der gesellschaft einzufordernde verhalten ist ein normales.
die gesellschaft ist eine demokratische.
das von den mitgliedern der gesellschaft einzufordernde verhalten ist das verhalten der mehrheit.
das verhalten der mehrheit ist das normale verhalten.

'normal' ist - laut psychiaterInnen - eine wohnung, ein zimmer zu bewohnen, einen andersgeschlechtlichen partner zu haben, regelmäßig einem beruf nachzugehen bzw. zügig eine ausbildung abzuschließen.
'normal' ist, wegzuschauen, wenn anderen unrecht passiert und angst zu haben, wenn frau/lesbe bedroht wird.

niemand darf zu laut sein, zu leise, zu glücklich, zu traurig, zu schön, zu häßlich, zu nett, zu (un)freundlich, zu gescheit.

das für die diagnose der psychischen krankheit so wesentliche VERHALTEN wird am maßstab der hiesigen gesellschaft, an der normalität, an der norm gemessen.
'normal' ist, was die, die die diagnose stellen, als normal empfinden.
'normal' ist, was die nachbarInnen, psychiaterInnen als normal empfinden.
die diagnose, die dich in die psychiatrie hineinbringt, wird vom erweiterten beamtInnenstaat, den ordnungshüterInnen des staates, erstellt (nachbarInnen, polizistInnen...).
die diagnose, die dich an die psychiatrie fesselt, wird von etablierten akademikerInnen erstellt (ärztInnen, richterInnen...).
die rollen sind durchaus nicht festgelegt: alle unterliegen den diagnosen der anderen, alle können jederzeit zum opfer einer einweisung werden.

nachdem die lesbe/frau in der psychiatrie eingetroffen ist, wird eine diagnose erstellt und alles versucht, sie dazu zu bringen, sich der diagnose gemäß zu verhalten.
sie wird untergebracht - das heißt, sie darf ab nun ein stahlrohrbett bewohnen, das mit eleganten magnetbändern für eventuell notwendige fixierung ausgestattet ist, die zur anwendung kommen, wenn die inhaftierte medikamentation, essen etc. verweigern sollte;
dieses bett ist überdies mit der möglichkeit ausgestattet, einen gitteraufsatz anzubringen, um der gefahr vorzubeugen, daß die inhaftierte das bett verlassen könnte.
unterbringung, medikamentation, 'psychotherapie' mit sogenannten vertrauensärztInnen soll zu dem führen, was die diagnose erfordert: zur krankheit.

die psychiatrie erfüllt die glorreiche funktion, die, die aus der 'normalität' herausfallen, aufzufangen und wieder einzugliedern in die normalität der gesellschaft.
zitat eines psychiaters über eine in der psychiatrie inhaftierte:
"Zuerst muß das alte Ich der Patientin gebrochen werden, um dann unter unserer Kontrolle und mit Hilfe einer angemessenen Medikamentation ein neues Ich aufzubauen."

die psychiatrie ist eine institution, die in sich das gesellschaftliche unterdrückungssystem darstellt. patriarchales system, sexismus, vergewaltigung, macht-ohnmacht-gefälle, extremer anpassungsdruck, aufgabe aller menschenrechte, eingang in die totale abhängigkeit. es besteht das muß, in dieser gesellschaft funktionstüchtig zu sein; nicht aufzufallen durch andersartiges verhalten.
da erfolgt die abstempelung zum feindbild. die, die anders sind, gehören gleichgemacht. alles, damit der staat funktioniert. der staat braucht funktionierende staatsbürgerInnen. egal, was wer im trauten heim aufführt, ob psychische, physische und/oder sexuelle gewalt in der familie, das ist wurscht.

EIN LEITFADEN

erfahrungen aus einer unterstützerinnengruppe einer in der psychiatrie inhaftierten freundin

die folgenden ausführungen mögen teilweise selbstverständlich klingen, werden aber in der extremen streßsituation, die zeitlich nicht eingrenzbar ist und unter umständen auch monate dauern kann, leicht hintangestellt. sie sind aber sowohl wichtig für die aufrechterhaltung des vertrauensverhältnisses mit der inhaftierten als auch basis für eine funktionierende zusammenarbeit der unterstützerinnengruppe draußen.

1. GRUNDSÄTZLICHES:

- es ist günstig, sich schon jetzt selber und gemeinsam mit freundinnen mit den eigenen 'verrücktheiten' und ängsten, aber auch mit der psychiatrie als system auseinanderzusetzen.
- wenn eine freundin in dieses system gerät, ist es wichtig, sich rechtzeitig unterstützung zu suchen, da die emotionale und zeitliche belastung nicht zu unterschätzen ist.
!- absolut alles, was in abwesenheit der inhaftierten in- und außerhalb der psychiatrie geschieht, sollte unbedingt mit der inhaftierten besprochen werden - keinesfalls sollte irgendein noch so gut gemeinter plan etc. ohne absprache mit der inhaftierten gefaßt werden.

2. UMGANG MIT DER INHAFTIERTEN:

- nicht erschrecken lassen: die wirkungen und nebenwirkungen der medikamente sind extrem: "gebundener gang", roboterbewegungen, halbgeschlossene augen, keine kontrolle über den speichelfluß, monotone stimme, teilweise orientierungslosigkeit, möglicherweise andere sprache...
- nie über ihren kopf hinweg entscheidungen treffen
(trotz der oben beschriebenen medikamentenwirkung, die den anschein erwecken können, als wäre ihre eigene meinung zu sagen unmöglich, war unserer erfahrung nach die inhaftierte sehr wol immer fähig, ihre meinung und ihren willen sehr klar zu äußern.)
- alles mit ihr absprechen
- über alles informieren

* informationen, die nur die unterstützerinnen bekommen, auch an inhaftierte weitergeben, gerade wenn sie zu dem in widerspruch stehen, was der inhaftierten von der selben person gesagt wurde (doppelspiel der ärztInnen...).
* auch über scheinbar banales gruppengeschehen, über scheinbare selbstverständlichkeiten unter den unterstützerinnen informieren.

- ehrlichkeit!!! besonders in gefühlen, gefühle auch thematisieren. keine überflüssigen mitleidsbekundungen.
- der inhaftierten zuhören und nicht eigene geschichten auf sie projezieren und damit nerven/belabern/quälen...
- nur versprechen, was auch einlösbar ist (sich nicht übernehmen, kein "wir holen dich raus" ohne die konsequenzen zu bedenken, z.b. ob eine rund-um-die-uhr betreuung organisiert werden kann...)

3. UMGANG MIT DER FAMILIE:

- einstellung der familie zur psychiatrie checken.
  in den meisten fällen sind (die) familienmitglieder (mit)verantwortlich für die inhaftierung, weshalb sie zumeist systemkonform sind. - mißtrauen angebracht.
- rechte der familie über die inhaftierte checken.
  achtung: die familie ist sehr mächtig, viel mächtiger als freundinnen... sie bekommt mehr informationen einfach aufgrund der verwandtschaft.
  * die familie wird als erste (und meistens als einzige) von der inhaftierung verständigt und nicht das persönliche und soziale umfeld. (es gibt notfallskärtchen und eine willenserklärung, auf denen du deine vertrauensperson angeben kannst, die im falle einer einweisung verständigt werden sollen = vergleiche 'statt psychiatrie', peter lehmann, antipsychiatrie verlag)
- konsequenz: soviel offenheit für die inhaftierte, so wenig für die familie (wir haben sie größtenteils ignoriert und den kontakt auf ein höfliches guten tag beschränkt).

4. UMGANG MIT SICH UND DEN UNTERSTÜTZERINNEN UNTEREINANDER:

- das übermitteln der nachricht von einer einweisung sollte, wenn nur irgendwie möglich, persönlich (nicht telefonisch) erfolgen - allein läßt sich ein solche nachricht noch schwerer verkraften.
- sich klarwerden über die beziehung, die jede frau/lesbe zur inhaftierten hat.
- sich klarwerden, darüber, was jede tun will und wie weit sich jede einlassen will: besuche, gespräche mit ärztInnen und/oder psychiatrischem personal, planung weiterer vorgangsweisen, hilfe bei befreiung...
- bei gründung einer unterstützungsgruppe:
  * sich klarwerden, was jede einzelne von der gruppe will (sich zeit nehmen)
  * idealerweise sollten die meisten unterstützerinnen kontinuierlich dabei sein - je kleiner die gruppe, desto wichtiger ist die konsequente teilnahme der einzelnen lesben/frauen!

5. UMGANG MIT DER INSTITUTION:

= allgemeines
- informieren: über rechtslage (unterbringungsgesetz, patientInnen-anwaltschaft) über bedeutung der psychiatrischen begriffe - um verunsicherungen abzubauen, die durch psychiatrische pseudokompetenz hervorgerufen werden kann: die "begriffe" entpuppen sich als leer, inhaltslos.
  über wirkung der medikamentation (siehe "bittere pillen")
- aufgeklärte, ehemalig angestellte der psychiatrie (nur personen deines unbedingten vertrauens) und alle nützlichen bekannten kontaktieren.
- so unterstützerinnen und inhaftierte sich für den rechtsweg entscheiden:

fürs akh: anwältin organisieren (laut gesetz steht der inhaftierten einE kostenlose anwaEltIn, die/der ihr zugeteilt wird, zu; im akh gibt es aber keine patientInnen-anwaltschaft - die inhaftierte bekäme also einen (!) beliebigen bezirksanwalt.)
!- relevante informationen werden verweigert und durch erlogenen ersetzt. das psychiatrische personal (inklusive ärztInnen) klärt niemanden jemals über die rechte der inhaftierten und der besucherInnen auf.

= angewandtes
- am telefon: oft werden zu anfang check-fragen an die fakultativen besucherInnen gestellt: "Sind Sie die Therapeutin?, - eine Verwandte?...". solche fragen sind prinzipiell zu bejahen; davon können weitere informationen, besuchsrecht etc. abhängen.

- in der psych: sie begegneten uns anfangs freundlich bis gleichgültig, die erwarteten fragen bezüglich der vergangenheit der inhaftierten, unserer beziehung zu ihr, unserer einschätzung ihrer person und ihrer situation blieben aus.
  sie haben uns geflissentlich übersehen, wir mußten sie ansprechen, um informationen zu bekommen.
  erst nachdem sie uns durch unser kontinuierliches erscheinen als bezugspersonen erkannten, begannen sie den kontakt zu suchen. wir vertraten die meinung, die inhaftierte sei nicht krank und zertraten damit das uns von der institution präsentierte und als ein irreversibles dargestellte krankheitsbild.
  unsere offen zur schau getragene antipsychiatrische einstellung führte mit der zeit zu heftiger befeindung und in der folge zu besuchsverbot. - wir wurden auch bei einer verhandlung der inhaftierten mit der begründung, wir seien für die anderen patientInnen gefährlich, aufgefordert, die station zu verlassen.

= es sollten die ärztInnen und das übrige psychiatrische personal nicht wissen, daß es eine unterstützerinnenGRUPPE gibt, damit die einzelnen frauen/lesben auch unterschiedliche rollen (z.b. auch psychiatriegläubig) einnehmen können - dies kann notwendig sein, um an informationen heranzukommen und um das besuchsrecht aufrechtzuerhalten.

= immer zu zweit besuchen, da jederzeit unvorhergesehene scheußlichkeiten eintreten können - z.b. oft wird an den besuch die bedingung eines ärztlichen gesprächs geknüpft. die wirkung solcher gesräche ist nicht zu unterschätzen - die argumentation ist in sich - innerhalb der psychiatrischen begrifflichkeiten - schlüssig (psychiatrie - der 'gutstrukturierte wahn'). sie erklärten uns für verantwortungslos, da wir die krankheit der inhaftierten leugneten und deshalb für ihre freilassung plädierten. es hieß, wir würden ihre gesundheit gefährden, da eine frühzeitige entlassung irreversible schäden nach sich zöge.

nach anstrengenden monaten war es geschafft: die freundin war frei und ist es noch immer.

die autorinnen:----------
trotz der gender-debatte, wagen wir die forsche behauptung, zwei frauen/lesben zu sein.
wir haben in einer unterstützerinnengruppe bei der befreiung einer in der psychiatrie inhaftierten freundin mitgewirkt.

VERLUSTANZEIGE:

Dieses Transparent

wurde am 8. März 1994 an der U-Bahn-Station Alserstraße hängengelassen.
Wir fordern die Finderinnen auf, dieses, oder ähnlich wirkende Transparente wieder auf die dafür vorgesehene Aufhängevorrichtung "Brücke Alser-Station" oder an ähnlich dafür geschaffene Flächen zu fixieren.

Bekennerinnenschreiben

Wir haben in der Nacht von 26. auf 27. September 1994 die Wahlplakate sämtlicher Parteien mit den Wörtern "verlogen, rassistisch, sexistisch" überklebt.
Uns, den LUZYAS, einer FrauenLesbengruppe, reicht die Vereinnahmung von Frauen und frauenrelevanten Themen durch die Parteien.

Gerade im Wahlkampf zur Nationalratswahl entblößen die kandidierenden Parteien ihre instrumentalistische Haltung gegenüber frauenrelevanten Themen.
Während Projekte, die für FrauenLesben in ihren unterschiedlichen Lebenszusammenhängen Unterstützung bzw. Strukturen garantieren, immer häufiger ausgehungert werden, schreiben sich die Parteien "Emanzipation" auf die Wahlfahnen. Diese Politik ist sexistisch und ist bei allen Parteien gleichermaßen zu bekämpfen.
Unser Widerstand richtet sich gegen das verlogene Gehabe derjenigen, die sich zum Zweck der Stimmenmaximierung der Frauen und ihrer Anliegen bedienen, sowie gegen die Ausgrenzungspolitik der herrschenden Parteien. Die rassistische Ausgrenzungspraxis, die durch die regierenden Parteien legitimiert wurde, und Haiders rassistische Hetze führen zwangsläufig zu einem politischen Klima in dem Übergriffe auf AusländerInnen alltäglich werden.
Darum erweitern wir Haiders Wahlspruch - "er sagt, was ihr denkt"-, adressiert an die Großparteien: " ihr denkt und exekutiert, was er sagt"!

NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN

2.Mai

Tag der Frauenarbeitslosigkeit

Frauen und Lesbenkundgebung

vorm Ministerium für Zwangsarbeit und "Soziales"
Stubenring 1-3
Montag, 2.Mai 11 Uhr

Wir protestieren gegen die herrschende Arbeitsmarktpolitik und die systematische Ausgrenzung und Disziplinierung von Frauen. Frauen werden nicht nur weltweit als Billigstlohnarbeiterinnen und Reservearmee ausgebeutet, sondern sie werden auch hier in den Metropolen ihrer Rechte auf Existenzsicherung beraubt. Mit Zwangsbeschäftigungsmaßnahmen, Gesetzesverschärfungen, undurchschaubaren Weisungen und Psychoterror wird die staatliche Kontrolle der unterdrückten Frauen perfektioniert.

WER DIE SCHMAROTZER SIND, BESTIMMEN WIR!

NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN NUR FÜR FRAUEN

V.i.m.: AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR DEN 2.MAI
Hanni Lahood, 1060, Mariahilferstr.1

FORDERUNGSKATALOG

WEG MIT DER DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN DURCH DIE VERSCHÄRFTEN ARBEITSLOSENGESETZE
Rücknahme der Straf - Auslese - und Ausgrenzbestimmungen im Beschäftigungssicherungsgesetz und allen Novellen zum ALVG, AMFG, und AMS, die sich gegen Ausländerinnen, Frauen mit Betreuungsverpflichtungen, Alleinerzieherinnen, Kranken, Studentinnen,Werksvertragsarbeiterinnen und ältere Frauen, die nach 20 bis 30 Jahren Erwerbstätigkeit ausgegrenzt werden, weil sie einen Mann zuhause haben, richten.
Keine Diskriminierung behinderter Frauen, kein Freikauf von Anstellungspflichten.
Keine Aussteuerung verheirateter, in Lebensgemeinschaft oder mit anderen Angehörigen (Eltern/Kinder) lebender Frauen.
Keine doppelte Kontrolle für Sozialhilfeempfängerinnen.
Weg mit Gesetzen, die sich gegen alle Frauen richten!

TRANSPARENZ STATT WILLKÜR
Gegen die Entrechtung der Arbeitslosen mittels undurchschaubarer Gesetze. Offenlegung der geheimen Weisungen und Durchführungsbestimmungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales, AMS ab 1.7.1994.
Keine willkürliche Gesetzesinterpretation durch unkompetente, obrigkeitshörige und manchmal bösartige ReferentInnen.(z.B.Holzschuh. Kastner, Samek und Co-AÄ Wien)

SCHLUSS MIT DER GEHIRNWÄSCHE, DER ENTMÜNDIGUNG UND DEN VEREINZELUNGSSTRATEGIEN
Schließung der Aktivgruppen-Intensivbetreuungs-Arbeitslosenämter und AMV-eigenen Frauen -und Mädchenberatungsstellen.
Keine "Verstaatlichung" autonomer Frauenprojekte.
Kein Einzelbehandlung bei den Kontrollterminen. Das Recht auf Begleitschutz durch eine Vertrauensperson (Rechtsbeistand) muß bleiben. Keine Erfassung und Kriminalisierung der Begleitperson.

KEINE GESCHÄFTE MIT ERWERBSLOSEN!
KEINE ZWANGSVERMITTLUNG- KEINE SCHEINBESCHÄFTIGUNG- KEINE ZWANGSMOTIVATION- UND PSYCHOLOGISIERUNG
Keine Vermittlung in nicht existenzsichernde Jobs!
Keine Vermittlung in ungeschützte Arbeitsverhältnisse wie Niedriglohn und Werkvertrag.....
Keine hierarchisch-das heißt fremdbestimmte Arbeitszuweisung oder Ausgrenzung.
Weg mit den EDV-gestützten "Betreuungsplänen", die uns in's soziale Out schicken. Keine selektiven Spezialbehandlungen.
Keine Zwangseinweisung in die neuen "Servicestellen" des AMS : in Motivations- und Orientierungskurse, Zwangsschulungen die zur Dequalifizierung führen.
Weg mit den Scheinbeschäftigungszentren, den BIZ's, BOB's und ABZ's.....
den Ressourcenpools (allein in Wien sind 40 geplant), Job-Börsen, Verleihfirmen usw.
Kein Transfer der Arbeitslosengelder an die Unternehmer!

KEINE ZWANGSVERMITTLUNG DER KINDER
in unzumutbare Kinderaufbewahrungsstätten durch AMV-eigene Vermittlungsagenturen.
Keine Geldsperren wegen Betreuungsverpflichtungen.

WEG MIT DEN SPERREN !!!
Weg mit der ständigen Bedrohung unserer Existenz und dem damit verbundenen Anpassungszwang!
Weg mit den Arbeitswilligkeitsparagraphen!

WEG MIT DER ÜBERWACHUNGSMASCHINERIE - DATENEINSICHT JEDERZEIT
Weg mit dem "Arbeitsmarktservicegesetz", das uns mit seinem verfeinerten EDV-gestützten Kontroll - und Selektionsapparat, einer verschärften und europareifen Regulation des "Arbeitskräftepotentials" bedroht!

KEINE EINFÜHRUNG EINES SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEISES

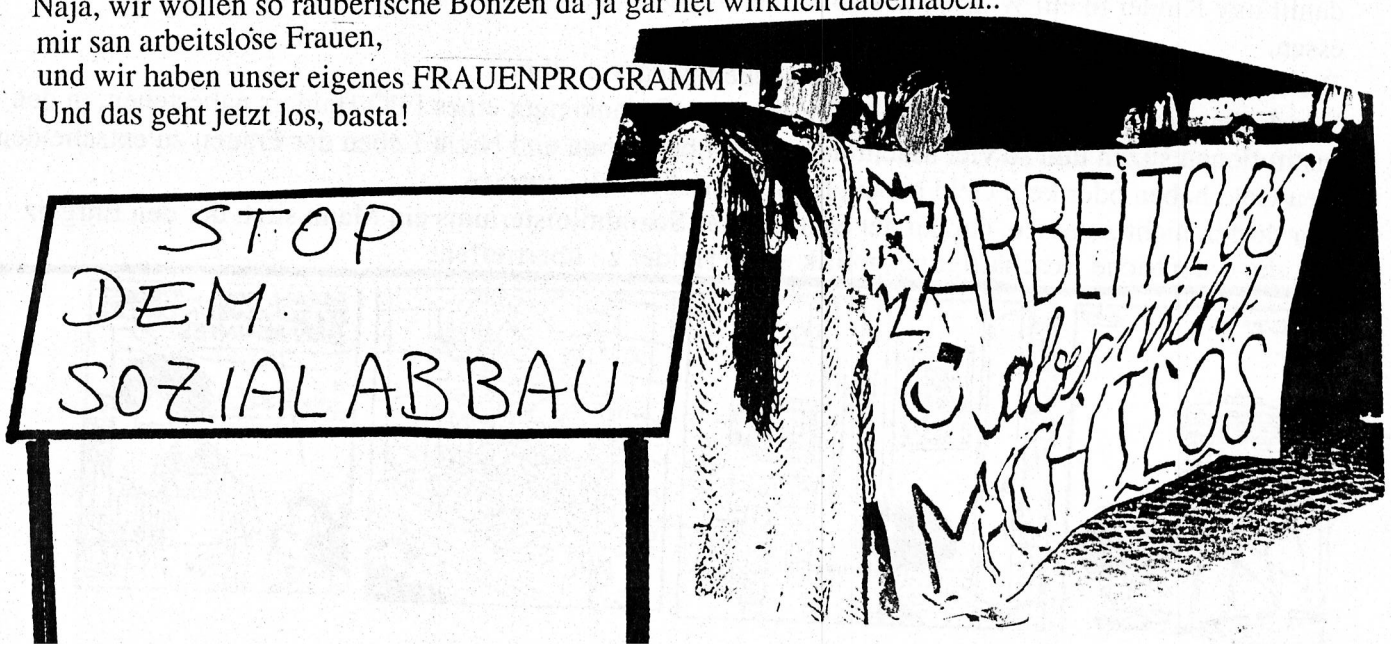
WEG MIT DEN AUSLÄNDERINNENGESETZEN
Kein Kontingent!
Freier Zugang zu Arbeitsplätzen für Ausländerinnen, gleiche soziale Leistungen, Gleichbehandlung in der Arbeitslosenversicherung!
Asylrecht für vergewaltigte Frauen.
Keine Abschiebungen!

WEG MIT DEM PATRIARCHAT
das systematisch und mittels neuer Technologien einen neuen Angriff gegen uns verfolgt, um uns verstärkt in die Armut, in die Abhängigkeit und unter Kontrolle zu kriegen.

nie

Initiative Frauen gegen Zwangsarbeit
1070 Wien, Pf.:71

Einen schönen schlechten Morgen den Schreibtischtätern!
Ihr kapitalismusfreundlichen Frauenverwerter! Seid's ihr eh alle da, in eurer Bunkerzentrale, und wartets auf fetten Ärschen sitzend auf eure Pensionen, - auf unsre Kosten - versteht sich.
Wir sind's - die von euch computer-gesteuerte und -ausverkaufte in und ausländische Reservearmee.
Und wißt ihr, warum wir da sind?
Richtig: Weil heute der 2.Mai ist. Das ist der Tag der erwerbslosen Frauen!
Ist euer Capo, der Jolly da?
Oder schlaft er noch, nach seiner anstrengenden Tätigkeit, gestern am Tag der Arbeit, als Sozialdemokrat am Rathausplatz?
Gestern hat er sichs ja wieder amal geben, mit seinem männlichen Facharbeiter-Adel. Regelrecht zugejubelt hat er denen.
Aber das ist ja auch ka Wunder - sein männlicher Arbeiter-Adel weiß verläßlichst und aus dem FF auswendig, wer von den arbeitslosen Hacklern schmarotzt und wer nicht... und auch, daß sich die Frauen Ham drahn sollen, an den Herd, wenn die Arbeitsplätze für Typen weniger werden.
Die Johanna Dohnal ist am Tag der Arbeit wieder net in Krankenstand gegangen, sondern sie ist neben ihm und dem nadelgestreiften EU-Oberbonzen Franz auf der Tribüne gestanden und hat mitgejubelt. Bei uns hat die Frau jetzt wirklich schön langsam a üble Nachrede!!!!
So! Wir sind ja wirklich pünktlich da....
Und wo bleibt der Häuptling aller Arbeitslosenverwalter, der Herr Ober-Arbeitslosen-Lager-Verwalter? Traut er sich nicht herab, in die Niederungen der Straße...? Oder steckt er tatsächlich schon wieder im braunen Ring von irgendan Kapitalisten?
Hat er Angst, wir könnten ihn begrapschen? Also wirklich, den Hesoun begrapschen? Also:
Do täts uns ordentlich grausen...
Oder arbeitet er gar grade schon wieder an einem Kosmetikprogramm, extra für Frauen?
Das ist ja jetzt sein aktueller Schmäh: die Kosmetikkurse für Frauen - bloß ja keine wirkliche Ausbildung, bloß ja kein Studium auf Kosten 'seiner' Arbeitslosenkasse! Wo kummt er denn do hin, wenn ihm die arbeitslosen Weiba die Kassa ausraman und vielleicht a no ihre Gschrappen mit seine Netsch ernähren wollen.
Die solln sich g'fälligst an Ernährer suchen, ganz privat, so wie sichs gehört!, meint er.
Und drum ist er für maximal a bißl a Kosmetik, in einem Frauenkurs, und dann flugs ab auf den Arbeitsstrich mit den Mädels, lautet seine Devise. Schmarotzen auf seine Kosten, naaaaa. Wenn ane net wü, wirds gesperrt! Da wird's blöd schauen... Da kennt er nix - und das macht ihn so erfolgreich und beliebt, bei seinen Haberern, den Unternehmern... was scheißt er sich um unsere Kinder, und wovon die leben sollen... Nein, mit Sippenhaftung hat das nichts zu tun und außerdem ist er doch kein Christkindl nicht...
Er kennt sich aus, schließlich is er ja Gewerkschafter und Arbeiterkämmerer war er a lang genug. Das kann er beweisen, da hat er nämlich schon fette Pensionsansprüche... Nur mit der Ministerpension hapert's a bißl, do muaß er noch ein bißl werkeln...
Naja, wir wollen so räuberische Bonzen da ja gar net wirklich dabeihaben..
mir san arbeitslose Frauen,
und wir haben unser eigenes FRAUENPROGRAMM !
Und das geht jetzt los, basta!



Redebeitrag, 2.5.94 Ausgrenzung von Alleinerzieherinnen

Das Arbeitsamt versucht die Frauen systematisch mit allen möglichen und unmöglichen Mittel rauszuwerfen, sie um ihre Bezüge zubringen und sie faktisch ohne jegliche Existenzgrundlage der Obdachlosigkeit und dem Hungertod auszusetzen.
Mit den fiesesten Mitteln und Methoden werden die Frauen tyrannisiert und zur Sau gemacht, mit dem Ziel, daß sie endlich verschwinden, wohin - danach kräht kein Hahn.
Besonders die, die es ohnehin am schwersten haben, die mit den geringsten finanziellen Mitteln, die neue Klasse der Armen, so kann frau es sagen.
Die alleinerziehenden Frauen werden vermehrt aufs ärgste und letzte schikaniert und so um ihre Existenz und Lebensgrundlagen gebracht. Mit Psychoterror, anschreien, drohen, abwerten und Stellenvermittlungen, die sie ohnehin nicht annehmen können, da sie von der Arbeitszeit unvereinbar sind mit den Kinderbetreungspflichten. Da schert sich der Staat offensichtlich keinen Dreck drum, daß die Betreuungszeiten der Kinderaufbewahrungseinrichtungen, nicht den Arbeitszeiten einer Arbeiterin oder Angestellten entsprechen. Aber trotzdem ist es möglich und gängige Praxis, daß Frauen aufgrund der Arbeitszeiten, eine Arbeit ablehnen, das Arbeitslosengeld gestrichen wird. Noch dazu straffällig werden wenn sie ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen. Oder die Entlohnung der ihr angebotenen Arbeit ist so gering, daß nach Abzug von den Lebenserhaltungskosten wie Miete, Heizung und Kinderbetreungsgeld kein Schilling mehr übrigbleibt.
Aber bekanntlich können ja die Frauen durch ihre übergroße Opferbereitschaft, von der Luft und von der Liebe zu ihren Kindern leben.
Auch werden den Frauen Jobs angeboten, die für sie öffentlich schwer erreichbar sind. wenn sie über kein eigenes Auto besitzen - Pech gehabt!
Also, falls eine Frau eine Arbeit ablehnt, weil sie mit ihren Betreungspflichten unvereinbar ist, hat sie Pech gehabt. Ihr wird Arbeitsunwilligkeit unterschoben.
Das heißt Sperre der Bezüge - kein Geld!
Die Frauen und ihre Kinder können ja - ja wovon sollen sie denn leben?
Darum kümmert sich kein Schwein!
Darum kümmert sich weder die Regierung, noch die, die am Arbeitsamt sitzen und sich BetreuerInnen nennen und sich nicht scheuen verschiedenste Mittel anzuwenden, um die Frauen fertig zu machen. Die sich hinter der Amtsgewalt verstecken und somit auch Macht und Mitteln haben den Frauen ihre Existenzgrundlagen zu entziehen und ihnen damit ihre und auch ihrer Kinder die Existenzberechtigung nehmen.
Somit wird das Wenige was wir bekommen und das gerade zum Überleben reicht, auch noch genommen.
Wir fordern eine Grundexistenzsicherung, die nicht vom guten Willen einer Regierung oder einer ArbeitsamtbetreuerIn abhängt.
Es ist unser Recht genug Geld für unseren Lebensunterhalt zu bekommen!
Es hat während dem Faschismus Zeiten gegeben, in denen sich Mütter das Leben genommen haben, damit ihre Kinder in ein Waisenhaus kommen um so ein Dach übern Kopf zu haben und auch was zu essen.
Die Praktiken des Arbeitsamtes führen uns genau wieder dorthin.
Wir dürfen nicht zulassen, daß Menschen, die dem Gedankengut eines FPÖ Haiders nahestehen, in den Institutionen sitzen und so viel Macht haben um über Leben und Nicht Leben der Frauen zu entscheiden.
Den Geld haben oder kein Geld haben, heißt überleben oder sterben.
Wir dürfen nicht zulassen, daß an der Spitze eines Sozialministeriums ein Mann sitzt, der den Ehrgeiz hat, die ordentliche Beschäftigungspolitik eines Haider zu übertreffen.

Die Armut ist weiblich

Wenn jetzt über die "neue Armut" diskutiert wird, verschleiert dies oft, daß Frauen immer schon arm waren und in besonderer Weise der Armut ausgesetzt sind.
Frauen wurden und werden in der kapitalistischen Gesellschaft strukturell von einer eigenen Existenzsicherung und der damit verbundenen sozialen Absicherung ausgeschlossen. Die so oft vom Manne abhängige materielle Sicherung der Fau verdeckt nach außen das besondere Risiko der Frauen.
Die berufliche Diskriminierung und Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt ist eine der Ursachen weiblicher Armut. Frauen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie arbeiten nach wie vor in ungeschützten Arbeitsverhältnissen, befristet, Teilzeit und weniger Lohn bei gleicher Qualifizierung.
Im gesellschaftlichen Durchschnitt verdienen Frauen 30% weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauenarbeit gilt immer noch als "Zusatzverdienst". So verlieren Frauen in Krisenzeiten zuerst ihren Arbeitsplatz.
Die materielle Abhängigkeit der Frau von ihren Mann wird zudem noch durch die Bedürftigkeitsprüfung verrechtlicht, durch die viele Frauen von Ansprüchen wie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen werden.
Die "neue Armut" der Frauen wird oft der "Ausfall des Ernährers" genannt. Frauen die bislang "nur" Hausarbeit und Kindererziehung geleistet haben, sind besonders getroffen. Diesselbe Ehescheidung die den Mann von den finanziellen Lasten einer Familie befreit, kann bei der Frau in die Armut führen. Den der geschiedenen Unterhalt erweist sich meist als ungedeckter Scheck.
Frauen haben außerdem größere Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche. Besonders ältere Frauen scheuen den Gang aufs Arbeitsamt oder Sozialamt und kargen bei ihren Mindestrenten. Ausgenommen sind hier die alleinerziehenden Mütter, die aus ihrer Verantwortung den Kindern gegenüber eine Stärke zur Durchsetzung haben müssen. Auch diese Frauen erleben ihre Situation als belastende Abhängigkeit. Frauen beschreiben die Situation auf dem Amt oft als Ähnlichkeit mit der Abhängigkeit verheirateter Frauen von ihren Ehemann.

Die psychischen Folgen der Armut
Frauen die von Armut betroffen sind, leben stärker als Männer in einer gewissen Kontinutiät. Durch ihre traditionelle Bindung an den Haushalt und die Kinderversorgung kommen sie nicht so schnell in Identitätskrisen. Dennoch ist die Armut für Frauen nicht weniger belastend. Der Ausschluß vom Arbeitsmarkt und auch vom übrigen gesellschatflichen Leben, weil das mit hohen Kosten verbunden ist, führt zu einer Isolation, die nur schwer zu durchbrechen ist. Darüberhinaus führen der finanzielle Mangel und das Ausgeliefertsein gegenüber den Kontrollämtern zu Ohnmacht und Resignation.
Vor allem alleinerziehende Frauen sind in einer widersprüchlichen Situation. Sie haben sich mehr oder weniger freiwillig entschieden, Mutter zu sein, und ohne "Ernährer" zu leben. So leben sie von der Hand in den Mund und haben oft den Kindern gegenüber ein schlechtes Gewisssen, weil viele Wünsche nicht erfüllt werden können.

Obdachlosigkeit von Frauen
Eine der extremsten Formen der Armut von Frauen ist die zunehmende Obdachlosigkeit. Wohnungslose Frauen sind einer besonderen gesellschaftlichen Ächtung ausgesetzt. So versuchen viele den Zustand geheim zu halten. (Schätzungen in der BRD vermuten das jede vierte Wohungslose eine Frau ist. In Österreich gibts keine Schätzungszahl.
Viele Frauen leben deshalb auch gezwungener Maßen mit einem Mann in einer Zwangsgemeinschaft in der sexuelle Dienstleistung gegen vermeintlichen persönlichen Schutz getauscht wird.
Viele der arbeitslosen jungen Frauen wohnen noch zu Hause ohne über ein eigenes Zimmer zu verfügen. So sind sie oft auch noch der sexuellen Gewalt von Brüdern und Vätern ausgesetzt.
Daher sind junge Frauen besonders betroffen von der Wohnungslosigkeit, da es kaum noch Möglichkeiten gibt Wohnungen zu finden und einen eigenen Lebensstil zu entwickeln. Einzig allein noch die Startwohnungen für Jungfamilien, worauf aber junge Frauen die allein oder mit Freundinnen leben wollen kein Recht haben.

Redebeitrag

Seit der Einführung der experimentellen Arbeitsmarktpolitik und der Installierung des AMV-EDV-Systems vor 10 Jahren ist der staatliche Anspruch, in die Lebensführung von Frauen¢ einzugreifen und sie reglementieren stärker geworden.

Die unterschiedlichsten, ständig sich ändernden Maßnahmenpakete, Sonderprogramme- und Gesetze und Werbekampagnen, - die nur mehr automationsgestützt vollstreckbar sind - fördern die Politik der Ausgrenzung und Unterdrückung und verschleiern sie gleichzeitig.

Eine restriktive Gesetzesflut - jedes halbe Jahr eine neue Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz und allen möglichen anderen Nebengesetzen - ist das Ergebnis der Schmarotzerhatz, die von Wirtschaft, Kammern und ÖGB (Stummvoll, Maderthaner..) von Politikern aus allen Lagern (Hesoun, Haider, Schüssel, Vranitzky..) und den Medien (Lingens, Tschebull.....) vorangetrieben wurde.

Mit 1.7.94 tritt das "neue" Arbeitsmarktservicegesetz in Kraft. Es verspricht, kundenfreundlich, bürgernah, unternehmerfreundlich und demokratisch eine EG-konforme Überwachungspolitik im ausgetüfftelten Blockwartesystem durchzusetzen.
Für eine Vermittlungsquote von heißen 7% aller Beschäftigungsverhältnisse wird der von der AMV schon jeher als "bester Computer Europas" gepriesene Selektionsapparat, derzeit um 2,5 Milliarden !!! ausgebaut.

So viel "Bemühen", Frauen nicht wirklich gleichbehandeln und entlohnen zu müssen, hat es noch nie gegeben!

Alle, die - egal aus welchem Grund - mit dem Arbeitslosenamt in Berührung kommen, werden dem elektronischen Menschen-lagerhaltungsprogramm einverleibt.
So spielt es überhaupt keine Rolle bzw. ist es überhaupt kein Problem mehr, wenn keine den Bedürfnissen entsprechende Voll-Lohnarbeit an Frauen vergeben wird. Sie werden ja auch so gut "versorgt", d.h. gemäß den geschlechtshierarchischen Strukturen aussortiert.

Mit eindeutigen oder vercodeten Vermerken und Reizwörtern auf die Fahndungslisten gesetzt, werden je nach ganz "individuell" vorgesehenen elektronischen Betreungsplänen Frauen entweder so lange schikaniert und "vermittelt" bis man sie als Billigware ausgeliefert, ausgegrenzt oder gesperrt hat oder das ist für Frauen, die sich wehren können, die elegantere Methode - von der "Betreuung" und dem "Service" ausschließt. Sie werden trotzdem automatisch überwacht und unverhofft diszipliniert oder kriminalisiert.

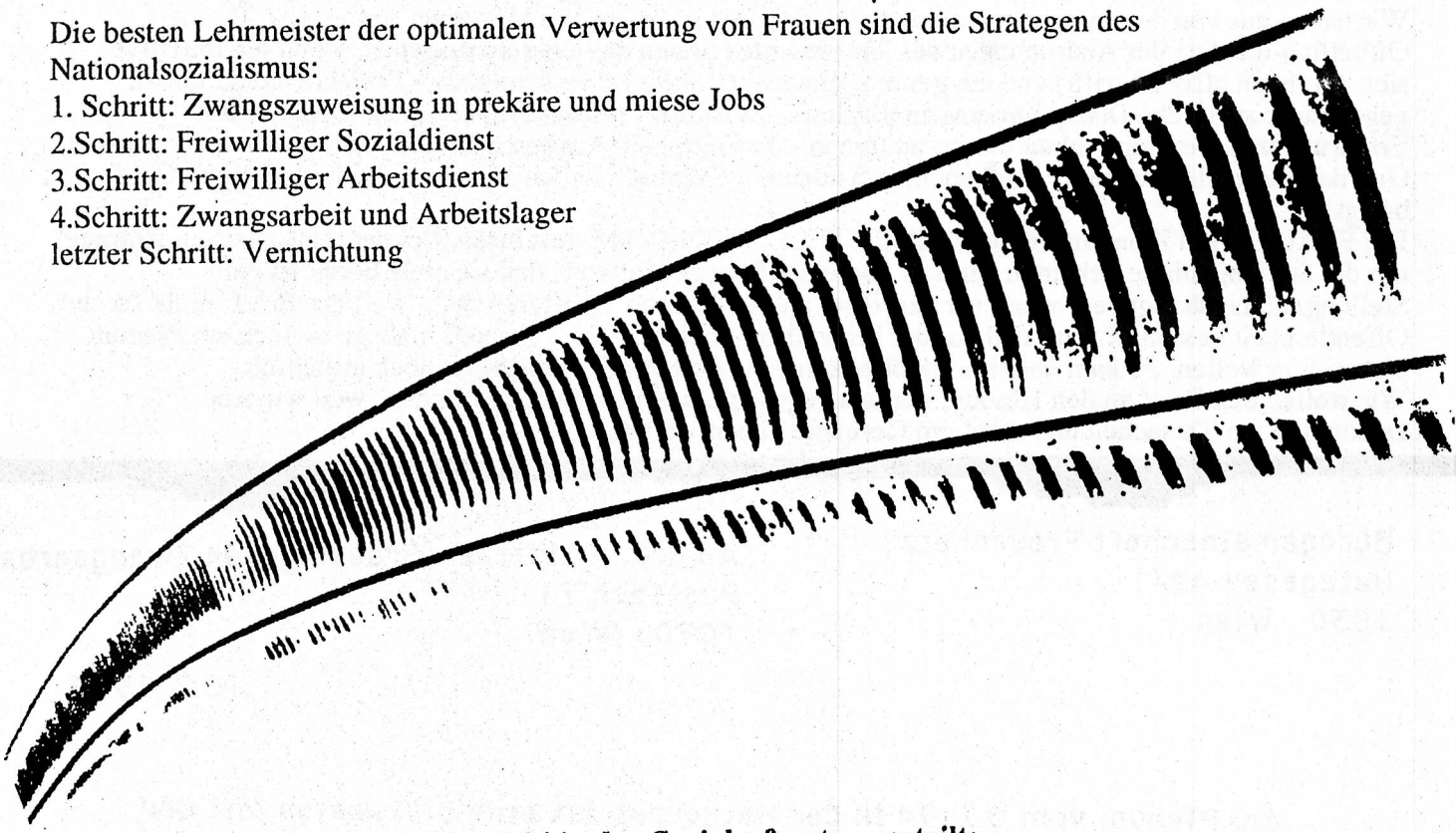
Um die strukturelle Gewalt jedoch menschlich zu gestalten, werden keine Kosten gescheut.

Ein neuer Wirtschaftszweig, das Geschäft mit den Arbeitslosen, ist verstärkt im Anmarsch. Statt selbstbestimmter Qualifizierung werden wir zwangsweise (Beschäftigungssicherheitsgesetz) in einen gigantischen Stillhalte und Motivationssektor verwiesen. Orientierungskurse, Scheinbeschäftigungszentren, 40 allein in Wien geplante Recourcenpools, Psychogruppen, Basiswochen, Regulationsmodelle usw. schießen wie die Schwammerln aus den Boden.
Ein Heer - von der AMV - schlecht bezahlten und "freiwilligen" Helfern (AusbildnerInnen, PsychologInnen, BetreuerInnen.....) sorgen für einen reibungslosen Ablauf und das "Gefühl", daß sich der Staat um uns kümmert.
In Wahrheit dient diese "WiedereinGLIEDerungslüge" dazu, daß ALLE Frauen nach gelungenen Hirnwäschen aus den immer weniger werdenden existenzsichernden Jobs "verdrängt" werden.

Besonders betroffen sind die Ausländerinnen!!
Sie erhalten keine Notstandshilfe bzw. keine Beschäftigungsbewilligung, werden als erste entweder an ihre "Ernährer" ausgeliefert oder abgeschoben - sofern sie nicht über das Privileg verfügen EU Angehörige zu sein.
So werden Menschen rassistisch aussortiert und ins soziale Out gekickt!

Für läppische Trinkgelder, (Karenz-, Erziehungsgeld, Familienbeihilfe, Alimente, Sozialhilfe) müssen wir "Typische" Frauenarbeit leisten (Kinderaufzucht, Familien- und Beziehungsarbeit, Haus- Hof- und Pflegedienste ...), und sind auf den Sozialstaat angewiesen.
Der allerdings wird auch in allen anderen Metropolländern aufgelöst und die Krise zur Schaffung von "Ausländerinnen-raus!" Gesetzen und zu einer modernisierten, verschärften Ausbeutungsordnung benutzt. Während die einen in ihre Herkunftsländer entsorgt oder in die Illegalität gedrängt werden, haben die anderen Unerwünschten (z.B.) die unbrauchbaren Frauen ab 30, 35.. durch die Rasterfahndungsmöglichkeiten auch keine rosigen Perspektiven. Ihr alle kennt den Ruf der Medien und Politiker: "Alle Sozialschmarotzerinnen an die Gratisarbeit"!!...

Die besten Lehrmeister der optimalen Verwertung von Frauen sind die Strategen des Nationalsozialismus:
1. Schritt: Zwangszuweisung in prekäre und miese Jobs
2.Schritt: Freiwilliger Sozialdienst
3.Schritt: Freiwilliger Arbeitsdienst
4.Schritt: Zwangsarbeit und Arbeitslager
letzter Schritt: Vernichtung

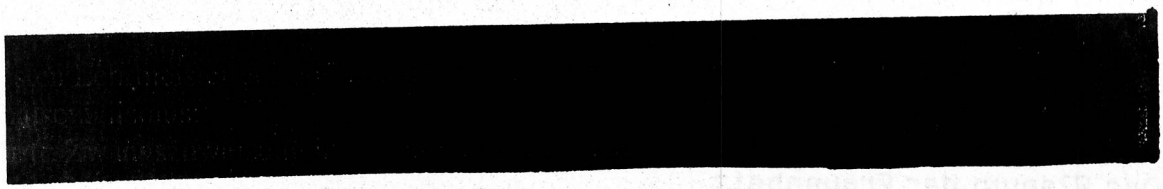


Folgende Mitteilung wurde ab 1.7.94 in den Sozialreferaten verteilt:

Sehr geehrte Damen und Herren!
Die Stadt Wien hat ihr eigenes Angebot an zahnärztlicher Versorgung ausgeweitet und teilt ihnen mit, daß die von den Sozialreferaten ausgegebenen Zahnscheine ab 1.Juli 1994 nur mehr in folgenden Instituten bzw. Ambulatorien gelten.....

Das heißt es gibt für diejenigen die Sozialhilfe bekommen und auch für die Angehörigen keine freie Zahnarztwahl!

Was wird das nächste sein????



Warum wir den Brief an den Hesoun veröffentlichen oder: Projektepolitik und die Ausgrenzung radikaler Praxis

Als wir den Brief an den Hesoun lasen waren wir ziemlich entsetzt - es ist zu einem eine Anbiederung an herrschende Politik und zum anderen Denunziation feministischer Praxis.
Es gab anhand der Auseinandersetzung zwischen dem Frauenprojekt "Frauenhetz" und der Frauengruppe "Initiative gegen Zwangsarbeit" viel Diskussion, Empörung, Streit und Brüche unter LesbenFrauen.
Wir wollten den Brief an den Hesoun mit einer Stellungnahme von der "Frauenhetz" und einer Stellungnahme der "Initiative" veröffentlichen, um eine Diskussion zu beginnen über Frauenprojektepolitik (der Großteil der Politik der Frauen/Lesbenbewegung seit gut 10 Jahren !!), eine Politik zwischen Kampf um Subventionen (die immer knapper werden) und staatlicher Kontrolle (die immer größer wird - siehe auch Artikel zu "SUBVENTIONSPOLITIK", "Mitteilungen aus Innsbruck", "Von Notrufen und Notrufen").
So gesehen ist die FRAUENHETZ NICHT DAS BÖSE Projekt. Es betrifft ALLE Frauen-,Lesben,-MädchenProjekte. Und wir brauchen eine Diskussion und solidarische Strategien, wie wir gemeinsam und jedes Projekt für sich, mit staatlicher Kontrolle und Druck von den Subventionsgebern umgehen können und wollen.
Es muß uns klar sein, daß die versuchten Spaltungen über u.a. die Subventionsvergabe ein Angriff auf feministische Politik und Praxis ist, die entweder abgewässert integriert oder zerstört werden soll.
Wir haben uns von der Frauenhetz ein anderes, nämlich solidarisches Vorgehen erwartet. Z.B. ein Öffentlich-machen der Androhungen des Arbeitsamtes (ihnen das Geld zu streichen, wenn die Initiative sich bei ihnen offiziell trifft) und ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Projekte und Gruppen gegen diese staatliche Disziplinierungsmaßnahme. Es ist nicht passiert - aber uns bleibt die bittere Erfahrung und die Möglichkeit daraus zu lernen - damit so ein "Ausverkauf" und Verrat nie wieder passiert.
Und das Beispiel Frauenhetz zeigt auch, daß auch ein Kniefall vor den Herren nicht das benötigte Geld bringt!
Die FRAUENHETZ hat uns leider KEINE STELLUNGNAHME geschickt. Bei der telefonischen Anfrage um die Stellungnahme bekamen wir u.a. von einer Frau zu Antwort, daß sie nicht bereit ist eine Stellungnahme abzugeben, wenn wir den Brief an den Hesoun veröffentlichen, weil der Brief "nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war" und aus der Frauenhetz geklaut wurde. Es hieß, daß sie es noch am Plenum diskutieren wollen. Es kam aber bis Oktober keine Anwort, weder schriftlich noch mündlich.
Wir wollen den Brief an den Hesoun, der uns zugeschickt wurde, veröffentlichen, weil wir eine Diskussion um Tatsachen und nicht um Gerüchte haben wollen.

Bürogemeinschaft Frauenhetz
Hetzgasse 42/1
1030 Wien

An die Initiative - Frauen gegen Zwangsarbeit
Postfach 71
1070 Wien

16.2. 1994

Am Plenum vom 6.2. 94 in der Hetzgasse ist eine Diskussion mit der Initiative über die Verwendung unserer Telefonnummer auf eurem nächsten Flugblatt für das Plenum am 16.2. 94 vereinbart worden. Da am heutigen Plenum keine Frau von der Initiative anwesend war, wurde folgender Beschluß gefaßt:
Unter den bestehenden Bedingungen, das heißt unter Abwesenheit der Initiative und mangelnder Kommunikation sollen keine Flugblätter mit Telefonnummer und Adresse der Frauenhetz erscheinen. Für die künftige Vorgangsweise bezüglich des Impressums kann im Plenum diskutiert und entschieden werden.
Termin des nächsten Plenums ist der 16.3.94 17h

Bis dann

Das Plenum der Frauenhetz

An das
BMAS
Z.Hd. Min. Hesoun

Stubenring 1
1010 Wien

"Frauenhetz"
Verein für feministische
Beratung, Bildung und Kultur
Hetzgasse 42/1
1030 Wien

Wien, 17. März 1994

Sehr geehrter Herr Minister!

Aufgrund noch immer bestehender Mißverständnisse in Bezug auf unseren Verein sehen wir uns veranlaßt, die Arbeitsweise und die politischen Intentionen des Frauenbildungs- und Kulturzentrums "FRAUENHETZ" darzustellen:

Das Frauenbildungs- und Kulturzentrum "FRAUENHETZ" hat sich, wie schon aus dem Vereinsnamen zu entnehmen, zum Ziel gesetzt, frauenpolitische Bildungsarbeit zu konzeptieren, zu initiieren und zu unterstützen, des weiteren die Förderung von feministischer Kultur und Kunst bzw. eine breit gefächerte Beratungstätigkeit für Frauen zu entwickeln und anzubieten. Gleichzeitig ist es als Bürogemeinschaft unser Anliegen, die Kommunikation, Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter Frauenprojekten zu fördern, bzw. gemeinsam die vorhandene Infrastruktur zu nutzen. Durch die breite inhaltliche Ausrichtung bzw. die verschiedenen Frauengruppen, die in der "FRAUENHETZ" ihren Sitz haben, können wir im übrigen eine große Anzahl von Frauen erreichen, die mit ganz vielfältigen Interessen und Anliegen zu uns kommen.(siehe auch beiliegendes Programm)

Die "FRAUENHETZ" bietet mit einem Seminarraum und einem Veranstaltungsraum auch vielen anderen interessierten Frauen die Möglichkeit, Seminare, Treffen, Gesprächsrunden, Vorträge usw. zu veranstalten.

Des weiteren verfügen wir über einen sog. "Fliegenden Schreibtisch": ein Büroplatz, der an einzelne Frauen, an Frauen von Projekten und Initiativen vergeben wird, die kurzfristig bzw. nur wenige Stunden im Monat ein Büro und die nötige Infrastruktur brauchen.
Jene Gruppen, die den "fliegenden Schreibtisch" benutzen, stehen in keinem politischen Zusammenhang zu den in der "FRAUENHETZ" ansässigen Vereinen bzw. zum Verein "Frauenhetz" selbst. Aus diesem Grunde liegt es auch nicht in unserer Möglichkeit, Einfluß auf die Arbeit dieser Gruppen zu nehmen.

Es ist nun richtig, daß die "Initiative gegen Zwangsarbeit" für kurze Zeit den fliegenden Schreibtisch in der "FRAUENHETZ" benutzt hat, und auf einem Flugblatt als Kontaktadresse die Adresse unseres Zentrums angegeben hat. Schon im Vorjahr allerding hat die Obfrau des Vereins "FRAUENHETZ" in Gesprächen im LAA (mit Dr. Azizi-Burkhart, Dr. Haider und Herrn Werner) versucht, unsere Position dazustellen: daß diese Initiatve eine eigene und (von uns) unabhängige Gruppe ist und mit der Arbeit und Politik der "FRAUENHETZ" nichts zu tun hat. Wie wir nun erfahren mußten, wird die "FRAUENHETZ" in gewisser Weise noch immer mit dieser Initiative gleichgesetzt. Dies verwundert uns nicht nur angesichts der oben erwähnten Gespräche, die damals die Sachlage geklärt zu haben schienen, sondern auch aufgrund der Tatsache, daß diese Initiative den fliegenden Schreibtisch in der "FRAUENHETZ" nicht mehr benutzt.

Wir bitten Sie nun, diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen. Nichtzuletzt deshalb, da wir uns noch in der Anfangsphase des Frauenbildungs- und Kulturzentrums "FRAUENHETZ" befinden, und Subventionen sowohl Ihres Ministeriums als auch des LAA eine wichtige Voraussetzung für unsere politische Arbeit darstellen.
Sollte dieser Brief die Mißverständisse nun nicht endgültig beseitigt haben, ersuchen wir um einen Gesprächstermin, um persönlich zu dieser Sache Stellung nehmen zu können.

Mit der Bitte um eine positive Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

(stellv. Obfrau) (Kassierin)

Eine Kopie ergeht an:

- Dr. Azizi-Burkhart
- Dr. Haider
- Herrn Werner
- Frauengrundsatzabteilung im BMAS, Mag. Rhowani

Initiative " FRAUEN GEGEN ZWANGSARBEIT" zum Rauswurf aus der Hetzgasse.

Die Initiative "Frauen gegen Zwangsarbeit" gründete sich im Herbst 1993, um einen Widerstand gegen die verschärften Gesetze und Vermittlungsmethoden der Arbeitsmarktverwaltung zu organisieren. Da 3 ehemalige Mitfrauen des Vereins Hetzgassen auch in der Initiative tätig sind, bot sich die Hetzgasse als Ort für unsere Aktivitäten an. Zudem bot die"Frauenhetz", ein Verein für feministische Beratung, Bildung und Kultur in ihrem Konzept einen sogenannten "fliegenden Schreibtisch"an:"ein Büroplatz der an einzelne Frauen, an Frauen von Projekten und Initiativen vergeben wird, die kurzfristig bzw. nur wenige Stunden im Monat ein Büro und die dazugehörige Infrastruktur brauchen".

Wir schrieben unser 1. Flugblatt "Warnung an alle Frauen-derBesuch am Arbeitslosenamt gefährdet deine Existenz"
mit dem Impressum und der Telefonnummer der Hetzgasse, um Rückmeldungen für interessierte Frauen zu ermöglichen. Viele Frauen nutzten die Gelegenheit, um sich Informationen zu holen, sich zu bedanken oder einfach um ihrer Wut ausdruck zu geben. Aber auch einige als Arbeitslose getarnte Spioninnen, die flugs kombinierten und die Vermittlung der Telefonanrufe der in "Aktion 8000" arbeitende Frau als Indiz für die Verflechtung des Vereins "Hetzgasse" mit der Initiative werteten. Die Aktion 8ooo wurde ohne Vorwarnung eingestellt.. Nach vergeblichen Mühen telefonisch den Zuständigen am Landesarbeitsamt zu erreichen, machte die Obfrau des Vereins"Hetzgasse" einen Überraschungsbesuch am

Landesarbeitsamt. Es gelang ihr, den vielbeschäftigten Herrn Haider und die Sachbearbeiterin des Aktes, Frau Azizi-Burkhart zu versammeln.Das Verhör begann: Was hat die Hetzgasse mit der Initiative zu tun?:"....Nichts" Eine Bestrafung der Hetzgasse sei Sippenhaftung, über Frauen die den fliegenden Schreibtisch benutzen, könne keine Zensur ausgeübt werden.
Herr Haider betonte, die Zahlungseinstellung sei "keine Bösartigkeit seitens des Landesarbeitsamtes, sondern eine Weisung von oben"(Hesoun).Den Vorwurf der "politischen Zensur" wolle er nicht auf sich sitzen lassen:"es liegt uns fern",sprach der Leiter des Landesarbeitsamtes Werner, "politischen Druck auf Frauenprojekte auszuüben" einige Zeit später.Er fühle sich jedoch gezwungen, "die Förderungswürdigkeit sämtlicher Frauenprojekte genauer anzuschauen".
Hesoun rotierte weiter, endlich hatte er Schuldige gefunden, denen er die Kürzungen der Frauenprojekte anlasten konnte.
Statt Solidarisierung oder gemeinsamen Protestes - etwa der in der Hetzgasse tätigen Projekte - gegen ein solches Vorgehen, erhielten wir auf unser neu eingerichtetes Postfach folgenden Brief: ist auf der Vorderseite abgedruckt.

Gerüchte kursierten - 20 Initiative-Frauen nahmen bereits am nächsten Plenum (2.3.1994) teil:
Anfangs versuchten einige Hetz-Frauen unseren Rauswurf auf formaler Ebene zu argumentieren, -wir wären "offiziell" nicht auf den Plenas vertreten gewesen, "es habe einen Rüffel gebraucht,daß jetzt jemand da ist", sie hätten nach dem 1. Flugblatt die Diskussion gesucht.
Doch schon bald wurden einige Hetz-Frauen emotional. Wein floß über den Tisch und hysterische Tränen rannen:
"Ihr gefährdet mit eurer Arbeit andere Projekte, die abhängig sind von Subventionen - ihr mit eurer Initiative seid ja nicht von Subventionen abhängig". (Oh, wie gehts den arbeitslosen Frauen gut)
Rhowany hätte mitgeteilt, daß keine Subventionen vergeben werden, solange diese Gruppe Namen und Struktur benutze.Die Existenz der Hetzgasse sei durch uns gefährdet.
"Ihr verratet uns-wir tragen die Wickel aus. Wir brauchen Geld für Strom und Betriebskosten.und unsere redliche Arbeit Das ist dem Haesoun sein Recht uns den Strom abzudrehen.Wir müssen zu Kreuze kriechen".
"Drei Jahre Arbeit die wir geleistet haben". (Mitfrauen der Hetz- und Initiative:auch wir haben für das Projekt gearbeitet.)
"Es seien zuviele Telefonanrufe gekommen, das hätte den Betrieb der Hetzgasse gestört.Unsere Flugblätter hätten zu viel Interesse und Reaktionen hervorgerufen.
Unsere Sprache sei antiquiert, proletarisch und nicht ladylike..
Die Hetz stehe nicht hinter dem Flugblatt, - 30x stünde da das Wort Faschismus! Solche Flugblätter könne man so nicht verfassen.
Es sei unser gutes Recht Flublätter zu schreiben, aber nicht an diesem Ort. Sie müßten das Flugblatt für den 8.März sehen, dann könne es unter Umständen diskutiert, ausgebessert und dann könnten sie vielleicht ihre Zustimmung zur Veröffentlichung geben.Die Zensur unserer Flugblätter durch Hetzgasse-Frauen wurde von uns selbstverständlich abgelehnt.

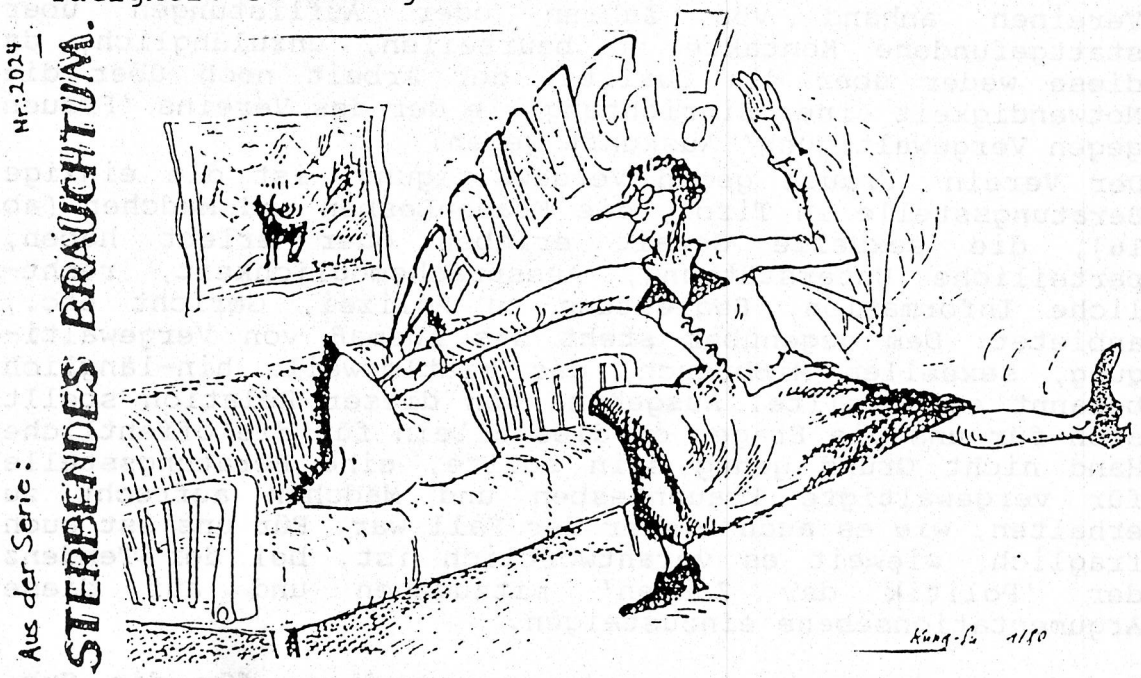
Als Reaktion auf die Weigerung der Initiative sich belehren zu lassen und sich reuig dem Druck von außen und innen zu beugen, wird Klartext gesprochen:
"Warum geht ihr nicht in's FZ.".?
"Welche Orte sucht man sich für solche (Un)Dinge aus,und welche Orte vernichtet man".
zynisch:"Gäbe es die Initiative nicht, wenn es die Hetzgasse nicht gäbe?".
Da stünden sich zwei Konzepte gegenüber....(die Proletarierinnen - und die Damen der Wissenschaft)....."den hohen Wert Frauenort, das lasse ich mir nicht nehmen, weder von außen noch von innen."
Die Hetzgasse solle zu einer Instanz werden, die in allen Frauenfragen konsultiert wird.

Es stimmt,daß Frauen der Initiative den Hetzfrauen angeboten haben, einen Brief an die zuständigen Institutionen zu verfassen, damit keine Probleme mit den Subventionen entstehen.In diesem sollte klargestellt werden , daß wir lediglich den "fliegenden Schreibtisch" benutzen und inhaltlich nichts mit dem Verein Hetzgasse zu tun haben.Vorausgesetzt wir "dürften" im Impressum die Telefonnummer angeben. Es ging nicht mehr um die Ardresse, da wir bereits ein Postfach hatten.
Kein konstruktiver Vorschlag unsererseits wurde in Erwägung gezogen. Es wurde klar, diese Frauen wollten eine totale Distanzierung.
Die Obfrau der Hetzgasse kündigte ihren Rücktritt an.
Nachdem uns eine noch mit langwierigen Worthülsen beglückt hatte, verließen wir diesen "hohen Ort". Wir verzichteten auf eine weitere Auseinandersetzung um die telefonische Erreichbarkeit, weil wir dachten, daß eine Fortführung des Konflikts den Anruferinnen nicht zumutbar wäre.und sich für die weitere Arbeit der Initiative negativ auswirken könnte.Wir wollen unsere Arbeit nicht durch subventionierte Projekte behindern lassen, die meinen ihr Kleid durch Entsolidarisierung und Anpassung zu retten zu können.

Mitteilung aus Innsbruck, Sommer 1994

Seit einiger Zeit blüht ein Statistikboom. Die Projekte werden mehrfach statistisch erhoben, die "Klientinnen" und Mitarbeiterinnen in Kategorien gepreßt und in Zahlen wieder ausgespuckt.

Es gibt genügend Diskussionen wie die sinnvollsten Statistiken erstellt werden könnten, und welche besonderen Vorteile es auch für die Mitarbeiterinnen bringen könnte, durch genaue Zahlen Übersicht und Einblick in die eigene Tätigkeit zu erlangen.



Auf der Strecke bleibt eine weitgreifende Diskussion über die prinzipielle Bedeutung von Statistiken und der Politik, die Existenz von FrauenLesbenprojekten mit einer zählbaren Auslastung abzusichern. Fragen wie: "was heißt es, wenn sich unsere Arbeit bzw. die 'Effizienz'(um das viel gebrauchte Zauberwort zu benutzen) unserer Arbeit durch Zahlen ausdrückt?", oder "was, wenn die Subventionswürdigkeit mit einer bestimmten Höhe von Beratungen beginnt, was geschieht mit jenen, die ihren Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt haben?" und "welche Folgen erwarten uns, wenn wir die Projekte kurz- bzw. mittelfristig durch die Herausgabe von Statistiken zu retten versuchen, was passiert mit den Statistiken und welche Schlüsse werden daraus, von z.B. Subventionsgebern, gezogen", werden selten gestellt und nicht beantwortet.

Wir sind 1994 erstmals massiv mit der Forderung nach Zahlen konfrontiert. Unser Unbehagen, mittels Zahlen die Existenz des Vereins 'Frauen gegen Vergewaltigung' mittelfristig zu sichern haben wir in einem Brief an das Sozialministerium formuliert. Wir möchten diesen Brief veröffentlichen und hoffen damit, eine breitere Diskussion um die Sinnhaftigkeit einer 'Politik der Zahlen' anzuzetteln:

BRIEF AN DAS MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

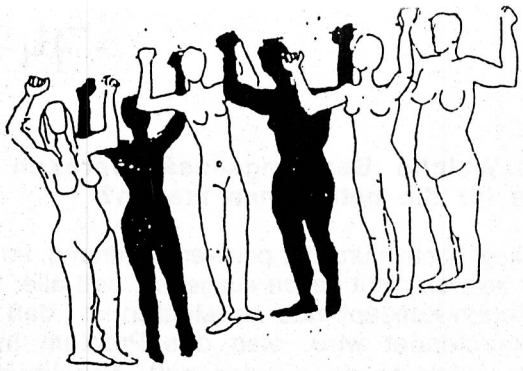
Zu ihrer Bitte um eine Aufstellung der 1993 beratenen Personen (zumindest der Zahl der Kontakte) möchten wir folgendes klarstellen:
Das BM für Arbeit und Soziales fordert uns in diesem Jahr zum ersten Mal auf, die Zahl der Kontakte anzugeben, da sonst über unser Ansuchen nicht entschieden werden könne. Da es für uns nicht ersichtlich ist, was Sie mit diesen Zahlen bezwecken, bzw. wozu diese verwendet werden, können wir höchstens vermuten, daß Sie diese als Arbeitseffizienzkontrolle und als Argumentationsgrundlage in den ressortinternen Subventionsverhandlungen benötigen. Für uns ist die Tendenz, die Subventionswürdigkeit von Vereinen anhand von Zahlen oder Auflistungen über stattgefundene Kontakte zu beurteilen, unzulänglich, da diese weder über die Qualität der Arbeit noch über die Notwendigkeit einer Einrichtung wie der des Vereins 'Frauen gegen Vergewaltigung' Auskunft geben.
Der Verein 'Frauen gegen Vergewaltigung' ist die einzige Beratungsstelle in Tirol, die FrauenLesben und Mädchen (ab 16), die sexuelle Gewalt erleben oder erlebt haben, parteiliche Unterstützung, Aussprachemöglichkeit, rechtliche Information, Begleitung zu Polizei, Gericht etc., anbietet. Dem gegenüber steht das Ausmaß von Vergewaltigung, sexuellem Mißbrauch, das mittlerweile hin-länglich bekannt sein sollte. Ausgehend von dieser Relation stellt sich für uns die Frage, ob dies allein für die öffentliche Hand nicht Grund genug sein sollte, eine Beratungsstelle für vergewaltigte FrauenLesben und Mädchen aufrecht zu erhalten, wie es auch bisher der Fall war. Für uns ist auch fraglich, wieweit es verantwortlich ist, bei der Tendenz der 'Politik der Zahlen' mitzugehen und auf diese Argumentationsebene einzusteigen.

Um Ihnen eine gute Argumentationsgrundlage für die Subventionsverhandlungen zu liefern, haben wir uns bemüht, die Inhalte, Schwerpunkte und Zielsetzungen (sowohl in bezug auf Beratungen als auch auf Öffentlichkeitsarbeit) des Vereins 'Frauen gegen Vergewaltigung' ausführlich im Tätigkeitsbericht 1993 mitzuteilen. Wir glauben, daß diese eigentlich aussagekräftiger in bezug auf die Förderungswürdigkeit des Vereines sein müßten als irgendwelche Zahlen.

Gerade in Tirol ist ersichtlich, wohin diese 'Effizienzkontrolle' führt. Nach kurzer Zeit reicht auch die Argumentation über Zahlen nicht mehr aus und die Sozialeinrichtungen werden zur Herausgabe detaillierter Statistiken (weder die Lebenssituation von Frauen noch die Qualität der Beratungen ist in Zahlen faßbar) und zur Finanzierung über Tag - und Stundensätze überredet. Wir sehen dies als eine unnötige und sinnlose Bindung von Energien in Form von administrativen Arbeiten, die eigentlich in der konkreten Arbeit besser genützt wären.

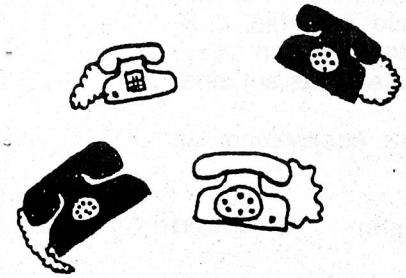
Daß im Verein 'Frauen gegen Vergewaltigung' zahlreiche Frauen beraten werden, ist aus unseren jährlichen Abrechnungen (Beratungshonorare) ersichtlich. Wir lehnen jedoch trotzdem aus oben genannten Gründen diese Argumentation ab - um etwaigen Spekulationen vorzubeugen - nicht weil wir etwas zu verbergen hätten.

Frauen gegen Vergewaltigung, Postfach 764, Tel:0512/ 574416



Von Notrufen und Notrufen

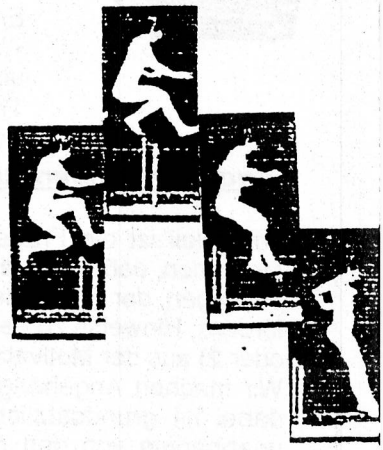
Gerüchte über die Gründung mehrerer Notrufe, insbesondere eines "Gemeindenotrufs" gab es schon sei längerer Zeit, spätestens seit Jänner. Im April , während wir versuchten, nähere Informationen zu bekommen, erfuhren wir aus dem "News" vom Projekt "promethea". Die betreffenden Frauen kannten wir teilweise persönlich. Die Existenz des Notrufs bzw. der gesamten Notrufbewegung wurde in dem Artikel unterschlagen. Im Mai veranstalteten wir eine Solidisco, um weitere Kreise interessierter Frauen darauf aufmerksam zu machen, die gesellschaftlichen Hintergründe für den "Notrufboom" zu beleuchten und eine erste Einschätzung darüber zu machen. Der Artikel unter diesem Titel ist eine ergänzte Zusammenfassung unserer Solidisco-Referate und bezieht sich insofern auf einen möglichen "Gemeindenotruf", sowie auf "promethea". "promethea" hat von der Gemeinde Wien eine Startsubvention in Höhe von 380.000 erhalten, es gibt inzwischen eine Vereinsadresse und es liegt uns auch ein Konzept vor. Der Beratungsbetrieb kann allerdings erst aufgenommen werden, wenn die weitere Finanzierung gesichert ist.
'Der Artikel unter dem Titel "Wrestling statt Haltung" bezieht sich auf den im Juni erschienen Artikel in den an.schlägen und ist zugleich auch der Text unserer letzten Aussendung.



Der Notrufboom

1. Was sich für uns aus der Gründung eines "Gemeindenotrufs", bzw. eines "Beratungszentrums" ergibt:
1.1. unmittelbare Konsequenzen
1.2. politische Einschätzung/Kritik
2. Politische Hintergründe
3. Zum Konzept von Promethea

1.1.a) finanzielle Aspekte:



Möglicherweise gibt es weniger Geld von der Gemeinde (dz. Stand: wahrscheinlich 400.000), ev. vom Familienministerium. Unter Umständen auch von anderen Subventionsgebern und privaten Spenderinnen. (Sponsoren sind ev. schwieriger zu finden)
Andererseits waren und sind Subventionskürzungen in Zeiten wie diesen sowieso zu erwarten, zumindest von der Gemeinde.
Daraus folgt: Wir müssen noch mehr als bisher über Alternativen nachdenken und diskutieren, auch mit anderen Projekten. Die Verhandlungsbasis mit der Gemeinde ist für uns klarer (was wir hergeben, worauf wir uns einlassen)

1.1.b) unser Bild in der Öffentlichkeit:

Es gibt zwei Befürchtungen: 1. verstärktes Totschweigen , daß mit Notruf automatisch "promethea" (Gemeindenotruf) gemeint wird, und/oder daß die Unterschiede verschwommen bis gar nicht dargestellt werden (sh. dazu an.schläge Juniheft).
2. daß die Unterschiede bes., und zwar "negativ"/verzerrt hervorgehoben werden, sprich stärkere Diffamierung von frauenbezogen/ parteilich/ feministisch/ lesbisch (Stichwort Homophobie) (z. B. Vorwurf der Unprofessionalität, der allen engagierten Projektarbeiterinnen gemacht wird -implizit oder explizit).
Theoretisch ist natürlich auch eine "neutralere" Herangehensweise möglich.

Daraus folgt: der springende Punkt ist für uns, daß wir verstärkt in den verschiedenen Öffentlichkeiten präsent sein müssen und zwar erstens, um unsere Existenz sichtbar zu machen und zweitens, um unsere Verschiedenheit positiv darzustellen, d. h. die inhaltlichen Unterschiede deutlich zu machen.

1.2. Welche Beratungsansätze/praxen sind zu erwarten, was heißt das für die betroffenen Frauen?

Es liegt auch in unserer pol. Verantwortung, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir können nicht davon ausgehen, daß alle, die Beratungen machen, das nach unserem Konzept machen. Möglich ist , daß: der gesellschaftliche Hintergrund ausgeblendet wird, also das Problem individualisiert wird (darauf baut Unterdrückung der Frauen auf), Schuldgefühle verstärkt werden, was die Wehrhaftigkeit vermindert.

- Bei einem Notruf der Gemeinde oder einer anderen staatlichen Institution ist ein bürokratischer Umgang, der die Frau entpersönlicht und entmündigt zu erwarten.
- im Vergleich stichwortartig unsrer Umgang : unsere Betroffenheit, glauben - ernstnehmen, Anonymität, persönliches Engagement, nicht-hierarchische Arbeitsweise, andere Ansprüche in unserem Umgang miteinander sind auch spürbar, mitkriegen von Frauenkultur - Schutzraum, Frauenraum, der wirklich uns gehört, lesbische Kultur und Ansprüche, Frauen grundsätzlich zu lieben.

Das folgende bezieht sich hauptsächlich auf das, was uns von "promethea" zur Zeit der Solisico bekannt war, ist aber auch grundsätzlich zu gemeint.

***Therapieangebot*:**

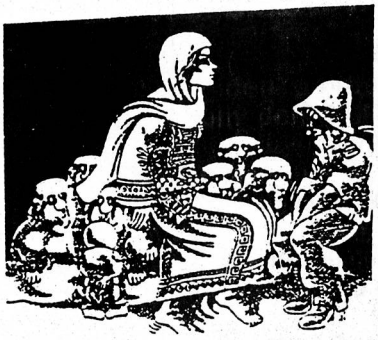
unsere Kritik bezieht sich nicht grundsätzlich auf Therapie nach einer Vergewaltigung, sondern darauf, daß Therapie in einer Beratungsstelle für vergewaltigte Frauen angeboten wird.
- Therapie wird auf diese Art nahe gelegt als die einzig mögliche Konsequenz nach einer Vergewaltigung , dadurch geraten andere Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe aus dem Blickfeld, (Bereich zwischen Beratung und Therapie, z. B. therapeutische Beratung), andere mögliche Reaktionen (z.B. Konfrontation....) .
- die Folgen einer Vergewaltigung werden als Problem dargestellt, das auf einer individuellen Ebene lösbar ist.
- Theapeutische Herangehensweise kann vereinzelnde Auswirkung in politischem Sinne haben
- die Frau wird als Klientin gesehen, nicht als WÜTENDE!
- die Therapeutin muß sich selber nicht als Betroffene definieren (Stichwort Engagement)
- Um eine Vergewaltigung aufzuarbeiten, bzw. um den Schock zu überstehen, und Handlungsmöglichkeiten zu erschließen, ist eine Therapie nicht notwendig. Therapie umfaßt mehr und tiefere Bereiche der Persönlichkeit. Eine Vergewaltigung kann ein Anlaß sein für eine Therapie, nicht aber ein Grund.

Angehörigenberatung:

prinzipiell ist die Frage: ob jemand Angehörigenberatung macht **1)** aus der Motivation, daß es für die Frau was bringen soll, in dem Sinne, die Angehörigen zu befähigen, der Frau eine Stütze zu sein, d. h. das Hilfspotential abzuklären und zu fördern, Hinweise zu geben, was die betroffene Frau brauchen könnte oder nicht, oder **2)** aus der Motivation, daß einfach Angehörige auch Hilfe brauchen.
Wir machen Angehörigenberatung in ersteren Sinne, natürlich nur für Frauen, dabei ist grundsätzlich darauf zu achten, daß die Möglichkeiten der Frau, unabhängig von den Angehörigen etwas für sich zu tun, nicht eingeschränkt werden.
Auch hier ist nicht zu erwarten, daß andere Beratungsstellen nach unseren Konzepten arbeiten werden. Dagegen ist zu befürchten, bzw. grundsätzlich zu kritisieren:
- im Normalfall wird die Angehörigenberatung sich in erster Linie an die meistens männlichen Partner der Frau richten, es ist sehr wahrscheinlich, daß Mütter, Schwestern, Freundinnen weniger vorkommen/gemeint/angesprochen werden., (entspricht unserer Erfahrung in Bezug auf Anfragen)
- Durch die Beratung von Männern ist eine eindeutige Solidarisierung mit den betroffenen Frauen nicht mehr möglich, somit ist die Parteilichkeit nicht gewährleistet, die Konzentration auf die Frau und ihre Bedürfnisse stark eingeschränkt.

- Eine Beratung von männl. Angehörigen, insbesondere Partnern, läuft Gefahr eine Beratung im zweiteren Sinne zu sein, d. h. es geht um den Mann und seine Probleme mit der vergewaltigten Frau, z. B. darum, daß die Erfüllung seiner sexuellen Wünschen nicht mehr garantiert ist/die Frau nicht mehr "funktioniert" (mögliches Szenario). Es ist in der Praxis sehr schwierig, zu trennen, wo es um wessen Probleme geht, insbesondere dann, wenn womöglich die Beraterin ein und diesselbe ist. Die Frau wird dann zum Problem gemacht, zu dem der Mann beraten wird.

- Vor allem:



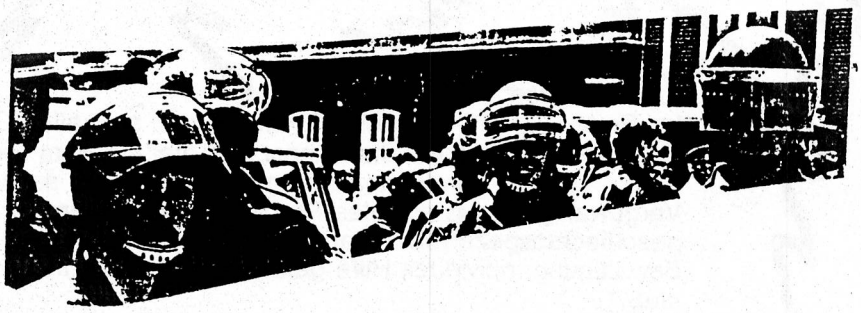
es wird die Tatsache verschleiert, daß jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger ist, bzw. vom System profitiert und zu seiner Aufrechterhaltung beiträgt. Abgesehen von unserer grundsätzlichen Ablehnung: Wie soll in der Praxis festgestellt werden, welcher einer ist und welcher nicht?
- der spezielle "Opferstatus" der Frau wird ebenso verschleiert, wenn alle, auch Männer zu hilfsbedürftigen Opfern werden. .
- weitere Frage: inwieweit zielt eine derartige Beratung darauf ab, Partnerschaften um jeden Preis aufrechtzuerhalten?
- Außerdem sind wir prinzipiell dagegen, daß Frauen Männer beraten, in welchem Rahmen auch immer, weil wir finden, daß Frauen sich auf sich selber konzentrieren sollen, da sie ohnehin andauernd Arbeit für Männer leisten.
* Es ist natürlich möglich, daß die einzelnen Beraterinnen in anderen Beratungsstellen vielleicht feministisch sind, oder wenigstens einige unserer Grundsätze teilen. Es bleibt jedoch der Unterschied, daß das in diesem Fall ein Zufall ist, etwas, das sich jederzeit ändern kann, wenn eine Beraterin weggeht, und die Tatsache, daß der institutionelle Rahmen (z. B. bei einem Gemeindenotruf) auch jeder noch so kompetenten, engagierten Beraterin automatisch Grenzen setzt.

Zusammenfassung:

was für uns daraus folgt: Öffentlichkeitsarbeit wo und wie auch immer, präsent sein, immer wieder Unterschiede benennen., transparent zu machen. Wir sind mehr als je zuvor von der Qualität unserer Beratungsarbeit überzeugt.

2. Zu den politischen Hintergründen der aktuellen Diskussion in und um den NOTRUF

Die letzten Jahre sind von einem massiven Rechtsruck geprägt - dieser äußert sich in der Propaganda und Agitaton der FPÖ ebenso wie in den Forderungen der ÖVP nach einem Abbau des Sozialstaates und einer Restauration der Familie. Die SP versucht in diesem Zusammenhang die bessere Rechte zu sein, durch ihren vorauseilenden Gehorsam wird eine reaktionäre Politik vorangetrieben und vollzogen.

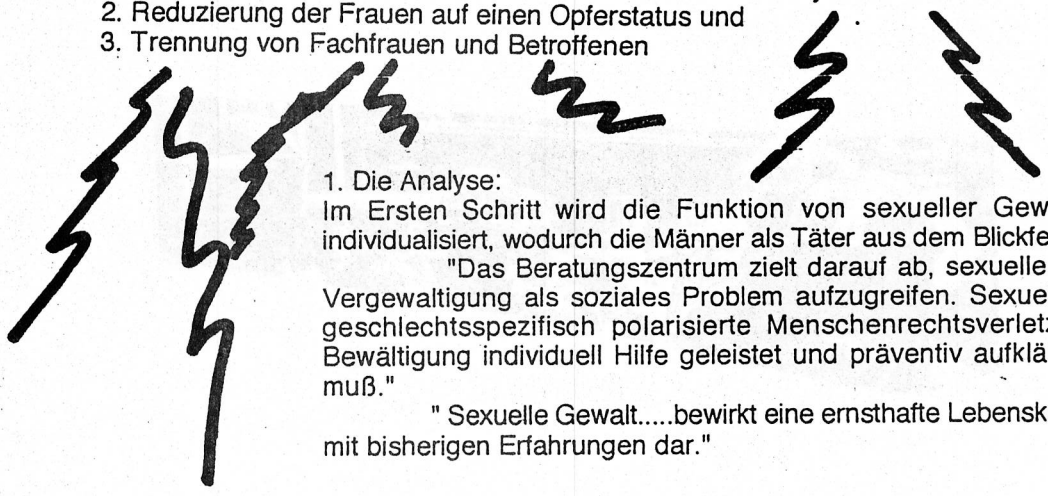


Die Angriffe auf die autonome Frauen- und Lesbenbewegung vollziehen sich nicht nur auf einer ideologischen Ebene, sondern manifestieren sich vor allem auch in einer immer restriktiver werdenden Subventionspolitik gegenüber den Projekten.
Die Taktik war und ist die der Vereinnahmung: Inhalte der Frauenbewegung werden aufgegriffen, integriert um damit ihre gesellschaftspolitische Sprengkraft entschärfen. Dies läßt sich auch an dem neuerdings zu beobachtenden institiutionellen Interesse an der "Problematik" Gewalt gegen Frauen nachvollziehen.

Der Backlash brachte einen Remaskulinisierungsschub, der mit einer monströsen Gewalt-Porno-Welle einhergeht. Die mörderischen Auswüchse dieses Krieges gegen Frauen zeigten sich zuletzt im ehemaligen Jugoslawien.
Im Kontext einer allgemeinen Problematisierung von Gewalt, ausgelöst vor allem durch die in den letzten Jahren erschreckend anwachsenden rechtsradikalen Gewaltexzesse, wird auch Gewalt gegen Frauen / sexuelle Übergriffe / Vergewaltigung in der offiziellen Politik zunehmend thematisert (z.B. Studie über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vom Sozialministerium, Initiativen des Innenministeriums gegen Vergewaltigung).
Diese auf den ersten Blick begrüßenswerte Sensibilisierung birgt beim näheren Hinsehen jedoch gravierende Gefahren.
Denn auf diese Weise ermöglichen sich die patriarchalen Institutionen Wissenschaft und Politik Zugriff und Kontrolle über die Deutung von und den Umgang mit sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen.
Gewalt gegen Frauen wird zum einen "verrechtlicht", das heißt als ein per Gesetz zu regelndes Problem gehandhabt; zum anderen erscheint sie als individuelles, "privates" Problem, als Zufall/ Pech jeder einzelnen Frau. Die Täter geraten aus dem Blickfeld, den Frauen wird die Verantwortung zugeschoben, sich durch "richtiges Verhalten" selbst zu schützen (so heißt es z. B. in einem Sicherheitsfalter des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes: "Schlaue (Frauen) gehen auf Nummer Sicher!")
Die gesellschaftliche und politische Dimension sexueller Gewalt gegen Frauen/Lesben, nämlich als strukturelles Element des Patriarchats, wird verschleiert.

3.Zum Konzept von Promethea:

Das Beispiel Promethea zeigt, wie die Gewalt gegen Frauen als ein zentraler Punkt feministischer Diskurse und Analysen derzeit gesellschaftlich vereinmahmt und entschärft wird. Wir sehen uns der Etablierung frauenspezifischer Sozialarbeit für Frauen als Arbeitsfeld für Fachfrauen, losgelöst von feministischen Analysen gegenüber. Projekte wie Promethea nennen sich erst gar nicht feministisch und sie sind es auch nicht. Ganz im Gegenteil, wie ein genauerer Blick ins Konzept zeigt.
Drei Elemente sind kennzeichnend und wiederkehrend für diese Tendenz:
1. Verschleierung der Machtverhältnisse durch falsche Analysen
2. Reduzierung der Frauen auf einen Opferstatus und
3. Trennung von Fachfrauen und Betroffenen



1. Die Analyse:
Im Ersten Schritt wird die Funktion von sexueller Gewalt verschleiert und individualisiert, wodurch die Männer als Täter aus dem Blickfeld geraten:

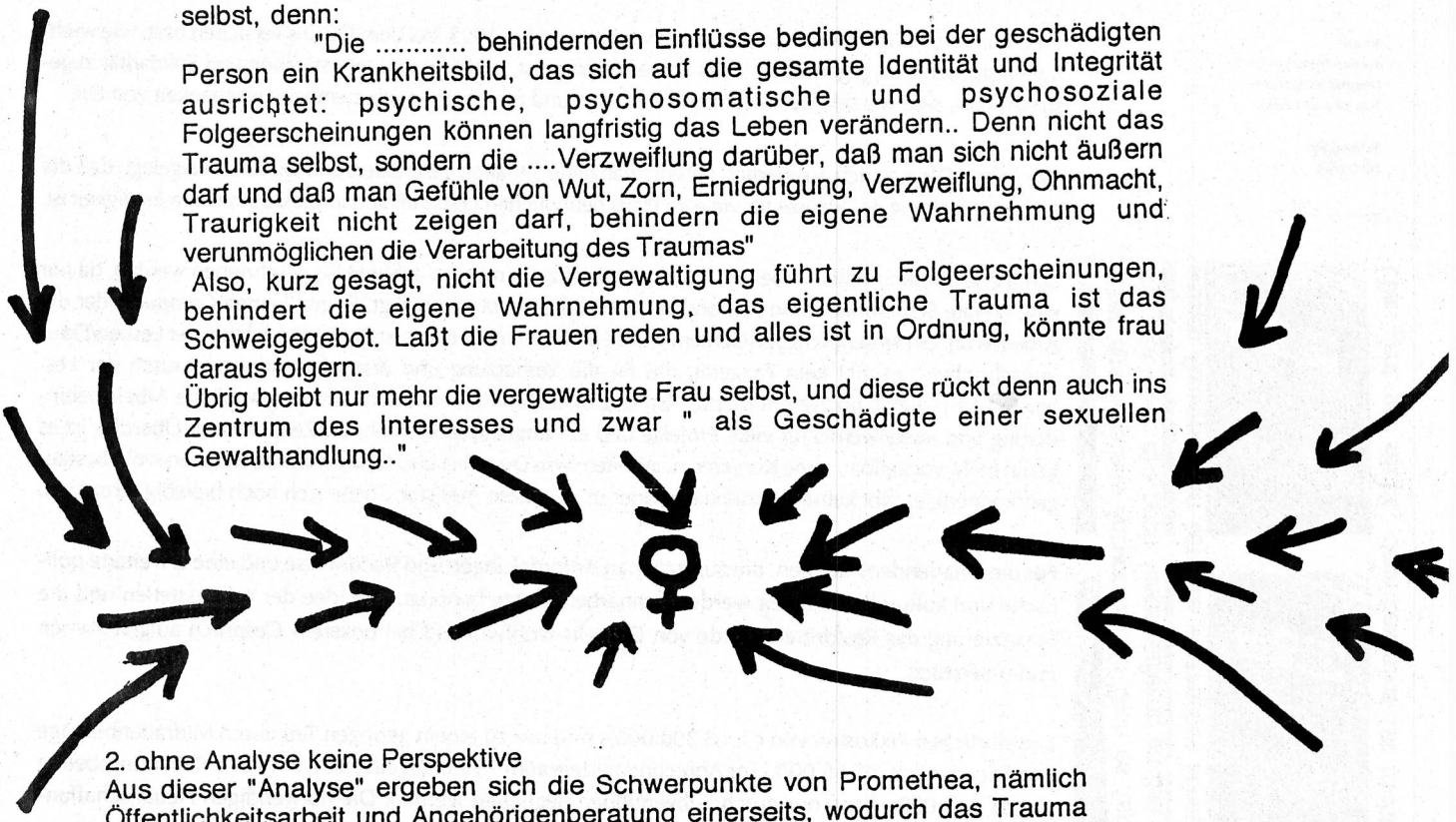
"Das Beratungszentrum zielt darauf ab, sexuelle Gewalt insbesonder Vergewaltigung als soziales Problem aufzugreifen. Sexuelle Gewalt stellt eine geschlechtsspezifisch polarisierte Menschenrechtsverletzung dar, an deren Bewältigung individuell Hilfe geleistet und präventiv aufklärend gewirkt werden muß."

" Sexuelle Gewalt.....bewirkt eine ernsthafte Lebenskrise, stellt einen Bruch mit bisherigen Erfahrungen dar."

Sexuelle Gewalt als soziales Problem, als Menschenrechtsverletzung wie viele andere auch, nicht aber als ein Mittel, durch welches sich Männer ihre Herrschaft und ihren Zugang zu Frauen sichern. Ein Erlebnis, das zufällig und schicksalshaft eine Frau trifft und mit bisherigen Erfahrungen in keinen Zusammenhang zu bringen ist!
Doch damit nicht genug. Im zweiten Schritt verschwindet die Vergewaltigung selbst, denn:

"Die ..... behindernden Einflüsse bedingen bei der geschädigten Person ein Krankheitsbild, das sich auf die gesamte Identität und Integrität ausrichtet: psychische, psychosomatische und psychosoziale Folgeerscheinungen können langfristig das Leben verändern.. Denn nicht das Trauma selbst, sondern die ....Verzweiflung darüber, daß man sich nicht äußern darf und daß man Gefühle von Wut, Zorn, Erniedrigung, Verzweiflung, Ohnmacht, Traurigkeit nicht zeigen darf, behindern die eigene Wahrnehmung und verunmöglichen die Verarbeitung des Traumas"

Also, kurz gesagt, nicht die Vergewaltigung führt zu Folgeerscheinungen, behindert die eigene Wahrnehmung, das eigentliche Trauma ist das Schweigegebot. Laßt die Frauen reden und alles ist in Ordnung, könnte frau daraus folgern.
Übrig bleibt nur mehr die vergewaltigte Frau selbst, und diese rückt denn auch ins Zentrum des Interesses und zwar " als Geschädigte einer sexuellen Gewalthandlung.."



2. ohne Analyse keine Perspektive
Aus dieser "Analyse" ergeben sich die Schwerpunkte von Promethea, nämlich Öffentlichkeitsarbeit und Angehörigenberatung einerseits, wodurch das Trauma des verständnislosen Umfeldes beseitigt werden soll, und Therapieangebot andererseits, um die Folgeerscheinungen aufarbeiten zu können (wo kommen die dann eigentlich noch her?).
Das soziale Problem Vergewaltigung erscheint gelöst, sobald es einen Rahmen gibt, in dem die vergewaltigte Frau als Leidende, als Verzweifelte, auch als Wütende sprechen darf, solange sie die Zusammenhänge nicht herstellt. Daß die Festschreibung des Opferstatusses nicht zu dessen Überwindung führen kann, fällt auch nicht weiter auf. Von Umwälzung der Machtverhältnisse, von Befreiung, von Selbstbestimmung, vom Kampf gegen die Gewalt und für uns selbst ist ja längst nicht mehr die Rede.

Innsbruck — 1. Oktober 1994, Neue Situation

VEREIN FRAUEN GEGEN VERGEWALTIGUNG: NOTRUF UND BERATUNG

Was sich geändert hat

Finanzielle Unterstützung durch Frauenministerium in Aussicht gestellt
Öffnungszeiten wie vor der Kürzung

Was gleich geblieben ist

Die **eingeschränkte** Arbeit über einen längeren Zeitraum hat weitreichende Konsequenzen, die nicht rückgängig zu machen sind
Eine **Mitarbeiterin** war unvorhergesehen entlassen worden (wegen Kürzung).

Aus e. Brief d. Notrufs an das LFZ und andere Unterstützerinnen:

"Die Kritik am diesjährigen Vorgehen des Frauenministeriums bleibt aufrecht. Eine derartige Subventionierungspraxis des Hinhaltens erschwert und verunmöglicht ein kontinuierliches Arbeiten."

Reaktion des Lesben/Frauenzentrums auf die Ablehnung des Subventionsansuchens 1994 vom Bundesministerium für Frauenangelegenheiten

Verein Kommunikationszentren für Frauen
Währinger Straße 59/Stiege VI
1090 Wien

An das
Bundesministerium für
Frauenangelegenheiten
Frau Johanna Dohnal

Ballhausplatz 1
1010 Wien

Wien, 16. 5. 1994

Liebe Johanna!

Mit unglaublichem Staunen über die Ablehnung unseres Ansuchens um finanzielle Unterstützung für 1994 wenden wir uns neuerlich an Dich.

Im Zusammenhang mit unserem Gespräch vom November 1993, bei dem Du uns versichert hast, wie wichtig – historisch und gegenwärtig – das Frauenzentrum ist, und Du uns Unterstützung und Solidarität zugesichert hast, sind wir sehr bestürzt über die Absage und fühlen uns auch ziemlich verschaukelt von Dir.

Wir haben Dir ziemlich ausführlich unsere finanzielle Situation geschildert und Dir auch dargelegt, daß die Aufrechterhaltung des Hauses für viele im Haus befindlichen Lesben/Frauenprojekte eine Notwendigkeit ist.

Sämtliche bürokratischen Arbeiten, wie dieser Brief z. B., müssen außer Haus geschrieben werden, da nur eine private Schreibmaschine vorhanden ist, und die ist ständig belegt. Es gibt keinen Computer, der die Arbeiten um ein wesentliches erleichtern würde und auch notwendig ist für die Produktion der Lesben/Frauennachrichten; es gibt kein Faxgerät, das für die Vernetzung und den Informationsaustausch der Lesben/Frauenprojekte höchst erforderlich ist; es gibt keinen Kopierer, d. h. eine unglaubliche Arbeitsbehinderung und -erschwernis für viele Projekte und ein unglaubliches Mehr an Zeitaufwand. Überdies ist es kaum mehr vorstellbar, ohne Kopierer zu arbeiten (wie Du selbst und Deine Mitarbeiterinnen wohl bestätigen können); es gibt keinen Anrufbeantworter usw. – diese Auflistung ließe sich noch beliebig fortsetzen.

Für die anfallenden Arbeiten, die zusätzlichen Anforderungen und Bedürfnisse und eine erweiterte politische und kulturelle Tätigkeit werden Lohnarbeitsplätze benötigt. Die Idee der Arbeitsstellen und die Finanzierung des Restdrittels wurde von Dir sehr wohlwollend bei unserem Gespräch aufgenommen und unterstützt.

Die jährlichen Fixkosten von ca. öS 200.000,- sind nur zu einem geringen Teil durch Mitfrauenbeiträge und Spenden (ca. öS 66.000,- im Abrechnungszeitraum 1993) abgedeckt. Der offene Rechnungsbetrag von öS 134.000,- kann nur durch Subventionen beglichen werden. Die notwendigen Neuanschaffungen und die Abdeckung der laufenden Kosten beinhalten keine Veranstaltungen, Treffen, Kurse etc.

Der Sinn der frauenbewegten Frauen in den Institutionen und der Frauenabteilungen in öffentlichen Stellen ist doch auch, die autonome Lesben/Frauenbewegung, Lesben/Frauen und Lesben/Frauenprojekte zu unterstützen. Das Lesben/Frauenzentrum ist historisch und gegenwärtig Teil jener Politik der autonomen Frauenbewegung, die wegbereitend für viele Errungenschaften auch gerade in den öffentlichen Stellen und für die Frauen in den Institutionen war und ist. Diese Errungenschaften gehen mit der regressiven Politik wieder verloren.

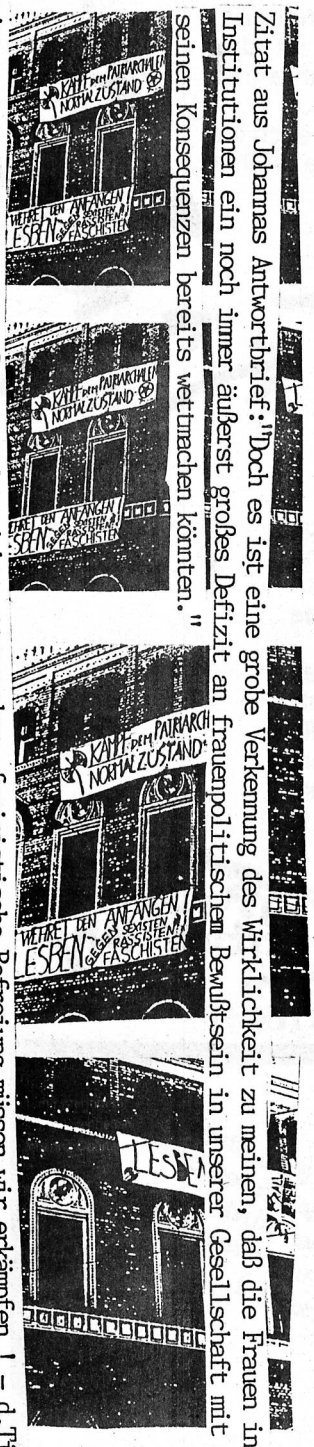
Frauenbeauftragte, Frauenabteilungen in Ministerien, Landesregierungen und Gemeinderäten gibt es nur aufgrund der Gleichzeitigkeit von Forderungen sowohl der autonomen Frauenbewegung als auch der Frauen in den Parteien. Wenn Projekte der autonomen Frauenbewegung nicht mehr überlebensfähig sind, weil die Unterstützung der Frauen in den Institutionen aufhört, haben „Frauenabteilungen" in Institutionen nur mehr Alibifunktion, sind kaum mehr als das mehr oder weniger (je nach Bedarf) „feministische Mäntelchen" von Männerbünden.
Die zwei Wege – die autonome Frauenbewegung und die institutionalisierte –, die zur Erreichung des Ziels von gleichberechtigten und selbstbestimmten Frauenleben parallel gegangen wurden und werden, scheitern am Verlust dieser Politik der Parallele.

Die Kämpfe um die Erhaltung der Lesben/Frauenorte sind zermürbend und ermüdend, die dauernde Erfahrung des Mangels und des ständig notwendigen Einsatzes um die Existenzsicherung beeinträchtigen die politische Arbeit von Lesben/Frauen.

In diesem Sinne richten wir nochmals die Bitte an Dich, unsere Arbeit finanziell zu unterstützen und (mehr oder weniger) zugesicherte Versprechen einzulösen.

Wir sind stolz darauf, mit unserer Liebe und Kraft, unseren Energien und unserer Arbeit einen Ort geschaffen zu haben, an dem Lesben/Frauen/Mädchen ihre Vielfalt und Wünsche entwickeln und den feministischen Eigensinn erhalten können. Die politische Kraft soll konzentriert sein auf die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und Wünsche, erhalten bleiben soll die Fähigkeit zur Patriarchatskritik.

Mit feministischen Grüßen



Zitat aus Johannas Antwortbrief: "Doch es ist eine grobe Verkennung des Wirklichkeit zu meinen, daß die Frauen in den Institutionen ein noch immer äußerst großes Defizit an frauenpolitischem Bewußtsein in unserer Gesellschaft mit all seinen Konsequenzen bereits wettmachen könnten."

(Das geht gar nicht, denn Sexismus ist nicht wettzumachen, feministische Befreiung müssen wir erkämpfen ! – d.Tip.)

aus: akin Nr. 25/21. Jg.

Subventionspolitik:

Kein Geld für Frauenprojekte

AUF

Seit 20 Jahre gibt es die 'AUF-Eine Frauenzeitschrift'. Nach dem TATblatt ist jetzt auch sie von Förderungsstreichungen betroffen. »Weisungsgemäß« teilte die Grundsatzabteilung für Frauenfragen des Sozialministeriums dem AUF-Kollektiv mit, daß »im Hinblick auf ihre Nr. 82 von einer Förderung Abstand genommen werden muß«. Hinter dieser Nummer verbirgt sich – oh pfui! – der Titel »LUST LOS! Scharfe Sachen für Madame«. Sollte es anno 1994 wirklich möglich sein, daß dem Sozialminister Frauensex und Lesbenlust so sehr zum Anstoß gereichen, daß er dafür die Förderung für ein ganzes Jahr streicht: Redaktions-, Diskussions- und Öffentlichkeitsarbeit, kulturelle Veranstaltungen und Archivbetrieb mit Öffnungszeiten sind dadurch gefährdet.

Die AUFlerinnen haben ihrem Unmut in einer Protestpostkarte an Bundeskanzler Vranitzky Luft gemacht, die ihr dieser akin beigelegt findet. Bitte macht davon Gebrauch. Weitere Postkarten sind über die AUF, Postfach 817, 1011 Wien, zu beziehen.

SO etwas kann man doch nicht auch noch fördern: *Cover der AUF Nr.82*

»SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE«
AUF-Eine Frauenzeitschrift-Edition

Frauenkulturzentrum Salzburg

Bürgermeister Dechant hat am 29. Juni einen Brief an alle Gemeinderätinnen gerichtet, in dem er ihnen mitteilt, er halte es als Kulturressortchef für verfehlt, das »Frauencafe als Treffpunkt lesbischer Frauen weiter aus Steuermitteln aus dem Kulturbudget zu finanzieren«. Der Bürgermeister findet, »daß gerade in der Frauenpolitik Randgruppen überproportional gefördert werden«. Im Frauencafe, dessen »Zweck« der Bürgermeister in der »Anbahnung lesbischer Beziehungen« sieht, gehe es auch im Kulturbetrieb nur um eine kleine Gruppe denn: »die Vernissagen im Frauenkulturzentrum sind allerdings nur einem eingeschränkten Personenkreis, nämlich ausschließlich Frauen zugänglich.«

Das AUF-Kollektiv bittet Euch daher dringend, einen Brief an den Bürgermeister zu richten, in dem ihr Euch mit dem Frauenkulturzentrum solidarisch erklärt und die Bedeutung einer Kulturstätte von und für Frauen auch in Salzburg hervorhebt und dagegen protestiert, – daß unsere kulturelle Arbeit nicht anerkannt, ja verleugnet wird und – daß das Frauenkulturzentrum zugesperrt werden soll, weil es auch von lesbischen Frauen frequentiert wird. Die Briefe sind zu schicken an: Bürgermeister Dr. Josef Dechant, Schloß Mirabell, A-5020 Salzburg. *(AUF/akin)*

Abs:
.....
..... 5, 50
.....
.....

Herrn Bundeskanzler
Dr. Franz Vranitzky

Ballhausplatz
1014 Wien

Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky!

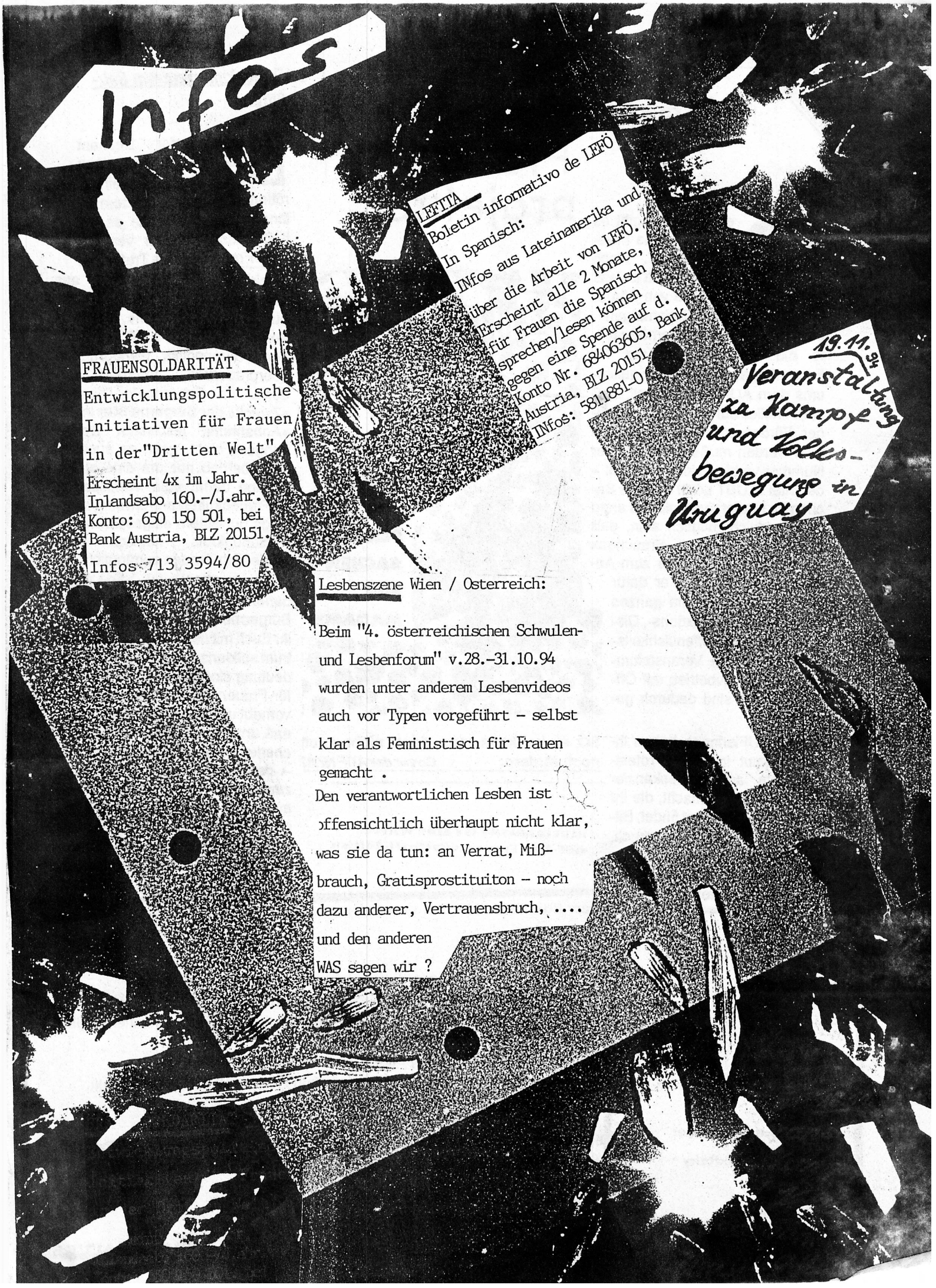
Unter Ihrer Regierung

- erfahren AusländerInnen die menschenverachtendste Behandlung,
- wird der Eiserne Vorhang auf unserer Seite wieder errichtet,
- wird der Sozialabbau forciert, um – auch von Ihnen – fehlinvestierte Milliarden wieder einzufahren,
- wird mittels Subventionspolitik Zensur ausgeübt
- werden frauenpolitische Errungenschaften grundsätzlich in Frage gestellt.

Dagegen helfen Ihre plakatierten Beteuerungen nicht.

Eine SPÖ, die nur mehr auf Wirtschaftskompetenz setzt, hat qualifizierte Positionen zur Sozialpolitik, zur Ausländerpolitik, zur Frauenpolitik hinter sich gelassen.

**WER OPPORTUNISTEN SÄT,
WIRD DAS ENDE DER DEMOKRATIE ERNTEN!**


Infos
LEFTTA
Boletin informativo de LEFÖ
In Spanisch:
INfos aus Lateinamerika und
über die Arbeit von LEFÖ.
Erscheint alle 2 Monate,
für Frauen die Spanisch
sprechen/lesen können
gegen eine Spende auf d.
Konto Nr. 68406305, Bank
Austria, BLZ 20151.
INfos: 5811881-0
FRAUENSOLDARITÄT –
Entwicklungspolitische
Initiativen für Frauen
in der "Dritten Welt"
Erscheint 4x im Jahr.
Inlandsabo 160.-/J.ahr.
Konto: 650 150 501, bei
Bank Austria, BLZ 20151.
Infos 713 3594/80
19.11.94
Veranstaltung
za Kampf
und Volks-
bewegung in
Uruguay
Lesbenszene Wien / Osterreich:
Beim "4. österreichischen Schwulen-
und Lesbenforum" v.28.-31.10.94
wurden unter anderem Lesbenvideos
auch vor Typen vorgeführt – selbst
klar als Feministisch für Frauen
gemacht .
Den verantwortlichen Lesben ist
offensichtlich überhaupt nicht klar,
was sie da tun: an Verrat, Miß-
brauch, Gratisprostituiton – noch
dazu anderer, Vertrauensbruch, ...
und den anderen
WAS sagen wir ?